

(Abg. Preamberger: „Wir wissen das!“) Ich bin der Meinung, das einmal ganz deutlich sagen zu müssen, um die Menschen, die manchmal hineingewählt werden und dann gar nicht so sehr darüber nachdenken, was auf sie zukommt, darauf aufmerksam zu machen, und zwar in aller Deutlichkeit. Wenn so etwas daneben geht, dann kann man ja noch immer sagen, ja, bitte sehr, müssen wir halt schauen, daß die Wohnungswerber, die sich letzten Endes im Vertrauen und im guten Glauben an die einzelnen Genossenschaften gewendet haben, nicht zu Schaden kommen. Ich habe mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross hier die ganz gleiche Auffassung. Wie schwierig es aber in manchen Fällen dann werden wird, das zu tun, auch im Hinblick darauf, daß andere warten müssen, wenn wir dort noch einmal nachfordern müssen, die aus gutem Glauben hier eingestiegen sind, das zeigt sich halt erst, wenn man in die Dinge einsteigt. Ich hoffe, daß das gelingen wird, vor allem im Hinblick darauf, daß ja die Wohnungswerber im besten Glauben gehandelt haben, ihr Geld hingegeben haben und auch bei Nachförderungen ja letzten Endes dann das nachgeförderte Geld auch noch einmal zurückzahlen müssen. Wir schenken es ihnen ja nicht, bitte sehr. Das sind wirklich Probleme. Und wo es so etwas gibt, ist es unwiderruflich und unbedingt notwendig, daß personelle Konsequenzen gezogen werden. Das läßt sich überhaupt nicht anders vorstellen. So viel also dazu.

Nun doch ein paar Worte auch zur Frage dieses Sonderwohnbauprogramms, das die echte Auseinandersetzung in dieser Debatte bedeutet hat. Meine Damen und Herren, ich möchte es mir auch noch einmal ersparen, das, was im Amtsvortrag drinnensteht, zu verlesen. Die Zahlen sind, glaube ich, bekannt, aber sie sind halt doch überdenkenswert. Denn bitte sehr, wenn halt die Förderung einer solchen Wohnung allein zusammengerechnet und der Tatsache Rechnung tragend, daß weder Bund noch Land das Geld im ordentlichen Wege bereitstellen können, sondern im Kreditwege, 3,6 Millionen Schilling ausmacht, wo ich in der 68er Förderung mit etwa 600.000 Schilling auskomme und unbestritten ist, wieviel von diesem riesen Geld eigentlich bauwirksam oder wie wenig davon bauwirksam wird, dann ist das natürlich schon eine Angelegenheit. Ich war eigentlich deswegen unzufrieden, weil es ja gezeigt hat, daß ein solches schnelles Gesetz – und mir ist schon klar, wie es entstanden ist; ich glaube, Herr Abgeordneter Loidl, wir sind uns da darüber im klaren, der Druck im vorigen Jahr aus der Bauwirtschaft und aus der Baugewerkschaft auf die Bundesregierung war ein entsprechender, bitte sehr –, ohne mit den Ländern überhaupt zu reden, kein gutes, kein optimales Gesetz ist. Man hätte etwas wirklich Optimaleres und etwas Besseres tun können. Das ist der Vorwurf, der gemacht worden ist.

Und nun auch ein paar Worte zu dem sogenannten Sonderprogramm der 900 Wohnungen bei uns. Es war eigentlich viel früher, als dieses Bundessonderwohnbauprogramm geboren worden ist, für uns erkennbar, was auf dem Bausektor auf uns zukommen wird. Wir waren uns eigentlich verhältnismäßig sehr schnell einig, daß wir alle Möglichkeiten, die wir haben, um diese Situation in der Bauwirtschaft aufzufangen, ausnützen müssen, um dem entgegenzutreten. Wir haben

das auch getan, und ich darf doch auch bemerken, daß wir Gott sei Dank so früh dran waren, daß das zu einem Zeitpunkt bauwirksam geworden ist, wo es die Bauwirtschaft besonders notwendig gebraucht hat. Warum jetzt diese Auseinandersetzung über dieses Bundessonderwohnbauprogramm solche Emotionen in diesem Hause ausgelöst hat, ist mir schon auch klar. Vor allem, was in dem Zusammenhang mit dem Nichtmittun gefallen ist. Ich weiß schon, wie schwierig es ist, in einer solchen Zeit eigentlich dem nicht entgegenzutreten zu können mit einem Konzept, wie immer es aussieht, um diese Arbeitslosigkeit insgesamt, aber insbesondere in der Bauwirtschaft, wirklich bekämpfen zu können. Das ist das Problem. Wir tun gut daran uns zu überlegen, was man da tun kann. Ich bin überzeugt, wenn es kein Konzept mehr gibt und kein gemeinsames Konzept und wenn es von mir aus nur eines der Bundesregierung gibt und der absoluten Parlamentsmehrheit, dann ist das der Versuch, den Dingen Herr zu werden. Wenn aber der nicht gemacht wird, wenn man ausweicht in einer Art, daß man, wenn man das Problem nicht meistern kann, die Schuld jemandem anderen gibt, dann ist das nicht die Lösung des Problems, und das ist das, was mir persönlich Sorgen macht. Wenn man in einer solchen Situation einem anderen die Schuld gibt, der eine sagt es so, der andere so und der Dritte in der Bedrängnis der Lage sagt, die Landeshauptleute usw., das tut mir weh. (Abg. Loidl: „Nur einer!“) Wenn wir uns ernstlich fragen, was wir wirklich tun können auf dem Bausektor: Hier sind wir gar nicht so weit auseinander. Woher sollen wir die Mittel nehmen? Es wäre billig, wenn Ihr im Landtag als die Minderheit sagt: Land und wir als die Minderheit im Bund sagen: Bund. So schieben wir die Schuld hin und her. Wir wissen sehr genau, was drinnen ist und was nicht. Meiner Meinung nach gibt es vielleicht drei große Brocken, die es uns ermöglichen. Es ist schon angedeutet worden: die 30 Schilling wären sicherlich sinnvoll. (Abg. Ing. Turek: „Das geht nicht, da der Kreisky dagegenist!“ – Abg. Brandl: „Das muß gehen!“)

Die zweite Angelegenheit: Schnellerer Rückfluß der draußen stehenden Mittel, und zwar so gestuft, daß der einzelne das verträgt. Das heißt, ich muß in den ersten Jahren sicherlich sehr Rücksicht darauf nehmen, daß das schwierig wird. Aber ab einem gewissen Jahr kann ich mir sagen, muß der Wohnungswerber, der schon 10 oder 15 Jahre die Wohnung hat, die ein anderer nicht hat, nicht den ganzen Inflationsgewinn einstecken, sondern da kann ich ihm wirklich einen Teil wegnehmen und sagen: gib den her, damit wir für die jungen Leute, die noch warten, wieder neue Wohnungen schaffen. (Allgemeiner Beifall.) Das sind etwa die Möglichkeiten, die wir auf diesem Sektor haben. Sobald das geregelt ist, werden wir es auch tun. In manchen Bereichen haben wir es ohnehin getan. Es ist ein bißchen mißverstanden worden, ich glaube vom Generalredner, so quasi als würden wir hier darauf warten, bestraft zu werden. Es ist einfach so. Ich glaube, es wäre ein sinnvoller Weg, wenn der Bund in der Beziehung die gesetzlichen Regelungen trifft, daß man das tun darf und daß alle anderen Länder das auch tun können. Ich glaube, in der Beziehung sind wir nicht sehr weit auseinander in der ganzen Geschichte. Und wenn – daran zweifle ich eigentlich bei keinem in diesem Hohen Haus – es uns gelegen ist, nicht die Schuld alleine zu verschieben, ganz gleich, der eine

dorthin und der andere dahin, sondern die Probleme halbwegs, wie es uns eben möglich ist, einer Lösung zuzuführen, dann muß man die Wege beschreiten. Ich danke vielmals. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Erste Landeshauptmannstellvertreter Gross hat sich zum Wort gemeldet.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Gross: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich weiß, daß es unüblich ist, nach dem Schlußwort eines zuständigen Referenten noch das Wort zu ergreifen. Aber ich bin im Rahmen der Diskussion einige Male persönlich angesprochen worden und möchte daher folgendes klarstellen, auch emotionsfrei – so wie es nunmehr der Landesrat Koiner getan hat. Wir Sozialdemokraten in diesem Haus haben uns zum zusätzlichen Wohnbauprogramm von 900 Wohnungen als Vorgriff auf die Bundesmittel bekannt. Wir haben das nie in Abrede gestellt. Aber, meine Damen und Herren, wir sollen auch in aller Klarheit hier in diesem Hause sagen, es gibt kein Sonderwohnbauprogramm des Landes Steiermark. Leider nicht! Und wenn man sagt, das Bundessonderwohnbauprogramm wäre für die Steiermark wegen der ungünstigen finanziellen Konditionen nicht akzeptabel gewesen, dann möchte ich all die Fakten, die heute schon genannt worden sind, nicht neuerlich in den Raum stellen. Die Fragen der Arbeitsplatzsicherung, die damit im Zusammenhang stehen, und die Frage der relativ günstigen Wohnraumversorgung für Junge und sozial Schwache. Und ich teile die Meinung des Landesrates Koiner vollkommen, daß wir Sorge haben werden – und Loidl hat es auch ausgedrückt –, wenn wir nicht einen neuen Modus der Wohnbauförderung finden, daß wir nicht mehr in der Lage sein werden, jene Menschen dann zu finden, die in der Lage sind, eine solche Wohnung zu erwerben. Und meine Damen und Herren, ich gehe heute so weit um zu sagen, daß wir eigentlich bei den derzeitigen Förderungsmodalitäten kaum mehr von einem sozialen Wohnhausbau sprechen können. Denn wenn man für eine Wohnung von 80, 90 Quadratmeter 250.000 Schilling Anzahlung bezahlen muß und der Quadratmeterpreis sich zwischen 65 und 70 Schilling bewegt, dann können wir uns alle ausrechnen, wer das verkraften kann. Aber meine Damen und Herren, weil hier gesagt worden ist, auch andere Bundesländer haben dieses Sonderwohnbauprogramm nicht zur Kenntnis genommen. Es war nur ein Bundesland, es war das Burgenland und es wurde hier begründet. Kärnten ist unrichtig, Kärnten hat 130 Wohneinheiten davon genommen, wir haben es nicht angenommen. Und meine Damen und Herren, jetzt bitte wiederum der Versuch ohne Emotion! Wenn dieses Sonderwohnbauprogramm des Bundes so schlecht ist, wie es teilweise dargestellt worden ist, dann muß ich fragen, warum haben dieses Sonderwohnbauprogramm die Bundesländer Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg angenommen? (Abg. Dr. Maitz: „Weil sie es sich leisten können!“) Meine Damen und Herren, das sind alles Bundesländer, die nicht annähernd jene arbeitsmarktpolitischen Probleme haben wie die Steiermark und wo nicht jener Wohnungsfehlbestand aufzuweisen ist wie hier bei uns in der Steiermark. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube daher, wenn wir der

Beschäftigungspolitik in diesem Lande Vorrang geben, das ist unsere Meinung, meine Damen und Herren, dann hätten wir dieses Sonderwohnbauprogramm in Anspruch nehmen müssen. Und wenn an den Landesfinanzreferenten vom Abgeordneten Turek die Frage gestellt worden ist, was hätte das denn gekostet? So soll er doch die Wahrheit sagen. Dazu darf ich sagen, daß der Regierung eine Vorlage der Abteilung 10 vorgelegen ist, der genau zu entnehmen ist, was es gekostet hätte. (Abg. Ing. Turek: „Ich wollte wissen, was er persönlich denkt!“) Im ersten Jahr, Kollege Turek, hätte es vom Land Steiermark 13 Millionen Schilling erfordert, im zweiten Jahr 23 Millionen Schilling und nach Fertigstellung 32 Millionen Schilling und dann ein fallender Prozentsatz. Bei einem Budget mit etwas mehr als 20 Milliarden Schilling muß ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, wenn Beschäftigungspolitik und Wohnbauversorgung für uns jenen Vorrang haben, wie wir uns in Reden heute dazu bekannt haben, dann hätten wir dieses Sonderwohnbauprogramm in der Steiermark akzeptieren müssen.

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich hätte mich nicht zum Wort gemeldet, wenn diese letzte Wortmeldung nicht erfolgt wäre. Ich sage das deshalb, weil ich glaube, daß die Diskussion sehr nützlich gewesen ist und insbesondere in der Wortmeldung des Wohnbaureferenten des Landes eine Übereinstimmung auch durch den Beifall des Hauses entstanden ist und sichtbar wurde, die außerordentlich bemerkenswert ist. Ich glaube auch, daß jeder einzelne Abgeordnete und jedes Regierungsmitglied hier auf der Regierungsbank wie auch vor allem Landhauskiebitze, die schon länger hier sind, und auch die Herren der Presse im Regelfall von jedem einzelnen ein Bild haben, der hier agiert, die Töne und die Zwischentöne kennen, die Absichten und die Nebenabsichten. Und ich glaube, daß kaum in der ganzen Landtagsdebatte der nunmehr fast schon vollendeten zwei Tage über das Problem so offen und sachlich geredet wurde wie seitens des Landeswohnbaureferenten. Das war für mich auch der Grund, das Motiv, warum er eine solche Zustimmung gefunden hat.

Nun, meine Damen und Herren, noch einmal eine Klarstellung, die an Ihrer Position nichts ändern wird – das wäre auch wirklich zuviel verlangt. Ich freue mich, daß der Herr Kollege Gross seine Darlegung so ruhig und überlegt in den Raum gestellt hat. Aber ich möchte Ihnen auch einige Antworten geben auf Fragen, die hier gestellt wurden und die auch er gestellt hat. Ich nehme die „Neue Zeit“ vom 21. Oktober 1981 zur Hand, in der es in einem Bericht heißt: „Das ist das Ergebnis der Parteienverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP, die in der Nacht auf gestern beendet wurden.“ Wörtliches Zitat. „Erster Landeshauptmannstellvertreter Hans Gross, der gestern der Landesparteivertretung der SPÖ ausführlich über die Verhandlungen berichtete, bezeichnete das Ergebnis als gut und tragbar. Es entspreche auch dem Ergebnis der Landtagswahl, bei der die SPÖ als einzige Partei fast 24.000 Stimmen und ein Mandat gewonnen hat.“ (Beifall bei der SPÖ.) Ich bin gerne bereit, weiter vorzulesen.

„Ein wichtiges Ergebnis dieser Parteienverhandlungen ist die Vereinbarung, daß der neue Steiermärkische Landtag in der Sitzungssession 1981/82 vordringlich das von der SPÖ geforderte Pendlerpauschale, das“ (wörtlich) „Sonderwohnbauprogramm und die Erweiterung der steirischen Verfassung sowie“, (da greife ich schon dem nächsten Teil der Debatte vor) „die Errichtung eines selbständigen Wirtschaftskörpers für die Spitäler behandeln muß.“ Ich habe jetzt gehört, daß es ein Sonderwohnbauprogramm nicht gäbe. Ich sage das nicht. Jeder, der die Verhältnisse kennt, weiß, wie schwierig es für uns in den Verhandlungen war – und ich rufe den Herrn Landesfinanzreferenten nicht zum Zeugen –, diese Vorgriffe zu finanzieren, die wir ein Sonderwohnbauprogramm genannt haben, alle miteinander.

Meine Damen und Herren, bleiben wir in dieser Diktion. (Abg. Loidl: „Der Name ist ein Fehler!“) Es ist der Name im übrigen gar nicht so wichtig, das Wichtigste ist die Sache. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir haben nichts Negatives gefunden an dem Begriff Sonderwohnbauprogramm, den Sie verwendet haben, wir haben diesen Begriff durchaus auch in Verwendung genommen.

Und, meine Damen und Herren, es gibt kein Bundesland – und das ist eine Antwort auf diese Frage –, das ein solches Sonderwohnbauprogramm, das einen Vorgriff darstellt, zu diesem Zeitpunkt in ganz Österreich initiiert hätte. (Beifall bei der ÖVP.) Wir waren das erste, und wir waren lange da, bevor der Bund, wie es der Landeswohnbaureferent mit Recht gesagt hat, unter dem Druck der Bauwirtschaft und der Baugewerkschaft diese völlig unüberlegte, mit uns nicht einmal diskutierte Vorlage eingebracht hat. Ich verletze kein Geheimnis, wenn ich sage, daß wir mit Ihren Herren auch darüber geredet haben und gesagt haben, man möge uns die Sache wenigstens vorlegen und mit uns darüber verhandeln. Das ist nicht geschehen. Wir haben daher, als die Krise extrem wurde – das war im Juni 1982, besonders markant mit dem Rückgang der Bauaufträge um 30 Prozent (das geht voll auf die private Baunachfrage in diesem Land zurück, denn wir haben unsere Bauausgaben als Land Steiermark trotz eines Minus insgesamt des Budgets um 12 Prozent erhöht) –, alle Anstrengungen unternommen, um die Möglichkeiten zu forcieren, weitere Baunachfragen, die finanzierbar sind, auch wirklich zu schaffen. Das ist uns mit dem forcierten Ausbau der Wasserkräfte in der Landesgesellschaft STEWEAG in einem ganz beachtlichen Maße unter anderem auch deshalb gelungen, weil der Wirtschaftslandesrat Dipl.-Ing. Hans-Georg Fuchs ein Finanzierungsmodell in die Diskussion geworfen hat, das sich inzwischen im übrigen bestens bewährt und das zusätzlich Kapital gerade auch im Hinblick auf die Notwendigkeit des zusätzlichen Ausbaues der Wasserkräfte in der Steiermark aktiviert hat. Ich gebe Ihnen dazu zwei Rechnungen, ganz solide. Das Bundessonderwohnbauprogramm: vorgesehen insgesamt 5000 Wohneinheiten, davon 728 Mietwohnungen für die Steiermark, 632 Millionen Schilling Landesanteil auf 25 Jahre fifty Bund – fifty Land. Dieser Betrag, meine Damen und Herren, berücksichtigt keine Fremdkapitalkosten des Landes, das in der derzeitigen Budgetsituation die Mittel selbstverständlich zusätzlich am Kapitalmarkt aufnehmen müßte, das

heißt, dadurch würde eine Verdoppelung der Kosten auf rund 1,3 Milliarden Schilling des Gesamtprogramms erfolgen. Der Beschäftigungseffekt, der durch das Bauvolumen von rund 730 Millionen Schilling in der Steiermark entsteht, beträgt 1000 Arbeitsplätze auf zwei Jahre. (Abg. Loidl: „Das stimmt sicher nicht!“) Das Sonderprogramm für den forcierten Ausbau steirischer Wasserkräfte durch die STEWEAG, das Gesamtbauvolumen für die 13 Kraftwerksstufen, beträgt insgesamt 6,6 Milliarden Schilling. Davon werden in den Jahren 1982 bis 1986 3,8 Milliarden Schilling vorzeitig investiert. Das ergibt für die nächsten fünf Jahre ein jährliches (Abg. Loidl: „Das stimmt nicht!“) – ich stelle es dir dann gern zur Verfügung, Kollege Loidl – Investitionsvolumen von zusätzlich 760 Millionen Schilling. Der direkte Beschäftigungseffekt beträgt somit 3175 Arbeitskräfte auf fünf Jahre und ist somit um mehr als 200 Prozent höher als beim Bundessonderwohnbauprogramm. Eine ganz einfache Rechnung nach Adam Riese. Ich freue mich darüber und sage Euch auch warum, weil ich mir oft den Kopf darüber zerbrochen habe, oft, ob wir bei der Sache nicht doch hätten mittun sollen, obwohl sie so schlecht konditioniert war und obwohl sie mit uns nicht einmal diskutiert gewesen ist. Ich freue mich, daß wir aus eigener Initiative ein Programm entwickeln konnten, das einen viel höheren Effekt hat, das viel weniger kostet und das im übrigen in den Folgewirkungen auch noch Energie bringt und den Import von Energie reduziert und darüber hinaus etwa die Elin und ähnliche Unternehmungen in einem zusätzlichen Beschäftigungseffekt multiplikativ einbezieht. Ich wollte das deshalb sagen, weil ich weiß, daß Sie seit Monaten ähnliche Dinge sagen, wie es der Abgeordnete Rainer heute hier getan hat. Ich anworte ihm gar nicht, weil ich diese Art von Argumentation – gelinde gesagt – für dieses Haus als sehr ungewöhnlich betrachte und zweitens deshalb, weil ich davon überzeugt bin, daß Ihre Maschine angelaufen ist und weiterlaufen wird, aber wenigstens wir selber in einer stillen Stunde darüber nachdenken sollten, wie die Dinge wirklich liegen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung zur Gruppe 4 mehr vor. Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Erhart: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag mit der Bitte um Zustimmung zur Gruppe 4.

Präsident: Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung. Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Annahme die Hand erheben. Die Gruppe 4 ist einstimmig angenommen.

Präsident Zdarsky: Wir kommen nun zur Gruppe 5, Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Günter Horvatek. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Horvatek: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Gruppe 5, Gesundheit, umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 die Ansätze für den Gesundheitsdienst, den Umweltschutz, den Rettungs- und Warndienst, die

Ausbildung im Gesundheitsdienst, die Krankenanstalten, Errichtung und Betrieb, die Krankenanstaltenzuschüsse, Beiträge und Spenden, die Heilvorkommen und Kurorte, und jene für die Veterinärmedizin. Diese nach den Ausgaben bemessene große Gruppe des Landesbudgets dient der Erhaltung und Wiedergewinnung der Gesundheit und dem sehr bedeutsamen Fragenkomplex des Umweltschutzes. Die Einnahmen für die Gruppe 5 sind im Voranschlag für das Jahr 1983 mit 3.256,326.000 Schilling und die Ausgaben mit 4.058,055.000 Schilling präliminiert und wurden im Finanz-Ausschuß eingehend beraten. Namens des Finanz-Ausschusses ersuche ich die Damen und Herren des Hohen Hauses, der Gruppe 5 ihre Zustimmung zu geben.

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Den zumindest betragsmäßig wesentlichsten Abschnitt machen die Ansätze 550 bis 555 mit Einnahmen von rund 2,7 Milliarden Schilling und Ausgaben von 3,7 Milliarden Schilling aus. Sie behandeln das Krankenanstaltenwesen im weiteren Sinn in der Steiermark mit 9400 Planbetten und 8200 Dienstposten. Wenn man die Nettzuschüsse des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds dazurechnet, bleibt ein effektiver Abgang in der laufenden Gebarung von rund 700 Millionen Schilling. Über die Investitionen werde ich gleich sprechen. Und wenn man diesen Abgang betrachtet, dann ist es legitim, daß man an die Frage des Gesundheitswesens von der Seite herangeht, die man heute Gesundheitsökonomik nennt, nämlich nach dem alten Wirtschaftlichkeitsgrundsatz: Geringstmöglicher Aufwand, aber höchstmöglicher Nutzen. Ich darf noch ein bißchen im Nachklang zur vorigen Debatte Sie auf folgendes aufmerksam machen. Wenn man die außerordentlichen Ansätze zur Gruppe 5 ansieht, dann sind sie relativ bescheiden. Aber zwei Großinvestitionen im Krankenhauswesen scheinen, weil sie leasingfinanziert sind, leider im Budget nicht auf. Ich halte das deswegen für einen Fehler, weil man inzwischen die Leasingschulden in die Schulden des Budgets hineingenommen hat. Es tut mir leid, daß der Herr Landesfinanzreferent nicht da ist, das scheint mir wirklich notwendig, daß man zumindest in einer Anmerkung auf diese Ausgaben hinweist. Weil das eine der Leistungen ist, Kollege Loidl, die das Land zusätzlich erbringt, und ich glaube, es ist egal, ob man zusätzlich ein paar hundert Millionen in Wohnbau ausgibt oder ob wir sie im Krankenhauswesen ausgeben, wenn wir es von der Beschäftigungsseite her sehen. Und das war ja die Debatte der vorigen Gruppe.

Wir geben für das Krankenhaus Rottenmann rund 180 Millionen Schilling aus, davon werden 100 Millionen im Jahr 1983 verbaut, wir geben für das Krankenhaus Deutschlandsberg 560 Millionen Schilling aus, davon sind erst 100 Millionen verbaut. Ich darf hier nur anmerken, daß es dabei eine Kostenschätzung gab, wie sie nicht passieren sollte. Denn als der Beschluß im Hohen Landtag gefaßt wurde, waren 250 Millionen Schilling Planungs- und Errichtungskosten vorgesehen. Wir halten jetzt bei mehr als dem Doppelten. Mir

ist nicht geläufig, daß der Hohe Landtag dazu einmal Stellung nehmen durfte. Vielleicht könnte man nachdenken, auch darüber den Landtag zu informieren.

Und nun darf ich zu meinen Überlegungen kommen, wobei ich noch zwei Vorbemerkungen mache, damit mir nichts unterstellt wird. Das Ziel im Krankenhauswesen ist natürlich die Gesundheit, zumindest die Besserung des Zustandes des Patienten. Aber auch hier gilt der Grundsatz, geringstmöglicher Aufwand, höchstmöglicher Nutzen, und es scheint mir, und diese Kritik erlaube ich mir als Nichtfachmann anzubringen, daß man manchmal die Patienten mit unnötigen Dingen vollstopft und daß hier weniger mehr wäre. Ich glaube, diese Meinung teilen auch die Sozialversicherungsträger. Und eine zweite Vorbemerkung: Gesundheitswesen ist mehr als die Krankenanstalten. Aber ich werde meine Betrachtungen auf diese einschränken. Nun, Herr Landesrat, darf ich auf eine Antwort zurückkommen, die Sie auf eine Frage in der Fragestunde gegeben haben: Wenn man nämlich die Statistik ansieht, und ich habe sie mir auch beschafft, dann scheint es ja so – ich sage ausdrücklich, scheint es so – als wären wirklich die Ergebnisse, auch die wirtschaftlichen Ergebnisse unserer Landeskrankenanstalten sehr gut. (Landesrat Heidinger: „Besser als anderswo!“) Abgesehen, Herr Landesrat, von einigen statistischen Ungereimtheiten – und ich werde mich dann auf den Rechnungshofbericht über das Landeskrankenhaus Leoben als wohl besten Zeugen berufen – glaube ich, und das möchte ich sagen, daß sicher Großartiges geleistet wurde und geleistet wird von allen, von den politischen Referenten, von den Beamten, von den Ärzten und Schwestern. Aber niemand ist so gut, daß er nicht noch besser werden könnte. Wir haben lange im Bereich unserer Partei aber auch der Öffentlichkeit über die Fragen des Krankenhauswesens diskutiert. Der Vorschlag, einen selbständigen Wirtschaftskörper zu schaffen, ist durchaus nicht nur von Anhängern unserer Partei gekommen, ich erinnere mich an eine Wortmeldung des Stadtwerkedirektors, Professor Dr. Schachner-Blazizek, sicher eines ausgezeichneten Finanzierungsfachmannes, der auch in der Richtung argumentiert hat. Auch der Generalredner der SPÖ und jetzige Berichterstatter, mir tut es leid, weil er sozusagen damit zum Schweigen verurteilt ist, hat dagegen keinen sachlichen Einwand vorgebracht, aber er meinte sehr emotionell, daß wir diese Einrichtung nur deswegen schaffen möchten, um die SPÖ in ihrem politischen Referat zu beschneiden. Hier scheint mir zumindest ein Mißverständnis vorzuliegen, vielleicht auch deswegen, weil der Herr Kollege Dr. Horvatek zwar dem Verhandlungskomitee über den selbständigen Wirtschaftskörper angehört, aber leider die letzten Verhandlungsrunden nicht mitgemacht hat. Ich möchte über laufende Verhandlungen und über das Papier, das von Ihnen, Herr Landesrat Heidinger, uns übergeben wurde, nicht reden, nicht deswegen, weil ich nicht sehr viele Dinge finden würde, zu denen wir sofort ja sagen können, sondern weil ich glaube, man soll über laufende Verhandlungen nicht reden. Aber zur Klarstellung: Selbstverständlich soll auch die Personalhoheit beim selbständigen Wirtschaftskörper liegen, ausgenommen das ärztliche Personal, das auf Grund der Gesetzeslage auszuschreiben ist. Da soll weiter so vorgegangen werden wie bisher. Das Ziel des

Wirtschaftskörpers ist nach unseren Vorstellungen, kurz zusammengefaßt, folgendes:

1. Führung nach wirtschaftlichen Grundsätzen,
2. größere Entscheidungsbefugnis vor Ort und
3. überschaubare dezentrale Organisation.

Und das mit gutem Grund, wie mir der Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis seiner Überprüfung, Gebarung Landeskrankenhaus Leoben, aufzuzeigen scheint; eine Vorlage, die Sie ja jetzt alle aufgelegt bekommen haben. Ich habe sie mir durchgesehen, und ich möchte nicht der Vorlage vorgreifen, aber weil mir das für die Argumentation, zu einem solchen selbständigen Wirtschaftskörper zu kommen, sehr wichtig erscheint, folgende Kritik des Rechnungshofes hier gleich zitieren. Wir ersparen uns dann vielleicht überhaupt eine Debatte darüber.

Erstens einmal, es fehlt die Fortschreibung eines Krankenanstaltenplanes. Zweitens, und das betrifft jetzt die Statistik, die Zentralkosten sind in der Kostenrechnung nicht berücksichtigt, und, wie ich weiß, sind sie leider auch, zumindest in der Vergangenheit, nicht vom Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds beansprucht worden. Es sind damit dem Land Millionen Schilling verlorengegangen. Man muß halt darüber auch offen reden, solche Dinge sind sehr unangenehm, wir kommen noch einmal dazu beim klinischen Mehraufwand. Es gibt drittens keine Anstaltsordnung, obwohl gesetzlich längst eine vorhanden sein sollte. Das zeigt meiner Meinung nach, daß die zuständige Rechtsabteilung mit ihren großen Aufgaben einfach überfordert ist und daß sie sich offensichtlich zu viel um die laufenden Geschäfte und zu wenig um hoheitliche Aufgaben kümmern kann. Ich sage das gar nicht polemisch, sondern weil die Fakten diesen Schluß zulassen. Und dann möchte ich Ihnen, Hohes Haus, zwei Stellen aus dem Bericht wörtlich zitieren, weil sie genau unsere Auffassung wiedergeben. Ich kenne den Prüfer nicht, die Landesregierung hatte uns ja diesen Bericht so vorgelegt, aber es ist außerordentlich interessant: „Zur Zeit der Gebarungsüberprüfung konnte die in § 14 KALG festgelegte verantwortliche wirtschaftliche und administrative Anstaltsleitung auf Grund der bürokratischen Organisation nur sehr beschränkt hinsichtlich einzelner Bereiche des Betriebsablaufes (zum Beispiel wirtschaftlicher Versorgungsdienst, Vollzug und Überwachung des Gebührenwesens) wahrgenommen werden. Nach Ansicht des Rechnungshofes sollte der arbeitsmäßige, personelle und finanzielle Ablauf zwischen der Krankenanstalt und den für die Krankenanstalten zuständigen Abteilungen der Steiermärkischen Landesregierung neu überdacht werden, um zu einer zeitgemäßen Führung der Krankenanstalten zu gelangen.“ Er setzt dann fort: „Das Landeskrankenhaus Leoben und die übrigen Landeskrankenanstalten werden als Regiebetriebe nach autokratischem Führungsmuster von der für die Krankenanstalten zuständigen Rechtsabteilung 12 und der für das Personal zuständigen Rechtsabteilung 1, der Fachabteilung IVa und der Landesbuchhaltung verwaltet. Die Krankenanstalten sind in ihrer Organisation, Finanzgebarung, im Personalwesen und in der Wirtschaftsführung unselbständig.“ Und ein zweites Zitat: „Zusammenfassend empfahl der Rechnungshof im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften den Krankenhausbetrieb organisatorisch und wirtschaftlich zu

verselbständigen und ausreichende Leitungsbefugnisse an die Führungskräfte des Krankenhauses zu übertragen.“

Ich möchte dem nichts hinzufügen außer einem kritischen Punkt, und zwar: Das Landeskrankenhaus Graz ist Universitätsklinik und größtes Krankenhaus zugleich. Die Rechtsabteilung 12 hat bis jetzt eine entsprechende Abgrenzung mit dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung nicht zusammengebracht. Nach meiner Information sind 600 Betten strittig und damit natürlich auch die Finanzierung. Der klinische Mehraufwand wird als Vergütung vom Bund zum Land dankenswerterweise auch dargestellt. Ich weiß aber nicht, wer von den Kollegen sich das angeschaut hat. Auf Seite 274 unserer Vorlage ist zu lesen, daß im Jahre 1983 152 Millionen Schilling klinischer Mehraufwand erwartet werden, der natürlich in die Einnahmen der Kapitel 55 und folgende eingebaut ist. Im Jahre 1982 waren es erst 117 Millionen Schilling, das ist ein Plus von 35 Millionen. Ich darf sagen, das ist im wesentlichen ein Ergebnis der Verhandlungen des Zentraldirektors Dr. Stepantschitz, der das erreicht hat. Es sind, soweit ich weiß, noch immer die Fragen des Rückgriffes in frühere Jahre strittig, die uns das Wissenschaftsministerium zugesagt hat: Der Herr Finanzminister hat aber bisher diese Absicht des Ministeriums nicht akzeptiert. Aber jedenfalls: Hier sind in den vergangenen Jahren, und das Budget ist der Beweis, Versäumnisse begangen worden, die zu Lasten des Budgets des Landes gegangen sind, denn sonst wären die Abgänge im Bereich der Krankenanstalten entsprechend niedriger gewesen. Ich ziehe daraus den Schluß: Hoheit und Wirtschaftsführung gehören getrennt!

Ich darf hier zu dem Vorwurf, der heute in der „Neuen Zeit“ mit einer großen Schlagzeile Eingang gefunden hat, noch folgendes sagen: In den Parteienvereinbarungen wurde festgehalten, und das ist heute aus dem Zitat der „Neuen Zeit“ zufällig auch wieder hervorgekommen, daß über den selbständigen Wirtschaftskörper verhandelt wird und diese tunlichst 1981/82 zum Abschluß zu bringen ist. Ich glaube, daß die Verhandlungen relativ weit gediehen sind und daß durch den selbständigen Wirtschaftskörper, und das ist die zweite Vereinbarung, die natürlich getroffen wurde, bei den Parteienverhandlungen, über die Aufteilung der Agenden zu den einzelnen Referenten tritt überhaupt keine Änderung ein, denn an der hoheitlichen Auflistung, am Aktenplanabschnitt usw. da ändert sich nichts, sondern wir glauben, daß sich nur die Dispositionsverantwortlichkeit ändern würde, und die wird dorthin verschoben, wo sie auch der Rechnungshof hinhaben will und wo, wenn Sie sich Literatur über moderne Krankenhausorganisation anschauen, das als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Wir haben sicher nicht das Ziel, diesen oder jenen zu beschneiden. Wir wollen das hohe Niveau unserer Krankenanstalten noch verbessern, aber wir wollen sie auch kostenmäßig für alle, auch für den Krankenanstaltsträger, erschwinglich halten. Der selbständige Wirtschaftskörper ist unserer Meinung nach dazu ein guter Weg, und daher hoffen wir auch auf guten Abschluß der Verhandlungen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu den Problemen des Umweltschutzes und des Naturschutzes, beide in der Gruppe 5 verankert, könnte durch die vielfältigen Bereiche eine sehr lange, umfassende, mit vielen wissenschaftlichen Daten untermauerte Rede gehalten werden. Keine Sorge, ich mache das nicht. Wir sind in Zeitverzug, ich will für meinen Teil beitragen, etwas aufzuholen. Eine einzige Frage, ein einziger Vorschlag. Mir scheint die Eingabe der Landesgruppe Steiermark des Österreichischen Naturschutzbundes ein sehr zielführender Weg zu sein, um zu verbesserten Verhältnissen zu kommen. Diese Eingabe, bekanntlich eine Petition von den Abgeordneten Schaller, Turek und mir unterschrieben, enthält drei wesentliche Forderungen. Wieder eine stärkere Dotierung des Naturschutzbudgets. Um zu dieser stärkeren Dotierung zu kommen, schlägt der Naturschutzbund ein Landschaftspflegeabgabegesetz vor, einen sogenannten „ÖKO-Schilling“. Und letztens verlangt der Naturschutzbund auch mit Recht, daß dem Steiermärkischen Landtag jährlich ein Bericht der Landesregierung über die verwendeten Mittel zugeleitet wird. Diese Mittel, die durch einen ÖKO-Schilling eingehoben werden sollten, dienen dem Schutze der Natur und der Umwelt. Drei Arten sind darin vorgesehen. 1. Bei Bodenabbau aller Art 1 Schilling je Tonne, 2. bei Energiegewinnung 1 Groschen je Kilowatt und 3. bei Bodenüberbauungen aller Art 1 Schilling je Quadratmeter.

Meine Damen und Herren, man kann sagen, wieder eine neue Belastung. Aber man muß sich die Frage stellen, daß wir die derzeitige Situation nicht durchhalten. Das Land Steiermark gibt pro Kopf der Bevölkerung 1,30 Schilling für Naturschutzaufwendungen aus. Salzburg beispielsweise 13,50 Schilling, Vorarlberg 22,20 Schilling. Wir kennen die finanzielle Situation. Aus dem ordentlichen Budget heraus wird es nicht möglich sein, eine stärkere Dotierung zu erhalten. Wenn wir eine bessere Landschaft, wenn wir eine gesicherte Umwelt haben wollen, dann müssen wir den Mut haben, von jenen, die letzten Endes Verursacher sind, Beiträge zu holen. Wir sollten also, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, nicht allzuviel über Naturschutz reden, wir sollen handeln, wir sollen diese Initiative unterstützen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Lind das Wort.

Abg. Lind: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Natur- und Umweltschutz müssen uns ein ganz besonderes Anliegen sein. Menschliche Eingriffe sind oft unverantwortlich, bedenken wir aber, daß es Menschen, Tiere und Pflanzen gibt. Alle Maßnahmen im Zusammenhang mit Natur- und Umweltschutz müssen all diesen Gruppen zugute kommen. Und das ist nicht immer leicht. Bedenken wir doch, um ein Beispiel zu sagen, daß die heutige Forderung der Auflassung der Salzstreuung auf der anderen Seite wieder Schwierigkeiten für den Menschen bringt, denn Splitt und diese Dinge erzeugen Staub, und dagegen ist natürlich der Arzt, aber das richtet sich auf der anderen Seite wieder

gegen die Gesundheit. Deshalb das Abwiegen, wie – wann – was, das ist selbstverständlich gar nicht so leicht. Der Umweltschutz, wie bereits erwähnt, muß sicherlich unser Hauptanliegen sein, aber er darf zu keiner Radikalisierung führen. Es muß immer demokratisch und bürgernah gearbeitet und über all diese Probleme in erster Linie menschengerecht entschieden werden. Es ist keine Übertreibung, wenn ich hier sage, daß durch unverantwortliche menschliche Eingriffe in die Natur und in das ganze Geschehen bis zum Jahre 2000 um zirka 500.000 Tier- und Pflanzenarten weniger sein werden und daß die Steiermark selbst davon bedroht ist und daß es hier zirka 500 Pflanzen und 1000 Tierarten sein werden. Denken wir nur an das Gürteltier, aus welchem man Medikamente für die Bekämpfung der Leprakranken erzeugt. Aber auch an Pflanzen, die wieder dringend notwendig sind für die Erzeugung von Medikamenten. 115 Rinderarten sind bereits ausgestorben. Darum behüten wir unsere Lebensgrundlage, die Luft, das Wasser, Pflanzen, die Tierwelt, also die gesamte Umwelt. Viele, viele Katastrophen sind durch unvernünftiges Handeln der Menschen entstanden, durch die Entfernung von Wäldern, von Hecken, durch die Errichtung von Kanälen für Wasserabflüsse. Auswirkung: Wüstengebiete und derlei Dinge. Aber auch durch Gift und Chemikalien, die sicherlich Schädlinge vernichten sollen, aber auch Nützlinge vernichten, entstehen große Schäden. Hier das richtige Maß abzustecken wird nicht immer leicht sein, aber denken wir doch an Mensch, an Tier und an die Umwelt. Wie wichtig es ist, sich für Natur- und Umweltschutz aktiv einzusetzen, muß auch unter besonderer Berücksichtigung psychologischer Argumente aufgezeigt werden. Bei psychologischen Betrachtungen steht meist die soziale Umwelt im Mittelpunkt, das heißt, der durch Beziehung zum anderen Menschen gegebene Bereich beim Natur- und Umweltschutz. Beschäftigen wir uns mit der dringlichen Umwelt, ihrer Bedeutung für die Psyche, wobei sowohl die belebte, als auch die unbelebte dringliche Umwelt gemeint ist. Unsere tägliche Stimmung wird wesentlich durch die Umwelt beeinflusst, von Wohnung, Stadtviertel, Weg zur Arbeit, Arbeitsplatz und Landschaft. Eine monotone, enttäuschende, beengende Umwelt verstimmt und wird von verstimmten Bewohnern schlecht und achtlos behandelt. Es besteht eine unmittelbare Wechselwirkung zwischen Stimmen der Umwelt und stimbarem Organismus. Zwischen dem Individuum, das empfänglich ist für die Eindrücke, die aus der Welt auf uns einströmen, und der Umwelt, die dem Wunsch des Individuums eine Chance auf Erfüllung gibt. Es gibt viele absonderliche bis krankhafte Verhaltensweisen, Neurosen, psychosomatische Erkrankungen, Charakterstarrheiten, die zwar auch auf gestörte zwischenmenschliche Beziehungen zurückgeführt werden, bei denen aber die Ungunst des äußeren dringlichen Milieus sicherlich eine wesentliche Rolle bei der Krankheitsentwicklung spielt. Ein Kind zum Beispiel, das in erlebnisreicher Umwelt alleingelassen wird, wird nicht so leicht frustriert, wie eines in einer erlebnisarmen. Optimistische und pessimistische Grundstimmungen, soziale Anteilnahme, Initiative, Apathie, Gesundheit oder Krankheit, konformistische Vorsicht oder autonome Gelassenheit sind in einem hohen Maß durch unsere dringliche Umwelt bestimmt. Der Mensch ist zwar zu ungeheuren Anpassungsleistungen gegen-

über Umweltveränderungen fähig, er verändert dabei aber seinen Charakter. Eine durch fehlgeleiteten Instinkt zur Existenzsicherung über das notwendige Maß hinaus veränderte, sterile, geometrische Umwelt wird menschliches Leben zwar immer noch möglich machen, wird unseren Charakter aber wesentlich verändern. Viktor Frankl sagt: „Was der Mensch will, ist nicht das Glück, sondern ein Grund, um glücklich zu sein.“ Wir müssen uns wehren, daß uns wichtige Erlebniswerte im Bereich der belebten und unbelebten dringlichen Umwelt und damit Grund zum Glückseligsein entzogen werden. Daß eine vielfältige Tierwelt besteht, daß Flüsse noch wie Flüsse ausschauen, daß Hecken gleichförmige agrarische Gebiete unterbrechen, daß in den Wäldern Artenvielfalt zu finden ist und stete Chance zur Identifizierung gegeben ist, ist daher nicht ein Anliegen rückschrittlicher Romantiker, sondern eine Notwendigkeit für die psychische Gesundheit kommender Generationen.

Nun einige Sätze zur Berg- und Naturwacht, aber auch zu den Bergwächtern. Die Steiermärkische Berg- und Naturwacht hat im Jahre 1981 ebenfalls wieder große Leistungen erbracht. Einsätze für die Überwachungstätigkeit zur Einhaltung aller Gebote und Verbote auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zum Schutze der Natur. Mit einem Zeitaufwand von 198.000 Stunden, eigene Kilometerleistungen mit 351.000 Kilometer angegeben, die Veranstaltungen für die Fortbildung als gesetzliche Verpflichtung der Berg- und Naturwächter 37.000 Stunden, 83.000 eigene Kilometer, Heimatpflege, Renovierung von Bildstöcken, von Kleindenkmälern und einer Reihe von Beispielen mehr wären hier noch anzuführen, mit einem Zeitaufwand von 8351 Stunden. Insgesamt wurden 343.000 Stunden mit 444.000 Fahrkilometern geleistet, die die Bergwächter weitgehendst aus eigener Tasche bezahlten. Es sind Millionensummen, die hier angegeben werden könnten. Daß neben den hier aufgezeigten Leistungen noch vielerlei Arbeiten freiwillig erbracht werden, kann als weithin bekannt vorausgesetzt werden. Ähnlich ist die Situation auch im Hinblick auf die Leistungen der Aktion „Saubere Steiermark“. Im Jahre 1981 wurden 7396 Autowracks entfernt, und die Zahl hat insgesamt bereits die 40.000-Grenze überschritten. Die 180 Ortseinsatzstellen haben mit 642 Bergwächtern diese große Aufgabe vollzogen. Es sind noch mehr Bergwächter in der Steiermark im Einsatz. Die Steiermärkische Berg- und Naturwacht ist im Vergleich mit gleichartigen Einrichtungen in den anderen Bundesländern zahlen- und leistungsmäßig die stärkste Organisation dieser Art. Nirgendwo werden diese Aufgaben so gut organisiert und so erfolgreich erledigt. Allein die Tatsache, daß beispielsweise durch die organisierte Autowrackbeseitigung viele, viele Liter Öl nicht in das Grundwasser eingedrungen sind, um nur ein kleines Beispiel zu nennen, erfordert es aber auch, daß gerade diese Leistungen honoriert und auch im Budget geeignet dotiert werden. Die Bergwächter sind freiwillige Helfer, Berater und Naturschützer. Wir danken ihnen sehr, sehr herzlich. Die Erhaltung der natürlichen Umwelt als nachhaltige Grundlage für Gesundheit, Lebensqualität und wirtschaftliche Stabilität einschließlich der ökologischen Voraussetzungen für das Überleben von Menschen, Pflanzen und Tieren ist nicht nur ein moralischer Auftrag, sondern auch eine Verpflichtung gegenüber unseren Nachkommen. Die

roten Listen über gefährdete oder ausgestorbene Pflanzen und Tierarten sind Alarmzeichen, daß wir nicht fortfahren dürfen, so zu tun, als wären wir schon die letzte Generation.

Zu unseren braven Helfern des Roten Kreuzes: Für sie ist es eine Selbstverständlichkeit, daß das Rote Kreuz bei Unfällen, bei Katastrophen und ähnlichen Anlässen sofort zur Stelle ist. Auch diesen braven Helfern einige Worte des Dankes. Im Bereich des Bundeslandes gibt es 20 Bezirks- und 197 Ortsstellen. Die gesamte Rotkreuzarbeit, die sich auf die Tätigkeitsgebiete Rettungs- und Krankentransport, Blutspendedienst, Katastrophenhilfsdienst, Schulung in Erster Hilfe, Sozialdienst und Hauskrankenpflege erstreckt, wird in 81 Dienststellen in Zusammenarbeit mit dem Landesverband des Roten Kreuzes und des Jugendrotkreuzes durchgeführt. Es wurden enorme Leistungen erbracht. Hauptsächlich auf freiwilliger Basis von ehrenamtlichen und freiwilligen Helfern. Es sind 230 Ärzte ehrenamtlich tätig, Helfer und Kraftfahrer 2700, Schwestern, Funktionäre und so weiter über 3000, insgesamt 6227. Hauptamtlich sind es lediglich 227 Personen, die als Kraftfahrer für den Blutspendedienst und in der Verwaltung arbeiten. Also die überwiegende Freiwilligkeit ist hier aufgezeigt. Insgesamt 6600 und unterstützende Mitglieder 49.000. Das Jugendrotkreuz umfaßt 190.000 Mitarbeiter. 8000 Lehrer befassen sich hier ehrenamtlich damit. Insgesamt waren es 2.472.000 Dienststunden im vergangenen Jahr, die hier geleistet wurden. Ich glaube, daß bei den 229.547 Einsätzen der Rettungswagen und dieser freiwilligen Mithelfer vieles, vieles geleistet wurde. Eine Kilometerleistung von beinahe 8 Millionen Kilometer. Daß das Rote Kreuz aber gerade mustergültig im Zusammenhang mit der Flüchtlings- und Katastrophenhilfe tätig ist, kann immer wieder bewiesen werden und daß über den Blutspendedienst 57.700 Konserven eingesammelt wurden und damit vielen, vielen Menschen das Leben gerettet wurde. Aber auch im Gesundheits- und Sanitätsdienst mit der Ausbildungs- und Beschäftigungshilfe wurde Mustergültiges erbracht. Die Hilfe des Roten Kreuzes ist bedeutungsvoll auf der ganzen Welt. Und wir hoffen, daß es bei uns nie einen Ernstfall gibt, wie oft in der übrigen Welt. Unsere Generation hat das ebenfalls erlebt, daß die Rotkreuzmänner an der Front tätig werden müssen. Dazu wollen wir alle beitragen, daß diese Situation in unserem Bereich, auf unserem Kontinent, nicht eintritt. Danken wir daher allen, die in dieser großen Gemeinschaft selbstlos für den Nächsten tätig sind. Helfen wir helfen. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Loidl.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich verspreche kurz zu sein und hoffe gerne, daß ich mich diesmal mit Ihnen in Übereinstimmung befinde. Bei aller berechtigten Kritik an Einzelfaktoren kann die medizinische Versorgung unserer Bevölkerung im allgemeinen durchaus als gut bezeichnet werden.

Insgesamt geht es darum, wie wir alles, was wir auf diesem Gebiet schon haben, weiterfinanzieren und

darüber hinaus auch noch an den teuren Errungenschaften von Medizin und Technik teilhaben können. Die Mittel, welche für das Gesundheitswesen insgesamt aufgebracht werden müssen, bewegen sich ja in Milliardenhöhe! Es sind dies durchwegs von der gesamten Bevölkerung aufzubringende Steuermittel; denn auch die Sozialversicherungsbeiträge haben den Charakter einer Steuer. Welche Größenordnungen das sind, geht schon allein daraus hervor, daß zum Beispiel die Steiermärkische Gebietskrankenkasse allein für ärztliche und zahnärztliche Behandlung im vorigen Jahr 1 Milliarde 167 Millionen Schilling, das sind rund 33 Prozent ihrer Gesamteinnahmen, aufwenden mußte. Für nicht weniger als 1 Million 820 Tausend Spitalstage wurde ein Betrag von 1 Milliarde 95 Millionen Schilling, das sind 31 Prozent der Einnahmen, verwendet. 7 Millionen Rezepte wurden verschrieben in einem Jahr nur durch Vertragsärzte der Gebietskrankenkasse, und das kostete Berge von Medikamenten im Ausmaß von 630 Millionen Schilling.

Meine Damen und Herren! In letzter Zeit hat eine gewaltige Welle der Empörung unser Land überrollt, als bekannt wurde, in welchem Umfang und mit welcher Kaltblütigkeit, kann man ohne weiteres sagen, eine Reihe von Ärzten und einige Apotheker mit Rezept- und Medikamentenschwindeleien betrogen haben. Betrogen wurden nämlich letzten Endes jene Menschen, welche von ihrem Arbeitslohn Krankenversicherungsbeiträge zahlen, aber auch die Arbeitgeber, welche ihren Anteil auch erst verdienen müssen. Betroffen wurde aber auch das gesamte Gesundheitswesen, um dessen Finanzierung wir uns ja hier im Hause alle miteinander so große Sorgen machen und solche Anstrengungen unternehmen. Welch enormer Schaden dem Ansehen des gesamten Ärztestandes durch diese kriminellen Handlungen einzelner zugefügt wurde, läßt sich ja gar nicht beurteilen. Aber, meine Damen und Herren, ein funktionierendes Gesundheitswesen ist ohne Ärzte, zu denen ein möglichst ausgeprägtes Vertrauensverhältnis besteht, einfach nicht denkbar. Wir haben schon aus diesem Grunde die Pflicht, bei jeder Verallgemeinerung jene Mehrheit in Schutz zu nehmen, welche korrekt ihre verantwortungsvolle Tätigkeit, wo immer dies auch ist, ausübt. (Allgemeiner Beifall.) Meine Damen und Herren, wenn auch die Tatsache, daß die Umsätze ziemlich landesweit und sehr plötzlich sehr bemerkenswert zurückgegangen sind, einiges zu denken gibt, ist trotzdem der Appell der überwiegenden Mehrheit zu vertrauen, glaube ich, hoffentlich gerechtfertigt. Diese Vorkommnisse zeigen aber auch mit aller Deutlichkeit, wie schädlich und unvertretbar jene unglaublichen Privilegien, welche der Ärztestand in vertragsrechtlicher Hinsicht hat, eigentlich sind. Privilegien, welche die Anständigen und Korrekten überhaupt gar nicht nötig hätten, von den Übeltätern andererseits aber schamlos ausgenützt werden. Wir jedenfalls werden uns um eine Beseitigung dieser Privilegien, wenn schon so viel von Privilegienabbau die Rede ist, bemühen. Und da dies nur durch die Gesetzgebung, also auf politischem Weg, möglich ist, erhoffen wir uns die politische Unterstützung aller Parteien.

Meine Damen und Herren! Nun noch kurz ein paar Bemerkungen zum wichtigen Bereich unserer Krankenanstalten. Wir haben das Krankenanstalten-Gesetz

hier in diesem Hause einstimmig beschlossen. In einer ausführlichen Debatte wurden die Zielsetzungen und ihre Bedeutung von allen Sprechern aller Fraktionen entsprechend dargelegt und auch gewürdigt. Ich möchte mich nicht wiederholen, sondern nur daran erinnern, daß wir in Hinblick auf die Vielschichtigkeit und Kompliziertheit der Materie die Umsetzung unseres gemeinsamen Willens hier im Hause, unseres eindeutigen Willens in die Tat dem Ordnungswege überlassen haben oder überlassen mußten. Ohne die Wichtigkeit der übrigen schmälern zu wollen, haben wir uns – so glaube ich – eine rasche Erfüllung des Gesetzesauftrages zumindest in zwei Bereichen erwartet. Es ist dies die Gebührenregelung der Vorstände und Klinikchefs nach den wohl ausreichend genug begründeten Grundsätzen des neuen Gesetzes und die Schaffung kleinerer überschaubarer und daher patientenfreundlicher Einheiten. Natürlich wußten wir schon bei der Beschlußfassung als Realisten, die wir ja sind oder geworden sind, daß es vielfältigen hinhaltenden Widerstand geben wird. Ich möchte daher den zuständigen Referenten, Herrn Landesrat Heidinger, geradeheraus fragen, bis wann damit zu rechnen ist, daß die Landesregierung die fälligen Verordnungen beschließt und uns vielleicht auch zu sagen, in wie viele und in welche Gefechte oder Scharmützel er derzeit verwickelt ist, welche Widerstände es denn eigentlich sind, die diese Verzögerung verursachen? Gegebenenfalls, meine Damen und Herren, hätten wir Abgeordnete nämlich die Pflicht, dem Landesrat bei der Verwirklichung dessen, was wir einstimmig gewollt haben, zu helfen. (Abg. Dr. Schilcher: „Das hat er nicht notwendig!“) Wer weiß, wer weiß, lasse ihn erst antworten! Bringen wir, meine Damen und Herren, zuerst einmal das, was von der Öffentlichkeit von uns zunächst erwartet wird, in Ordnung, und wenden wir uns erst dann diesen anderen komplizierten Fragen in Ruhe zu. Ich bin auch Mitglied dieses Verhandlungskomitees. Ich möchte mich, da die Verhandlungen ja noch laufen, nicht dazu äußern. Ich möchte nur sagen, unsere Bereitschaft, gemeinsam in fairer Weise eine Änderung und befriedigende Zustände herbeizuführen, ist ja bekannt. Und warten wir darauf, was dabei herauskommt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Prof. Schilcher. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Schilcher: Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde nicht zum Wirtschaftskörper sprechen und auch nicht zum Thema des Herrn Loidl. In dieser Gruppe sind so verschiedene Dinge vereint wie Gesundheit, Umwelt, Gewässerschutz und so weiter. Aber letztlich gehört alles zusammen, weil heute eine gesunde Umwelt mit verhindert, daß Menschen krank werden. Ich möchte daher über diesen Teil des Gesundheitskapitels sprechen und an die Spitze ein Zitat eines Mannes stellen, den Sie wahrscheinlich kennen, Arnold Toynbee. Er schreibt in seinem letzten Werk über die Mutter Erde und fragt am Ende des letzten Kapitels: „Wird der Mensch die Mutter Erde ermorden oder erlösen? Der Mensch kann sie ermorden, wenn er seine technische Macht vergrößert, er kann sie erlösen, wenn er seine selbstmörderische Habgier in den Griff bekommt.“

Ich glaube, daß das heute ein Thema ist, das eine ganze Menge junger Menschen interessiert, die wahrscheinlich noch länger leben werden als wir hier, die wahrscheinlich noch mit ihren Kindern leben werden. Ich glaube daher, daß sie ein Recht haben zu erfahren, was wir tun möchten, damit es möglich ist, daß sie noch länger leben können und auch wenigstens so gut leben können wie wir. Es ist sehr interessant, daß in der Geschichte zumindest seit der Aufklärung sehr unterschiedliche Antworten gegeben wurden. Eine Zeitlang – ich habe es gestern schon erwähnt – hat man gesagt, wir werden diese Welt erlösen mit Wissenschaft und Technik. Und wenn Sie heute junge Menschen hören, und ich höre sie an der Universität, dann meinen sie fast schon das Gegenteil, nämlich, wir werden diese Welt von Wissenschaft und Technik erlösen müssen, denn sonst geht sie daran zugrunde. Ich habe mir ganz wahllos die Schlagzeilen dreier Zeitungen der letzten fünf Tage herausgeschrieben, die da lauten: „Wälder gefährdet, saurer Regen bedroht 3200 Hektar“; „Abgase unserer Autos könnten die ganze Menschheit vergiften“; „480 Quadratmeter Grünfläche werden pro Minute verbetoniert in Österreich“, oder „Krebsstote durch die Umwelt“. Ich glaube, daß diese Schlagzeilen – und wir gewöhnen uns schon an die apokalyptische Sprache, die hier herrscht – zeigen, daß die Menschen Angst haben, Angst um ihre Umwelt, Angst ums Überleben. Der amerikanische Expräsident Carter hat sich eine Studie machen lassen, Sie kennen Sie, „Global 2000“. Und da ist ihm mitgeteilt worden, daß, wenn es so weitergeht wie jetzt, es im Jahr 2000 eine Verdoppelung des CO₂-Gehalts in der Luft geben wird, daß der Bestand der Wälder halbiert und der Bestand der fruchtbaren Ackererde um die Hälfte geringer sein wird als heute durch die Erosion.

Ich glaube, daß diese Feststellungen unbestritten sind. Und wir können sie aus der kleinen Sicht eines kleinen Landes bestätigen. Wir wissen, wenn wir einen Bach, einen Fluß auf die herkömmliche Art regulieren, ist in 10, 20 Jahren in diesem Tal der Wasserhaushalt gestört. Wir wissen, daß der SO₂- und der CO₂-Gehalt in der Luft, ich bin ein lebendiger Zeuge für die Grazer Luft, die Bronchien zerstört und die Gesundheit angreift. Wir wissen, daß die Sondermüllfrage fast unlösbar zu werden droht.

Ich war vor kurzem in einer oststeirischen Firma – ich kann sie nicht so genau lokalisieren, weil so viele gibt es da unten nicht, die war so anständig zu sagen, bitte, ich kann den Beizschlamm und ich kann den Galvanisierungsschlamm, der bei mir anfällt, nirgends mehr deponieren, die Normaldeponie nimmt mich nicht, und eine Sonderdeponie haben wir nicht. Das heißt, die ersticken dort langsam im Schlamm. Ebenso hat der Inhaber gesagt, ich mache etwas nicht, was ich höre, was alle anderen machen. Die übergeben das einem Frächter und entlasten damit ihr Gewissen. Aber viele wissen daher auch, wenn sie nach einem Glas Wasser greifen, daß das kein Alpquell mehr ist; denn es kann sein, daß es durch Kupfer, Zinn, Zink und so weiter bereits verseucht ist. Ich glaube, das alles wissen wir. Es ist auch in diesem Haus schon oft darüber gesprochen worden. Nur, was mir jetzt auffällt, ist das, daß zwischen den Gruppen fast so etwas wie eine ideologische Maginotlinie entsteht, nämlich zwischen den Ökologen und den Ökonomen. Und wenn

Sie nur hören, wie die miteinander umgehen, miteinander reden, wenn sie etwa hören, wie ein Ökonom einen Umweltschützer, wenn er ganz vornehm ist, einen Störenfried oder einen Spinner nennt, wenn er weniger vornehm ist einen „Windradlindianer“ oder einen „Ökofaschisten“. Und wenn Sie umgekehrt hören, wenn Ökologen die Ökonomen aufs Korn nehmen und sie Wachstumsfetischisten nennen, Gigantomanen, oder wie das Herbert Krull in seinem sonst sehr lesenswerten Buch „Der Satan der Erde“ sagt, dann sind das schon ungeheure gegenseitige Angriffe.

Und die Prognosen auf beiden Seiten für unsere Enkel und Kinder sind nicht gerade erfreulich. Die einen sagen, die Uhr ist abgelaufen, die Menschheit geht daran, ihre Mutter Erde zu zerstören, die anderen sagen, ja es ist wahr, es wird tatsächlich immer schlimmer, aber deshalb, weil es überall, wo wir sinnvolle Projekte hinbauen wollen, irgendwelche grüne Irrwische gibt, die diese Projekte verhindern, und daher kann der Fortschritt nicht mehr, der Herr Preamberger nicht sehr heftig, weitergehen und die Armut wieder beginnen muß.

Ich glaube, daß, wie immer, und das ist ja keine sehr große Einsicht, in beiden Positionen Wahrheit steckt und in beiden Positionen Übertreibung. Ich glaube, es ist eine wirkliche Übertreibung der Ökonomen, zu glauben, wenn wir alles gleich machen wie jetzt, aber nur ein bisserl mehr jedes Jahr, plus drei Prozent, wie der Herr Benya gesagt hat, dann wird alles besser. Das stimmt sicher nicht. Die Quantität macht gar nichts. Im Gegenteil. Wenn die Leute glauben, wir brauchen nur eine neue Maschine oder ein neues Produkt, dann wird es schon automatisch weitergehen, so ist das auch ein Irrglaube. Ephraim Kishon hat einmal gesagt, die Amerikaner haben eine neue Maschine erfunden. Sie setzt Erdäpfel, bewässert sie, erntet sie, schält sie ab und ißt sie auf. Ich meine, daß in dieser spöttischen Bemerkung eine große Wahrheit steckt, nämlich, daß Maschinen allein zwar Arbeitsplätze sichern, aber auch die Sinnlosigkeit der Tätigkeit garantieren.

An diesem Wochenende hat Ralph Dahrndorf in einem „Hamburger-Zeit“-Artikel gemeint, es ist eigentlich wirklich überraschend, wie zynisch wir geworden sind, daß wir von einst sinnhaften Tätigkeiten nur mehr die Hülle überbleiben lassen, die Jobs als eine Art legalere Arbeitslosenunterstützung. Das heißt, die Leute haben schon recht, die diese Dinge kritisieren. Aber auch die anderen haben recht. Was sollen wir Politiker in dieser Situation tun?

Wir sollten uns nicht auf die eine oder andere Seite schlagen. Ich glaube, wir sollten versuchen, eine neue Einheit von Sinn und Gewinn, von Verantwortung und Fortschritt zu finden. Ich sage das auch aus einer gewissen persönlichen Erfahrung. Wir haben noch vor 20 Jahren den „wertfreien Wissenschaftler“ gefeiert. Jeder hat seinen Max Weber gelesen und gesagt, ein Wissenschaftler muß wertfrei sein. Tatsächlich ist das auch eine Gefahr. Ein rein wertfreier Wissenschaftler, und Sie brauchen sich nur Dürrenmatts „Physiker“ anzuschauen, der nicht verantwortet, was er forscht, ist leicht eine Gefahr für die Menschheit. Wir haben dann den wertfreien Unternehmer erfunden, der einfach Gewinne machen soll, womit, ist egal. Auch daran werden Zweifel laut. Wir haben den wertfreien Gewerkschafter erfunden, der jetzt sehr aktuell ist und

der monoton Arbeitsplätze fordert, was immer dort gemacht wird, ist egal, Arbeitsplätze. Und dann gibt es noch den wertfreien Konsumenten. Alle diese Typen sind langsam eine Gefahr. Genauso wie der wertfreie Wissenschaftler, von dem sie abkommen. Denn ohne Sinn wird der „wertfreie“ Gewinn tatsächlich wertlos. Sie haben bei den ersten zwei Argumenten mehr genickt als beim Gewerkschafter, habe ich gemerkt, Herr Preamberger. (Abg. Brandl: „Das hat nicht ganz gepaßt, da hat er nicht mitkönnen!“) Die gängige Formel lautet: Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie. Was das heißt, möchte ich an einigen ganz kleinen Beispielen erläutern. Das erste: Die Beamten dieses Landes haben im Nebenraum eine Umweltschutzausstellung mit sehr einfachen Mitteln gemacht. Dort wird gezeigt, daß die Verbindung von Ökonomie und Ökologie von den Beamten dieses Landes auf eine sehr pragmatische Art und Weise seit Jahren ganz unbedankt und im stillen geschieht. Und es war für mich erstaunlich, denn ich bin auch nicht so ein Insider, was eigentlich in diesem Land alles schon passiert ist auf dem Gebiet des Umweltschutzes, ohne daß wir das groß hinausposaunt haben. Wenn Sie sich anschauen, in welcher kurzen Zeit die wilden Deponien in der Steiermark verschwunden sind. Praktisch gibt es sie nicht mehr. Und das war noch im Jahr 1976 ein gewaltiges Problem. Oder wenn Sie feststellen, in welcher kurzen Zeit sich die Anzahl der Kläranlagen in der Steiermark entwickelt hat. Ich möchte nicht sagen, daß das Problem des Klärschlammes gelöst ist, aber immerhin, es ist etwas passiert. Oder wenn Sie sich den Teil der Ausstellung über den Strahlenschutzdienst in der Steiermark ansehen. Professor Möse hat gesagt, ein Problem des Strahlenschutzes kann bei uns praktisch nicht auftauchen. So gut sei die Überwachung. Genauso bemerkenswert arbeitet der Ökonomiealarm. Aber auch der Lärmschutz. Das heißt, die Straßenbauer bauen nicht einfach eine Straße, sondern sie bemühen sich seit Jahren, den Anrainern eine erträgliche Lärmkulisse zu bieten. Ich habe nachgeschaut. Wir haben in diesem Land 41 Gesetze beschlossen, die sich alle irgendwo mit dem Umweltschutz befassen. Das bedeutet für die Beamten eine gewaltige Exekutionsleistung, und das bedeutet auch, daß sie nicht gerade die beliebtesten Beamten dieses Landes sind. Denn Sie können sich vorstellen, wenn ein Amt zu einer Betriebsstättengenehmigung ladet, so empfindet sowohl der Arbeiter als auch der Unternehmer diesen Beamten nicht gerade als seinen Freund; die sagen sich, der gibt uns wieder Auflagen, und die kosten etwas, und wie sollen wir das hereinbringen? Und der Konsument und der Bürger, für den der Beamte das macht, der beschimpft ihn in der nächsten Bürgerversammlung und sagt, für uns tut man überhaupt nichts. Die Lage dieser Beamten ist wirklich nicht... (Abg. Preamberger: „Die Grünen wissen es scheinbar auch nicht, denen muß man es auch sagen!“) Ja, wir sind gerade dabei, Herr Preamberger, ein, zwei habe ich gesichtet draußen, vielleicht sagen sie es weiter. Ich möchte Ihnen ein zweites kleines Beispiel erzählen, das die Vorteile des Miteinanders von Ökonomie und Ökologie zeigt. Bei der Firma, von der ich erzählt habe, war das Schlammproblem wirklich akut. Es sind sämtliche betroffenen Abteilungs-, Fachabteilungs- und Rechtsabteilungsleute hinuntergefahren, wir haben uns an einen Tisch gesetzt, und es ist gelungen, eine

Zwischenlösung einer Deponie zu erreichen. Gleichzeitig wurden Forschungsaufträge überlegt, wie man den dort anfallenden – etwa zu 60 Prozent –, noch immer wasserhaltigen Schlamm etwa für Ziegelverarbeitung oder für sonstige Baustoffverarbeitung – Wabl kennt das Problem – gebrauchen könnte, sprich: Recycling. Das heißt, hier ist ein Punkt, wo Wissenschaft, Forschung, aber auch wiederum die Industrie, die gewerbliche Wirtschaft eingreifen können, um ökologische Entlastung zu bringen. Oder umgekehrt: Richtig verstandene Ökologie schafft auch wieder Arbeitsplätze. Natürlich wäre es noch besser, wenn wir so weit kämen, daß diese Art von Schlamm nicht anfallen müßte. Aber das ist eben erst die dritte Stufe. Ich glaube nur, wenn man überhaupt probiert, erst einmal anfängt, einen Ausgleich zu schaffen und sich nicht in das eine oder andere Lager von vornherein drängen läßt, dann ist es möglich.

Zum Schluß noch eines: Ich weiß, wir alle leben in einer gewissen Schizophrenie. Wenn wir am Samstag, Sonntag am Hochschwab wandern gehen, dann sind wir extreme Naturschützer und ärgern uns über jede Einwegflasche, die da herumliegt. Unter der Woche kaufen wir das Zeug selbst, legen es irgendwo hin und denken nicht eine Sekunde nach, ob es nun verrottet oder nicht verrottet. (Abg. Brandl: „Wir denken schon darüber nach!“) Also, ich bin sehr froh, wenn Sie schon ein so gesteigertes Umweltbewußtsein haben, hervorragend. Ich nehme alles zurück, betrifft nur mich. Offensichtlich bin ich der einzige. (Abg. Preamberger: „Wir schon!“) Ich habe nur so, Herr Preamberger, irgendwo im Hinterkopf in Erinnerung, daß die VOEST da an einem Projekt beteiligt war mit Flaschen, die durchaus nicht verrotten. Es gibt sie immerhin noch. Ich glaube, wenn nicht alle mittun und alle Verantwortung übernehmen, also auch die Konsumenten, die ihren Motor laufen lassen und sagen, die Luft ist so schlecht. Wenn nicht alle mittun, dann geht es nicht, denn die Verantwortung in diesem Punkt ist unteilbar zwischen Politikern, zwischen Beamten, zwischen Privatpersonen. Ich würde Sie daher bitten, in diesem Geiste Umweltschutz und Ökologie abzuhandeln, weil wir wenig davon haben, wenn wir uns „Windradlindianer“ oder „ÖKO-Faschisten“ beschimpfen. Besser wäre es, wenn wir im Geiste dieser Beamten, bei denen ich mich wirklich auch bedanken möchte für ihre Leistung, pragmatisch an das Thema heranmachen und täglich ein Stück weiterkommen. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abg. Sponer. Ich erteile es ihm.

Abg. Sponer: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Kollege Schilcher hat uns eigentlich jetzt wieder ins Bewußtsein gerufen, wie lange es dauert, wenn man ein Problem angeht, bis es dann endlich realisiert wird. Und das Beispiel, was den Umweltschutz betrifft, ob Kläranlagen oder andere Dinge, zeigt uns eigentlich, daß wir uns auch hier in diesem Haus sehr, sehr lange beschäftigen mußten, darüber sprechen mußten, bis es zur teilweisen Verwirklichung gekommen ist. Denn endgültig sind die Dinge ja noch nicht erledigt. Ein ähnliches Problem haben wir auch auf dem Sektor des

Gesundheitswesens in unserem Lande. Ich hoffe, daß es nicht so lange dauern wird, um die Probleme, die derzeit im Raum stehen, lösen zu können. Ich darf sagen, daß die Kosten in unseren Krankenhäusern in den letzten Jahren sehr stark und sprunghaft angestiegen sind. Der Sachaufwand für unsere Krankenhäuser ist eigentlich unter der Inflationsrate geblieben im Aufwand, dagegen aber der Personalaufwand beträgt derzeit 70 Prozent der Gesamtausgaben für das Krankenhauswesen. Und wenn man bedenkt, daß in den letzten zehn Jahren, von 1972 bis 1982, 1680 neue Dienstposten geschaffen werden mußten, so bedeutet dies eine Steigerung von 30 Prozent in zehn Jahren. Ich möchte das nicht negativ aufzeigen, sondern möchte auch gleich die Ursachen dazu bekanntgeben. Die Ursachen, warum es zu dieser Postenvermehrung gekommen ist und natürlich auch zur Kostenvermehrung. Das sind einerseits die sozialen Verbesserungen für das Personal, andererseits sind es Schaffungen von neuen Bereichen in unseren Anstalten. Die Verbesserung der medizinischen Versorgung der Patienten und – das ist schon ein sehr ernstes Problem – auch die Bettenvermehrung und die Zunahme der Patientenzahlen – (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Und die Arbeitszeitverkürzung“) und die Arbeitszeitverkürzung, das gehört ja zum ersten dazu. Meine Damen und Herren, im Jahre 1981 hatten wir in den 20 steirischen Krankenanstalten 9406 Planbetten, die im Laufe des Jahres zu 87,58 Prozent ausgelastet waren. Und wenn der Kollege Loidl heute gesagt hat, was die Gebietskrankenkasse an Verpflegstagen gezahlt hat, so darf ich sagen, daß insgesamt in den steirischen Krankenhäusern 3.007.414 Verpflegstage verbraucht wurden. Und zusätzlich dazu noch 1.300.000 Ambulanzbehandlungen. Meine Damen und Herren! Ich glaube, es muß uns allen klar sein, wenn diese Entwicklung so weitergeht, dann werden wir wahrscheinlich in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, all diese Kosten zu bezahlen. Es gibt eine Berechnung, die richtet sich auf das Jahr 2000, die sagt, vom heutigen Stand ausgehend, es wird, wenn sich hier nichts ändert, im Jahre 2000 so sein, daß wir nur mehr für die Erhaltung unserer Gesundheit arbeiten und für sonst nichts mehr Geld aufwenden können. Dies bedeutet aber für uns in der heutigen Zeit, meine Damen und Herren, daß wir einerseits alles machen müssen, um die Gesundheit der Menschen in diesem Lande zu erhalten, daß wir aber andererseits bereit sein müssen, die Einrichtungen des Gesundheitswesens viel bewußter in Anspruch zu nehmen. Es gibt hier mehrere Möglichkeiten. Und eine Möglichkeit beziehungsweise eine Alternative, um Krankenhausbetten zu vermindern und die Kosten unserer Krankenanstalten zu senken, wäre eine sinnvolle, gut organisierte und für das ganze Land Steiermark greifbare Hauskrankenpflege. Herr Landesrat Prof. Jungwirth, es ist ja nicht das erste Mal, daß diese Alternative aufgezeigt wird, es hat gestern der Kollege Turek davon gesprochen, und wenn man die Protokolle der letzten Jahre nachliest, so findet man immer wieder, daß eben die Hauskrankenpflege als Alternative aufgezeigt wurde. Ich weiß, es gibt in der Steiermark einen Verein, der für das kommende Jahr erstmals mehr Zuwendungen erhält als es in der Vergangenheit war. Ich habe auch brieflich mit Ihnen in der Frage Hauskrankenpflege verkehrt. Sie haben mir im Jahre 1980 mitgeteilt, daß es in den nächsten Jahren

einen Ausbau der Hauskrankenpflege in der Steiermark geben wird. Ich muß sagen, jedenfalls für die Obersteiermark, daß hier bis heute nichts festzustellen ist. Herr Landesrat, auch nicht als Vorwurf, sondern ich möchte das eher als Anregung bringen und Sie ersuchen, alles zu unternehmen, um wirklich eine sinnvolle und gut organisierte Hauskrankenpflege zu installieren. Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, mit dem Verein, der derzeit besteht, das zu verwirklichen oder zu realisieren. Ich möchte daher vorschlagen, daß wir andere Wege suchen, auch andere Wege vielleicht beschreiten. Ich könnte mir vorstellen, daß in Zusammenarbeit mit den frei praktizierenden Ärzten in unserem Lande, mit den Gemeinden, mit den Sozialversicherungsträgern unseres Landes und natürlich mit dem Land Steiermark selbst eine geeignete Form gefunden werden könnte, um eine wirkliche und wirksame Hauskrankenpflege, die sich überall in unserem Lande auswirkt, finden zu können. Ich darf dazu sagen, daß es auch Modelle in anderen Bundesländern gibt, wo dies möglich ist. Ich bin überzeugt, wenn wir nachweisen können, und das wird sicherlich nicht von heute auf morgen gehen, es wird sicherlich auch gegenseitiges Vertrauen zwischen den Verhandlungspartnern notwendig sein, aber wenn wir nachweisen können, und wenn wir den Willen zeigen, daß wir in der Lage sind, einerseits Betten in unseren Krankenhäusern und andererseits Kosten zu senken, daß sich viele bereit erklären werden, hier mitzutun, daß es zu einer geteilten Kostentragung kommt. Ich bin überzeugt, daß es möglich sein wird, mit den Sozialversicherungsvertretern in unserem Lande ein geeignetes Abkommen treffen zu können. Ich möchte abschließend, Herr Landesrat Professor Jungwirth, an Sie die Bitte richten, aktiv zu werden, aber nicht nur Sie allein, selbstverständlich sollten wir alle gemeinsam aktiv werden, die Initiative müßte aber von Ihnen ausgehen. Ich würde bitten, nicht zu lange zu warten, sondern dieses Problem ehest in Angriff zu nehmen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Schaller. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Schaller: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesem Kapitel sind auch alle Fragen des Natur- und Umweltschutzes, und nachdem ich selbst sowohl von der Raumplanung her wie auch vom Naturschutz an vorderster Front stehe, werde ich natürlich auch mit all diesen Fragen konfrontiert, und es sind, das kann ich offen sagen, nicht immer die einfachsten und nicht immer die leichtesten. Ich möchte meine Kollegen, die im Naturschutzbeirat sitzen, als Zeugen aufrufen, welche Art von Auseinandersetzung es immer wieder gibt. Es sind leider Gottes eher die negativen Fälle, mit denen wir uns auseinandersetzen haben. Es ist oft so, daß hinter den Anliegen der Umwelt und des Naturschutzes leider Gottes keine großen Pressure-Groups und keine Multis stehen, sondern einige Idealisten, die, vielleicht zunehmend, aber doch auch Öffentlichkeit bekommen. Das zählt wiederum zu den positiven Seiten. Und ich muß auch eines dazusagen. Mit zu den Problemen zählt, daß es nicht immer am guten Willen

mangelt, sondern vielfach am Geld. Die Fachabteilung I b, die für die Erstellung der Entwicklungsprogramme zuständig ist, hat im Rahmen dieser Koordinationsstätigkeit, es ist ja auch ein Entwicklungsprogramm für den Natur- und Landschaftsschutz in der Steiermark geplant, sich auch mit dieser Frage intensiv beschäftigt. Wir haben ein Naturschutzgesetz aus dem Jahre 1976, das zwar die Ziele und Aufgaben des Schutzes unserer Umwelt klar formuliert, und auch einen Landschaftspflegefonds eingerichtet, aber der Fonds ist leider, muß man dazusagen, mangels entsprechender Möglichkeiten bisher nicht in der Lage gewesen, die Finanzierung aller dieser Fragen zu lösen. Im Rahmen dieser Planungen zum Entwicklungsprogramm für den Natur- und Umweltschutz gibt es die Idee, mit einer Landschaftsabgabe alle jene mehr oder minder zur Sanierung der Natur heranzuziehen, die sie auch belasten, die sie verbrauchen, die Raum zerstören. Die Einführung eines Ökoschillings ist vom Naturschutzbund dankenswerterweise aufgegriffen worden, und der Kollege Brandl hat es schon gesagt, wir haben gemeinsam, alle Fraktionen, die Petition, die an uns herangetragen worden ist, weitergegeben. Ich möchte mich durchaus zu dieser Idee bekennen, nicht nur, daß ich die Petition mitaufgenommen habe und meine Kollegen mitunterschrieben haben, sondern weil ich wirklich auch glaube, daß alle diese Fragen mit der öffentlichen Meinung allein nicht lösbar sind, sondern einfach nur, wenn wir ausreichende finanzielle Mittel in Zukunft für diesen Zweck, etwa über einen Ökoschilling, beisteuern können. Es soll dies keine neue Steuer, sondern ein Beitrag all jener sein, die Natur, Landschaft und Umwelt in Anspruch nehmen.

Ich möchte aber zu einem zweiten Thema doch auch Stellung nehmen, weil es zunehmend die öffentliche Meinung, auch dieser Stadt hier, bewegt, das ist die Frage der SO_2 -Konzentrationen in unserer Luft. Meine Damen und Herren, ich habe einmal schon zu diesem Thema im Landtag gesprochen. Es ist scheinbar wirklich so, wie es heute schon vom Vorredner gesagt worden ist, daß die Dinge ihre Zeit brauchen. Wir haben zugleich mit dem Raumordnungsgesetz im Jahre 1974 auch das Luftreinhaltegesetz verabschiedet. Es hat zehn Jahre gebraucht, bis die Flächenwidmungspläne wirklich zum Tragen gekommen sind. Wir haben jetzt die Situation, und das ist wirklich erfreulich, daß 450 Gemeinden in der Steiermark entweder schon einen Flächenwidmungsplan beschlossen oder zur Beschlußfassung aufgelegt haben. Ein gewaltiger Schub in letzter Zeit. Es ist auch bei der Luftreinhaltung so, daß es offensichtlich auch acht Jahre gebraucht hat, bis die Verordnung, die dort vorgesehen worden ist, mit der Festlegung der Grenzwerte geschaffen worden ist. Sie ist heuer verabschiedet worden. Wenn man die Wirklichkeit sieht, muß man sagen, daß das, was immer noch passiert, alarmierend ist, wirklich alarmierend. Ich habe mir die Meßergebnisse, die in 19 Stationen der Steiermark gemessen werden, von einem Monat durchgesehen, es ist der Monat Jänner, jener Monat, wo die Belastung am größten ist, und habe versucht, diese Ergebnisse den Grenzwerten, die in der Verordnung festgelegt sind, gegenüberzustellen. Das Ergebnis ist eher katastrophal, meine verehrten Damen und Herren. Wenn man davon ausgeht, daß das vorerst angestrebte Ziel

ohnedies die Zone 2 mit 0,2 Milligramm SO_2 Höchstwert sein soll, dann muß man feststellen, daß im Jänner das Jahres 1982 in der Meßstelle Graz-Süd diese Grenzwerte an 29 Tagen, in Graz-Nord an 29 Tagen überschritten worden sind, in Voitsberg an 16 von 17 Meßtagen, an den anderen Tagen ist die Meßstation ausgefallen, in Hörgas, der Lungenheilstation, wo man annehmen müßte, daß die Luft super ist, an 17 von 31 Tagen und in Fohnsdorf an 20 Tagen. Wir erreichen Spitzenwerte, meine Damen und Herren. 0,2 ist die Obergrenze, wir haben Tagesmittelwerte, die Werte werden jede halbe Stunde gemessen, in Liebenau von 0,48 Milligramm. In Graz-Nord kommen wir auf 0,53 Milligramm Tagesmittelwerte, meine Damen und Herren, in Voitsberg auf 0,57 und in Fohnsdorf ebenfalls auf 0,57 Milligramm Tagesmittelwerte SO_2 . Das sind Werte, wo man einfach nicht mehr wegschauen kann. Ich habe selbst an der Verordnung mitgearbeitet, sie war ja ohnedies schwierig genug zu erstellen und ist überhaupt nur mit langen Übergangsphasen durchsetzbar gewesen, weil ja auch Interessen der Industrie selbstverständlich berührt sind. Man meinte, die Zone 2 ist mit den Werten, die ich genannt habe, nicht durchsetzbar. Wir brauchen sozusagen eine gewisse Übergangszeit bis zum Jahre 1990. Aber die Übergangswerte dürfen nicht mehr überschritten werden. Es wurde ein Grenzwert festgelegt bis 1990 von 0,3. Meine Damen und Herren, auch diese Grenzwerte, diese Höchstgrenzwerte von 0,3 sind im Jänner in Liebenau an zehn Tagen überschritten worden, in Graz-Nord an zehn Tagen, in Voitsberg an sechs von 17 Meßtagen, in Fohnsdorf an zehn und in Hörgas wiederum an acht Tagen. Das ist wirklich eine alarmierende Situation, wobei man sicherlich die Frage stellen muß, wo sind die Ursachen. Die Ursachen sind sicher vielschichtig. Es ist nicht nur die Industrie, das ist gar keine Frage, aber es ist auch die Industrie, vor allem auch der Hausbrand. Das ist in Graz ein Faktor, der bei der Inversionslage natürlich besonders zum Tragen kommt. Die Frage ist, welche Konsequenzen ergibt es. Jetzt muß ich sagen, es ist meiner Meinung nach der nächste Schritt fällig. Wir haben das Luftreinhaltegesetz 1974, die Verordnung 1982. Leider Gottes, muß ich sagen, ist der dritte Teil der Verordnung weggeblieben, wo die Konsequenzen drinnen gewesen wären. Welche Konsequenzen gibt es aus der Situation? Was sind die Folgerungen? Die Folgerungen sind, meine Damen und Herren, daß ab einer bestimmten Überschreitung so etwas wie ein Alarmplan einsetzen müßte, also Maßnahmen, die getroffen werden, abgestuft natürlich nach der Wetterlage und nach der Immissionssituation. Dieser Alarmplan ist praktisch fertig und müßte beschlossen werden, aber der Alarmplan hat, meine Damen und Herren, auch dann erst einen Sinn, wenn diese Grenzwerte, die ich Ihnen genannt habe, die genau gemessen werden an 19 Stellen in der Steiermark, wenn diese Grenzwerte jederzeit zentral greifbar sind. Derzeit ist es so, daß zwar eine Station an den Computer angeschlossen ist, das waren die Werte, die wir gestern von Prof. Möse gehört haben, gestern waren sie sehr gut, da waren sie nur bei 0,04 oder 0,06. Entscheidend wird sein, daß also praktisch eine permanente Kontrolle zentral möglich ist, nicht im nachhinein. Derzeit werden sie im nachhinein abgelesen monatlich, das heißt also, wir erfahren zwar Ende Jänner, wie furchtbar es war, aber es gibt keine

Konsequenzen, weil alles bereits vorbei ist. (Abg. Kohlhammer: „Was würde es für Konsequenzen geben gegen den Hausbrand?“) Es gibt einen abgestuften Alarmplan, der beginnt etwa mit der Information der Bevölkerung, wann gewisse bedrohliche Situationen da sind, und geht bis hin zur notwendigen Abschaltung auch von Industrieanlagen, soweit sie als Hauptemittent in Frage kommen. Das Problem, Kollege Kohlhammer, ist, daß jetzt der nächste Schritt gesetzt werden muß und eine laufende Kontrolle da ist. Es gibt auch Überlegungen in die Richtung hin, daß über den Katastrophenfunk eine Schiene geschaffen wird - es kostet gar nicht soviel, etwa eine halbe Million Schilling -, per Funk die Ergebnisse hereinkommen und in einem weiteren Schritt zentral überwacht wird. Dies würde es möglich machen, unter bestimmten Voraussetzungen ein abgestuftes Verfahren einzuleiten, das von Warnungen zur Vorsicht bis - wie ich schon gesagt habe - schlimmstenfalls auch zur Abschaltung von entsprechenden Emittenten reicht. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß dieser Schritt sicher gesetzt wird. Das ist eine konsequente Entwicklung. Ich möchte nur eines am Schluß sagen. Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen halte ich die Tatsache, daß wir heute Gott sei Dank so weit sind - Kollege, Du erinnerst Dich, wie wir über Voitsberg diskutiert haben, war das noch problematisch, als man gesagt hat, die Vorschreibung von Abgasanlagen in Voitsberg gefährde Arbeitsplätze. Es ist inzwischen geschafft, Gott sei Dank. Ich bin sehr glücklich darüber, ich sage das ganz offen, daß der Landeshauptmann als Vertreter des Landes der STEWEAG gegenüber die 90prozentige Entschwefelung wirklich durchgesetzt hat. (Beifall von der ÖVP.) Damit, meine Damen und Herren, wird sich in ein, zwei Jahren, wenn das Kraftwerk Graz-Süd, also Mellach, in Betrieb ist und die Fernwärmeversorgung den Hausbrand zurückdämmen kann, die Luftsituation in der Landeshauptstadt, und die ist ja mit eine der gefährdeten Gebiete, sehr schnell verändern, so daß wir mit solchen Maßnahmen, die über die Landespolitik gesetzt werden, auch dazu kommen, Abhilfe zu schaffen. Ich möchte daher durchaus nicht nur die Dinge negativ sehen. Sie sind problematisch, das muß man ganz offen sagen. Die Luftsituation in Graz ist wirklich problematisch. Aber ich glaube auch, daß jetzt das Bewußtsein so weit gediehen ist, daß die Maßnahmen gesetzt werden, daß dieser Zustand verändert wird, und in diesem Sinne hoffe ich, daß es so weitergeht, so daß wir auch in der Frage Umweltpolitik einen wirklichen Schwerpunkt steirischer Landespolitik in Zukunft setzen können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Sehr geehrte Damen und Herren, ich unterbreche nun die Sitzung bis 20 Uhr. (Unterbrechung der Sitzung um 19.40 Uhr. - Wiederaufnahme der Sitzung um 20 Uhr.)

Präsident Feldgrill: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Wir haben uns an den Wohlstand gewöhnt, und der Kühlschrank, das Auto, der Fernseher sowie Milch in

der Plastikverpackung gehören zum täglichen Leben. Der Ruf zurück zur Natur hat uns aber jetzt ereilt. Es ist eine wichtige Frage, was ist es uns wert, daß wir etwas zurückstecken, daß wir Bequemlichkeiten, die einfach aus dem Rahmen gleiten, wieder einschränken. Dies ist sicherlich eine persönliche Einstellung und bedingt eine etwas einseitige Betrachtungsweise. Ich glaube aber doch, daß es notwendig ist, um die Dinge ins rechte Lot zu bringen, daß es einer ganz heiklen Betrachtungsweise bedarf und daß ein Gesinnungswandel stattfinden muß und ein Umdenken in der Richtung, daß abgewogen werden muß, was wirklich notwendig und was unnötig ist. Hier ist es richtig, wenn man zunächst an die Verpackungsindustrie appelliert beziehungsweise auch an die Hausfrau, daß sie Dinge nicht kauft, ja verweigert, die nicht unbedingt notwendig sind.

Es wurde heute hier in diesem Hause bereits über die Finanzierung dieser Probleme - eben des Naturschutzes - gesprochen. Und da Naturschutz ein öffentliches Interesse ist, ist es sicherlich richtig, daß man eine Finanzierungsmöglichkeit findet. Sicherlich ist auch der ÖKO-Schilling in einem gerechtfertigten Maß gerechtfertigt. Es ist richtig, daß das Verursacherprinzip gelten muß. Wer Verschmutzung verursacht, soll auch belastet werden. Das findet unsere Zustimmung. Wir Freiheitlichen glauben, daß wir unseren Kindern eine intakte und gesunde Umwelt weitergeben müssen, ja daß es sogar unsere Pflicht ist, dies zu tun.

Wir haben Gott sei Dank einige Institutionen, die sich darum hohe Verdienste bereits erlangt haben. Das sind der Naturschutz, der Landschaftsschutz und hier in erster Linie die Berg- und Naturwacht, die sich um das Problem Naturschutz bemühen. Es ist sicherlich der bedeutendste gesellschaftspolitische Auftrag unserer Zeit, unsere Natur in Ordnung zu bringen und in Ordnung zu halten.

Die Berg- und Naturwacht ist eben eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, die sich um den Natur-, den Landschafts- und Umweltschutz bemüht. Wir haben schon gehört, daß sie 180 Ortseinsatzstellen hat und sich 2800 angelobte Berg- und Naturwächter eingeschrieben haben. Sie leisten freiwillige Arbeit. Ich glaube, daß sich das Umdenken in unserem Lande bereits so weit bemerkbar gemacht hat, daß sich verschiedene Vereine und Institutionen dem Problem Umwelt widmen. Ich glaube, daß es richtig ist, daß das Volksbildungswerk, das ja einige Vorträge im Raiffeisenhof gehalten hat, hier einsteigt, daß auch der Gewerkschaftsbund sich bemüht und daß der Freiheitliche Verein, Fortschrittliche Gemeinderäte, sich auch darum bemühen. Die Aufgabe ist es, der Bevölkerung das Verständnis für den Naturschutz nahezubringen. Der Schutz der Natur und die Pflege der Landschaft sind notwendig. Der Lebensbereich von Menschen, Tieren und Pflanzen muß von allen schädigenden Einflüssen bewahrt werden. Die Einhaltung aller Gebote und Verbote zum Schutz der Natur muß überwacht werden. Die Landes- und Gemeindebehörden müssen in allen Belangen des Natur- und Landschaftsschutzes und auch in der Heimatpflege unterstützt werden. Ich glaube, daß es auch wichtig ist, daß die Berg- und Naturwächter weitergebildet werden, und es ist äußerst erfreulich, daß sie gerade im Jahr des Erzherzogs Johann 87 Bildstöcke renoviert und vor

dem Verfall bewahrt haben. Aber sie haben auch zur Beseitigung wilder Mülldeponien sehr viel beigetragen und im Rahmen der Aktion „Saubere Steiermark“ die Reinigung von Bach- und Flußufern und Nistkästenaktionen durchgeführt. Soviel ich weiß, sind es 2000 Nistkästen, die ständig betreut werden. Auch die Reinigung der Umwelt von den Zeugen des Wohlstandes, wie Autowracks, wurde durchgeführt. Insgesamt wurden 40.000 in den letzten Jahren weggeräumt. Die Berg- und Naturwächter sind in unserem steirischen Wald sehr viel unterwegs. Weil sie gefährdet sind, von Zecken gebissen zu werden, ich kenne solche Fälle, möchte ich bitten, daß man den Berg- und Naturwächtern eine Möglichkeit zur Erlangung einer verbilligten Zeckenschutzimpfung, vielleicht sogar einer kostenlosen, zukommen läßt. Denn diese Männer sind idealistisch, ohne Entschädigung, für eine gesunde Umwelt unterwegs und wirken für die Gemeinschaft. Ich möchte dies vielleicht zum Antrag erheben und schriftlich nachbringen.

Meine Damen und Herren, Umweltschutz ist nicht Aufgabe einiger weniger, sondern geht uns alle an. Es ist nicht möglich, die Umwelt durch schöne Sonntagsreden zu verbessern, sondern man muß Erfolgversprechendes versuchen und beherzt zugreifen.

Wir Freiheitlichen meinen, daß Umweltschutz Menschenschutz ist. Hier ist in verschiedenen Sparten noch viel zu tun. Ich nehme nur die Landwirtschaft heraus mit dem Problem der Spritzmittel und der Mineraldünger. Wenn man heute in eine Landwirtegenossenschaft kommt, glaubt man, man sei in einer Apotheke. Man muß erkennen, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen gesunder Umwelt, gesunden Tieren, gesunder Ernährung und gesunden Menschen gibt. Es ist aber leider so, daß ein Umkehren sehr schwer ist, solange die Landwirtschaft in eine Massenproduktion getrieben wird.

Die Luftraumbelastung mit Schwefeldioxyd nimmt zu, der Umfang der Lebensräume, in denen Wasser vorherrscht, nimmt ab. Lange Zeit wurde die Politik der Schornsteinerhöhung betrieben. Ich bin froh, daß nun in Voitsberg und in Mellach eine 90prozentige Reinigung möglich ist. Nur frage ich mich, warum dies nicht von Haus aus möglich war, nachdem ja der Stand der Technik dies ermöglicht. (Abg. Kohlhammer: „Aber nur für Steinkohle. Für Braunkohle gibt es erst einen Piloten. Bitte das genau zu differenzieren!“) Das ist eine Frage der Entwicklung. Ich glaube, das sollte man von Haus aus anstreben. Auch die Müllfrage bringt natürlich Probleme. Es werden aber schon Untersuchungen durchgeführt und bereits Prioritäten gesetzt. Die Verbrennung ist wieder gut im Rennen. Es ist aber notwendig, daß die Technologien überprüft werden, da sie ja noch lange nicht ausgereift sind. Es ist noch nicht ausdiskutiert, ob der Verbrennung oder der Deponie der Vorzug zu geben ist. Aber es ist notwendig, daß bald eine Entscheidung über die Technologie fällt und ebenso natürlich eine Entscheidung über die demokratische Durchführung des Verfahrens. Eines ist nicht möglich – ich glaube, da sind wir alle einer Meinung –, daß über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Entscheidungen getroffen werden. Es kann nur ein Miteinander geben. Das Mißtrauen des Bürgers wird immer größer, wenn die Politiker nicht mit gutem Willen und mit Taten Beispiel geben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe einen Film gesehen, der heißt „Zeitbombe Chemie“, von einem gewissen Herrn Dipl.-Ing. Markewitz. Ich war bis ins Innerste berührt, denn dieser Film hat gezeigt, welche Probleme noch auf uns zukommen werden. Die Frage des Sondermülls und dessen Beseitigung ist ja eine enorm schwierige Aufgabe, die es noch zu lösen gibt. Gerade die Grundwasserverseuchung am Köglerweg gibt uns Probleme in Gössendorf auf. Aber, meine Damen und Herren, es kann nicht so geschehen, daß man einfach die Toleranzgrenze hinaufsetzt und sagt: „Es wird schön nichts passieren!“ Ich glaube, daß das ein ganz gefährlicher Weg ist. Nitrate können sich nämlich im Magen von Kindern zu Nitraten umwandeln und entziehen dem Blut den Sauerstoff. Es wurde bereits festgestellt, daß es eine rapide Zunahme der Krebsgefahr bei Kindern gibt.

Wie gesagt, wir Freiheitlichen sehen im Umweltschutz einen Menschenschutz, und wir werden uns auch weiterhin dafür stark machen und dafür werben, daß das Verständnis dafür unter dem Motto „Blau ist das verlässlichste Grün“ größer wird.

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Kröll. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröll: Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dem Kapitel Umweltschutz gilt meine besondere Beachtung gerade auch aus der Sicht der Gemeinden. 1. weil Schutz der Umwelt schlechthin eine Frage der Lebensqualität ist, und 2. gerade auch die für den Umweltschutz errichteten Wasser- und Abwasseranlagen eine enorme Bedeutung für die Wirtschaft, insbesondere die Bauwirtschaft, haben, und hier wiederum für die ortsbezogene oder regional bezogene, daher insgesamt die ortsansässige. Die gleichzeitig gezeigte Umweltausstellung hier nebenan zeigt sehr deutlich, daß für den Umweltschutz viel geschehen ist. Der Wasser- und Abwasserbau und die Müllbeseitigung im ganzen Land verdienen genauer analysiert zu werden. Im Bundesland Steiermark sind bis Ende 1982 rund 790.000 Einwohner in 440 Gemeinden an zentrale Wasserversorgungsanlagen angeschlossen. Das sind rund 66 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung in rund 81 Prozent der 544 Gemeinden. Um diesen Versorgungsstand zu erreichen, war in den Jahren von 1972 bis 1982, also für den Zeitraum eines Jahrzehntes, ein Aufwand an Baukosten von 1.912.000.000 Schilling erforderlich. Es darf hingewiesen werden, daß es für diese Maßnahmen gemeinsame Finanzierungsmodelle gibt: Wasserwirtschaftsfonds, Beitrag des Landes und Landeskredite sowie Interessentenbeiträge, die aufzubringen sind. Für die Abwasserbeseitigung Kommunal- und Kläranlagen waren bis Ende 1982 rund 530.000 Einwohner in 181 Gemeinden an zentrale kommunale Abwasserbeseitigungsanlagen angeschlossen. Das sind rund 44 Prozent der Wohnbevölkerung in 33 Prozent der 544 steirischen Gemeinden. Die derzeit bestehenden 38 Abwasser- und Reinhaltverbände weisen gegenwärtig 194 Mitgliedsgemeinden auf. Um diesen Stand, in dem auch die Kläranlagen enthalten sind, zu erreichen, war in den Jahren 1972 bis 1982, also in elf aufeinanderfolgenden Jahren, ein Baukostenvolumen von 3.852,4 Millionen Schilling nötig, wozu das Land

allein aus Beiträgen und Landesmitteln 713 Millionen Schilling beitrug. Die Entwicklung des gesamten Ausbaues der zentralen kommunalen Kläranlagen hat nunmehr mit dem Stand 1982 1,082.000 Einwohnergleichwerte erreichen können. Von den 113 Kläranlagen in der Steiermark befinden sich 71, neun mechanische, 62 biologische, mit einer Kapazität von 893.000 Einwohnergleichwerten, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Einzugsgebiet und entlang des Murflusses, was nur mehr unterstreicht, was heute auch in der Presse nachzulesen ist, daß es zwar langsam und allmählich aber doch deutlich zum Besseren auch mit unserem Hauptfluß, der Mur, bestellt ist. Wir haben hier gerade im Bereich der Kläranlagen – es ist auch im Vorjahr deutlich hingewiesen worden – nunmehr mit der Problematik zu kämpfen, daß wir da und dort als Zusatzinvestition Schlammpressen anzuschaffen haben, die nachträglich in der Regel noch zu finanzieren sind. Im wesentlichen ist das die Gewähr dafür, daß man die Volumen senken kann, weil man sonst diesen Schlamm um viel zu teures Geld sehr, sehr weit spazieren führen muß. Zu dieser kommunalen Abwasserbeseitigung kommt noch eine ganz erheblich große Zahl, nämlich ein Bauaufwand von 2.682,000.000 Schilling, als betriebliche Abwasserbeseitigung hinzu. Wenn man das zusammennimmt, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann hat sich für die Gesamtaufwendungen eine Summe von 8.690,000.000 Schilling von 1972 bis 1982 ergeben; die Beiträge des Landes sind in ihrer großen Mehrheit nicht rückzahlbar und sind zum kleineren Teil Darlehen von 1.120,000.000 Schilling.

Zur Abfallbeseitigung: Das Schaubild in der Ausstellung nebenan verdeutlicht es sehr augenscheinlich. Es ist noch allen in Erinnerung, daß beim Müllgipfel, an dem der Herr Landeshauptmann und alle Spitzenpolitiker aller drei hier im Landtag vertretenen Parteien teilgenommen haben, auch referierten, Prof. Möse und die Vertreter aller drei Technologien, nämlich der Kompostierung, der Verbrennung und der Deponie, über die unterschiedlichen Standpunkte referierten, gerade auch die kommunalen interessierten Zuhörer unterrichtet haben. Wir wissen, daß inzwischen hier oft ein Streit ausgebrochen ist und eine Gruppe die andere ausspielen will. Wir müssen aber sagen, daß alle am richtigen Platz sind und es wahrscheinlich der richtige Weg ist. Man kann es nicht vergeneralisieren und man darf nicht sagen, das eine ist das Allheilmittel und das andere ist gänzlich ungeeignet, sondern es stellt sich die Problematik da anders als dort. In den letzten sechs Jahren wurden in der Steiermark mit einem Kostenaufwand von 244 Millionen Schilling vier Müllklärschlammkompostieranlagen und fünf regionale Mülldeponien errichtet, wodurch 433,000 Einwohner in 430 Gemeinden erfaßt worden sind. Die Region der Stadt Graz und des südlichen Teiles des Bezirkes Graz-Umgebung und des Bezirkes Deutschlandsberg, des nördlichen Teiles des Bezirkes Weiz und des Bezirkes Leoben besitzen noch keine entsprechende regionale Abfallbeseitigungsanlage. Wir wissen aber, heute auch der Presse zu entnehmen und vom Vorstand der Rechtsabteilung 3, Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Rupprecht, daß gestern gerade die Gründung der Verwaltungsgemeinschaft für Graz und Umland ebenfalls erfolgt ist. Also ein wesentlicher Schritt zur Entsorgung des Großraumes Graz. Für diese 244 Millionen Schilling Bau-

kostenaufwand hat das Land allein 62 Millionen Schilling beigetragen. Die Müllsturzplätze konnten seit 1975 ganz wesentlich abgesenkt werden, als logische Folge dieser hohen Investitionen. Es verdient schon Beachtung, wenn man im Jahre 1975 noch 422 Müllsturzplätze hatte, 1980 338, im März dieses Jahres 133, im September dann 91 und nunmehr mit der Zahl vom November dieses Jahres 77 Müllsturzplätze zu verzeichnen sind. Hier ist es deutlich sichtbar, daß dieser konsequente Weg, der sicherlich schwierig ist, auch viel Geld kostet und insbesondere viel Gesinnung braucht und viel Verständnis auch unserer Gemeindebürger im Lande, daß der zum Erfolg führt. Wir sind hier nun in der Phase der Kompaktierung. Wir haben viele Deponien, wo die Kompakte noch fehlen, so daß sich die Räume zu schnell füllen und daß wir auch wieder andere Probleme haben. Insgesamt kann man aber sagen, daß eben die grobe Entsorgung fast in den Griff gekommen ist und daß nun die Phase der Entsorgung immer stärker im Vordergrund steht; sind die Komposte einerseits bei den Anlagen oder Sickerwässern oder eben die Beseitigung von Klärschlämmen. Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus! Die im Budget veranschlagten Mittel von 70 Millionen für Wasser- und Abwasserprojekte, es ist zum Teil Gruppe 5, ein bißchen auch 6, es ist aber insgesamt Umweltschutz, dafür braucht man sich nur einmal zu melden, bedeuten eine ganz, ganz wesentliche Betrachtung, nämlich daß damit 700 Millionen Schilling Bauvolumen für Investitionen wieder freiwerden. Davon sind die genehmigten Bauvorhaben aus dem Jahre 1981 und 1982 betroffen. Damit leistet das Land weiterhin einen nicht rückzahlbaren Beitrag von nunmehr zehn Prozent. Diese Investitionen kommen hauptsächlich der örtlichen und regionalen Bauwirtschaft zugute. Es besteht daher zwischen Umweltschutz und der Förderung der Bauwirtschaft gerade an den Modellen und Beispielen des Wasserbaues und der Abwasseranlagen eine echte Partnerschaft und kein Gegensatz. Die Leistungen des Landes an dem Wasserwirtschaftsfonds erhöhten sich vom Vorjahr von 72,8 auf im kommenden Jahr 1983 76,4 Millionen Schilling, wie den Ansätzen des Budgets zu entnehmen ist.

Wir alle, meine Damen und Herren, hier im Hohen Hause, vor allem aber auch die Bürgermeister und die Gemeinden in unserem Land, erwarten, daß die Sitzung des Fonds am 14. Dezember die verbesserten Förderrichtlinien des Fonds aus der Novelle 1982 im Sinne dieser Novelle beschließen möge. Es wurde hier mehrmals von meinen Vorrednern, auch schon in der Generalrede, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross gedankt. Um der Wahrheit die Ehre zu erweisen darf ich hier gerade auch für die Gemeinden und gerade auch für jene, die sich sehr bemüht haben, die Dinge in den Fluß zu bringen, dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer sehr herzlich danken für sein engagiertes Auftreten beim Bund (Beifall bei der ÖVP.), dem er auch in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Fondskommission immer gerecht worden ist. Ich danke auch namens der kommunalpolitischen Vereinigung, daß der Herr Landeshauptmann auf die mehrfachen Vorsprachen so prompt reagiert hat, und wir haben auch beim Bund und beim Bundeskanzler und auch beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Gross interveniert, und ich darf

dankbar feststellen, auch eine entsprechende Antwort bekommen. Insgesamt dürfen wir uns freuen, daß es in Richtung Wasser- und Abwasserbau vorwärts geht, daß wir sowohl den Fonds besser dotieren können, wie auch weiter Beiträge zahlen können, vom Landesbudget her, daß wir damit nicht rückzahlbare Mittel weiterhin vom Land haben und durch die Hinzurechnung der verbesserten Fondsbestimmungen einen ganz wesentlichen Teil auch zur Belebung der Wirtschaft draußen in den ganzen Gemeinden unseres Landes und einen entscheidenden Beitrag im Sinne des Umweltschutzes leisten können. Ich danke allen, die sich hier Verdienste erworben haben, und ganz besonders dem Herrn Landeshauptmann Dr. Krainer für seine Hilfe. Die verbesserten Förderungen sehen unter anderem vor beim Wasserbau eine Laufzeitverlängerung von 15 bisher auf nunmehr 30 Jahre, beim Abwasser von 20 auf 30 Jahre. Bei der Kreditinanspruchnahme beim Wasser von bisher 40 auf nunmehr dann, wie wir hoffen am 14. Dezember, 60 Prozent, für den Ortsnetzausbau und von 60 auf 70 bei regionalen Anlagen und Verbänden. Beim Abwasser für das Ortsnetz eine verbesserte Kreditinanspruchnahme von 50 auf 60 Prozent, bei regionalen oder Verbandsanlagen oder Kläranlagen wie bisher bei 80 Prozent. Der Zinssatz soll mit zwei Prozent gleich bleiben, für Ortskanalneubauten und drei Prozent bei Verbesserungen von Altbauten. Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ich die Gelegenheit auch wahrnehme, um hier der Fachabteilung III c, der Rechtsabteilung 3 und allen befaßten Stellen für die fachkundige und engagierte Mühe und gute Zusammenarbeit in dieser schwierigen Materie auch ein herzliches Wort des Dankes sage. Ich tue dies auch namentlich an Herrn Hofrat de Grancy und Herrn Hofrat Dr. Ertl sowie Herrn Hofrat Dr. Rupprecht, stellvertretend für alle ihre Mitarbeiter. Man kann also zusammenfassend sagen, es ist in unserem Land für den Umweltschutz sehr viel geschehen. Das Budget 1983 ermöglicht gerade die Fortführung dieses wichtigen Anlagenbaues. Sehr geehrte Damen und Herren, wir wissen schon, daß es da und dort noch deutlicher Verbesserungen bedarf, es stinkt auch heute noch ein bißchen da und dort, das soll man nicht leugnen, aber es stinkt nicht zum Himmel, und ich glaube, wir sind in der Steiermark im Sinne des Umweltschutzes am richtigen Weg. Ich danke sehr. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu vorgerückter Stunde möchte ich noch einige Anmerkungen zur Turnusausbildung der fertigen Mediziner treffen und auch einige grundsätzliche Feststellungen zur Frage der Einkommenssituation der Ärzte anbringen. Seit dem Frühjahr heurigen Jahres hat sich die Situation für die jungen Mediziner wesentlich verschlechtert. Das ist uns allen bekannt. Die Wartezeiten für eine Turnusstelle belaufen sich, es gibt Schätzungen, in der Zukunft auf ein bis eineinhalb Jahre. Es erscheint daher dringend geboten, und Landeshauptmann Wegart hat das gestern hier schon erwähnt, daß Maßnahmen ergriffen werden, aber es erscheint dringend notwendig, daß vom Personalrefe-

renten in dieser Angelegenheit die von den SPÖ-Abgeordneten am 29. Juni 1982 geforderten Maßnahmen durchgeführt werden. In unserem Bundesland Steiermark haben wir derzeit knapp 300 Turnusärzte in Ausbildung. Anfang Dezember, und diese Zahlen sind alarmierend, sind fast 150 Ärzte für eine Ausbildungsstelle vorgemerkt. Im Vergleich dazu sei erwähnt, daß das wesentlich kleinere Bundesland Kärnten in seinen Anstalten über rund 240 Ausbildungsplätze verfügt. Zur Abschätzung der weiteren Entwicklung möchte ich nur einige Zahlen der Promoventen nennen, die in den nächsten Jahren, in den nächsten Semestern die Universität als frisch gebackene Mediziner verlassen. Wir haben im Wintersemester 1982/83 mit 120 zu rechnen, im Sommersemester 1983 mit 130, im Wintersemester 1983/84 mit 160 und im Sommersemester 1984 mit ebenfalls 160. Aus diesen Zahlen kann man ersehen, daß, wenn nur die Hälfte der fertigen Mediziner in der Steiermark verbleiben wird, es künftig nicht mehr möglich sein wird, alle Bewerber in den Turnus einzubinden, beziehungsweise es wird sich die Wartefrist für die Anwärter laufend verlängern. Auf die besondere Gefahr, die in diesem Problem liegt, brauche ich nicht besonders hinzuweisen. Eine besondere Tragik liegt insbesondere darin, daß diese jungen Menschen, die ein langes und schwieriges Studium hinter sich gebracht haben, während der Wartezeiten auch kaum eine andere Beschäftigung finden können. Eine große Anzahl von ihnen ist verheiratet und hat für minderjährige Kinder zu sorgen. Andererseits können sie aber nach den geltenden Bestimmungen nicht als arbeitslos angesehen werden, und es besteht daher auch keine Möglichkeit, ihnen eine finanzielle Unterstützung zu gewähren. Wir sehen also, daß auch die Arbeitsplatzsituation für absolvierte Ärzte, für Akademiker immer schwieriger wird. Gestern, und erlauben Sie mir ein persönliches Wort hinzu, haben wir gehört, daß bei der BH Leoben seit fünf Jahren, man stelle sich das vor, ein absolvierter Arzt gesucht wird, der die Stelle des Amtsarztes ausübt. Ich frage mich, wo die Gründe liegen. Ein naheliegender Grund könnte darin gelegen sein, daß die Ärzte noch immer auf finanziellem Gebiet sehr verwöhnt sind. Erlauben Sie mir dieses offene Wort, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß hier Mediziner diesen Posten nicht annehmen. Ich brauche gar nicht die Arbeitslosenziffern zu nennen. Aber diese Tatsache, daß hier die ärztliche Versorgung im Raum Leoben im Rahmen der amtsärztlichen Tätigkeit nicht gewährleistet ist, daß sich niemand findet, gibt zu denken. Wir wissen auch, daß viele praktische Arztposten, Planstellen für praktische Ärzte am Land draußen, nicht besetzt sind, wir wissen aber auch, daß die Wartezimmer voll sind. Ich glaube, daß hier, was die finanziellen Einkunftserwartungen betrifft, was die Berufserwartungen betrifft, doch ein Umdenken stattfinden müßte. Und wenn wir im vergangenen Jahr diese Novelle zum Krankenanstaltengesetz beschlossen haben, wo wir einen ersten Schritt zur Eindämmung der Gehälter der Primärärzte begangen haben, im Sinne einer gerechteren Verteilung der Sondergebühren, im Sinne einer höheren Einkommensgerechtigkeit, so glaube ich, und ich bin zuversichtlich, daß noch in diesem Jahr die dazugehörige Verordnung erlassen wird. Ich persönlich glaube, daß langfristig, um hier die Relationen ins rechte Lot zu bringen, um hier auch in der Öffentlichkeit den richtigen Eindruck

zu erwecken, es notwendig sein wird, das Einkommen auch für Primärärzte zu fixieren.

Denn machen wir uns nichts vor, diese Neuregelung erlaubt noch immer Spitzengehälter, von denen die Bevölkerung nicht einmal zu träumen wagt. Und wenn wir hier – das wird morgen der Fall sein – die Politikergehälter einfrieren, so glaube ich auch, daß wir im Zuge dieser Diskussion die Einkommensentwicklung auch in den anderen Berufen nicht vernachlässigen sollten und vor allem auch dieser Einkommensentwicklung unsere Aufmerksamkeit zuwenden sollen. (Abg. Dr. Dorfer: „Die Überstunden bei den Richtern!“) Bei den Richtern gibt es keine Überstunden, Herr Kollege Dorfer. (Abg. Dr. Dorfer: „Bei den freigestellten Richtern!“) Bei den Freigestellten gibt es auch keine Überstunden, weil sie nicht arbeiten, weil sie freigestellt sind, aber Sie wissen, ich persönlich bin für die Aufhebung dieses Privileges. Ich bin dafür, daß diese arbeitsfreien Bezüge eingestellt werden. (Abg. Dr. Dorfer: „Sie sind der Meinung, Sozialismus ist die gleichmäßige Verteilung der Armut, dann stimmt es!“) Ich bin der Meinung, und da werden Sie mir recht geben, wenn man die Einkommensentwicklung der Ärzte verfolgt, wobei ich hier nicht Neidgefühle erwecken möchte, aber einige Vorfälle der letzten Zeit zeigen dies ja, daß hier sehr vieles möglich ist. Ich will nicht pauschalisieren, aber wenn wir gesehen haben, welche Praktiken auch hier angewandt worden sind, so hat dies leider bewirkt, daß das Ansehen der Ärzte und das Image der Ärzte in der Bevölkerung nicht unbedingt davon profitiert haben. Es geht hier nicht um die Verteilung auf alle, daß alle gleich arm sind. Es geht uns Sozialisten darum, in diesem Bereich und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen, mehr Einkommensgerechtigkeit zu erzielen, und in diese Richtung werden wir alle Anstrengung unternehmen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es helfen aber die besten – um nun zum Ausgangsthema zurückzukommen – Förderungsmaßnahmen, die besten Kliniken nichts, die besten Ausbildungsplätze nichts, wenn nicht der Patient als Mensch im Vordergrund steht und die Behandlung als Fall in den Hintergrund rückt. Ich habe die Zeitung vergessen, ich wollte sie ursprünglich mitnehmen, aber von fünf befragten Studenten sind schon bereits vier der Meinung, daß sich die Vorstellung über den Arztberuf im Laufe des Studiums wandelt. Daß zu sehr der Fall im Vordergrund steht und zu wenig der Mensch, und daß ihnen die Illusionen sowohl während des Studiums als auch nachher zum größten Teil geraubt werden. In diesem Sinne, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind gemeinsame Anstrengungen von uns allen notwendig, um die Ausbildung des Studenten zum Mediziner und anschließend der Mediziner zu fertigen Ärzten zu gewährleisten, zu einem Mediziner, der wieder das Gespräch mit dem Patienten sucht, und vor allem – das erscheint mir besonders wichtig – das nötige Vertrauensverhältnis zum Patienten herstellen kann. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Wort erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl.

Abg. Pörtl: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Herr Kollege Wabl hat sich mit den Folgerscheinungen von kranken Menschen befaßt, und ich möchte einige Gedanken bringen, wo es um die fundamentale Frage der Gesundheit geht. Wie wir in der Generalrede gehört haben, ist auf dieser Welt noch immer die größte Krankheit der Hunger. Es ist ein gesundes Nahrungsmittel die wichtigste Basis für die Volksgesundheit. Mit diesem Ruf, allgemein gesehen, nach einer besseren und gesunden Umwelt ist automatisch auch ein sehr massiver Ruf nach gesunden Nahrungsmitteln in den Vordergrund getreten. Man hofft so indirekt, daß mit dieser gesunden Nahrung eigentlich die Begleiterscheinung einer Wohlstandsgesellschaft, was den Bewegungsmangel betrifft, was die einseitige Belastung betrifft, im Beruf die Hektik, die Unzufriedenheit, mit diesen Nahrungsmitteln sozusagen fast medikamentös wieder behoben werden soll. Und es gibt auch Entwicklungen, wo man auf Grund solcher Zustände eigentlich auch sogar ein Geschäft machen kann. Wir Bauern betrachten es aber vor allem als unseren Auftrag, daß wir gesunde Nahrungsmittel produzieren, und daß wir die nur dann produzieren können, wenn wir gesunde bäuerliche Betriebe haben, solide Menschen mit einer guten Ausbildung. Wir bemühen uns, einen ökologischen Kreislauf zu haben, weil dies seit Generationen passiert ist und weil dies auch die Grundlage für unsere zukünftige Existenz überhaupt ist. (Allgemeiner Beifall.) Meine Damen und Herren, wir erzeugen in modernen und tiergerechten Haltungsformen in unseren bäuerlichen Ställen gesunde Grundnahrungsmittel, wo die strengsten Lebensmittelkontrollen darüber wachen, und wir wissen auch ganz genau, daß wir Sachzwängen ausgesetzt sind. Es gibt sicherlich Grund, daß man diskutiert über so manche Haltungsform, wenn wir an die Legebatterien denken, doch wissen wir auch – das beweisen uns Veterinäre genauso wie Ärzte –, daß das Produkt allein, wenn wir die reine Keimgehaltszahl beobachten, eigentlich eine niedrigere Keimzahl hat, aber wir sind auf dem Standpunkt, wenn wir hier eine tiergerechte Haltung auf dieser Basis wünschen, dann sind wir selbstverständlich gerne bereit, nur bitte, wir brauchen einen nationalen Schutz, damit uns nicht ausländische Batterieeier sozusagen die Existenz rauben. Wir brauchen auch eine kostendeckende Preisbasis für eine solche Umstellung, und wir brauchen auch – wie wir es in der Schweiz gesehen haben – eine Form, daß wir einen langsamen Übergang durchführen können. Es hat sich auch in unserem menschlichen Bereich sehr viel geändert. Ich möchte das gleich sozusagen anhängen. Auch wir Menschen leben nicht immer in den idealsten Umweltbedingungen, und so manche Begriffe wie Wohnsilos könnten ähnliche Vergleiche manchmal erlauben. Meine Damen und Herren, wir Bauern haben auch keine Probleme mit dem Naturschutz. Unsere Vorfahren, wir und auch unsere Kinder wachsen mit den Tieren auf, und unsere Tiere sind unsere Freunde. Ich möchte nicht differenzieren, manche, die sehr extrem das betrachten, betrachten die Tiere als Lieblinge. Wir müssen von diesen Tieren leben, und ich glaube vor allem, daß wir deshalb diese tierfreundliche Gesinnung in der Praxis ausüben. Wir machen Vorbeugemaßnahmen in trockenen Ställen mit sauerstoffreicher Luft, mit einer guten Fütterung, mit einer gründlichen Stallreinigung, mit einer gezielten Parasitenbekämpfung. Und wir nehmen uns auch Zeit

für die Beobachtung, weil uns die Stalleinrichtungen das erlauben, daß wir uns gerade in der spezialisierten Tierhaltung – ich möchte fast behaupten – oft mehr mit den Tieren befassen, als wir es früher in der vielseitigen Bewirtschaftungsform getan haben. Meine Damen und Herren! Ich könnte ein Beispiel erzählen, es ist sehr knapp, aber es springt mir so ins Auge. Wenn man heute für die glücklichen Hühner sozusagen immer wieder massiv aufkreuzt. Ich kann mich erinnern, bei uns zu Hause, minus 20 Grad in der Hütte, hat die Henne nachstudiert über ihr Glück, mit einem Fuß und einem Auge zu, ob das sehr glücklich war, ist ja auch eine Frage. Meine Damen und Herren, wir möchten vor allem und haben bereits in Zusammenarbeit mit der Forschung, mit der Lehre, vor allem auch mit der Beratung der Landwirtschaftskammer, in der Praxis einfach Ertragssteigerungen erreicht, wo wir durch diese guten Züchtungsergebnisse Fleischprodukte produzieren ohne Hormone und ohne Antibiotika.

Die genetischen Vorteile haben wir in erster Linie genutzt. Meine Damen und Herren, wenn wir das nicht gemacht hätten, würde es so manche Betriebe nicht geben. Wir haben 700.000 Arbeitskräfte seit dem Jahre 1950 aus der Landwirtschaft geben müssen. Wir haben also die Fruchtfolgen immer mehr im Auge, weil wir auch durch so manche Spezialisierung gesehen haben, daß das auch wirtschaftlich ist und daß wir vor allem eine langfristige Bodengesundheit garantieren müssen, wenn wir Bauern bleiben wollen. Wir haben den Gesundheitsdienst geschaffen, wir haben die Bodenuntersuchungen, um eben diese vorsichtige Düngung, die wirtschaftliche Düngung zu betreiben, um eben diese Nitratauswirkungen nicht durch die Landwirtschaft im Grunde auch noch zu vermehren. Meine Damen und Herren, die Futtermitteluntersuchungen, die Lebensmitteluntersuchungen, wir haben jetzt nachweislich, daß bei allen Futtermitteluntersuchungen nicht ein einziger Salmonellenfall war von den 130 Untersuchungen. Meine Damen und Herren, gerade im Obstbau ist vor allem der integrierte Pflanzenschutz, vor allem der massive Versuch, die Bestandeszahlen herunterzudrücken, um eine überschaubare Tierhaltung eben möglich zu machen. Meine Damen und Herren, es gibt aber auch in weiten Bereichen der Konsumenten eine reservierte Einstellung, ich möchte sagen, fast eher zur Verarbeitung als zum landwirtschaftlichen Naturprodukt. Unsere Bauernmärkte beweisen uns das. Sehr oft wird Getreide gekauft und das Brot in der eigenen Wohnung gebacken, die eigene Marmelade wieder produziert. Ich möchte betonen, daß wir von der Landwirtschaft diesen Wunsch nach biologischen Lebensmitteln eigentlich so sehen, daß das einfach eine Lebenseinstellung ist, daß manche Menschen, die diese Lebensmittel so produziert haben wollen, wie es eben die biologischen Lebensmittelverehrer sehen, ohne weiteres haben, nur müssen sie das bezahlen. Nur wissenschaftlich ist es nicht nachgewiesen, daß diese gesünder sind. Wir wollen Nahrungsmittel für alle Schichten der Bevölkerung gesund und vor allem ausreichend produzieren. Wir können aber auch keine Verantwortung übernehmen für die Einflüsse durch die Atmosphäre und durch andere Schadstoffemissionen. Ich glaube vor allem, daß sicherlich das äußere Bild des Bauern, das romantische Bild, nicht mehr leicht zu finden ist. Ich glaube vor

allem, daß es auch Vorteile gibt. Wir müssen die Gesetze der Natur und des Lebens annehmen und das Beste herausholen. Wir haben mit unseren modernen Geräten heute eine bessere Bodenbearbeitung, und wir haben auch sehr oft die Möglichkeit, immer weniger chemische Mittel einzusetzen. Wir haben aber auch durch die intensivere Tierhaltung mehr Wirtschaftsdünger. Wir freuen uns, daß die guten Grünen, wir selektieren sie oft zu sehr, alle Lebensbereiche mit diesen bäuerlichen Grundelementen in Verbindung bringen. Wir betrachten als Bauern unseren Beruf nicht nur als Produktionsauftrag. Für uns ist dieser Beruf auch ein echter Lebensinhalt, eine echte Harmonie zwischen Mensch, Tier und unseren Feldern und Wiesen. Meine Damen und Herren, ich sage das abschließend, wir erzeugen nicht nur Nahrung zum Essen. Wir schaffen auch den Erholungsraum für unsere städtischen Freunde. Wir bieten bäuerliche Grundwerte und Wesensart der Industriegesellschaft an, die in ihren Grundelementen sehr oft ins Wanken geraten sind. Es ist auch für eine Gesundheit, eine soziale und wirtschaftliche Gesundheit, notwendig. Und wir sind überzeugt, daß gesunde Nahrungsmittel, ein solider Lebensraum, wo die Menschen und die verschiedenen Berufsstände harmonisch zusammenleben, unsere gesamte Gesundheit steigern und uns die Kraft geben, die schwierigen Aufgaben in der Zukunft zu bewältigen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Primarius Dr. Stepantschitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Stepantschitz: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf mit großer Freude feststellen, daß die Unfallversicherung beschlossen hat, Gelbsuchtschutzimpfungen für alle jene Personen zu bezahlen, die mit dieser Krankheit in Berührung kommen. Ich darf bei dieser Gelegenheit die Bitte aussprechen, daß auch die Gebietskrankenkasse endlich einmal die Zeckenimpfung bezahlen möge. Ich möchte mir da weitere Ausführungen ersparen. Ich darf feststellen, daß ich einer Meinung bin mit allen jenen, die schon gesprochen haben, daß wir unbedingt die Hauskrankenpflege weiter ausbauen müssen. Ich darf noch dazufügen, daß es sehr viele Krankheiten gibt, die ambulant auswärts behandelt werden können, vor allem bei Kindern, die Früherfassung Blinder und Tauber, vor allem auch die Behandlung spastischer Kinder. Es wird notwendig sein, hier wirklich eine Organisation aufzubauen, daß zweckmäßig, billig und auch erfolgreich diese Behandlungen durchgeführt werden können. Eine ganz kurze Anmerkung zu der Behandlung im Krankenhaus. Es wurde heute schon gesagt, an sich immer mehr Betten, immer teurer. Dazu einige Zahlen: Die Verweildauer im Krankenhaus Graz ist von 1977 bis 1981 von 15,4 Tagen auf 13,7 zurückgegangen. Hinter diesen Zahlen steht eine sehr, sehr wesentliche und schwierige Arbeit der Ärzte und vor allem auch der leitenden Ärzte. Gleichzeitig ist die Zahl der Aufnahmen von 69.000 auf 73.000 angestiegen, also um plus 5,8 Prozent, dennoch hat die Summe der Pflagetage, eben, weil der Aufenthalt immer kürzer geworden ist, um 5,6 Prozent abgenommen. Das ist eine Feststellung, die

dafür spricht, daß es nicht so ist, daß es unbedingt immer teurer werden muß im allgemeinen, wohl wird das Bett teurer. Wenn wir schneller und intensiver behandeln, brauchen wir eben mehr. Deshalb muß man auch bei den Vergleichszahlen immer darauf achten. Es kommt ja nicht darauf an, was kostet nun ein Tag, sondern wieviele Tage habe ich überhaupt. Leider haben wir noch keine entsprechende Kostenträgerrechnung. Ich darf zum Krankenhaus sagen, daß trotz ständiger Ausweitung der Untersuchungen, ich nenne hier die Hirnoperationen, die enorm zugenommen haben, die Dialysefälle, die Intensivmedizin, daß wir dennoch versucht haben, nach Möglichkeit rasch zu arbeiten und auch ökonomisch zu arbeiten. Was die ausgedehnten Ambulanzen betrifft, die die Krankenhäuser betreiben, darf ich nur ein Kapitel erwähnen, das ist die Zahnklinik, die ja auch die Ausbildung der Zahnärzte durchzuführen hat. Es wird sehr viel gesprochen, auch auf Bundesebene, was da alles zu tun sei. Geschehen ist vom Bund aus sehr wenig. Praktisch hat das Land 24 neue Stühle geschaffen, also 24 neue Ausbildungsplätze geschaffen, um richtig zu sein, nur werden dadurch dem Land wieder wesentliche Mehrkosten bei der Führung dieser Zahnklinik entstehen. Ich darf wieder anmelden, so wie im Vorjahr, daß ich dringend ersuche, Herr Landesrat, daß man genauso, wie Tirol es mit Vorarlberg tut, auch von der Steiermark mit jenen Bundesländern, die Ärzte zu uns zur Ausbildung schicken, zu einem entsprechenden Verrechnungssystem kommt.

Zum klinischen Mehraufwand. Wir haben in sehr mühevollen Verhandlungen erreicht, daß rückwirkend mit 1. Jänner 1981 der Bund 39 Millionen Schilling zahlen sollte. Das wurde auf Beamtenebene beschlossen, das wurde von der Frau Minister unterschrieben, das ist dann auf dem Weg vom Unterrichtsministerium zum Finanzministerium verlorengegangen, weil scheinbar der Amtsdieners den ganzen Akt in einer Kantine liegengelassen hat. Der Akt ist aber relativ rasch wiederhergestellt worden. Seit Juni liegt das nun auf dem Schreibtisch des Herrn Finanzministers, der uns gesagt hat, daß er ein geordnetes Budget machen wird. Unsere Beamtenkollegen von den Ministerien haben uns gesagt, es mögen die Politiker jetzt dort entsprechend vorstellig werden. Es ist eindeutig festgestellt worden vom Kollegen Trampusch, daß der Minister Salcher nie gemeint hat, daß die alten Leute Holz sammeln gehen sollen, er hat es nur festgestellt, daß sie es tun. Ich darf auch feststellen, daß sehr viele Leute auf die Wiese gehen, Heilkräuter suchen. Nur ist das bitte nicht genug. Weder das Holzsammeln, noch die Heilkräuter. Wir brauchen auch teure Medizinern, und ich hoffe sehr, daß der Herr Minister ein Verständnis hat, daß auch dieses Geld endlich einmal zugewiesen wird.

Ich darf einige Worte sagen zu unseren Krankenpflegeschulen. Ich bin wirklich sehr bestürzt, daß die privaten Pflegeschulen immer weniger unterstützt werden. Es ist der Beitrag des Landes an diese Schulen, es handelt sich um zwei geistliche Internate und eines des Roten Kreuzes, in den letzten Jahren nicht erhöht worden. Ich höre, daß man nun einen völlig neuen Modus vor hat, der für uns – bitte sehr, ich sage das eindeutig – völlig untragbar wäre. Und wir werden sicher dafür sorgen, daß diese anderen Internate nicht

ausgehungert werden, zwar aus zwei Gründen: Erstens habe ich schon vor Jahren festgestellt, daß Schülerinnen, die in privaten Anstalten untergebracht sind, dem Land billiger kommen, damals schon. Das wird ständig noch billiger, weil die Unterstützung immer geringer wird. Zum zweiten können wir stolz sein, daß das Land Steiermark den Eltern eine Wahlmöglichkeit bietet. Es gibt noch einen weiteren Grund, Herr Landesrat, Sie haben mich fast bei jeder Diplomfeier gefragt, wieso es so ist, daß die Schüler der kleinen privaten Internate mehr Auszeichnungen haben – ich hätte hier die Zahlen, das ist aber sehr überwältigend, muß ich sagen, ich will es aber nicht bringen, weil es für die anderen vielleicht etwas unangenehm wäre. Es sind auch die geistlichen Internate, die weniger Austritte haben. Ich habe Ihnen zur Antwort gegeben, das ist so, weil bei kleineren Internaten der persönliche Kontakt besser ist, weil die sich mehr um die Schüler kümmern können. Das ist sicher einmal ein Grund, aber nicht der einzige. Ich darf Sie bitten, daß Sie dafür Sorge tragen, daß diese Schulen nicht ausgehungert werden. Was nun den klinischen Mehraufwand betrifft. Schauen Sie, diese Verhandlungen sind sehr schwierig. Wir haben hier eine Spitalszeitung aus dem Jahre 1925 gefunden. Damals stand schon drinnen, daß es praktisch unmöglich war, vom Bund eine entsprechende Lösung zu erreichen. (Landesrat Heidinger: „Wir haben eine erreicht!“) Aber keine befriedigende. Wir haben es nur erreicht auf Grund des Studiums des Rechnungshofberichtes, selbst ist die Rechtsabteilung 12 wirklich nicht darauf gekommen. Wir haben erreicht, daß man uns vorschubweise diese 39 Millionen anbietet, wobei Sie sehr wohl wissen, daß das immer noch keine befriedigende Lösung ist, sonst wäre es ja kein Vorschub. Also ich glaube, da müssen wir uns sehr darum kümmern, daß da endlich einmal etwas geschieht.

Nun darf ich noch zum Personal kommen. Nachdem ich schon von den Schwestern gesprochen habe, zu den Ärzten. Ich danke dem Herrn Kollegen Wabl sehr für seine Worte. Ich habe auch applaudiert. Ich darf Ihnen sagen, wenn die Richtervereinigung jetzt verlangt, daß die Richter aus der Politik ausscheiden, ich werde dagegen sein. Sie haben also recht, 140 Ärzte warten auf eine Anstellung. Nun, dazu könnte man sehr, sehr viel reden. Man könnte einiges zitieren, was hier gesagt wurde von der oder jener Seite, das würde nicht sehr viel bringen. Ich darf nur zwei Sätze aus der gleichen Zeitung zitieren. Es ist die „Presse“ vom 22. November. Da steht: „Im Jahr 2000 doppelt so viele Akademiker. Die Frau Minister Herta Firnberg sagt, eine Medizinerschwemme oder Lehrerschwemme stellt sie in Abrede, es handle sich vielmehr um die Klasseninteressen der konservativen Kreise, die – so Firnberg – ihren Elitecharakter der akademischen Berufe erhalten wollen.“ In der gleichen Zeitung steht, daß der Herr Stadtrat Stacher in Wien erklärt hat, er sieht keine Möglichkeit, daß die Lage der Jungmediziner sich verbessern könnte. Und er stellt auch fest, nachdem die jungen Ärzte verlangt haben, sie wollen wissen, wie man dort angestellt wird. Scheinbar gibt es gewisse Ungereimtheiten, von denen man auch in Graz schon gehört hat. Er stellt also fest, man könne die Listen der wartenden Ärzte aus Datenschutzgründen nicht bekanntgeben. Und wenn, dann nur in einer bundesweiten Aktion oder wenn ein VP-dominiertes Land den Anfang mache. Nun darf ich von hinten nach vorne

gehen, wir haben nicht nur den Anfang gemacht. Der Landeshauptmann Wegart hat gesagt, daß selbstverständlich eine Warteliste da ist, daß selbstverständlich der Reihe nach einberufen wird. In der Steiermark nimmt die Einberufung – wie Sie wissen – ein Beamter vor, der sehr ehrenwert ist und den ich sehr schätze und der Sozialist ist und der bereit ist, jedem Arzt das zu zeigen. Wir verstecken uns nicht hinter einer Komödie des Datenschutzes. Wir haben geordnete Verhältnisse, und wir werden dafür sorgen, daß auch die Wiener Kollegen damit bekanntgemacht werden. Ich stelle also fest, daß der Herr Stacher erklärt hat, erstens er kann nichts machen, das ist so. Und daß er zum zweiten erklärt hat, er kann nicht sagen, wie das weitergeht. Und was die Behauptung der Frau Minister Firnberg betrifft – jetzt komme ich wieder zurück –, die uns vorwirft, daß konservative Kreise eine entsprechende Beschäftigung der Ärzte verhindern, so möchte ich sagen, meine Damen und Herren, ganz entschieden und sehr bewußt, das ist eine Beleidigung von uns allen, denn wir haben gemeinsam das besprochen, und wir lösen das in der Steiermark unter Kontrolle des Landtages so, daß es wirklich anständig und ehrlich ist. Schauen Sie, wenn gesagt wird, hier oder dort braucht man noch Ärzte, hier einen Amtsarzt; selbstverständlich, es gibt noch Engpässe. Nur, die Masse der Arbeitslosen ist einmal da. Was die Distriktsärzte und Fachärzte betrifft, wird sich das sehr, sehr rasch einspielen. Schwieriger wird es bei den Zahnärzten, da dauert es sicher länger. Ich habe schon gesagt, auf diesem Gebiet hat das Land Vorsorge getroffen und sonst praktisch niemand.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht zu dieser so späten Stunde Sie noch länger aufhalten. Ich habe immer erklärt, daß es mir fern liegt und daß ich es ablehne, daß man parteipolitisch Gesundheitspolitik macht. Ich habe jetzt unlängst erst erlebt, wie bei einer Krankenhausöffnung das Denkmal jenes Mannes auch enthüllt wurde, der dieses Haus angeregt hat, der auf die Idee gekommen ist, daß man dort dieses Haus bauen soll. Herr Landesrat, Sie werden das Denkmal nicht bekommen, und die Ärzte werden es nicht bekommen und wir nicht, Anregungen hätten wir genug. Nur, wir sind jetzt in der gegenteiligen Situation. Wir müssen schauen, wie wir ein an sich kaum mehr beherrschbares System wieder in den Griff bekommen. Dafür wird man in der Öffentlichkeit wenig Dank ernten, und wir können nur eines sagen, wir können – glaube ich – mit gutem Gewissen behaupten, daß hier in der Steiermark auf dem Gebiet des Gesundheitsdienstes so gearbeitet wird, daß wir alles tun, was möglich ist, um dem kranken Menschen helfen zu können. Danke. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Pinegger. Ich erteile es ihm.

Abg. Pinegger: Herr Präsident! Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Beinahe wäre ich gemahnt, nach der Aufzählung der SO₂-Werte in den besagten bestimmten Regionen Ihnen zuzurufen, schönen guten Abend, wir aus der weststeirischen Region leben noch. Wir haben nur nicht die höchsten Werte. Lieber Kollege Preamberger! Ich erinnere mich an das Jahr 1981, als wir hier in

dieser Angelegenheit eine Fehde führten. Ich weiß es, Herr Kollege, der Betrieb ist nur als Versuchsbetrieb gestartet worden. Wir werden später, unter Umständen 1983, wieder darauf zurückkommen. Aber das ist gar nicht die Thematik, meine Damen und Herren, zu der ich sprechen wollte. Aber ich glaubte, es anbringen zu müssen. Wenn ich mich zurückerinnere, wie klaglos, meine Damen und Herren, die Sache Mellach lief. Und wenn ich mich zurückerinnere vor zwei Jahren, welcher dornenvoller Weg es damals war. Und würden nicht, meine Damen und Herren, damals Landeshauptmann Niederl und Landeshauptmann Krainer uns zur Seite gestanden sein, und vor allem auch, meine Damen und Herren, zur Seite gestanden sein jene, die sich Bürgerinitiative nennen. Wir sind ihnen sehr dankbar, daß sie diesen Weg dieses Kampfes angetreten haben. Wenn wir heute auch keinen Erfolg haben, lieber Kollege Halper, ich bin mir dessen bewußt, die 90 Prozent werden nicht erreicht. Wir werden also noch mehr an Gehalt haben in unserer Region, aber ich glaube, wir werden es auch verkraften. Das zur Einleitung.

Nun aber zu meinem Thema, meine Damen und Herren. Ich möchte mich speziell mit der ärztlichen Versorgung, gekoppelt mit der Hausapotheke, im ländlichen Raum befassen. Ich meine hier nicht die etablierten Apotheken. Ich meine hier nicht die etablierten Ärzte, die schon lange das System kennen, wie man Rezepte unter Umständen verschieben kann, umwandeln kann, sondern ich meine hier die jungen Ärzte, die in die Praxis hinausgehen und in dieser Praxis draußen kaum existieren können, wenn sie nicht auch die Hausapotheke zugesprochen erhalten. Geschätzter Herr Landesrat Heidinger! Ich möchte mich herzlich bedanken, daß den praktizierenden Ärzten, ich spreche hier nicht als Bürgermeister einer Gemeinde, sondern ich spreche hier für viele Gemeinden, Ihre Hilfe zuteil wurde. Ich weiß, daß im Rahmen dieser Budgetsitzungen bei den Herren der Regierung Versprechen stattgefunden haben, wo die Probleme in Murau, die Probleme im Bezirk Deutschlandsberg und auch die Probleme im Raum Voitsberg Ihnen übermittelt wurden. Hier, meine Damen und Herren, werden wir eines sicher nicht verstehen, daß Entscheidungen infolge eines Kammerstreites, ich hüte mich, hier etwas auszusagen, was unter Umständen nicht stimmen würde. Angeblich seien diese Kammern sich nicht immer einig, es scheint hier innerhalb der Ärztekammer und der Apothekerkammer wahrlich keine einmütige Meinung zu geben. Denn wie könnte es ansonsten, meine Damen und Herren, zu einer Aussage der Apothekerkammer kommen, die lautet: Es ist den Bürgerinnen und Bürgern zuzumuten, daß sie Wege, meine Damen und Herren, hört und staunt, zurücklegen können, um eine öffentliche Apotheke zu erreichen, 46 Kilometer Tour retour, und daß für diesen Weg, meine Damen und Herren, das ist sicher der extremste Fall, ein Fahrtkostenanteil von 90 Schilling entfällt. Das muß ich Ihnen sagen, da wird in dieser Kammer behauptet, es wäre zumutbar. Ich muß Ihnen sagen, das ist nicht zumutbar. Das ist meines Erachtens eine Zumutung für diese Bürgerinnen und Bürger. (Allgemeiner Beifall.) Daß wir uns als Gemeinden hier selbstverständlich auch dem stellen werden, das, glaube ich, ist unser gutes Recht. Ich habe mich beim Herrn Landesrat bedankt dafür, daß er diese Hausapothekegenehmigung unterschrieben hat und auch in

der Begründung sehr deutlich angeführt hat, daß hier so zu handeln ist. Aber, meine Damen und Herren, das Interessante dabei ist ja, daß die gesetzliche Grundlage dieser Apotheken zurückgeht auf das Jahr 1906. Das ist wahrlich ein k. und k. Unternehmen. Es würde hier auch, und, geschätzter Herr Landesrat, ich darf dich ersuchen, daß du beim Minister für Gesundheit und Umweltschutz vorstellig wirst, ein Steirer, hier für die Steirer in den entlegensten Regionen dahingehend auch zu kämpfen, daß unter Umständen bei einer heranstehenden Novelle dieses Apothekengesetzes auf diese entlegenen Gebiete Rücksicht genommen wird. Denn gerade dort, meine Damen und Herren, sind jene daheim, die bis zu einem öffentlichen Verkehrsmittel allein schon stundenlang wandern müssen und dann unter Umständen eine Stunde oder mehr sich in diesem öffentlichen Verkehrsmittel bewegen müssen, um einen Arzt zu erreichen, von diesem Arzt dann wieder wegzufahren in eine öffentliche Apotheke ist beinahe ein Wahn. Wenn man hier feststellen muß, und man spricht so viel von Chancengleichheit und von Chancengerechtigkeit, daß in einem Ort ein ansässiger Arzt, der auf Grund des Alters nicht mehr in der Lage ist, 5000 Patienten zu betreuen, daß sich nun der zweite junge Arzt, der sich ansiedelt, daß der keine Hausapothekengenehmigung erhält, wo der erste diese Hausapotheke bereits hat. Das wird einfach damit begründet, ja die Patienten haben die Möglichkeit, Medikamente bei dem im Ort angesiedelten ersten Arzt zu holen. Na, ich frage Sie, meine Damen und Herren, das kommt mir ähnlich vor, wenn ein Gastwirt zum Gast sagt, du, bitteschön, du bekommst bei mir die Semmel, aber das Gulasch holst beim Nachbarn. Das sind Dinge, denen man nicht huldigen kann. Ich darf herzlichst bitten, daß Sie, geschätzter Herr Landesrat, uns hier in diesen Bestrebungen unterstützen. Darf ich der Presse danken, denn wir haben es gewagt, diese Thematik auch in einer Pressekonferenz irgendwo den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen. Herzlichen Dank der Presse für diese nette Geste des Aufzeigens der Schwierigkeiten in diesen ländlichen Räumen. Meine Damen und Herren, als ein Bürgermeister, der von sich glaubt, diesen ländlichen Raum zu vertreten, habe ich es auch sehr deutlich gesagt, und Sie werden ja auch dazu stehen, wir werden dafür kämpfen, und zwar kämpfen nicht nur als kommunale Vertreter, sondern wir werden die Bürgerinnen und Bürger mit einladen, diesen Kampf mit uns durchzustehen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Es liegen zur Gruppe 5 noch zwei Wortmeldungen der zuständigen Referenten vor. Herr Landesrat Jungwirth, bitte zu sprechen.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Dinge ändern sich, und das Leben ändert sich. Das zeigt sich nicht zuletzt an einer solchen Diskussion zur Gruppe 5 heute am Abend. Es ist noch gar nicht lange her, da war die Debatte in der Gruppe 5 fast ohne Ausnahme eine Debatte um die Spitäler. Manche von Ihnen werden sich an die herrlichen Ringkämpfe, die hier ausgetragen wurden, erinnern, wenn das klassische Trio Jamnegg - Piaty - Sebastian angetreten ist. Die Zuschauer waren begeistert von dieser stundenlangen Schlacht um die Fragen der Krankenanstalten in

der Steiermark. (Abg. Hammerl: „Das waren Catcher!“) Wie haben sich die Dinge geändert. (Schlammcatcher sogar manchmal.) Heute war in dieser Gruppe fast kaum von den Spitälern die Rede. Offenbar ist an ihnen nichts mehr zu ändern oder nichts mehr zu machen, es ist alles klar, alles ist geklärt. Es wurden andere Themen viel breiter diskutiert, als das noch vor kurzem möglich gewesen wäre. Ich melde mich deswegen und beziehe zu zwei Punkten in der gebotenen Kürze Stellung, zu denen ich selbst persönlich angesprochen wurde. Der erste Punkt bezieht sich auf die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Sponer. Ich bin mit Ihnen einer Meinung, daß die Hauskrankenpflege eine Möglichkeit bedeutet, zukunftsweisend zu wirken, billiger zu arbeiten. Es gibt bereits Nachweise dafür, daß auf diese Weise tatsächlich Verweildauern in den Spitälern verkürzt werden können, daß Aufenthaltstage in den Spitälern geringer werden. Wir sind daran auch in der Steiermark, diese Beweise zu führen. Aber wir sind noch nicht so weit wie in den anderen Bundesländern, speziell in Vorarlberg oder in Salzburg. Es gibt mehrere Initiativen in Vereinen und Gemeinden im Hinblick auf die Hauskrankenpflege. Eine gewisse finanzielle Absicherung ist im Budget des Landes auch vorhanden, aber der entscheidende Durchbruch wird sicherlich erst dann kommen, wenn auch die Gebietskrankenkasse diese Beweise, von denen ich gerade gesprochen habe, akzeptiert. Die Bauernkrankenkasse tut es bereits, die Gebietskrankenkasse läßt sich noch bitten. Vielleicht erreichen wir diesen Durchbruch im nächsten Jahr, vielleicht sogar gemeinsam. Das zu dem einen Punkt.

Nun zum zweiten und letzten Punkt meiner Wortmeldung. Die Problematik Naturschutz wurde von einigen der Herren Abgeordneten sehr treffend geschildert, und auch hier wurde ich konkret angesprochen. Ich erspare mir die Darstellung der ganzen Problematik, die bestens bekannt ist und die ohnehin schon ausdiskutiert wurde, und gehe gleich direkt auf das Ziel los. Es geht also um die Frage, wie steht es mit dem Aufwand. Wenn sich die Wertungen verändern, wenn Natur, Umwelt für den Menschen auch immer größeren Wert bekommen, dann ist eines Tages ganz konkret die Frage zu stellen, was darf es kosten. Es gibt eine Reihe von Initiativen, die erstaunlich billig sind, ganz einfach deswegen, weil viel Idealismus von Menschen dahintersteckt. Ich habe heute früh von der Prädikatisierung dreier steirischer Regionen gesprochen, die zu Naturparks gemacht werden konnten durch eine Verordnung der Landesregierung. Ein Naturpark ist eine Region, die, ich möchte sagen, zur sanften Erholung dient, in der man Erholung sichert, ohne starken technischen Eingriff in die Natur. Hier ist das Engagement der Menschen in den betroffenen Regionen wirklich sehr stark gewesen, und die öffentliche Hand wurde nur in sehr geringem Ausmaß zur Kassa gebeten. Es gibt andere Initiativen, die durchaus auch von Interesse sind. Eine solche konnte vor kurzem der Öffentlichkeit in diesem Jahr 1982 vorgestellt werden. In Bruck, in Weitental gibt es eine Gruppe von begeisterten Naturliebhabern, die mit ihrer Initiative bereits unter die Fittiche der Akademie der Wissenschaften im Karl-Lorenz-Institut genommen wurde. Diese jungen Menschen beschäftigen sich mit der Frage, wie bür gern wir wieder Tiere in der Steiermark ein, die bei uns bereits total verschwunden sind. Das ist eine Aufgabe,

die nur mit ungeheurer Sachkenntnis und natürlich mit riesiger Geduld, mit großem Zeitaufwand geleistet werden kann. Sie sind ein Programm für die Wiedereinbürgerung des Wanderfalken in der Steiermark angegangen, und ein anderes für die Wiedereinbürgerung der Schleiereule, die auch bereits aus unserem Land verschwunden war. Sie haben bereits ihre ersten Erfolge und tun das mit enormem Einsatz und mit verhältnismäßig sehr geringer Unterstützung durch die öffentliche Hand. Nicht immer wird das in diesem Maße gelingen, und nicht immer wird es also so sein, daß wir sagen können, die Idealisten arbeiten ohnehin selbständig. Und in dem zitierten Fall „Nationalpark“ liegt die Sache sicherlich so. Wir sprechen über ihn seit einiger Zeit. Es sind auch durchaus konkrete Schritte unternommen worden. Es ist seit der letzten Budgetdebatte eine weitere Zone auf der Schladminger Seite unter Naturschutz im vollen Einvernehmen mit den Betroffenen gestellt worden. Es ist für die Südseite, für die Murauer Seite, eine Verordnung in Vorbereitung, aber wir haben hier in der letzten Zeit bemerkt, daß die betroffene Bevölkerung eben auch ihre Wünsche hat. Sie sagt, na gut, wir sehen ein, daß ihr für eure Erholung oder meinetwegen auch für eure Wissenschaft die Natur hier bewahren wollt, wir, die hier wohnen, wir wollen das auch. Aber wir müssen hier leben und wir wollen auch leben und hier leben bleiben. Dann brauchen wir auch unsere gesicherten Lebensgrundlagen. Und das ist nun auch einmal die Natur. Der Wald, der Forst, die Natur rundherum. Und hier kommt dann eines Tages die Stunde der Wahrheit. Hier kommt es dann zu Härtefällen, wo berechtigt die Frage vor der Türe steht, bitte, wenn die öffentliche Hand jetzt auf unsere Natur ihre Hand legt, dann haben wir auch die Gegenfrage, wie werden wir dort entschädigt, wo wir wirklich Schaden erleiden. Diese Frage steht also im Raum. Wie wir sie lösen, wird sicherlich noch in diesem Hohen Hause zu besprechen sein, ob mit oder ohne ÖKO-Schilling, ob durch Umschichtung, weil Umwertung von Standpunkten ja letzten Endes auch Umschichtung in Budgets bedeutet. Das ist alles eine andere Frage. Aber auf diese konkrete Frage wollte ich diese konkrete Antwort geben. Weil ich an dieser Stelle am Wort bin, gestatten Sie mir noch, daß ich auch hier allen Damen und Herren danke, die in diesem Bereich in meinem Referat tätig sind, im Naturschutzreferat der Steiermärkischen Landesregierung, in der Landessanitätsdirektion, und nicht zu vergessen die vielen, fast 3000 Männer der Berg- und Naturwacht in der ganzen Steiermark, die viel Freizeit hergeben, um eine schöne erholsame Landschaft in unserer grünen Mark zu sichern für uns, für viele, die aus der Stadt hinausfahren, um am Wochenende vielleicht in der Natur etwas Kraft und etwas Luft zu tanken. Ihnen muß wirklich ein großer Dank ausgesprochen werden. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Das Schlußwort zur Gruppe 5 spricht der Herr Landesrat Heidinger. Ich erteile es ihm.

Landesrat Heidinger: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Im Jahre 1981 haben in den steirischen Krankenanstalten an mehr als drei Millionen Verpflegstagen

180.000 Patienten ihre Betreuung gefunden. Ich wollte diese beiden Ziffern nur voranstellen, um einerseits den Stellenwert unserer Krankenanstalten zu unterstreichen, andererseits aber auch zu sagen, daß es nicht nur ein wirtschaftliches Problem ist, sondern wir in unseren Anstalten ein zutiefst menschliches Problem zu lösen und menschliche Aufgaben zu erfüllen haben. Mehr als 10.000 Bedienstete sind um kranke und Gesundheit suchende Menschen besorgt. Hiefür sind im ordentlichen Haushalt die bereits genannten Ziffern vorgesehen. Der Abgang beträgt 952 Millionen Schilling, unter Berücksichtigung des Zuschusses aus dem Krankenanstaltenfonds beträgt der zu leistende Landesanteil 689 Millionen Schilling. Dieser große Brocken des Abgangs gibt Anlaß zu Kritik, auch zu sachlicher und unsachlicher Kritik. Gibt aber auch sicherlich Anlaß zum Nachdenken, in welcher Form eine Reduzierung dieses Abganges möglich erscheint. Ich möchte aber kurz die Kostenentwicklung und einen Kostenvergleich zwischen 1976 und 1983 anstellen, um auch die immer wieder zitierte Kostenexplosion etwas zu erklären. Im Anstaltsbudget 1976 waren 2,1 Milliarden Schilling vorgesehen, 1983 sind es 3,7 Milliarden Schilling. Das ist eine Ausgabensteigerung von 71 Prozent. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 1976 1,2 Milliarden Schilling, 1983 2,5 Milliarden, das ist eine Ausgabensteigerung von 99 Prozent. Der Sachaufwand war 1976 825 Millionen und ist 1983 1184 Millionen Schilling, eine Steigerung von 43 Prozent. Der Abgang steigerte sich von 1976, damals waren es 533 Millionen Schilling, 1983 auf 689 Prozent, jenen Anteil, den das Land zu leisten hat, das ist eine Steigerung des Landesanteiles von 29 Prozent. (Abg. Dr. Heidinger: „Dazwischen liegt der Landeskrankenanstaltenzusammenarbeitsfonds!“) Herr Abgeordneter Dr. Heidinger, ich werde versuchen, auf all Ihre Dinge, die Sie angezogen haben, im Laufe meiner Rede einzugehen. Ich bitte Sie nur zuzuhören.

Die Steigerung des Personalaufwandes hat sicherlich ihren vertretbaren Ursprung in der Arbeitszeitverkürzung, in der Verlängerung desurlaubes. Allein das hat eine Vermehrung des Personalstandes um 38 Prozent erwirkt und benötigt und in der allgemeinen Anhebung der Bezüge der öffentlichen und auch Anstaltsbediensteten. Ich sage hier noch einmal, obwohl Herr Abgeordneter Heidinger das so als Ziffernspiel und statistisches Spiel dargestellt hat, ich sage es heute noch einmal, wir können den Kostenvergleich zu anderen Ländern im nationalen und im internationalen Vergleich aushalten, und ich meine, daß das Betreiben dieser Anstalten nicht fern jedes wirtschaftlichen Denkens war. Ich darf auch sagen, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Abgangsentwicklung durch den Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds sich günstig entwickelt hat. Ich hätte sehr bedauert, ich habe zweimal hier in diesem Hohen Hause gewarnt, wenn es zum Zusammenbruch dieses Fonds gekommen wäre, denn westliche Bundesländer waren ja anderer Meinung, weil sie nicht so sehr aus diesem Fonds profitiert haben, wie etwa die Steiermark profitiert hat. Ich bin sehr glücklich darüber, daß dieser Fonds weiter bestehen wird. Wir haben heute Nachmittag in einer Sitzung des Gesundheitsausschusses ja auch hiefür die Zustimmung gegeben, daß dieser Fonds zwei weitere Jahre bestehen bleibt. Wir profitieren auch diesmal davon. Der Fonds wurde aufgestockt

um 385 Millionen Schilling im Jahre 1983, um 400 Millionen Schilling im Jahre 1984. Hinsichtlich des auf die Steiermark zusätzlich entfallenden Anteils, unter Zugrundelegung verschiedener Leistungskriterien, die wir bestens erfüllen, werden wir erwarten dürfen, daß 1983/84 zusätzlich je 50 Millionen Schilling in die Steiermark fließen werden.

Auch zum klinischen Mehraufwand ein sehr offenes Wort. Auch hier im Hohen Hause sehr oft Gegenstand heftiger Debatten. Der Vertrag basiert noch auf dem Jahr 1950. Es wurde aufgezeigt, und Hofrat Dr. Stepantschitz hat gemeint, es sei nur der Rechnungshof gewesen, er war es sicherlich auch, aber nicht nur, daß Graz gegenüber den Universitäten Innsbruck und Wien im klinischen Mehraufwand benachteiligt sei. Es ist zu Beratungen gekommen, und es gibt nunmehr eine Übergangslösung, die eine Besserstellung für die Grazer Kliniken ab 1981 rückwirkend bringt. Anerkannt wurden 2278 Betten gegenüber früher 1640 Betten. Es stimmt also nicht, daß hier keine Anhebung stattgefunden hätte. Dieser klinische Mehraufwand wird uns 1981/1982, die eine Ziffer, die ich bekommen habe, sagt, wir werden 28 Millionen Schilling bekommen. Ich höre, und ich wünschte es mir, es sei richtig, es werden mehr sein. Wir werden also 1981/1982 Mittel nachbekommen. Der Brief, der von Ihnen urgiert wurde, Herr Hofrat Dr. Stepantschitz, ist bereits mit den Unterschriften von Landesrat Klausner und mir an Bundesminister Salcher abgegangen. Ich möchte hier sehr herzlich allen vier Herren danken, die die Steiermark in Wien vertreten haben. Es hat vorher bei mir im Büro eine gemeinsame Festlegung des Weges gegeben. Ich möchte alphabetisch, damit es zu keinem Mißverständnis kommt, Hofrat Dr. Kriegseisen, Hofrat Dr. Schaffer, Hofrat Dr. Stepantschitz, Hofrat Dr. Taus herzlichen Dank sagen. Vielleicht hat sogar mein Antrittsbesuch bei Frau Minister Firnberg, nachdem ich zum erstenmal bei ihr war und ihr das Problem sehr nahegelegt habe, auch unter Umständen eine bestimmte Einwirkung gehabt. Ich will mir da aber ganz bestimmt kein Federl auf den Hut stecken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Verlangen nach einer Neuorganisation der steirischen Krankenanstalten kann sicherlich und keinesfalls nur ein Anliegen von der Kostengestaltung her sein. Ich möchte eines sagen. Ob nun selbständiger Wirtschaftskörper, ob unter Hoheitsverwaltung, eine weitere Verminderung des Anstaltsbudgets, sicherlich auch unter Betrachtung von Rationalisierungen, wenn ich das hier so ausdrücken darf, aber eine weitere Verminderung wird unabdingbar eine Qualitätsverminderung in unseren Anstalten nach sich ziehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind nur mehr unter schwierigsten Bedingungen imstande und unter Außerachtlassung vieler notwendig begründeter Wünsche, unsere medizinisch-technische Ausrüstung in unseren Anstalten, vor allem im Landeskrankenhaus Graz, in den Universitätskliniken, aufrecht zu halten. Ich glaube, wenn wir von Kosteneinsparung, von Kosteneindämmung und einer Entlastung unserer Anstalten sprechen, dann müssen wir auch andere neue Wege in unserem Gesundheitswesen gehen. Ich glaube, meine Damen und Herren, es darf von Haus aus nicht einmal ein Weg ins Ungewisse sein. Der Herr Abgeordnete Loidl hat Ihnen im Namen unserer Fraktion schon dargelegt und hat gesagt, was wir von dem,

das in Rede und in Verhandlung steht, halten. Wir verhandeln, und wenn wir den Zielbahnhof erkennen, wir haben ja erst einmal Gespräche geführt, und es war nicht so, wie Sie gemeint haben, als Sie sagten, mit dem Papier, das wir überreicht haben, da sei nichts anzufangen gewesen. (Abg. Dr. Heidinger: „Das habe ich nicht gesagt!“)

Ich habe da gehört von einem Verhandlungspartner, der gemeint hat, na, so weit sind wir in unseren Vorstellungen nicht auseinander. Ich glaube, wir sollten weiterverhandeln. Man sollte die im Fenster stehende Rute herausnehmen, die so lautet, na, wenn ihr nicht wollt, dann beschließen wir es halt allein. Ich glaube, unter solchen Bedingungen sollte man Verhandlungen überhaupt nicht führen. Wir sollten uns auch nicht unbedingt von einem Termin leiten lassen, ohne die Verhandlungen verzögern zu wollen. Aber ich möchte Ihnen sagen, nicht, daß es bei uns so lange dauern soll, in Vorarlberg haben die ÖVP-Landesräte untereinander drei Jahre verhandelt, bis es ihnen möglich war, aus drei Anstalten eine Anstalt unter einer gemeinsamen Führung in einen selbstständigen Wirtschaftskörper umzuwandeln. Ich bitte, das jetzt wirklich nicht mißzuverstehen. Mir geht es nicht darum, eine Verzögerungstaktik erklären zu wollen, aber nur um zu verstehen, daß es sich hier um ein sehr sensibles Problem, um einen sehr sensiblen Bereich handelt, und daß man wirklich bis ins Detail die Dinge überlegt haben soll, bevor man neue Wege beschreitet, wobei ich noch einmal unsere Verhandlungsbereitschaft unterstreichen will. Meine Damen und Herren, wenn wir von Kosteneindämmung ohne Qualitätsverlust in unseren Anstalten reden, dann glaube ich, genügt es nicht nur allein, die Akutbetten zu reduzieren, die Verweildauer zu verkürzen, denn hier liegt ja ein Problem dazwischen, kürzere Verweildauer bringt unter Umständen in jenen Tagen, in denen der Patient im Krankenhaus ist, höhere Kosten, wir bringen weniger Pflegetage zusammen, aber der Fall, der Kostenfall, und so heißt er leider, wird unter Umständen teurer sein. Ich glaube, es müßte uns gelingen, durch flankierende Maßnahmen außerhalb der Anstalten zu erreichen, daß nicht unbedingt ein Krankenhausbett im Krankheitsfall überhaupt angenommen wird, und eine solche flankierende Maßnahme ist nun ganz sicher die Hauskrankenpflege, die heute hier im Haus im Gespräch war, die in Ansätzen in der Steiermark sicherlich vorhanden ist, aber weiter ausgeweitet werden soll. Ein typisches Beispiel, wo man auf jeden Fall und sehr rasch einen Schwerpunkt in der Hauskrankenpflege setzen müßte, ist das Beispiel im Bezirk Leibnitz, in Wagna. Wir wissen, daß in Wagna die interne Station im Verhältnis zur Bevölkerung, aber auch in Relation gestellt zu anderen steirischen Regionen, nicht jenes Ausmaß hat, wie es dort erwünscht wird. Kürzere Verweildauer, aber diese Verweildauer im LKH Wagna entspricht zwar nicht dem steirischen, aber sehr wohl einem international anerkannten Durchschnitt. Das heißt, man müßte dort sehr rasch zusätzlich, bis Deutschlandsberg in Betrieb genommen ist, dann wird sicherlich eine Entlastung in Wagna eintreten, helfend über die Hauskrankenpflege etwa auch durch Zuteilung und Hinführung von mehr praktischen Ärzten als jetzt vorhanden sind, helfend eingreifen. Herr Hofrat Dr. Stepantschitz hat bereits angezogen, eine Möglichkeit einer flankierenden Maß-

nahme eines Abbaues am Landeskrankenhaus Graz wäre das nunmehr, hoffe ich, bald in Betrieb zu nehmende alte Unfallkrankenhaus, das hier in ein Altenwohnheim umgewandelt werden soll. Das wäre eine Möglichkeit, interne Betten in Graz abzubauen. Ich sage das deswegen, weil eben die Krankenhausversorgung in unserem Gesundheitswesen die höchste, aber auch die teuerste Versorgungsstufe darstellt.

Und nun zu einigen Problemen, die hier aufgezeigt und angefragt wurden. Zur Frage der 5. KALG-Novelle. Wir haben die 5. KALG-Novelle im März dieses Jahres im zweiten Anlauf beschlossen, und diese ist nun seit 1. Juli 1982 in Kraft getreten. Diese Gesetzesnovelle zieht umfangreiche Neuerungen nach sich. Ein wesentlicher Punkt – und ich glaube, daß der immer wieder unterbewertet wird und anderes überbewertet wird, einer der wesentlichsten Punkte für mich war eine Neugliederung unserer Großabteilungen. Gliederung in überschaubare Bereiche unter dem Begriff Departements bekannt. Hier ist ein Bettenlimit von 120, höchstens 150 Betten vorgesehen, das entspricht ungefähr dem, was die Weltgesundheitsorganisation als verantwortlich erkennt. Zur Errichtung von Departements ist es erforderlich, daß von den Klinikvorständen Institutsverordnungen, und von den Klinikkonferenzen Institutsordnungen erlassen werden und dazu die Zustimmung des Landes erteilt wird. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Manche waren sehr skeptisch!“) Ich war auch sehr skeptisch, Herr Hofrat. Aber, wenn mich schon einmal ein Klinikvorstand anruft und sagt, na bitte, können wir jetzt? Dann würde ich es doch positiv bewerten. Das Land wird sicherlich – ich glaube – zustimmen. Die Zustimmung der Frau Bundesminister wird hoffentlich auch gegeben sein. Ich darf allgemein vermerken, daß die Bereitschaft zur Gliederung in Departements heute, zum heutigen Tage, etwas besser ist, als es noch vor einem Jahr ausgesehen hat. Wir haben auch die Anstaltsordnungen für die Standardkrankenhäuser und für das Schwerpunktkrankenhaus Leoben zur Begutachtung und Anhörung ausgesandt. Ich weiß und ich höre Kritik, diese Anstaltsordnungen wären sehr umfangreich. Es ist ein umfangreiches Problem, so eine Krankenanstalt in ihrer Zusammenschau, und daher auch ein sehr umfangreicher Entwurf. Ebenso sind die Verordnungsentwürfe, Herr Abgeordneter Loidl, zur Neuordnung der Sondergebühren ausgesandt worden, sozusagen im Anhörungsverfahren. Ich kann sagen, die Entwürfe dieser Verordnung basieren auf dem beschlossenen Gesetz. Dieses Gesetz sieht keine Differenzierung von Vorständen mit Gebührenverträgen vor 1970 nach 1970 vor. Es kann daher auch in den Verordnungsentwürfen, nachdem das Gesetz keine Differenzierung vorsieht, keine Differenzierung geben. Ich möchte aber gleich sagen, daß es hier ein Versprechen gibt gegenüber den Altverträgen – wenn ich so sagen darf – und die Regierung die Möglichkeit hat, dieses Versprechen auch einzulösen. Ich darf sagen, nachdem mich der Herr Abgeordnete Loidl gefragt hat, was hier schon geschehen ist oder was auf mich zukommt, es kommt am 6. und 7. Dezember das Anhörungsverfahren mit der Ärztekammer, Klinikvertretern, Primärärztereinigung und den Departementleitern zu. Ich möchte sagen, ich erwarte mir nicht von all diesen Gruppen Zustimmung.

Darf ich noch etwas zum außerordentlichen Haushalt sagen. Hier sind 51 Millionen Schilling vorgesehen. Meine Damen und Herren! 1976 waren es noch 173 Millionen Schilling. Schwerpunkte sind Strahlentherapiezentrum, I. Chirurgie, Schwerpunktkrankenhaus Leoben, Planung LKH Feldbach, das Landes-Sonderkrankenhaus Stolzalpe und die Kinderabteilung im Landes-Nervenkrankenhaus Graz. Ich sage Ihnen nur, daß es viele berechtigte Wünsche gibt. Und wenn wir all diese Wünsche erfüllen wollten, müßten wir unseren außerordentlichen Haushalt erheblich anheben. Außerhalb des Budgets werden in einer Art Leasingverfahren zur Zeit die Erweiterung am LKH Rottenmann und der Neubau des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg durchgeführt. Nun darf ich zu Deutschlandsberg etwas sagen. Die Schuldendienste, die hier im Anlaufen sind, sind selbstverständlich im Budget, aber nicht (Abg. Dr. Heidinger: „Aber die Ausgaben nicht. Der Kollege Loidl sagt, es geschieht nichts!“) – Gott sei Dank, nicht in der Gruppe 5, weder im ordentlichen noch im außerordentlichen Haushalt veranschlagt. Ich vermerke dies sehr dankbar, denn sonst würde hier ja ununterbrochen eine Aufrechnung stattfinden. Dann wäre es ja überhaupt nicht mehr möglich, irgend etwas in Angriff zu nehmen, wenn diese zwei Brocken etwa noch im Anstaltsbudget ohne Aufstockung drinnen sein würden. Darf ich Ihnen ein klärendes Wort zu Deutschlandsberg sagen, weil es hier Schockmeldungen gegeben hat. Am 12. November 1979 fand eine Kostenschätzung statt, und auf Grund dieser Kostenschätzung hat wenige Wochen später die Landesregierung den Bau von Deutschlandsberg beschlossen. Diese Kostenschätzung war 324,308.000 Schilling. Schon gleich nach der Ausschreibung zeigte sich, daß man sich bei den Kosten um 9,9 Millionen Schilling verschätzt hatte. Aber bei dem damaligen Beschluß und bei der damaligen Kostenschätzung war nicht berücksichtigt zum Beispiel die bewegliche Einrichtung, waren nicht berücksichtigt Bauleitung, Planung, waren nicht berücksichtigt Energiezentrale, der Ausbau der Straßenkreuzung, war nicht berücksichtigt Kostenerhöhung 1979/1984. In der Zwischenzeit hat eine Hochrechnung auf 1984 stattgefunden, waren keine Fixkosten berücksichtigt, keine Vorfinanzierung für den Erdgasanschluß, so daß unter Berücksichtigung all dieser Dinge, die ich hier angeführt habe, sich nunmehr ein Kostenaufwand von 562 Millionen Schilling ergibt. Nachdem es also eine Hochrechnung bis zum Jahre 1984 ist und eine Indexsteigerung von 6,5 Prozent angenommen wird, darf ich hoffen, daß eine weitere Überschreitung nicht stattfinden wird, darf aber dazu sagen, daß sich nach dieser Kostenvorberechnung die Gestehungskosten eines Krankentettes in Deutschlandsberg bei etwa 2,3 Millionen Schilling Baukosten bewegen werden. Ich glaube, daß wir hier mit diesen 2,3 Millionen Schilling sehr wohl und sehr gut im nationalen und auch im internationalen Durchschnitt liegen.

Es wurde auch das Problem der Turnusärzte angezogen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in den nächsten Monaten und in den nächsten drei Jahren wird hier tatsächlich ein Ansteigen von Promoventen stattfinden, die eine Ausbildungsstelle in unseren Anstalten suchen. Wir haben derzeit, es ist richtig, 290 Turnusärzte in Ausbildung, wobei 40 Dienstposten im

Rahmen einer Sonderdotations durch das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz geschaffen wurden. Es ist richtig, wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, daß die Promoventen des Jahres Ende 1983 eine Wartezeit von mindestens zwei Jahren in Kauf nehmen müssen. Meine Damen und Herren, das gibt natürlich zu bedenken, und es ist nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen. Wobei ich hier sagen möchte, daß es eine Lösungsmöglichkeit gibt, ohne das Land finanziell zu belasten. Ich weiß, daß ich jetzt mit dem, was ich sage, in ein Wespennest hineinstoße, aber allein, es gibt eine Berechnung, die besagt, wenn wir die Nachtdienste, die die Turnusärzte erbringen, auf die Hälfte oder nicht einmal ganz auf die Hälfte reduzieren, wäre es möglich, von der finanziellen Seite her, 60 bis 75 zusätzliche Turnusärzte anzustellen. Es gibt eine weitere Zusatzmöglichkeit, und ich habe ebenfalls wie der Herr Landeshauptmannstellvertreter Wegart, ich weiß nicht, ob er vor mir oder ich nach ihm war, jedenfalls hat man mir nicht gesagt, daß hier schon Gespräche stattgefunden hätten, man hat mir von der Arbeitsmarktförderung bedeutet, daß es von dort her, und es bedarf noch einiger klärender Gespräche, möglich wäre, 30 Turnusärzte vorzeitig anzustellen, allerdings zu einem minimalen Einkommen, das muß dazugesagt sein. Es wären etwa 5500 Schilling brutto, aber etwa in der Art, 30 könnten zusätzlich angestellt werden, erstes, zweites, drittes Monat, und dann in den ordentlichen Dienst überführen, so könnten wir insgesamt, sicherlich nur eine theoretische Rechnung, 120 zusätzliche Turnusärzte aufnehmen. Aber ich sage noch einmal, das Finanzielle allein ist nicht das Problem, sondern das Problem ist die Frage der Ausbildung. Ist unter diesen Umständen noch eine ordnungsgemäße Ausbildung möglich? Ohne jetzt Fachkenntnis zu besitzen, möchte ich nur einen Vergleich ziehen. In Kärnten ist es möglich, bei 4000 Krankbetten bei im Verhältnis gleichem Ärztestand wie bei uns, 240 Turnusärzte aufzunehmen. Beim doppelten Bettenstand in der Steiermark ist es derzeit nur möglich, 290 Turnusärzte auszubilden. Die Kärntner haben einen eigenen Ausbildungsoberrarzt erfunden. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Ich werde aber bemüht sein, und ich hoffe hier auf Verständnis, auch auf solidarisches Verständnis der Primärärzte und Oberärzte zu stoßen, um hier jungen nachstrebenden Jungärzten sozusagen die Möglichkeit einer vorzeitigen Ausbildung zu eröffnen. Ich glaube nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, an das Wort, fern jeder Ideologie, die hier aufgezeigt wurde, daß es eine Ärzteschwemme derzeit schon in unserem Lande gibt. Es gibt momentan eine Schwemme von Promoventen, die promoviert haben. Das stimmt. Aber ich glaube, ohne jetzt polemisch zu sein, ein Blick in die Wartezimmer unserer Ärzte, ein Blick auf die Warteliste unserer Zahnärzte, gibt uns doch ein anderes Beispiel, als daß wir wirklich vor einer Ärzteschwemme, Ärztesflut Angst haben sollten. Hier auch eine Richtigstellung. Die Zahnklinik wurde im Verhältnis 60 : 40 Land-Bund finanziert. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Aber nicht für Steirer!“) Das ist ja das Problem. Ich darf dazu sagen, ich habe sowohl mit den beamteten Referenten von Burgenland und Kärnten als auch mit den politischen Referenten von Burgenland und Kärnten Gespräche über die Möglichkeit eines Zuschusses von diesen Ländern geführt. Immer wenn es ums Geld geht,

werden manche Leute schwerhörig. Vielleicht gelingt es uns, in einem Vertrag zwischen den beiden Ländern, der ganz offiziell eingeleitet werden müßte, hier eine Möglichkeit der finanziellen Entlastung der Steiermark und eine zusätzliche Finanzierung aus den anderen Ländern zu finden.

Meine Damen und Herren, ich habe noch nicht alle Anfragen beantwortet. Zur Frage der Apotheken möchte ich dem Herrn Abgeordneten Pinegger sagen, daß es für mich ein oberstes Gebot ist, die Bescheide derart zu erlassen, daß sie den Menschen draußen dienlich sind. Die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes folgt nicht immer dieser meiner Meinung. Die Zuschüsse an Internate, die nicht Landesinternate sind, sind im selben Ausmaß gekürzt worden, wie halt die Förderungspost allgemein in den letzten Jahren gekürzt wurde. (Abg. Dr. Stepantschitz: „Das geht nicht, das werden wir ändern lassen!“) Das war kein Willkürakt, sondern genau in dieser Folge, wie sich das hier abgespielt hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren! In Zukunft werden wir, sofern wir die an uns gestellten Aufgaben meistern wollen, die Krankenbehandlung und -betreuung im verstärkten Maße von den Anstalten als oberstes und teuerstes Glied unserer Versorgungskette, und ich habe das schon einmal gesagt, in die Bereiche außerhalb der Anstalten transferieren müssen. Wir werden die Krankheit selbst am Ort ihres Entstehens, und hier wurde heute so viel über den Umweltschutz, über Ökologie – Ökonomie gesprochen, daß ich kein Wort mehr dazusagen müßte als, wir müssen einfach die Lebens- und Arbeitsbedingungen zunehmend verbessern und im besonderen Maße auf unsere Mitmenschen einwirken, daß das Verantwortungsbewußtsein zur eigenen Gesundheit und zur Gesundheit der Mitmenschen gestärkt wird. Ich glaube, das wird uns in erster Linie gelingen, wenn es uns gelingt, eine Umwelt und somit die allgemeinen Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Und nun abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, einem alten Brauch folgend, möchte ich dem Herrn Wirkl. Hofrat Primarius Dr. Zierler, der seit 1946 im Landeslungenkrankenhaus Hörgas-Enzenbach tätig ist, für seine hervorragende Tätigkeit als Arzt und für seine Tätigkeit als Leiter dieses Hauses, mit der Leitung wurde er 1974 betraut, meinen allerherzlichsten Dank für sein verdienstvolles Wirken aussprechen. Ebenso herzlich möchte ich Herrn Landtagsabgeordneten Wirkl. Hofrat Primarius DDr. Gert Stepantschitz für seine Tätigkeit als Vorstand der 4. Medizinischen Abteilung des Landeskrankenhauses Graz danken. Hofrat DDr. Stepantschitz ist seit 1945 mit diesem Krankenhaus auf das engste verbunden. Ihm wurde bereits im Jänner 1954 als junger Facharzt die verantwortungsvolle Tätigkeit des Vorstandes der Infektionsabteilung für Erwachsene übertragen. Ich möchte Sie nur als Vorstand der 4. Medizinischen Abteilung verabschieden und Ihnen herzlichen Dank sagen, denn ich darf wohl annehmen, daß Sie noch im weiteren Landesdienst verbleiben werden und Ihnen hierfür einerseits danken und andererseits beste Erfolge wünschen. (Allgemeiner Beifall.) Mein besonderer Dank gilt aber auch allen Bediensteten der Rechtsabteilung 12, der Fachabteilung IV a, die mit großem Eifer und viel Verantwortungsbewußtsein die vielfältigen Aufgaben im abgelaufenen Jahr gemästert haben. Ich möchte stellvertretend für alle Mitarbeiter in den

genannten Abteilungen Herrn Wirkl. Hofrat Dr. Josef Schaffer und Herrn Wirkl. Hofrat Dipl.-Ing. Robert Reiter für die geleistete Arbeit herzlichst danken. Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, danke ich für Ihr großes Interesse, das Sie dem Gesundheitswesen entgegenbringen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zur Gruppe 5 liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Dr. Horvatek: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Abstimmung.

Präsident Zdarsky: Meine Damen und Herren! Sollen Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Händezeichen. Die Gruppe 5 ist damit einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Stoisser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Stoisser: Sehr geehrte Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 befaßt sich mit Straßen- und Wasserbau und dem Verkehr. Es sind Einnahmen von 23.464.000 Schilling und Ausgaben in der Höhe von 1.287.334.000 Schilling veranschlagt. Es wurde diese Gruppe im Ausschuß ausführlichst behandelt, und ich bitte um Zustimmung.

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind, ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Frau Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Straßen- und Autobahnbau sichert viele Arbeitsplätze. Ein gutes Verkehrsnetz ist wichtig für das Funktionieren unserer Wirtschaft, für die Verkehrssicherheit, für den Umweltschutz, aber auch für die Energieersparnis, ja eben lebenswichtig und notwendig. Mit der Fertigstellung der Südautobahn ermöglichen wir die Schaffung weiterer Arbeitsplätze vor allen Dingen im oststeirischen Raum. Die Oststeirer sollen nicht Gastarbeiter der Wiener sein. Ich habe mich als Abgeordneter des Hartberger Raumes in den letzten Jahren immer wieder lautstark für den raschen Ausbau der Südautobahn eingesetzt. Schließlich geht es ja darum, daß die Wechselbundesstraße vor allem zwischen Hartberg und Gleisdorf nicht mehr in der Lage ist, den Verkehr aufzunehmen. Jeder, der diese Strecke befahren muß, weiß, was es heißt, in langen Autokolonnen hinter Transitfahrzeugen zu fahren. Dazu spricht das Unfallgeschehen eine eindeutige Sprache. Denn allein im Jahre 1981 wurden auf diesem Verkehrsabschnitt 136 Verkehrsunfälle mit Personenschaden registriert, wobei zwölf Verkehrstote zu beklagen waren. Und von den zahlreichen registrierbaren Blechschäden, die aus Verkehrsunfällen entstanden sind, möchte ich gar nicht reden. Die Verkehrsfreigabe der Südautobahn über die Pack war sicher für alle Verkehrsteilnehmer und auch für uns Steirer ein sehr erfreuliches Ereignis. Wir sehen auch, daß der Ausbau zwischen Hartberg und Gleisdorf zügig vorangeht, und

wir wissen auch, daß dieser Autobahnabschnitt Ende des kommenden Jahres für den Verkehr freigegeben werden soll. Der Baufortschritt an diesem Bauabschnitt zeigt uns, wie rasch gebaut werden kann, wenn das Geld vorhanden ist und wenn das Land vor allen Dingen dabei tief in die Tasche greift und dazuzahlt. Wie bekannt, wurden hier ja Vorfinanzierungen in der Höhe von 1,5 Milliarden Schilling geleistet. Man braucht dazu nicht einmal eine Sondergesellschaft. Ich muß sagen, daß gerade hier die Idee des verstorbenen Landeshauptmannes, aber auch des jetzigen Landeshauptmannes hervorragend war, immer wieder nicht nur an diesem Autobahnprojekt zu arbeiten, sondern auch entscheidend dazu beizutragen, daß die Südautobahn bis Hartberg, von Gleisdorf kommend, bald fertiggestellt sein wird. Wir sind aber auch besorgt darüber, daß unsere Stadt Hartberg mit der Verkehrsfreigabe der Autobahn zwischen Hartberg und Untergroßau einer kaum mehr zumutbaren Verkehrsbelastung ausgesetzt sein wird, wenn man sich nicht entschließt, einen eigenen Zubringer zur Autobahn zu errichten. Die Eröffnung der Autobahnabschnitte Sebenstein, Grimmenstein und Mooskirchen-Twimberg haben den Verkehr auf der Wechselstraße stark ansteigen lassen. Durch die Stadt Hartberg fahren heute um mehr als 900 Kraftfahrzeuge täglich mehr als vor der Eröffnung dieser Autobahnabschnitte. Das heißt, der weiträumige Verkehr hat sich vom Semmering auf den Wechsel verlagert. Der Zuwachs ist unbeschreiblich, vor allen Dingen in den Spitzenzeiten. Bereits im Jahre 1981 hat Hartberg einen durchschnittlichen Verkehr von 8800 Kraftfahrzeugen täglich gehabt. Spitzen lagen über 20.000 Einheiten. Derzeit sind von den rund 131 Kilometern der Südautobahn in der Steiermark 77 Kilometer oder 59 Prozent durchlaufend befahrbar. Ende 1983 werden es 116 Kilometer oder 88 Prozent sein. Damit wird der Verkehr auf dieser Route weiterhin zunehmen und nach den vorhandenen Prognosen von derzeit an die 10.000 in Spitzenzeiten auf 30.000 anwachsen. Nach der Freigabe des Autobahnabschnittes Hartberg-Untergroßau werden auf Grund einer Umlegungsprognose weiterhin 4500 Kraftfahrzeuge die alte Wechselstraße benützen und der Rest auf den Autobahnabschnitt verlagert werden. Ohne einen Autobahnzubringer müßten diese Fahrzeuge die Oberwarter Bundesstraße B 50 benützen, dazu ist diese nicht geeignet, die derzeit schon einen durchschnittlichen täglichen Verkehr von 7500 Kraftfahrzeugen aufweist. Das heißt also, dieser Verkehr würde sich dann auf 13.000 Fahrzeuge erhöhen und eine unzumutbare Belastung für die Hartberger bringen. Nicht denkbar! Selbst dann, wenn diese Aussage des Herrn Bautenministers zutreffend wäre, daß bis zum Jahre 1986 die Südautobahn durchgehend für den Verkehr zur Verfügung steht, kann Hartberg diese Belastung nicht auf sich nehmen. Schließlich geht es dabei nicht nur um die Belastung auf der B 50, sondern auch um die kilometerlangen Rückstaubildungen auf der B 54, weil die Kreuzung vor allen Dingen, was die Abbiegespur betrifft, nicht für eine solche Belastung ausgelegt ist. Der Bau des Zubringers, für den ein baureifes Projekt vorliegt, ist deshalb ein dringendes Anliegen aller Hartberger sowie der Benutzer der Autobahn. Ich glaube aber, daß die 25 Millionen Schilling, die dieser Zubringer kosten soll, gut angelegt sind und daß sie darüber hinaus in einem vertretbaren

Verhältnis zu den Gesamtkosten von 1,5 Milliarden Schilling für den Abschnitt Hartberg–Untergroßau stehen. Der Zubringer wird nicht nur den betreffenden Anrainern, die ohnedies in den letzten Jahren leidgeprüft genug waren, eine Hilfe und Erleichterung bringen, sondern auch allen Verkehrsteilnehmern, die über den Zubringer zügig auf die Autobahn fahren können. Grundsätzlich kann gesagt werden, daß wir zu den Aktivitäten des Landeshauptmannes für die Südautobahn nur sagen können, daß wir uns riesig darüber freuen. Nur dadurch ist die Fertigstellung des Teilstückes Untergroßau–Hartberg in greifbare Nähe gerückt. Wir, die wir in dieser Region leben, danken sehr herzlich. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist ein Jammer, ein Jammer für mich, nicht für euch, jetzt, wo es endlich einmal etwas Positives zu sagen gibt, einem die Beschränkung auferlegt wurde, sich kurz zu fassen. Aber vielleicht ist es so, daß die „Straßenschlachten“, die wir uns in vergangenen Zeiten geliefert haben, nicht mehr notwendig sind, weil die sozialistische Bundesregierung dazu beigetragen hat, daß wir jetzt über den Straßenbau einvernehmlich Gutes berichten können. Es ist wirklich so, daß der Straßenbau der einzige Bereich ist, in Zeiten wie diesen, wo es sogar Zuwachsraten gibt, aber das auch nur im steirischen Straßenbau und hier vor allem im Ausbau des überregionalen Straßennetzes. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, in Zusammenarbeit mit dem Land, uns so rasch als möglich aus der gegebenen geographischen Randlage, die uns solche Schwierigkeiten macht, zu befreien. Welche Bedeutung dem beigemessen wird, geht aus einigen Ziffern hervor, ganz kurz. 1970 wurden für diesen Zweck 725 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, 1982 sind es bereits 2.765.000.000 Schilling. Dazu kommt der durch den Bund gewährte Haftungsrahmen von nicht weniger als 11,5 Milliarden Schilling für die Pyhrnautobahn und in Zukunft für die Finanzierung durch die ASFINAG für die Fertigstellung der S 6, der S 36 und des Wechselüberganges im Zuge der Südautobahn. Wir können wirklich sagen, daß wir uns in einem Aufholprozeß, den wir auch notwendig haben, befinden. 50 Prozent der Autobahn sind fertig in unserem Land, 30 Prozent sind in Bau und 20 Prozent in Planung. Bei den Schnellstraßen schaut es ein bißchen schlechter aus, aber die sind erst 1971 ins Gesetz aufgenommen worden. Da sind von den 240 Kilometer rund 70 Kilometer in Betrieb, 17 Kilometer in Bau und 149 Kilometer in Planung. Wir haben daher, meine Damen und Herren, den Einspruch der ÖVP im Bundesrat gegen die ASFINAG doch als einen Schlag gegen unsere Interessen empfunden. Ich muß aber sagen, daß wir wissen, daß die steirische ÖVP gar nicht glücklich war über diese Vorgangsweise. Vielleicht muß ich doch sagen, daß es für unser Land wieder einmal gut war in diesem Fall, daß die Sozialisten stark genug waren, diese zunächst gewollte Verhinderung, auf eine, wenn auch unangenehme Verzögerung zu reduzieren. Darüber müssen sich alle, die an der S 6, an der S 36 und am Wechselübergang interessiert sind,

freuen. Aber es ist für uns auch unbegreiflich und geradezu grotesk, daß sich immer wieder Leute melden, die gar nicht dazu berufen sind, und verkünden, daß die Pyhrnautobahn ohnehin gar nicht mehr notwendig wäre. Aber dazu wird ein Berufener, der an der Pyhrnautobahn wohnt und dessen Wirtschaftsgebiet und dessen Arbeitsplatz dort ist, noch kurz Stellung nehmen. Jedenfalls wenden wir uns mit aller Entschiedenheit gegen jeden Versuch, unsere Befreiung aus der Randlage zu verhindern. Das ist ganz eindeutig. (Allgemeiner Beifall.) Das Verkehrsdreieck Wien–Graz–Linz–Graz ist für uns bei voller Anerkennung der Schwierigkeiten, die die Finanzierung mit sich bringen wird, einfach unabdingbar. Dann kommt ja noch dazu, wenn man sich das nur ein bißchen vorstellt, daß die Wertigkeit der S 6 und der S 36, die in die Pyhrnautobahn einmündet, erst dann gegeben ist, wenn nach Norden die Pyhrnautobahn durchgehend befahrbar ist. Es ist schon wichtig, aber nicht so wichtig, ob ich von Mürzzuschlag nach Judenburg komme, sondern beide sollen Anschluß finden an die Pyhrnautobahn. Und schon aus diesem Grund ist das unsere Meinung. Die Weichen sind jedenfalls gestellt. Es zeichnet sich ohnehin schon ab.

Nun noch ein kurzes Wort zum Plabutsch. Ich weiß nicht, ob es jemals in der Welt eine Straße gegeben hat oder gibt, die so heftig und vor allem so lange umstritten war, als das beim Plabutschunnel der Fall ist. Ich glaube, für alle, welche schon lange der Überzeugung waren, dazu zähle ich mich auch, oder für jene, die inzwischen zu der Überzeugung gekommen sind, daß der Plabutschunnel einfach die einzig reale und politisch durchsetzbare Variante ist, die Pyhrnautobahn überhaupt weiterzuführen, erscheint sicher die vom Bauenminister kürzlich gemachte verbindliche Zusage, daß der Vollausbau und der Bau der notwendigen Brücken bald in Angriff genommen wird, geradezu eine Erleichterung zu sein. Meine Damen und Herren, bei aller Zufriedenheit darüber, daß durch die Gründung der ASFINAG und damit die Aufnahme von vielen Milliarden Straßenbaumittel am Kapitalmarkt die Fertigstellung unseres überregionalen Straßennetzes in wenigen Jahren möglich sein wird, wozu wir, wenn das über die Budgetmittel erfolgen müßte, Jahrzehnte brauchen würden, dürfen wir alle miteinander nicht vergessen, uns zeitgerecht Gedanken darüber zu machen, wie diese gewaltigen Vorhaben refinanziert werden. Ich möchte jetzt gar nicht näher darauf eingehen, weil das wahrscheinlich eine große Diskussion nach sich ziehen würde. Aber das dürfen wir über die Zufriedenheit nicht vergessen und müssen es zeitgerecht in Angriff nehmen.

Meine Damen und Herren, noch einige kurze Bemerkungen zum Landesstraßen- und Brückenbauprogramm: Es ist selbstverständlich so, daß der Landesstraßenbau immer schon einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Bauwirtschaft geleistet hat. Ich kann mir aber trotzdem nicht erklären, wieso bei dieser Pressekonferenz, über die ich heute schon einmal gesprochen habe, dieser Landesstraßenbau in die Liste dieser angeblichen Sonderprogramme aufgenommen wurde. Ein Blick in den Landesvoranschlag zeigt leider – (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich kann dir das gleich sagen. Aber wenn du willst, beides später!“) Ich bin in einer Minute fertig. Ich ersehe es aus dem

Budget, und ich gehe nach den Budgetziffern, weil ich annehme, daß sie stimmen, daß eben keine zusätzlichen Impulse ausgehen. Ich sage, die Impulse gehen aus, die sind auch vorher davon ausgegangen. Was wir jetzt brauchen würden, wo eben die private Investition ausfällt, sind ja die öffentlichen zusätzlichen Investitionen. Das kann ich nicht oft genug sagen. Man hört, daß für 1981 der Erfolg mit 573.840.000 Schilling angegeben wird. Die Ansätze 1983, trotz der außerordentlichen gerühmten 30 Millionen Schilling, alles zusammen genommen, betragen aber nur 555.514.000 Schilling. Also trotz dieser 30 Millionen Schilling bleibt beim Saldo ein Minus. Ich kann mir nicht vorstellen, daß aus einem Minus zusätzliche arbeitsmarktpolitische Impulse ausgehen können. Das gibt es einfach nicht. Ich stelle das nur fest, weil mir auffällt, daß der Straßenbau in dieses Sonderprogramm ebenfalls aufgenommen wurde. Wenn die Zahlen stimmen, die im Voranschlag stehen, dann muß naturgemäß auch das stimmen, was ich gesagt habe. Meine Damen und Herren, wir wissen natürlich alle, daß es über das Viele hinaus, was gegenwärtig und in absehbarer Zeit geschieht, noch viele berechnete Wünsche und Anliegen zum Ausbau und zur Verbesserung unseres Straßennetzes, ob es nun Bundes- oder Landesstraßen sind, gibt. Vieles muß zurückgestellt oder aufgeschoben werden, weil wir uns jetzt wirklich darauf konzentrieren sollen oder müssen, die verkehrsmäßige Infrastruktur zu verbessern. Wir haben ja oft genug gesagt, daß dies eine wichtige Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung ganzer Regionen unseres Landes ist und damit dann natürlich auch ein Beitrag zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen. Und diesem Ziel wollen und müssen wir in Zeiten wie diesen absoluten Vorrang einräumen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tschernitz. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernitz: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn der Abgeordnete Loidl hier eines der wichtigsten Probleme des Straßenverkehrs angezogen hat, so fühle ich mich verpflichtet, doch auch noch zu dieser späten Stunde einige Worte vor allem zu dem so entscheidenden Bau der Pyhrnautobahn zu sagen, weil sie immer wieder in der Kritik der Öffentlichkeit steht. Ich darf doch, glaube ich, hier noch zusätzlich zum Abgeordneten Loidl folgendes festhalten. Daß es ja gerade hinsichtlich dieser Pyhrnautobahn auch schon seit Jahren klare gesetzliche Regelungen und fixe Absprachen über die Prioritäten gibt. Daß es jahrelange Bemühungen bereits des Bundesministers Moser und des Bundesministers Sekanina nun sind, die auch immer wieder fixe Zusagen gegeben haben, daß die Pyhrnautobahn Vorrang habe. Man kann also heute eben nicht einfach sagen, daß diese Autobahn unter Umständen nicht mehr weitergebaut oder in einem anderen Verhältnis gebaut werden soll oder unter Umständen vielleicht ein Stückwerk bleiben soll, wenn einerseits festgestellt wurde, daß das Verkehrsaufkommen ständig steigt und andererseits auch gemäß dem Willen des Landes, des Bundes alles getan werden muß, um gerade in dieser Industrieregion, wie hier

schon zum Ausdruck gebracht wurde, der Obersteiermark, die nötigen internationalen Anschlüsse sicherzustellen. Und es ist von allen Seiten eindeutig festgestellt worden, daß gerade diese rasche Behebung der Mängel in der Verkehrsinfrastruktur insbesondere auf dem Straßensektor eine der Grundvoraussetzungen für die dringend notwendige endogene Erneuerung der Obersteiermark darstellt. Es geht nicht an, unter Umständen in dieser Situation vielleicht die Pyhrnautobahn nun unvollendet zu lassen, wo man einen sehr teuren Bosrucktunnel gebaut hat und sehr zügig gebaut hat, unter Umständen dann eben mangels Anschlußstrecke in Oberösterreich dieses Stückwerk stehen zu lassen. Ich weiß, daß es von vielen Seiten immer wieder Kritik an dieser Pyhrnautobahn gibt, ob es nun der Landesrat der ÖVP aus Oberösterreich ist, ob es unser Abgeordneter Hobl ist. Ich glaube, wir müssen hier mit aller Vehemenz eintreten und allen, die eine solche Meinung vertreten, mit unserem erbitterten Widerstand entgegentreten. Ich bin der Meinung, daß gerade diese internationalen Verkehrsverbindungen eine Grundvoraussetzung für unsere steirische Wirtschaft darstellen, weil ja gerade die Frachtkosten ein entscheidender Teil der Industrie überhaupt sind. Und ich glaube und habe es immer so bezeichnet, das sage ich im Rahmen des Bezirkes, daß sie eigentlich die Lebensader einer wirtschaftlichen Entwicklung darstellt. Ein rascher forcierter Ausbau unserer Bundes- und Landesstraßen ist notwendig. Und sie ist nicht nur – glaube ich – für die Betriebe, für das Gewerbe eine sehr bedeutende infrastrukturelle Entwicklung, sondern sie ist es auch vom Fremdenverkehr her. Wenn wir in unserem Bezirk sehr starke Regionen haben, die vom Fremdenverkehr geprägt sind, so wollen wir sicherlich nicht dort die Autobahn vorbeiführen, aber sie sehr nahe an diese Gebiete heranbringen. Und es gibt ja insbesondere auf bundesdeutscher Seite fachlich hochrangige Untersuchungen, daß diese Transitstrecke, die nach Südosteuropa und in den Orient führt, auch in Zukunft ein gigantisches Verkehrsaufkommen aufweisen wird und sicherlich auch aus diesem norddeutschen Raum herein den Fremdenverkehr schneller in unsere Zentren bringen wird und vor allen Dingen, wenn es dazu kommt – und nun sind es ja wieder Ansätze, wenn es zum Ausbau des Rhein-Main-Donaukanales kommt –, dann müssen wir trachten, mit unserer Ware so schnell als möglich an die so billige Wasserstraße zu gelangen. Es ist uns bekannt, daß es natürlich in verschiedenen Bundesländern immer wieder Gegner der Pyhrnautobahn gibt, sicherlich nicht zuletzt aus eigenwirtschaftlichen Interessen dieser Bundesländer. Es ist verständlich. Aber ich glaube, wir als Steirer müssen eben gemeinsam dagegen auftreten und alles versuchen, um hier den raschen Baufortschritt zu sichern. Oder wir müssen vielleicht eines noch tun. Und gestatten Sie mir, daß ich das noch hinzufüge, daß wir auch zu trachten haben, im Rahmen der Anschlüsse an diese Autobahn alle nötigen Voraussetzungen zu treffen. Wenn ich denke, daß es viele Regionen in unserer steirischen Heimat gibt, und ich denke hier wiederum an unseren Bezirk, vielleicht so an das untere Ennstal mit diesen so schwierigen infrastrukturellen Problemen, wo diese neuen Betriebe dort mit diesen Problemen zu kämpfen haben, so glaube ich, ist es Voraussetzung, die nötigen Verkehrsverbindungen und Anschlüsse und Aufschließungen zu

machen. Es ist jetzt egal, ob ich die Eisenwurze, die B 125 nehme oder viele andere, die ich hier hineinführen könnte. Sie sind bedeutend für diese Region. Gestatten Sie mir, daß ich hier noch einmal etwas dazusage, obwohl ich es in diesem Haus das letzte Mal bereits gesagt habe. Wir haben natürlich Regionen, wo man nicht 5000 Arbeitsplätze oder 5000 Arbeitskräfte zur Verfügung hat. Aber wir haben gerade diese Regionen, wo es 20, 50, 100 Menschen gibt, die sehr froh sind, im engeren Bereich unter Umständen Arbeit zu finden. Hier gibt es Ansätze, meine Damen und Herren, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen hier zutreffen, daß man unter Umständen aus dem so oft geschmähten Großbau General Motors Zulieferungen in diese Bereiche bringen soll. In Altenmarkt gibt es die Möglichkeit. Da glaube ich, müssen wir das, was mein Kollege Kanduth gesagt hat, steirisch denken und alle gemeinsam versuchen, hier Teile der Zulieferung vielleicht hinzubringen, dann brauchen wir über das ganze Pendlerpauschale nicht reden, weil den Menschen ist es viel lieber, an Ort und Stelle eine Arbeit zu bekommen. (Allgemeiner Beifall.) Ich darf, meine Damen und Herren, persönlich sagen, daß ich mich gerade zu diesen Klein- und Mittelbetrieben bekenne, weil sie eben gewisse Voraussetzungen mit sich bringen. Sie haben eine hohe Anpassungsfähigkeit durch die Möglichkeit, sich leichter auf Produkte zu spezialisieren und durch rascheres Erkennen von Veränderungen die Bedarfsstruktur überhaupt zu verändern und dadurch einen sehr wesentlichen Beitrag zu leisten. Wenn es im Rahmen des zweiten Beschäftigungsprogramms der Bundesregierung nun für Klein- und Mittelbetriebe auch Maßnahmen der Strukturverbesserung gibt, der Investitionsförderung, der Exportförderung oder für Unternehmensgründungen günstige Förderungsmaßnahmen geschaffen wurden, so glaube ich, sind wir hier im Hohen Hause des Steirischen Landtages verpflichtet, diese Voraussetzungen der infrastrukturellen Entwicklung zu schaffen, um überhaupt auch kleinen Betrieben, kleinen Gewerbezweigen die Möglichkeit und den Anreiz zu bieten. Darum meine Bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren, bekennen wir uns zu dieser gemeinsamen Arbeit eben im Interesse dieser steirischen Wirtschaft und ihrer Menschen, die dort leben und arbeiten, und treten wir gemeinsam für einen weiteren raschen Ausbau der Infrastruktur im Wege des Straßenbaus und vor allen Dingen für die Fertigstellung der Pyhrnautobahn ein. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrte Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte mich im Kapitel 6 den Problemen des steirischen Hochwasserschutzes zuwenden. Die historische und wirtschaftliche Entwicklung des Menschen hat durch Jahrhunderte herauf markante Spuren in der Naturlandschaft hinterlassen. Der Landschaft wurden Wald- und Wasserflächen für Siedlungen abgerungen sowie für die Landwirtschaft. Meiner Meinung nach hat die verfehlte Agrarpolitik der ÖVP bis 1970 und anschließend der SPÖ den Kleinbauern und im besonderen hier in der Ost- und Weststeiermark zur Massen-

produktion gezwungen. Betroffen war jeder Bauer, aber besonders hat es natürlich der Kleinbauer gespürt. (Abg. Buchberger: „Fleißige Leute!“) Sicher, klar! Zur Massenproduktion aber ist er gezwungen worden. Das hat damit weiterhin dazu geführt, daß eben diese notwendigen Produktionsflächen ausgeweitet werden mußten. Die Zwangslage und die dauernde Gefährdung dieser neu gewonnenen Acker- und Siedlungsflächen sowie die bekannte Lebereregelseuche waren berechtigte Gründe, den Hochwasserschutz zu forcieren. Natürlich konnte die steirische Politik gerade an diesem Problem nicht vorbeigehen. Die wasserwirtschaftlichen Untersuchungen der Fachleute, wie zum Beispiel von Ing. Dr. Zottl im Jahre 1955, haben gezeigt, daß es klar und eindeutig nur Regulierungen plus Hochwasserrückhalt im Oberlauf geben kann. Leider Gottes wurden eben in der Steiermark einige Fehler begangen. Ich glaube der erste war, daß man eben auf Rückhaltebecken im Oberlauf verzichtet hat, um eben mit der Regulierung weiter fortzuschreiten. Der zweite Fehler war, daß man zu sehr auf Wasserbeschleunigung Wert gelegt hat, also Wasserrennbahnen in Stein baute. Die nun erhöhte Fließgeschwindigkeit brachte Probleme im Mittelteil. Den Wassertieren wurde jegliche Lebensgrundlage entzogen, so daß eine Umstrukturierung im Fischbesatz stattfinden mußte. Zusätzlich zogen die geringen Wassertiefen eine Erhöhung des Wasserspiegelgefälles im Grundwasser nach sich, und eine größere Auszehrung der Grundwasserseen war unvermeidlich. Dadurch wurde das ökologische Gleichgewicht empfindlich gestört. Heute wird doch schon naturnaher Wasserbau betrieben, und das ist eine große Verbesserung auf diesem Gebiet.

Ich glaube auch, daß der Fehler Nummer drei der war, daß man die Auwälder und die Büsche entfernte und somit auch die Lebensgrundlage vieler Tiergattungen vernichtete. Vögel, Pflanzen und so weiter sind zum Teil verschwunden. Sehr stark merkt man das gerade bei der Jagd. Viele Strecken sind heute weit kleiner, als sie noch vor 20 Jahren waren.

Ich glaube, der vierte Fehler war das Wegregulieren der Staustufen an alten Sägewerken und Mühlen, so daß gewissermaßen ein energiewirtschaftlicher Nachteil entstanden ist neben dem ökologischen, daß nämlich ein Wiederauffüllen der Grundwasserseen wegen des Überstaus nicht mehr stattfinden kann. Das könnte man heute vielleicht wieder mit großem Geldaufwand erreichen, indem man wieder Staustufen und Kleinkraftwerke einbaut, um Energie zu gewinnen.

Der größte Fehler aber war, daß man die Flüsse nicht komplett durchgeplant hat, immer wurden nur Teilstücke herausgenommen und reguliert. Gerade die Nebenbäche mit dem erhöhten stärkeren Gefälle und dazu die großangelegten Wegbauten mit ihren Asphaltflächen, dann die durch maschinelle Bearbeitungsmethoden in der Landwirtschaft hervorgerufene Bodenverdichtung – mit allen anderen Problemen – haben die Abflußgeschwindigkeit der Niederschlagswasser erhöht. Zum Beispiel hat sich heute das HQ 25, das größte statistische Hochwasser in 25 Jahren, in diesen letzten zehn Jahren einfach verdoppelt. Das alte HQ 25 wird im Jahr ungefähr drei- bis fünfmal erreicht, so daß bei Überflutungen in jenen Bereichen, wo das Profil diese Wassermassen nicht mehr fassen kann, so große Fließgeschwindigkeiten auftreten, so daß sich

hier wieder ein Problem im Abtrag der Humusschichten ergibt.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben diese Problematik schon mehrmals skizziert, und ich glaube, daß eine Verbesserung nur möglich ist, wenn man Rückhaltebecken wirklich forciert baut. Ich glaube, daß es auch eine Forderung des Naturschutzes ist. Dies ist aber nicht unbedingt unsere Erfindung! Darf ich Ihnen etwas ganz kurz aus der Zeitung vorlesen: Darin steht zum Beispiel in der Presse vom 3. Oktober 1982 zum Thema Flußregulierungen: „Sooft Hochwässer unsere Fluren verwüsten, erhob sich der Ruf nach Flußregulierungen. Im Laufe der Zeiten wurden aber schon Millionen Schilling an den Flüssen verbaut, ohne daß einer dieser Zwecke (sprich: Hochwasserschutz) erreicht worden wäre. Das gilt nicht allein für Österreich, sondern auch für andere Staaten. Kurz gefaßt verlangt die rationelle Flußregulierung erstens den Bau von Schotterfängen in Talsperren im oberen Quellengebiet zur Zurückhaltung der Geschiebe, zweitens die Schaffung eines Reservoirs dortselbst zur Anhaltung der ersten Hochfluten und allmählichen Abgaben derselben an das Unterland, drittens die die Stromrinne an den Talrändern begleitenden Kanäle mit geringem Gefälle, die der Landbewässerung, der Schifffahrt und der Industrie dienen. Durch diese Maßnahmen wird die nivellierende Tätigkeit des den Gebirgsstöcken entströmenden Wassers zur Koordination oder Aufschließung der gesamten Talsohle, also zur Erhöhung des Wasserspiegels zu beiden Seiten des Flußbettes verwertet und damit die Erhöhung des letzteren relativ genommen, verhindert und absolut vermindert. Freilich scheint die Ausführung solcher Bauten in für uns nicht zu ermessende Fernen gerückt, wenn man die Kosten erwägt, welche sie erfordern. Wir müssen mit Beschämung auf die Leistung vergangener Zeiten blicken. Die Wasserwirtschaft der alten Völker und die riesenhaften Wasserbauten, welche die Chinesen schon in den ältesten Zeiten aufgeführt haben.“ Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist aber nicht die Weisheit vom 3. Oktober 1982, sondern der Presse von 1882 entnommen. Also bereits 100 Jahre alt. Es ist richtig, daß der Schwerpunkt auf Rückhaltebecken gelegt wurde. Wenn heute immer wieder das Argument gebracht wird, daß das nicht geht, weil das Wasserrechtsgesetz geändert gehört, dann muß dieses eben geändert werden! Ich glaube, daß die Richtlinien aus dem Jahre 1974 sicherlich ein guter Wegweiser hiezu sind.

Für mich war schockierend, als bei einem der letzten Hochwässer die Feistritz aus den Ufern stieg, daß der Bürgermeister von Floing dem Naturschutzbeauftragten Dr. Steinbach drohte, ihn zu klagen. Das Hochwasser trat auf, weil es dort kein Rückhaltebecken gibt. Weil der Forderung nach Rückhalt nicht nachgekommen wurde, mußte es praktisch zur Katastrophe kommen. Mit dem Bau der Umfahrung Anger wurde natürlich auch die Feistritz reguliert und hochwasserfrei gemacht. Das ist ja richtig. Aber der nichtregulierte Teil bei Floing stand ja deswegen unter Wasser, weil das Wasser nicht weiterkonnte. Oben wurde es beschleunigt und im Mittelbereich trat es dann im nichtregulierten Teil aus. Hätte man aber diesen Teil auch reguliert, so wäre das Problem nur nach unten verschoben worden und ein Teil von Stubenberg wäre

unter Wasser gestanden. Für mich war es einfach notwendig, Steinbach zu unterstützen. Es geht nicht an, daß man ihm eine Schuld am Hochwasser in die Schuhe schiebt und ihn zum Prügelknaben macht. Es ist natürlich so, und ich weiß es, daß der verantwortliche Mann, der wirklich etwas hätte ändern können – Herr Landeshauptmann, ich kann es Ihnen nicht ersparen –, Sie sind oder Sie waren. (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Noch zu später Stunde!“) Es ist natürlich so, daß ich noch zu später Stunde das hier sagen muß: Der Herr Bürgermeister Tödtling hat natürlich nach dem Florianiprinzip das Hochwasser nach unten schicken wollen und die fehlende Regulierung als Allheilmittel hingestellt. Ich kann nicht glauben, daß dieser Fall den verantwortlichen Herren egal ist. Aber es ist auch verständlich, wenn man früher diesen Aspekten vielleicht doch zu wenig Nachdruck verliehen hat, daß man dann nicht gerne eingesteht, daß etwas versäumt wurde. Es wird natürlich diese Tatsache auch sichtlich von den Verantwortlichen heruntergespielt. Ich kann nur sagen, daß ich einen schönen Brief bekommen habe, in dem man sich seitens des Naturschutzbundes dafür bedankte, daß ich Herrn Steinbach zur Seite gestanden bin. (Abg. Stoppacher: „Einrahmen!“) Zusammenfassend – damit dem Wunsche des Herrn Präsidenten Feldgrill Genüge getan wird – kann man sagen, daß die steirischen Flüsse dringend Rückhaltebecken brauchen, um in der Hochwasserzeit den Flüssen die Wassermassen entziehen zu können und sie dann später langsam abzugeben. Damit können Überflutungen vermieden und Menschen, Siedlungen, Tiere und landwirtschaftliche Flächen geschützt werden. Wir haben Studien ausarbeiten lassen, wo solche Rückhaltebecken in Graz, im Bereich der Landeshauptstadt sinnvoll wären – am Mariatroster Bach zum Beispiel. Ich glaube, es ist notwendig, ein Sonderprogramm zum Bau von Rückhaltebecken in der Steiermark zu initiieren, um der Hochwasserflut etwas entgegenzusetzen zu können. Eines hätte ich noch gerne gesagt. Ich glaube, es war der Abgeordnete Ofner, der zu den Wasserversorgungs- beziehungsweise Abwasserverbänden gesprochen hat, und meinte, daß eben die 30 Prozent, die das Land früher als Beihilfe eingebracht hat, den Gemeinden jetzt sehr stark abgehen. Es ist natürlich verständlich, daß in dem Augenblick, wo im Land kein Geld da ist, sprich, das Land pleite ist, auch die Gemeinden, die heute ebenso pleite sind, sich sehr schwer tun, solche begonnenen Maßnahmen fortzusetzen und vielleicht auch zu vollenden. Es ist sicherlich kein gutes Zeichen, daß sich vom Landesbudget 1983 nur sehr geringe Impulse für die Bauindustrie ausgehen werden, weil in erster Linie Schulden zurückgezahlt werden müssen. Ich hoffe aber doch, daß die vorgesehenen Mittel groß genug sind, daß unsere Bauwirtschaft davon profitieren kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Heidinger: Frau Präsident! Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde nicht zur Frage von Rückhaltebecken reden, sondern zu Verkehrsfragen. Und wo ich mit Kollegen Loidl einer Meinung bin, werde ich aus

zeitökonomischen Gründen gar nichts dazu sagen. Aber ich glaube, ein paar ergänzende Bemerkungen – und du entschuldigst – hie und da ein wenig Widerspruch, denn der Generalredner eurer Fraktion hat es natürlich nicht lassen können, um die wirklich schon etwas abgespielte Platte wieder aufzulegen: ÖVP-Versäumnis in der Infrastruktur. Ich glaube, wir alle wissen, was die Infrastruktur für uns bedeutet. Wir wissen aber auch, daß zu dieser Infrastruktur bitte nicht nur die Straße, sondern auch die Schiene gehört. Es ist leider auch so, daß wir bezüglich der Schieneninfrastruktur genauso vernachlässigt wurden oder zurückstehen mußten gegenüber den westlichen Bundesländern. Das hat natürlich seinen Grund, dort waren Fremdenverkehrsgebiete, dort war der Transitverkehr früher stärker als bei uns. Der Torso der Westautobahn war der Ansatz für die Autobahnbauten in Österreich. Ich will gar nicht auf die Äußerung des seinerzeitigen SPÖ-Vorsitzenden Dr. Pittermann eingehen, was er zur Autobahn überhaupt gesagt hat.

So war es auch bei der Eisenbahn: Die Tauern-Eisenbahn wird ausgebaut, und wir fahren über eine Strecke, wo – das hat mir ein führender Eisenbahner so formuliert – um jeden Heuhaufen herumgefahren wird, nämlich im Ennstal. Das sollte man als zeitgegebene Differenz aus unserer politischen Randlage sehen, leider. Es ist inzwischen aufgeholt. Es ist sehr viel Positives geschehen. Das wurde gesagt, eines wurde nicht gesagt, und ich sage es daher wieder, es ist auch eine abgespielte Walze: Hätten wir vom Land nicht 1,5 Milliarden Schilling eingesetzt, dann wären wir im Autobahnbau noch nicht so weit und hätten nicht die sichtbaren Erfolge erzielt, die wir im Vorjahr erreicht haben. Wir haben 39 Kilometer neue Autobahnstrecke 1982 in Betrieb genommen oder werden sie – das letzte Stück Gralla-Vogau – dieser Tage in Betrieb nehmen, und 1983 werden es sogar 54 Kilometer sein. Und der S-Straßenbau im Mur- und Mürztal, Plabutschunnel wurde alles gesagt. Auch die Steigerung des Zuschusses beziehungsweise der Mittel, die der Bund direkt einsetzt, sei alles anerkannt. Aber etwas schmerzt einen dann doch wieder, wenn etwa der Herr Sekanina unseren Straßenbauern vorwirft, 800 Millionen Schilling ohne Genehmigung verbaut zu haben und dann – ich lese im „Kurier“, 30. November, und zitiere auszugsweise: „Das Parlament bewilligte in einem Budgetüberschreitungs-gesetz dem Finanzminister 2,1 Milliarden Schilling für den Straßenbau. Dennoch gab der Bund bis zum Sommer für den Straßenbau um keinen Groschen mehr aus als im ursprünglichen Budget. Damit habe die Regierung Planung und Durchführung so verzögert, daß am Bau Arbeitsplätze in Gefahr seien.“ Finanzminister Salcher jetzt, also am 30. November: „Ich habe das Geld im April bereitgestellt, der Bautenminister hat es nicht angefordert.“ Und wenn es tatsächlich so war, daß wir 800 Millionen Schilling Bauvolumen überschritten hätten, ich zweifle, daß es wirklich so war, dann können die Bauarbeiter und wir alle nur froh sein. Das Geld war da, aber offensichtlich hat es von der Himmelpfortgasse zum Stubenring zu lange gebraucht.

Zur ASFINAG eine kleine Berichtigung, Kollege Loidl. Die ÖVP hat im Nationalrat dagegen gestimmt, hat aber im Bundesrat keinen Einspruch erhoben. (Abg. Loidl: „Im Ausschuß!“) Es wurde nichts verzögert.

(Abg. Ing. Turek: „Eine schwache ÖVP-Entscheidung!“) Lieber Kollege Turek, sind wir froh, daß wir uns soweit haben durchsetzen können, der Herr Landeshauptmann, daß im Bundesrat kein Einspruch erhoben wurde. Es ist in der Gesetzwerdung überhaupt nichts passiert. Nur eines muß man natürlich auch sehen, und das hast du zart angedeutet, das ist das Vorfinanzierungsproblem, das im Straßenbau ja ganz entscheidend wird. Und wenn ich deine Worte richtig verstanden habe, so bist du selbstverständlich der Meinung wie auch die Gesellschaft für das Straßenwesen, daß es zu einer Generalmaut kommt, das heißt, daß wieder zur Kasse gebeten werden soll, weil sonst der Bau in den endachtziger Jahren zum Erliegen kommt. Dann werden wir nur noch Schulden zahlen. Sicher richtig, aber ein Problem, auf das sich die Bauwirtschaft bitte zeitgerecht einstellen soll, damit nicht dann wieder die Dinge so schwierig werden.

Über Hobl wurde alles gesagt, Herr Kollege Tschernitz, ich danke vielmals. Ich darf aber ergänzen, daß etwas eingetreten ist, das für uns auch von ganz großer Bedeutung ist, nämlich daß der Karawankentunnel offensichtlich nicht gebaut wird und daß sich das zeigt, was wir immer behauptet haben, daß die Tauernautobahn eine wunderschöne Fremdenverkehrsattraktion ist, aber dort wäre es besser gewesen, so zu bauen, wie der Abgeordnete Hobl gemeint hat, nämlich bessere Straßen. Die Pyhrnroute wird an Bedeutung noch gewinnen, weil die Jugoslawen jetzt von Agram nach Marburg und die Umfahrung Marburg mit Geldern der Europäischen Investitionsbank ausbauen werden. Wir können nur unterstützen, was alles da schon gesagt wurde.

Etwas auch zur Finanzierung. Wir sollten nicht so resignieren wie der Herr Minister Sekanina, der gemeint hat, die EG zahlt eh nichts. Mir liegt ein Bericht der Kommission der Europäischen Gemeinschaft vor, aus dem vorigen Jahr, Ende 1981, wo etwa folgendes zu lesen ist: „So haben im Falle Österreich die Vorbedingungen der Finanzierung bestimmter Verkehrswege eine besondere Situation geschaffen, die nach Ansicht der Kommission überwunden werden kann, wenn der Rat eine nach wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten festzulegende Finanzhilfe empfiehlt und ein langfristiges Kooperationsabkommen auf dem Gebiet des Verkehrs anstrebt.“ Es ist also durchaus nicht aussichtslos, daß die EG zahlt. Wir sollten nur sehr heftig bei der Bundesregierung vorstellig werden, daß die Verhandlungen etwas zügiger geführt werden. Ich möchte wegen der fortgeschrittenen Zeit nur noch anmerken, daß natürlich auch im Straßenbau sich das Problem Ökologie und Verkehr stellt, daß wir immer mehr Mittel auch in der Steiermark für den Lärmschutz etwa einsetzen müssen, Radwege auch an Bundesstraßen und so weiter. Die gesetzlichen Voraussetzungen werden in der voraussichtlich bald zu verabschiedenden Bundesstraßengesetznovelle geschaffen sein, und ich hoffe, daß auch der Straßenbau trotz dieser Probleme weitergehen wird. Ich möchte all denen, die am Straßenbau in der Steiermark werken, vom politischen Referenten bis zum letzten Straßenarbeiter im Straßenerhaltungsdienst, herzlich danken. Ich glaube, gerade der Straßenbau in der Steiermark hat eine positive Bilanz so wie auch Kollege Loidl gemeint hat. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Das Wort erteile ich nun dem Herrn Abgeordneten Ofner.

Abg. Ofner: Sehr geehrte Frau Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Die Gruppe 6 beinhaltet nicht nur den für uns so wichtigen Straßenbau, sondern auch die sehr notwendige Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung. Gerade in einer Zeit, wo die Industrialisierung, so aber auch die Umweltverschmutzung sehr stark zugenommen haben, hat dieses Thema eine besondere Bedeutung erhalten. Das ist wohl auch der Grund, daß das Land in den vergangenen Jahren verstärkte Förderungsmittel zur Verfügung gestellt hat. Viele Gemeinden und Wasserverbände haben durch große Kraftanstrengung und unter enormem finanziellem Einsatz Projekte, die der Wasserversorgung sowie der Gewässerreinigung dienen, begonnen und auch abgeschlossen. Viele Gesetze, die unsere Wasserversorgung und Gewässerreinigung betreffen, sind in Bearbeitung. So wurde vom Umweltschutzministerium ein Gesetzentwurf über den Schutz von Trinkwasser vor Verunreinigung bereits zur Begutachtung ausgesandt. Genauso werden verbindliche Normen für die Qualität von Trinkwasser erarbeitet und in einer Verordnung zusammengefaßt werden. Auch von seiten des Landes hat man einen Entwurf des Entwicklungsprogramms für Abwasser- und Abfallbeseitigung erarbeitet. Einige wesentliche Punkte und Ziele dieses Entwicklungsprogramms möchte ich hier erwähnen. Punkt 1: Es sollte die Versorgung der Wohnbevölkerung mit qualitativ hochwertigem und quantitativ ausreichendem Trink- und Nutzwasser sichergestellt werden. Punkt 2: Auch die Versorgung von Gewerbe und Industrie mit dem von ihr benötigten Wasser sollte gesichert werden. Punkt 3: Die Errichtung eines überregionalen Wasserversorgungsnetzes zur Abdeckung von Verbrauchsspitzen an Trink- und Nutzwasser. Meine sehr geehrten Damen und Herren, hier habe ich nur ein paar von vielen wichtigen Punkten aufgezählt. Wenn man aber die derzeitige finanzielle Situation des Landes kennt, so weiß man, daß man diese Punkte in nächster Zeit nicht erfüllen wird können. Ein Programm hat letzten Endes nur Aussicht auf Verwirklichung, wenn auch die finanzielle Seite gesichert ist. Dabei muß aber gesagt werden, meine geschätzten Damen und Herren, daß derzeit fast 1,5 Milliarden Schilling an Förderungsmitteln beim Wasserwirtschaftsfonds bereitliegen und von den meisten steirischen Gemeinden und Wasserverbänden nicht abgerufen werden können. Der Grund ist sehr einfach und sehr leicht zu erraten. Das Land hat bis jetzt keine konkreten Förderungszusicherungen geben können. (Abg. Ing. Turek: „Weil der Landeshauptmann nicht will!“) Diese Ungewißheit, ob das Land Förderungsmittel gibt, wieviel das Land beiträgt oder ob die Nullförderung kommt, hat hier viel zu lange bestanden. Viele Aufträge sind dadurch der Bauwirtschaft entgangen und haben obendrein die Gemeinden finanziell sehr stark belastet. Und wenn man heute, meine geschätzten Damen und Herren, von einer zehnpromzentigen Landesförderung spricht, kann man sicherlich nur unserem Landeshauptmannstellvertreter Gross danken, denn er hat immer wieder erklärt, daß eine Nullförderung für ihn nicht in Frage kommt. (Beifall bei der SPÖ.) Ich möchte

im Namen aller steirischen Gemeinden sagen, daß ihm hier wirklich ein großer Dank gebührt. Sehr erfreulich, meine geschätzten Damen und Herren, ist, daß mit der Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz vom 16. Juni 1982 eine neunprozentige Erhöhung der Förderungssätze sowie eine wesentliche Anhebung der Rückzahlungszeit für die gewährten Fondsdarlehen von mindestens 30 Jahren, Rückzahlungsstundungen sowie teilweise Umwandlung von Fondsdarlehen in Fondsbeiträge vorsieht. Dadurch wird sicherlich eine Erleichterung der Finanzierbarkeit dieser neuen Projekte eintreten. Als sehr wichtig empfinde ich auch, daß bei den mit 1. Jänner 1981 in Bau und in Abrechnung befindlichen Bauvorhaben die seinerzeitigen zugesagten Förderungssätze des Landes aufrecht bleiben. Es wäre sicherlich eine Katastrophe gewesen, wenn man hier Kürzungen durchgeführt hätte. Nur wird man sich Gedanken machen müssen, Herr Landeshauptmann, wann man diese offenen Zahlungen durchführt. Wie ich schon im Finanz-Ausschuß gesagt habe, würde allein meine kleine Gemeinde über eine Million Schilling zugesagte Förderung in diesem Jahr bekommen. Das ist wahnsinnig viel Geld, vor allem für die Kleinen. Ich glaube, so wie meiner Gemeinde geht es sehr, sehr vielen. Die Firmen müssen zum Jahresende bezahlt werden. Meine geschätzten Damen und Herren, wir kennen die Probleme der Bauwirtschaft, wir wissen, mit wievielen Arbeitslosen man in diesem Winter rechnet, und es wäre sicherlich falsch, wenn die Gemeinden und Verbände die Arbeit total einstellen würden. Wie es jedoch jetzt aussieht, bleibt den meisten wohl keine andere Wahl. Es geht daher nicht nur um den zügigen Weiterbau der angefangenen Projekte, sondern es geht auch um die Beschäftigung vieler tausend Menschen in unserem Land. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat am Dienstag ein steirisches Arbeitsplatzsonderprogramm präsentiert. Wenn man es genau betrachtet, findet man sehr, sehr interessante Zahlen darin. So ist für das Jahr 1983 für Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung eine Milliarde Schilling als Gesamtinvestitionsvolumen vorgesehen. Tatsache aber ist, daß für das Jahr 1983 nur 156 Millionen Schilling im Voranschlag enthalten sind. Herr Landeshauptmann, hier möchte ich Sie fragen, haben Sie die Förderung des Wasserwirtschaftsfonds mit hinzugezählt, haben Sie die Beiträge der Gemeinden und Wasserverbände auch miteinberechnet? Anders kann ich mir diese Zahlen nicht erklären. Nur, wenn das so ist, kann man sicher nicht von einem steirischen Arbeitsplatzsonderprogramm reden. Auch möchte ich eines hier aufzeigen. Im Jahre 1978 wurden für Abwasser und für die Wasserversorgung 215 Millionen Schilling im Budget veranschlagt. 1982 um die Hälfte weniger, nur mehr 106 Millionen. Und im Jahre 1983 auch nicht viel mehr, 156 Millionen Schilling, um fast 60 Millionen Schilling weniger. Das ist sicherlich sehr wesentlich, und ich glaube, mit diesen geringen Zahlen wird man eben absolut nicht das Auslangen finden können. Daher glaube ich, müßte auch für die Inanspruchnahme der zugesicherten Förderungsmittel durch den Wasserwirtschaftsfonds in der Höhe von 1,4 Milliarden Schilling, was einer Bausumme von 2,4 Milliarden Schilling entspricht, unbedingt Sorge getragen werden. Diese Aufträge würden für die steirische Bauwirtschaft sehr notwendig sein. Abschließend

aber ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, als zuständiger Referent alles zu unternehmen, daß die Gemeinden und Wasserverbände raschest ihre zugesagten Förderungsmittel bekommen, damit die Baufirmen zufriedengestellt werden können und daß weiterhin für eine Reinhaltung unserer Gewässer gesorgt und mit einer guten Versorgung gerechnet werden kann. Danke. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Als letztem Redner vor dem Herrn Landeshauptmann erteile ich dem Herrn Abgeordneten Stoppacher das Wort.

Abg. Stoppacher: Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sie haben es nur dem Herrn Kollegen Chibidziura zu verdanken, daß ich auch noch ein paar Minuten für die Sache der Feistritzverbauung verbringe. Sie haben den Verantwortlichen des Rechtsträgers der Feistritzverbauung in Anger, nämlich den Bürgermeister von Anger, vor sich. Ich kann mich sehr gut erinnern, lieber Herr Kollege Chibidziura, als wir anfangen, an das Problem heranzugehen. Tatsache ist, daß damals im Bereich Anger überhaupt nie von einem Rückhaltebecken die Rede war. Und wer das Gebiet kennt, der wird auch zustimmen, daß es überhaupt nicht möglich wäre, ein Rückhaltebecken zu errichten. Es gibt nun zwei Versuche, die Wirkung des Rückhaltebeckens und die Nutzung von Energie durch die Pichlerwerke im Raum Steg und die Karwanwerke in Birkfeld Staubecken zu errichten. Ich bin einer, der neben der Feistritz wohnt und das Pech gehabt hat, im Jahre 1962 dreimal 70 Zentimeter Hochwasserstand im Garten und im Haus zu haben. Ich bin nur einer des gesamten Gebietes von Anger und Umgebung, der das gehabt hat. Und wenn Sie, Herr Kollege, in dieser Situation gewesen wären, so hätten Sie wahrscheinlich als verantwortlicher Bürgermeister nicht anders als ich gehandelt und alles darangesetzt, um diese Verbauung zu erreichen. In meinen Augen hat eine Verbauung beides zu berücksichtigen, Naturschutz und den Schutz der Menschen und der Objekte, aber an erster Stelle muß der Schutz der Menschen stehen. Als einer der Betroffenen wage ich dies ganz offen zu sagen. Ein weiteres, mein sehr geehrter Herr Kollege! Wenn Sie auf die Verbauung und auf den Medienkrieg im Raum Floing mit dem ehemaligen Nationalrat und Bürgermeister Tödting anspielen, so darf ich eines dazu sagen. Zwischen der Verbauungsstrecke Anger und der Verbauungsstrecke, die nun begonnen worden ist, Floing, gibt es die sogenannte Külmelklamm. Das ist eine Geschwindigkeitsbremse, die notwendig ist, weil sonst tatsächlich durch die Geschwindigkeit, die natürlich in der verbauten Strecke entsteht, der Unterlieger gefährdet wäre. Es war damals, als wir gebaut haben, eine logische Folge, daß das Stück zwischen Külmel und dem Kulm, die Stubenbergklamm, verbaut wird. Nie war damals eine Rede von einem Rückhaltebecken. Gott sei Dank! Und hier muß ich dem Herrn Landeshauptmann herzlich danken. In seinem Büro hat es in meiner Anwesenheit ein Gespräch gegeben, wo die Mißverständnisse ausgeräumt worden sind. Und ich stehe nicht an zu sagen, daß der Landesbeauftragte, Dr. Steinbach, und ich gebe ihm hier hundertprozentig recht, dort bei der Besprechung uns allen

gesagt hat, daß es eigentlich für einen Menschen eine Überforderung bedeutet, darüber zu befinden, ob eine Verbauung in der oder in jener Art geht oder nicht, dazu stehe ich auch heute, und ich bin dankbar, daß wir die Verbauung haben.

Ein letztes Wort noch zum letzten Redner, das Problem der sogenannten Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Wir haben im Raum Anger die Kanalisation gebaut und eine wunderschöne Förderung erhalten. Jawohl, wir haben das auch in unserer Kanalabgabenordnung festgehalten. Nur, ich bitte, meine Damen und Herren Kollegen aus dem Landtag, Sie kennen das Budget genauso gut wie ich und wissen, daß aus dem Budget nur das herauszunehmen ist, was auf der anderen Seite hereinkommt. Ich glaube, daß es sinnvoll ist, eine Frage in bestmöglicher Art zu lösen. Soweit ich informiert bin, ist das nicht ein Verdienst der Bundesregierung, sondern ein Erfolg der gemeinsamen Bemühungen der Steiermärkischen Landesregierung. Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross war bei den Bemühungen um Erhöhung und Verbesserung der Förderungen aus dem Wasserwirtschaftsfonds immer mit dabei, wenn sich der verantwortliche Referent, Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, darum bemühte. Ich danke schön. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Frau Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben zu Beginn der Gruppe 6 an die Frau Präsidentin die Frage gestellt, was sie meint, wie lange es dauern würde. Und fast haben wir die Sache richtig eingeschätzt. Es ist eigentlich bisher nur um sieben Minuten überzogen worden. Ich werde Sie trotzdem nicht lange strapazieren. Leid tun mir wirklich nur die Journalisten, die auch noch schreiben sollten, aber wenn Sie Wert darauf legen, entbinde ich Sie gerne dieser Aufgabe hinsichtlich meines Schlußwortes, weil man ja wirklich niemandem zumuten kann, sich um diese Stunde dann auch noch hinzusetzen und etwas zu schreiben.

Meine Damen und Herren, ich habe in den vergangenen Jahren immer versucht, umfassend einerseits die allgemeine Konjunktur darzustellen und andererseits speziell die Baukonjunktur, und ich möchte davon heuer nicht Abstand nehmen und es ganz kurz wieder tun. Es ist auch dieselbe Form der Präsentation, aus der deutlich erkennbar ist, daß das Wachstum der Wirtschaft, diese Kurve, 1981 bei Null war, nach der Prognose, die inzwischen schon reduziert wurde, von zwei Prozent jetzt bei einem Prozent liegt. Wahrscheinlich, hat mir der Leiter des Wirtschaftsforschungsinstitutes vor zwei Wochen gesagt, muß es zu einer neuerlichen Revision nach unten kommen. Die Prognose für 1983 liegt derzeit bei 1,5-Pluswachstum und bei 4,7 Inflationsrate, was auf die Situation der Bauwirtschaft leider deshalb nicht genau zutrifft, weil hier die Situation sehr viel schlimmer aussieht. Sie ist gesamtösterreichisch bereits im Jahre 1980 auf minus 1,2 des Beitrages der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt abgesunken, 1981 auf 2,1 Prozent und nach der derzeit gültigen Prognose auf 4,5 Prozent, und soll

nach der Wifo-Prognose bei 1,5 bis 2 plus liegen 1983. Das Institut sagt, wenn es bei Null liegt, ist das schon eine beachtliche Sache. Wir werden sehen. Ich selber neige eher zu einer vorsichtigen Einschätzung. Nur ist es interessanterweise in der Steiermark bis zum Jahre 1982 durch das öffentliche Auftragsvolumen gelungen, nicht unter Null zu fallen. Erst heuer im Juni, ich habe das schon vorhin gesagt, hat es ein Minus der Aufträge um etwa 30 Prozent gegeben, obwohl das Land seine Bauaufträge für das Jahr 1982 um zwölf Prozent erhöht hatte, bei einem Minus von 0,5 der Ausgaben des Gesamtbudgets, also ohnedies einen ganz deutlichen antizyklischen, quasi prophylaktischen Einsatz von Mitteln vorgenommen hat. Wir haben für das Jahr 1983 aus denselben Gründen noch einmal aufgestockt und werden ein Plus von 14 Prozent haben. Nur ist auch klar, daß unter den Bedingungen einer weiter sinkenden Nachfrage im privaten Baubereich das kaum ausreichen wird, um sozusagen die Baukonjunktur allein zu tragen. Aber es ist ein sehr beachtlicher Versuch, dieser Entwicklung antizyklisch wirklich entgegenzutreten.

Und nun, meine Damen und Herren, zu einigen Fragen, die hier aufgeworfen wurden. Ich stimme naturgemäß völlig mit Loidl und Heidinger und Tschernitz und dem Abgeordneten Lind, unsere Autobahnen betreffend, überein. Ich will mich auch gar nicht berümen, jeder erinnert sich an die Schlachten, die hier jahrelang geführt wurden. Wir haben Gott sei Dank recht behalten. Wir haben einen klaren Kurs gesteuert, uns auch nicht irritieren lassen; Baudirektor Hofrat Theußl ist nicht da. Wir haben hier eine verschworene Mannschaft zusammen mit dem Abgeordneten Loidl gebildet, und es haben der Bautenminister Moser, ich habe das immer wieder gesagt, und auch sein Nachfolger, der Bautenminister Sekanina, im Straßenbau unsere Linie Gott sei Dank immer unterstützt. Lokal, regional hat es unterschiedliche Positionen gegeben. Wir haben immer gesagt Dreieck Linz - Wien - Graz, Pyhrnautobahn, Südautobahn, Schnellstraße durch die Mürz-Mur-Furche. Wir haben diese 1,5 Milliarden Schilling Vorleistungen erbracht. Im übrigen wirklich ein gutes Verhandlungsklima mit dem damaligen Finanzminister Androsch gehabt, der sein Wort in dieser Frage auch gehalten hat. Die ersten Erfolge haben sich voriges und im heurigen Jahr besonders deutlich gezeigt. Sie werden im nächsten Jahr noch deutlicher werden. Auch da ist gesagt worden, welche Verkehrsfreigaben es noch geben wird. Das ist insbesondere das Stück hinaus nach Hartberg, und es ist auch die Bosruckstrecke, und wir haben still und leise jetzt den Knoten Selzthal aufgemacht und es wird Vogau - Gralla folgen. Es ist gar kein Zweifel, daß, wenn das Tempo durchzustehen ist und die Finanzierung wirklich funktioniert, auch der durchgeschlagene Richtstollen im Plabutsch uns die Möglichkeit geben wird, den Vollausschub zu beginnen. Es liegen Zusagen des Ministers vor, und wir hoffen, daß es tatsächlich auch zu diesem Baubeginn kommt, so wie er mit ihm verabredet wurde. Allerdings, und das möchte ich bei dieser Gelegenheit auch ganz deutlich sagen, lieber Freund Loidl. Ich gebe Dir das auch dann, die andere Sache muß ich erst abziehen lassen, die kannst Du aber morgen auch zur Verfügung haben, wir hatten im Voranschlag 1982 im Straßenbau im ordentli-

chen und im außerordentlichen 521,159.000 Schilling, bei den Sonderfinanzierungen 147,300.000 Schilling. Im Voranschlag 1983 haben wir im ordentlichen und außerordentlichen 555,514.000 Schilling, bei den Sonderfinanzierungen 157,500.000 Schilling, das ist ein Plus von 6,7 Prozent von 668 Millionen Schilling rund auf 713 Millionen Schilling. Wir haben im Wasserbau einen Zuwachs von 318 auf 356, das ist ein Plus von zwölf Prozent, und im Hochbau einen Zuwachs von sieben Prozent von 792 auf 851 Millionen Schilling. Wenn wir den forcierten Ausbau der Wasserkraft bei der STEWEAG hinzufügen, dann kommen wir auf diesen Zuwachs von 14,4 Prozent im gesamten Volumen der Baunachfrage, das mir zur Verfügung steht. Es ist auch zu sagen, in Richtung des Herrn Abgeordneten Chibidziura, daß ich einen sehr großen Teil seiner prinzipiellen Ausführungen gerne unterstreiche, weil sie klug und, wie ich meine, fortschrittlich waren und das Problem eigentlich da nur daran liegt, daß man zwar eine Zeitung aus dem Jahre 1882 zitieren kann, aber die hochlöbliche Wissenschaft und Praxis des Wasserbaues einen sehr langsamen Prozeß der Absorption oder der Rezeption von neuesten Erkenntnissen durchsetzt und ich den Eindruck habe, daß wir da jetzt auf einem guten Weg sind. Ich möchte dazu noch sagen, und wirklich auch ohne Polemik sagen, wir haben in den zehn Jahren seit 1972, und das waren die schrecklichsten Hochwasserereignisse damals, heuer waren es wieder 350 Millionen insgesamt, wir haben einen ungeheuren Schritt nach vorne gemacht. Ich werde wirklich veranlassen, daß außer einer solchen Umweltschutzausstellung auch einmal eine solche Ausstellung gezeigt wird, weil das den wenigsten überhaupt bewußt ist. Ich sage Ihnen das deshalb, weil ich fast bei jedem größeren Hochwasserereignis in diesen letzten zwölf Jahren draußen war und sie mir an Ort und Stelle immer wieder angesehen habe und weil ich glücklicherweise heute sagen kann, dort und dort und dort wird nichts mehr passieren; aber nicht sagen kann, daß dort und dort und dort die Sache auch schon in Ordnung sei.

Und genauso ist es mit der Geschichte, die der Bürgermeister Stoppacher dargestellt hat. Kritik - no na - erst recht, wenn einer im Baudienst tätig ist, so wie Sie, und auch noch dazu im Landtag sitzt, nur, die Realität schaut so aus, daß Sie heuer nicht wissen, wo nächstes Jahr das nächste Hochwasser zuschlägt. Da kann ich Ihnen nur sagen, da wundert man sich oftmals, und da gibt es - bitte - keine Regel, überhaupt keine Regel. Allein im vergangenen Herbst des Hochwassers sind wir in diesen schrecklichen Überflutungszonen gewesen, wo der Landesrat Heidinger daheim ist - Wört, Neudau, Burgau -, das war das Ärgste im ganzen Land. Man konnte nicht einmal hinfahren. Ich bin mit dem Hubschrauber darübergefliegen und habe mir das von oben angesehen, und wir sind in Burgau ausgestiegen. Na Gott sei Dank, haben sie gesagt, das ist jetzt das zweite Mal, jetzt wird es wohl vorbei sein. Kaum eine Woche später ist die Sache wieder total überflutet. Da oben in Bruck haben wir zu Pfingsten diese erste Entgleisung gehabt, im Herbst war sie ganz genau an derselben Stelle wieder da. Und Sie haben Strecken, wo jahrelang nichts passiert ist - bitte, das sage ich mit allem Respekt vor den Wasserbauern -, weil eben die Grenzen auch der menschl-

chen Vorsicht und der menschlichen Weisheit in der Technik sichtbar werden, Sie haben HQ 100, und es ist trotzdem darübergeronnen. Ich sage Ihnen eines, ich bin ganz auf der Linie Rückhaltebecken, nur wird es sehr viel kosten, und auch die Grundablösen sind eine harte Bandage, gerade auch in der Sache, wo Sie Ihr Interesse zeigen, was ich sehr gut verstehe. Aber wir werden uns auch hier durchsetzen, nur wird das alles nicht von heute auf morgen gehen. Auch dort, wo wir Rückhaltebecken haben werden und wo wir voll ausgebaute Flußläufe haben werden, wird es leider irgendwann einmal ein dramatisches Ereignis geben, weil der Mensch nicht in der Lage ist, die Dinge hundertprozentig zu beherrschen. Wir können lediglich in der Vorsorge der Wissenschaft und der Praxis jene Maßnahmen setzen, die optimal erscheinen, und ich glaube, daß jeder sich in diesem Zusammenhang auch darum bemüht.

Ich möchte abschließend ein Wort sagen zum Herrn Abgeordneten Ofner, weil das eine Sache ist, auf die wir eigentlich stolz sein können, und zwar wirklich miteinander. Wir haben gepokert auf „Teufel komm raus“ in der Geschichte. Wir haben Gott sei Dank Erfolg gehabt. Und hätten wir nicht gepokert, und wären wir nicht hart gewesen, hätte es die Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz im Sommer nicht gegeben, dann hätten wir nicht schon heuer aufstocken können, natürlich nicht um 20 Millionen. Und ich sage Ihnen, das ist ja – glaube ich – manches Mal notwendig in diesem Hohen Haus, zu zeigen, wie auch gestern bei der Jugendförderung, weil da offenkundig wirklich nicht alle den Zugang zu den richtigen Zahlen haben. Aber wir haben im Jahre 1981 das erste Budget, für das ich als Landeshauptmann auch verantwortlich zeichne in diesem Bereich, erst seit dieser Zeit ist es mein Referat, 166 Millionen Schilling gehabt, mit der Nachbedeckung im Jahre 1982 180 Millionen Schilling, das ist ein Zuwachs von 8,8 Prozent, und haben im Voranschlag 1983 233 Millionen Schilling eingesetzt, das ist ein Zuwachs von 29 Prozent. Nirgendwo gibt es eine solche Steigerung. (Beifall bei der ÖVP.) Wissen Sie, wir könnten es uns leichtmachen, der Kollege Gross und ich, wir könnten nämlich sagen, wir haben 300 Millionen Schilling auf dem Sektor an Schulden übernommen, sind mit denen fertig geworden, haben eine Darlehensaktion eingesetzt und darüber hinaus sind wir jetzt sogar wieder in der Lage, noch zusätzlich zehn Prozent zu fördern. Die Landeshauptmänner aller Bundesländer, alle neun. (Unverständlicher Zwischenruf.) Was heißt, entschuldige no na! Du, das interessiert mich doch überhaupt nicht, jemanden zu umarmen. Mich interessiert, ob wir in der Lage sind, den Leuten zu helfen oder nicht! Das sage ich Euch. (Beifall bei der ÖVP.) Das gilt sowohl für die Bauwirtschaft als auch für den Umweltschutz und vor allem auch für die Gemeinden. Und alle Landeshauptmänner, rot und schwarz, haben bei der letzten Landeshauptmännerkonferenz beschlossen, an den Minister und an den Wasserwirtschaftsfonds heranzutreten, eine weitere Aufstockung um zehn Prozent vorzunehmen. Denn die Sache ist ja so, wir haben zum Beispiel im Jahre 1982 72 Millionen Schilling in den Wasserwirtschaftsfonds eingezahlt. Was tut der Fonds damit? Er gibt Darlehen und kassiert sie dann noch einmal. (Abg. Ofner: „Warum sind die Landeshauptleute sämtlicher Bundesländer dafür, und

es wird nicht geändert?“) Stimmt ja gar nicht! Ist ja völlig unrichtig! Sie sind nicht am laufenden. (Abg. Ofner: „Das kann ich Ihnen beweisen. Die Zahlen sind aus der Budgetabteilung!“) Fragen Sie Ihren lieben Vorsitzenden, der mit in der Wasserwirtschaftsfondssitzung gewesen ist, in der ich den Antrag eingebracht habe, und er hat ihn auch unterstützt. Der ist mit Mehrheit angenommen worden, der Antrag, wird behandelt. Alle wissen, daß das System nicht halten kann, ist ja ganz unmöglich. Wir zahlen ein, der Bund gibt faktisch nichts aus seinem Budget dazu, verteilt großmütig Darlehen, die er dann noch einmal kassiert. Das kann doch nicht die Finanzierungsart der Zukunft sein! Daher haben wir ja gesagt und sagen alle Landeshauptmänner, weitere Zuschüsse seitens des Bundes, oder man gestattet uns, unsere Mittel direkt den Gemeinden und den Wasserverbänden zur Verfügung zu stellen. Das wäre auch ein Weg. Also, bitte schön. Ich verstehe Sie, ich habe das heute schon einmal gesagt. Nur, schauen Sie sich die Budgets sonst an, schauen Sie sich Ihr eigenes Gemeindebudget an, schauen Sie an, was Sie können, was Sie nicht können. Wir tun sehr viel mehr in dem Zusammenhang als wir geglaubt haben zu können, weil wir meinen, daß in der Phase der Baurezession es notwendig ist, daß wir mehr tun als wir geglaubt haben, tun zu können. Das war es. Im übrigen – wie gesagt – ist es in der tristen Zeit ein sehr erfreulicher Bericht, daß wir im vorigen Jahr um eine zwölfprozentige Aufstockung vorangekommen sind und heuer sogar für das Jahr 1983 um eine 14prozentige. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Präsident Zdarsky: Eine weitere Wortmeldung zur Gruppe 6 liegt nicht mehr vor. Der Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Ing. Stoisser: Der Fortschritt im Straßenbau und der Fortschritt der Zeit haben es ermöglicht, daß diese wichtige Gruppe in 88 Minuten erledigt wurde. Ich bitte namens des Finanz-Ausschusses nochmals um Zustimmung.

Präsident Zdarsky: Ich schreite nun zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die mit den Posten und Ansätzen der Gruppe 6 einverstanden sind, um ein Händeziehen. Die Gruppe 6 ist einstimmig angenommen. Ich unterbreche nun die Sitzung. Sie wird morgen um 8.30 Uhr wieder aufgenommen. (Unterbrechung der Sitzung um 23.25 Uhr.)

Präsident: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. (Wiederaufnahme der Sitzung: 3. Dezember 1982, 8.30 Uhr.)

Ich gebe dem Hohen Haus bekannt, daß der Landwirtschafts-Ausschuß die Geschäftsstücke

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 240/3, zum Antrag der Abgeordneten Zinkanell, Prutsch, Meyer, Freitag und Genossen, betreffend die Gewährung einer raschen Hilfe für die Unwettergeschädigten vom 26. und 27. Juni 1982;

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 259/1, Beilage Nr. 28, betreffend das Gesetz, mit dem das Steiermärkische Fischereigesetz 1964 geändert wird, und

Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 284/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark;

der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 293/1, betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15 a B-VG über die Krankenanstaltenfinanzierung und die Dotierung des Wasserwirtschaftsfonds

und der Finanz-Ausschuß

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 281/1, über den Ankauf des Berufsschulzentrums St. Peter-Graz von der Stadtgemeinde Graz; und

die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 282/1, Beilage Nr. 31, Gesetz über die Aufnahme von Anleihen durch das Land Steiermark

beraten haben und nunmehr dem Hohen Haus über diese Geschäftsstücke antragstellend berichten können.

Ich schlage vor, diese Geschäftsstücke in der angegebenen Reihenfolge als Tagesordnungspunkte 3, 4, 5, 6, 7 und 8 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages ist hierfür die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Damen und Herren, die meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich um einen Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Der Gemeinde-, Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat nach seiner Konstituierung die Steiermärkische Bezügegesetznovelle 1982 beraten und nun als selbständigen Antrag, Ein.-Zahl 294/1, Beilage Nr. 34, gemäß § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages eingebracht.

Nach § 12 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung hat der Landtag zu beschließen, ob über einen solchen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung einzugehen ist, oder ob er einem anderen Ausschuß oder der Landesregierung zur neuerlichen Vorberatung zugewiesen werden soll.

Ich schlage vor, daß über diesen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung eingegangen wird und dieses Geschäftsstück gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages als Tagesordnungspunkt 9 auf die heutige Tagesordnung gesetzt wird.

Die Damen und Herren, die meinem Vorschlag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zusätzlich gebe ich dem Hohen Haus bekannt, daß Herr Dr. Paul Kaufmann sein Mandat als Mitglied des Bundesrates mit Wirkung vom 31. Dezember 1982 zurücklegt.

Es ist daher die Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes für den Bundesrat erforderlich.

Ich schlage vor, diese Wahl als Tagesordnungspunkt 10 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Auch hierfür ist gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Damen und Herren, die meinen Vorschlag zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir gehen nun in der Behandlung des Voranschlages weiter. Wir kommen zur Gruppe 7, Wirtschaftsförderung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Karl Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Eichinger: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Budgetgruppe 7, Wirtschaftsförderung, behandelt die Landwirtschaft, Energiewirtschaft, Fremdenverkehr, Handel, das Gewerbe und die Industrie. Den Einnahmen von 124,790.000 Schilling stehen Ausgaben in der Höhe von 519,415.000 Schilling gegenüber. Der Finanz-Ausschuß hat das Kapitel eingehend beraten, und ich bitte um die Annahme.

Präsident: Meine Damen und Herren, im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Haus vertretenen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen, und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen also zum ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft. Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Buchberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Buchberger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir sind heute alle beim Hereinkommen überrascht worden davon, daß uns Äpfel aufgetischt worden sind. Hier den Golden Delicius, und wenn ich nicht irre, den rötlich gefärbten Eyderett. Und wenn ich kurz näher charakterisieren wollte, der Golden Delicius hat aromatisch eine ausgeglichene Säure, und der rote Eyderett hat einen Überhang zum Säurecharakter. Aber auf jeden Fall, beide, meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr gesund, und wir haben es auch draußen in der Ausstellung ja schon gesehen und miterlebt. Nach Aussage von Professor Dr. Möse können Sie jederzeit auch die hier angebotenen Äpfel ungewaschen und ungeschält verzehren. Die brauchen nicht zu befürchten, daß sich etwaige Rückstände vorfinden könnten. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist bedauerlich, die ganz rechte Seite nicht bedienen zu können, weil uns die Färbung hinsichtlich der Bläue fehlt. Aber Herr Kollege Turek, wie Sie im Zuge des Verzehrs feststellen werden, ist der Apfel im Kern bräunlich gefärbt. (Abg. Ileschitz: „Sind das die Unschuldigen?“ – Abg. Ing. Turek: „Da merkt man, daß Sie ein Konservativer sind!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sagt auch ein altes Sprichwort, essen Sie in der Früh einen Apfel, zu Mittag einen und am Abend noch einmal, dann leben Sie länger. Ich darf Ihnen diesen guten Leitsatz heute mit auf den Weg geben. (Allgemeiner Beifall.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wie der Herr Berichterstatter bereits angekündigt und berichtet hat, haben wir nun im Zuge der Diskussion die

Gruppe 7 unseres Budgets abzuführen. Wir haben in den letzten Tagen, gestern und vorgestern, bereits die Kapitel der Allgemeinen Verwaltung, der Ordnung und Sicherheit, der Schule, Soziales, Gesundheit und Verkehr diskutiert und der Beschlußfassung zugeführt. Wir kommen nun heute mit der Gruppe 7 und folgen dann mit der Gruppe 8 zu den an und für sich entscheidenden Kapiteln der Wirtschaft. Es ist ein ungeschriebenes Gesetz, daß all das, was wir vorher und in den gestrigen und am vorgestrigen Tag diskutiert und behandelt haben, voraussetzt, daß die Wirtschaft funktioniert, die soziale Sicherheit verlangt es, daß die Wirtschaft in ihrer Potenz besteht und in der Lage ist, die notwendigen Steuern aufzubringen, um all das, wie gesagt, ob das der Schulbereich ist, die verschiedenen Baumaßnahmen, auch in der Endform vollziehen zu können. Wir haben hier auch in der Gruppe 7 die Landwirtschaft abzuhandeln. Ich darf in dem Zusammenhang auch Vergleiche anstellen mit allen, die in der Urproduktion tätig sind. Wir konnten gerade in den letzten Jahren und immer in schwierigen Lagen miterleben und feststellen, daß in der Urproduktion, wenn irgendwelche Krisen sich abzeichnen, diese in erster Linie im Bereich der Urproduktion beginnen. Das ist bei Erz, Eisen und Stahl, ausgenommen Erdöl und Kohle, und trifft natürlich auch für den Bereich der Nahrungsmittelversorgung zu. Trotzdem muß einbelegentlich vielleicht gesagt werden, daß die Entwicklung in beiden Bereichen, ob das in der Urproduktion, am Eisen- und Stahlsektor liegt oder auch im Bereiche der Landwirtschaft, sich eine Entwicklung abgezeichnet hat, rückblickend auf die letzten 30 Jahre, die von seinerzeit her gesehen in dieser Entwicklung nicht zu erwarten gewesen ist. Wir befinden uns heute in Österreich in einer Situation, daß wir behaupten können, und das wird ja immer wieder apostrophiert, daß die heimische Landwirtschaft an und für sich im Vergleich zu vielen anderen Staaten der Welt von sich aus in der Lage ist, den Tisch des Volkes zu decken. Das trifft fast ausnahmslos für alle Produktionsgebiete zu. (Beifall bei der ÖVP.) Ich darf der Reihe nach vielleicht einige Dinge aufzeigen. Es zeigt sich vielleicht in dem Zusammenhang, daß der Eigentumsgedanke und der Wille zur Leistung oder das Leistungsprinzip überhaupt, wie in der Landwirtschaft immer wieder sehr deutlich aufgezeigt, sicher in dem Zusammenhang seine Folgen gezeigt hat. Wir brauchen nur Vergleiche anzustellen mit jenen Ländern, wo das Prinzip des Eigentums nicht mehr vorherrscht, wo in der weiteren Folge die Leistung nicht mehr diese Rolle spielt. Wir brauchen, wie gesagt, nur einen Blick hinter den Eisernen Vorhang zu tun. In den typischen Agrarländern des Ostens herrscht sowohl am Getreidesektor wie auch auf allen Produktionsgebieten eine äußerste Knappheit im Vergleich zum kleinen Land Österreich, was an und für sich, wenn man Vergleiche zu früher anstellt, von sich aus gar nicht in der Lage wäre, wenn nicht diese Voraussetzungen gegeben wären, in dieser Form zu produzieren. Wir haben gerade in den letzten Jahren auch miterlebt, und auch im heurigen Jahr wieder, daß auf Grund dieses günstigen klimatischen Jahres es möglich gewesen ist, diese an und für sich großen Produktionsmöglichkeiten zu erreichen. Wir haben, um nur einige Beispiele zu nennen, am Getreidesektor, wie noch nie erwartet, eine Überproduktion von 550.000 Tonnen. Und der einzige Abnehmer dieser

Überproduktion sind die Oststaaten. Allerdings mit den Schwierigkeiten verbunden, daß sie kaum noch in der Lage sind, auf Grund ihres Devisenmangels, diese Mengen, die von uns angeboten werden, kaufen zu können. Wir wissen gerade aus Polen, wir haben Polen in den letzten Jahren beliefert, daß die Kontrollbank nicht mehr bereit ist, die notwendigen Kredite zu bewilligen, weil die Freunde in Polen nicht in der Lage waren in den letzten Jahren, weder die Kredite noch die Zinsen hierfür bezahlen zu können. Ich sehe daher für die Zukunft eine große Schwierigkeit auf dem Gebiet, daß wir im Lande nach wie vor diese Überproduktion anzubieten haben werden, daß aber kaum jemand noch mehr in der Lage sein wird, dieses Produkt kaufen zu können, eben auf Grund des Devisen- und Geldmangels, vielleicht mit Ausnahme der Sowjetunion, die auch heuer wiederum bereit war, eine gewisse Menge aus Österreich zu kaufen. (Abg. Ing. Turek: „Schenken wir es den Entwicklungsländern!“) Wenn irgendwer bereit ist, dafür die notwendigen Mittel aufzubringen, dann sind wir gerne bereit. Allerdings, es kann nicht so sein, daß der Bauer gratis diese Produkte zur Verfügung stellt. Dann geht es uns unter Umständen in einigen Jahren so, wie es denen geht, denen wir diese Produkte oder diese Hilfslieferungen zusenden. An und für sich könnte man sagen, daß fast in allen Produktionssparten, wie zum Beispiel am Getreidesektor, eine Überproduktion vorherrscht. Das war am Kartoffelsektor so, das war am Zuckersektor so, am Gemüsesektor haben wir eine Selbstversorgungsgrenze von 90 Prozent erreicht. Am Obstsektor haben wir heuer auf Grund der guten Ernte mit einer Überproduktion zu rechnen. Wir werden bis Juni hinein in der Lage sein, Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dieser Qualitätsware beliefern zu können. Wir haben auf dem Sektor der Industrieobstware eine Überproduktion wie noch nie, eine Erntemenge wie noch nie. Ich darf in dem Zusammenhang sagen, daß es bedauerlicherweise auch in dem Zusammenhang in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit zu Fehlinterpretationen gekommen ist.

Nämlich zu der, daß man gesagt hat, ja, die Präsidentenkonferenz hat trotzdem zu einem Importkontingent ja gesagt, obwohl die heimische Ware noch nicht an den Mann gebracht war. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das stimmt nicht, weil/zumindest aus der Steiermark die Meinung vertreten worden ist, bevor die heimische Produktion nicht bis zum letzten Apfel der Verarbeitung zugeführt wird, wird von unserer Sicht her gesehen keinem Import die Zustimmung gegeben. Es ist auch bis zum heutigen Tage noch kein Apfel importiert worden. Aber dazu noch einen Satz, weil das in der letzten Zeit so hohe Wellen geschlagen hat. Wir haben in Österreich ungefähr acht Verarbeitungsbetriebe, was die Preßware und Industrieäpfelware betrifft, zwei in Vorarlberg, zwei in der Steiermark, einen in Niederösterreich. Diese waren heuer in der Lage, diese Ware aufzunehmen. Und wir sagen hier in dem Zusammenhang eines. Die Bauern haben die Aufgabe, die Äpfel zu produzieren, die Verarbeitung und Bearbeitung hat in diesen genannten Betrieben vollzogen zu werden. Logischerweise ist es in der weiteren Konsequenz Aufgabe des Managements dieser Betriebe, diese verarbeiteten Produkte, die Fertigware auch verkaufen zu können. Wenn es im Bereich

Niederösterreich so ist, daß auf Grund des Säureanteiles der Industrieware, die in Niederösterreich angefallen ist, es nicht möglich ist, eine Ware zu produzieren, die den Amerikanern genehm ist mit einem Säuregehalt von ungefähr 4,5 Promille, und die Verarbeitungsergebnisse im Land Niederösterreich waren bei acht bis zwölf Prozent gelegen, da ist es logisch für das Management, Sorge zu tragen, eine Ware herzustellen, die man auch in der weiteren Folge zu verkaufen in der Lage ist. Daher ist es in dieser Frage zu einer Diskussion gekommen, zu einer Fehlinterpretation. Und wir haben aus der Sicht der Steiermark einen klaren Standpunkt vertreten. Wir haben – ich möchte mich kurz halten in all diesen Dingen – in allen Produktionsparten eine Produktionsmenge erreicht, auf die wir gemeinsam im Lande stolz sein können. Die Schwierigkeiten bei uns genauso wie in der Urproduktion am Eisensektor sind natürlich die, daß der Preis über Angebot und Nachfrage festgelegt wird. Hier spüren wir immer deutlicher, wenn die öffentliche Hand nicht bereit ist oder nicht in der Lage ist, hier in gewisser Situation uns finanziell unter die Arme zu greifen bei gegebenen Exportmöglichkeiten durch notwendige Exportstützungen, daß wir im Lande nicht in der Lage sind, diese Exporte auch tätigen zu können. Wir haben gerade für das heurige Jahr einen schlagenden Beweis dafür, wo wir am Viehsektor eben diese Exportorientiertheit aufzuweisen in der Lage sind, daß wir um die 180.000 Rinder exportieren müssen, weil hier in heurigen Jahr im Zuge des Herbstviehabsatzes die öffentliche Hand, der Bund und vor allem auch das Land Steiermark nicht bereit gewesen wären, entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, wäre die Möglichkeit eines Exportes überhaupt nicht möglich gewesen. Wir befinden uns in der Landwirtschaft auch in einer annähernd gleichen Situation wie die Urproduktion am Eisensektor, um das noch einmal zu unterstreichen. Es geht in dem Zusammenhang nun logischerweise auch darum, um das Einkommen zu sichern und zu verbessern. Weil ja jeder von Ihnen, und wir alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, interessiert sein müssen, daß auch der Arbeitsplatz in der Landwirtschaft für die Zukunft erhalten bleibt. Wir haben kaum noch eine Möglichkeit, außerlandwirtschaftliche Arbeitsplätze zu finden. Wir wollen von der Landwirtschaft her gesehen auch nicht als Konkurrent am Arbeitsmarkt gegenüber dem Arbeitnehmer auftreten, der keine eigene – auch nur kleinere – Landwirtschaft besitzt. Daher ist es unser Ansinnen als Vertretung der Bauernschaft, auch bei uns in der Steiermark die Arbeitsplätze in der Landwirtschaft sicherzustellen. Und wir müssen mit Bedauern feststellen, meine Damen und Herren, daß die Belastung für die bäuerlichen Betriebe an und für sich immer größer wird. Wir sind bei Gott nicht diejenigen, die sagen, wir wollen laufend höhere Preise, bei Gott nicht. Aber auf Grund der Steigerungen der Produktionskosten ist man gezwungen, diese Forderungen zu stellen. Wir wären an und für sich zufrieden mit dem, wenn die Belastung nicht laufend in Zunahme begriffen wäre. Hier darf ich Ihnen eines sagen. Es gibt statistische Zahlen und Aussagen noch und noch, wir wissen aber eines, daß das Realeinkommen in der Landwirtschaft in den letzten Jahren und im letzten Jahr wiederum um fünf Prozent zurückgegangen ist. Es gibt verschiedene Aussagen, und aus dem statistischen Bereich heraus, es ist für uns interessant, wie es um den

Tauschwert der landwirtschaftlichen Produkte im Vergleich zu den Produktionsmitteln gestellt ist. Das ist für uns das Entscheidende, was ich für das bekomme, was ich jetzt zu verkaufen in der Lage bin, was ich einkaufen kann damit. Da muß ich sagen, wenn man Vergleiche anstellt, ganz gleich womit, muß man sagen, daß wir in den letzten Jahren und im letzten Jahrzehnt und vielleicht auch schon darüber hinaus da in einen Nachteil hineingeraten sind. Im 70er Jahr haben wir für ein Liter Milch ein Liter Dieselöl bekommen, heute benötige ich zweieinhalb Liter Milch für ein Liter Dieselöl. Es ist am Maschinensektor das gleiche, das trifft für weite Bereiche zu. Das ist die Belastung, die die Landwirtschaft so spürbar trifft, meine sehr Verehrten. Da wird es notwendig sein, entsprechende Maßnahmen zu setzen. Auch die steuerliche Belastung! Dort, wo diese Maßnahmen entschieden werden, im Parlament. (Abg. Ing. Turek: „Das liegt an der Berufsvertretung. Die Gewerkschaft haut für ihre Leute etwas heraus, und ihr seid untüchtig!“) Ja, das ist auch die Mehrheit im Parlament, mein lieber Freund Turek! (Beifall bei der ÖVP.) Und wir als geborene Optimisten, lieber Freund, nehmen sowieso an, daß wir im nächsten Jahr hoffentlich auch wieder nicht unbedingt zur Opposition zählen wollen und müssen, das ist unsere Hoffnung. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Ing. Turek: „Mit Optimismus kannst du deine Kinder nicht erhalten!“) Ich darf eines sagen, was uns belastet. Das haben wir befürchtet auch schon seinerzeit, weil uns gesagt worden ist, daß die Bauern keine Steuern bezahlen. Das hören wir immer wieder, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn das Einkommen höher wäre, würden wir gerne mehr Steuern bezahlen, genauso wie es bei Ihnen ist. Der mehr verdient, der zahlt mehr Steuer. Warum nicht? Meine Herrschaften! Wenn man die Situation und die Wirklichkeit kennt, und was wir alles in den letzten Jahren miterlebt haben, wie bereits im Jahre 1978 angedeutet, daß die Einheitswerte erhöht werden, prompt eingetreten im Jahre 1979, im Jahre 1980 eine generelle zehnpromtente Erhöhung. Im Schnitt gesamtösterreichisch gesehen eine Erhöhung um 25 Prozent, und jetzt haben wir – wie bereits vor zwei Jahren beschlossen – am 1. Jänner 1983 wieder generell eine fünfprozentige Erhöhung zu erwarten. Da muß ich eines dazu sagen. Der Einheitswert ist auf Grund des Ertrages in der Landwirtschaft festgelegt. Wenn wir feststellen, daß das Realeinkommen im letzten Jahr um fünf Prozent zurückgegangen ist, da möchte ich vom Holzsektor gar nicht sprechen, wo wir Preiseinbußen bis über 30 Prozent haben, und wo trotz dieser Ertragseinbußen der Einheitswert wiederum um fünf Prozent erhöht werden soll. Ich sage hier offen eines, wir werden uns das nicht bieten lassen. Wir werden, wenn die ersten Bescheide herauskommen, eine Klage beim Verfassungsgericht einbringen. Dieses soll entscheiden, ob es zu Recht besteht, bei sinkendem Ertrag einerseits und auf der anderen Seite die Einheitswerte trotzdem zu erhöhen. Wie gesagt, der Verfassungsgerichtshof soll dann über diese Sache entscheiden. Eine zweite Frage, die für uns ein entscheidender Faktor ist, der den Konsumenten auch nicht belastet, und uns geht es bei all diesen Maßnahmen nicht darum, um zusätzlich die Konsumentenschaft zu belasten, sondern nur eine Entlastung herbeizuführen, die den einzelnen nicht berührt. Das wäre zum Beispiel, wie gesagt, die Einheitswertfrage,

und als zweites, daß wir den Vorsteuersatz von acht auf neun Prozent anheben. Wir haben eine Prüfung durchführen lassen beim Finanzministerium, und auch dort ist uns von seiten der Beamten recht gegeben worden, daß es zu Recht bestünde, daß der Mehrwertsteuersatz von acht auf neun Prozent erhöht werden soll. Wir haben diesen Wunsch des öfteren eingebracht, aber bis dato noch nicht das entsprechende Gehör gefunden.

Ich darf mich mit Details nicht unbedingt jetzt noch auseinandersetzen, weil ich weiß, daß die Zeit für den einzelnen sehr beschränkt ist. Aber ich darf vielleicht noch einen zweiten Teil an den ökonomischen anschließen. Wir in der Landwirtschaft vertreten grundsätzlich einen Standpunkt. Das war immer ein bäuerliches Denken in der bäuerlichen Familie, daß wir, wenn wir den Boden bearbeiten, Sorge zu tragen haben, daß der Boden gesund erhalten bleibt, daß wir eine nachhaltige Bearbeitung und eine Bodenbewirtschaftung durchführen. Das war immer so, und wir werden auch Sorge tragen dafür, daß das auch in der Jetztzeit und in der Zukunft so sein wird. Wir haben gelernt, sowohl von den amerikanischen Farmern als auch von den östlichen Kolchosen, durch übertriebene Monokulturen ist es in den dreißiger Jahren, und das wissen wir, in den amerikanischen Getreideangebieten zu Erscheinungen gekommen, wo die Endkonsequenz die war, daß Land durch die Winde einfach verweht worden ist. Wir in der Steiermark und in Österreich und im mitteleuropäischen Bereich haben aus diesen Dingen gelernt. Es gibt die Monokultur in der Form nicht, und wir werden uns in dem Zusammenhang bemühen, nach einer alten These von Ekkehard Hauer zu handeln, das war ein Betriebswirt, nicht unbekannt den Älteren, der immer darauf hingewiesen hat, daß es Aufgabe des Bauern bei uns im Land ist, eine nachhaltige Bodenbewirtschaftung durchzuführen. Wir werden das tun.

Ich darf als weiteres, meine sehr verehrten Damen und Herren, sagen, daß wir von der Landwirtschaft her größte Sorge zu tragen haben, daß wir zusammenarbeiten mit allen, die von sich aus dazu bereit sind, und uns schützend vor den Naturschutz und Tierschutz stellen. Diese Problemgebiete sind in den vergangenen Tagen schon sehr eindeutig behandelt worden. Gerade wir in der Landwirtschaft haben uns auch um diese Dinge zu kümmern. Es ist für uns von der Sicht der Landwirtschaft her gesehen eine Selbstverständlichkeit, daß wir mit einem Professor Wolkinger, der die Probleme kennt, oder mit Herrn Dr. Steinbach vom Naturschutz einen engsten Kontakt und eine enge Zusammenarbeit suchen, weil wir der Überzeugung sind, daß wir nur durch eine enge Zusammenarbeit in der Lage sind, Landwirtschaft und Naturschutz, die Probleme zu lösen. (Allgemeiner Beifall.) Ich weiß sehr wohl, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man mit Herren wie Professor Wolkinger und Dr. Steinbach spricht, daß sie Verständnis für die Dinge haben. Wir können gemeinsam froh sein, daß es Leute gibt, die noch bereit sind, auch für diese Fragen Verantwortung zu tragen, und daß es Leute gibt, die darauf hinweisen, daß die Grenzen des Wachstums gesetzt sind. Wir haben in den letzten Jahrzehnten gemeinsam alle miteinander gemeint, daß es so weitergehen kann und es nirgendwo in der Entwicklung ein Ende geben

wird. Aber gerade diese Leute, ob das, wie gesagt, die Herren des Naturschutzes sind, und auch unsere Freunde, die im Tierschutz tätig sind. Die Damen und Herren der Presse und des Rundfunks werden mir bestätigen, wir haben am vergangenen Freitag, heute vor acht Tagen, die Möglichkeit gehabt, mit Fachleuten und Praktikern gemeinsam durch das Land zu fahren, um aufzuzeigen, wie die Dinge liegen. Daß wir auch von der Sicht der Landwirtschaft her gesehen, und das hat der Pörtl Erich auch schon bestens skizziert und angedeutet, logischerweise gemeinsam bereit sind, auch diese Problematik zu lösen. Selbstverständlich! Allerdings darf das nicht nur in der Steiermark geschehen. Da müssen wir uns auch alle miteinander einig sein. Ich finde es paradox, in der Steiermark ein Tierschutzgesetz zu beschließen, mit vielen Einengungen und Bindungen, und alle anderen machen es nicht. Wir hätten vielleicht in der Qualität etwas Besseres, aber niemand wäre bereit, den notwendigen Preis dafür zu bezahlen. Das, was man bräuchte, käme dann aus den anderen Bundesländern oder aus dem Ausland herein. Daher, wenn wir diese Frage behandeln, muß es darum gehen, daß eine Gesamtkonzeption von Bundesebene her festgelegt wird und Fixvereinbarungen getroffen werden auch innerhalb der Bundesländer und darüber hinaus auf internationaler Ebene die ganze Problematik einer Lösung zugeführt wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Eröffnung der Ausstellung gestern oder vorgestern hat uns Professor Möse draußen die Äpfel gezeigt. Diese sind in der Qualität um eine Klasse höher gelegen, weil ich mir gesagt habe, wenn wir schon etwas anbieten von der Landwirtschaft her und die Damen und Herren des Hohen Hauses hier beisammen sind, mit vielen ihren Mitarbeitern, da müssen wir logischerweise erste Qualität anbieten. Es hat den Anschein, das könnten biologisch erzeugte Äpfel sein. Bei uns, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist das auch keine Frage einer Konfrontation, warum nicht. Landesrat Koiner, noch Präsident in der Landwirtschaftskammer gewesen, hat alle die in der Steiermark im biologischen Landbau tätigen Praktiker eingeladen und zusammengeführt. Der Sprecher der biologischen Landbauern ist bei uns als Konsulent in der Kammer vertreten, und wir legen fest und fixieren gemeinsam die Entwicklung der Zukunft. Bei einem beiderseits guten Willen ist alles möglich, sind alle Probleme zu lösen. Ich bin überzeugt davon. Wir werden das in der Steiermark vorbildlich machen. Ich darf Ihnen das sagen. Die Landwirtschaft einerseits und all diejenigen, wie aufgezeigt, im Naturschutz, im Tierschutz, im biologischen Landbau Tätigen, wir werden gemeinsam versuchen, die Zukunft ins richtige Lot zu bringen. Das wird eine Notwendigkeit sein. (Beifall bei der ÖVP.) Denn, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben als Bauern auch, und da werden Sie mir von Ihrer Seite her die Zustimmung geben, die große Aufgabe und die große Verpflichtung bei uns im Lande, das Land grün zu erhalten. Wir wollen ja, daß Sie sich wohl fühlen, wenn Sie hinausfahren auf Urlaub, wenn Sie von den Werkbänken weg oder vom Hochhaus herunter einmal am Wochenende eine Möglichkeit haben, frische Luft zu atmen. Wir wollen dieses anbieten draußen im weiten Bereich. Und als Bauern wollen wir Sorge tragen dafür, das Land auch bei uns in

der Steiermark grün zu erhalten. Wir werden Sorge tragen dafür, weil wir wissen, die Steiermark ist grün; grün bedeutet leben, wachsen, und grün bedeutet gedeihen. Grün bedeutet auch Hoffnung und Zukunft, und wir wollen gemeinsam, ob Bauer, Bürger oder Arbeitsmann und darüber hinaus an diese Zukunft glauben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Zinkanell.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr geehrter Herr Präsident!

Als erstes möchte ich für meine Fraktion, lieber Herr Präsident Buchberger, für die Äpfel danken. Wir freuen uns, daß es steirische und nicht eingeführte Äpfel sind, und ich möchte nur von meinem persönlichen Eindruck her sagen, daß die roten etwas attraktiver ausschauen als die blassen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Heidinger: „Aber der Schein kann trügen!“ – Abg. Schrammel: „Bescheidenheit ist eine Zier!“) Das ist alles in aller Bescheidenheit festgestellt. (Allgemeiner Beifall.) Ich hätte auch sagen können, daß die viel schöner sind, aber das wäre vielleicht übertrieben gewesen. (Abg. Ing. Stoisser: „Sie sind wunderschön, nur die Äpfel!“ – Allgemeine Heiterkeit.) Meine Damen und Herren, ich möchte doch auch etwas Ernstes noch sagen. Im Vordergrund der Ausführungen des Generalredners unserer Fraktion, aber ich sage gerne dazu, fast jeden Redners, ist die Frage der Arbeitsplatzsicherung das Zentralthema gewesen, das Thema, die Politik der Sicherung der Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, wie sehr diese Politik auch für die Landwirtschaft und für die bäuerlichen Menschen von entscheidender Bedeutung ist. Die Erfahrungen aus den wirtschaftlich, sozial und innenpolitisch katastrophalen dreißiger Jahren, die für die Älteren unter uns hier nicht gelesene und nicht erzählte, sondern erlebte Geschichte sind, mit ihren rund 600.000 Arbeitslosen, den hungernden Arbeiterfamilien auf der einen Seite und den aus diesen Umständen resultierenden Zwangsversteigerungen Zehntausender Bauernhöfe, führten bei uns Sozialisten zu dem beschworenen Grundsatz, daß es in Österreich niemals mehr zu solchen dramatischen Verhältnissen kommen darf. (Allgemeiner Beifall.) Die getreu diesem Grundsatz von der Bundesregierung praktizierte Wirtschafts-, Arbeitsplatz- und Sozialpolitik dient den Arbeitern, den Angestellten, den Pensionisten und in gleichem Maße auch den Vollerwerbs- und den Nebenerwerbsbauern. Die von der Landwirtschaft erzeugten Produkte finden nur dann den notwendigen genügenden Absatz, wenn die Nichtlandwirte Arbeit haben, wenn sie Geld verdienen und einkaufen können. Man könnte zwar sagen, essen müssen alle – ja, aber es ist ein großer Unterschied, ob man genügend Geld hat, sich ausreichend und qualitativ hochwertig zu ernähren, oder ob der Konsument mit seiner Familie gezwungen ist, mit nur sehr wenig Fleisch und sehr wenig Milch oder Butter auszukommen. Das ist vielleicht eine Binsenweisheit, aber zugleich eine Tatsache. Ich muß auch heute zu meinem Bedauern feststellen, daß der Bauernbund diese Tatsache mehr oder weniger ignoriert. Der Bauernbund ignoriert auch, daß 54 Prozent der Bauern, die Nebenerwerbslandwirte, nur dann

einen außerlandwirtschaftlichen Verdienst haben zusammen mit den industriellen und gewerblichen Arbeitskollegen, wenn dieser ihr außerlandwirtschaftlicher Betrieb auch läuft. Einschränkungen und Stilllegungen treffen alle, auch die Landwirte und die Nebenerwerbslandwirte. Der Bauernbund schiebt leider – wie ich schon gesagt habe – diese Tatsache und manche andere einfach vom Tisch. Wenn der Staat durch eine große Arbeitslosigkeit wesentlich weniger Lohnsteuer und andere Steuermittel hereinbekommt und mit einem Großteil dieser geringeren Mittel die Arbeitslosenfamilien vor dem Verhungern bewahren muß, dann hat er kaum die Möglichkeit, der Landwirtschaft jene Förderungsmittel zu geben, die für ihre Weiterentwicklung an sich gebraucht würden oder gebraucht werden. Und letztlich kämen, wenn die Arbeitslosigkeit nicht in verkraftbaren Grenzen zu halten wäre, noch manche andere wichtige heute selbstverständliche Leistungen des Staates an die Bevölkerung und damit auch an die bäuerlichen Menschen in Gefahr. Andere Länder stecken bereits tief in solchen Krisen. Österreich – Gott sei Dank – nicht! Und es wird auch nicht soweit kommen, dank der Beschäftigungspolitik der Bundesregierung, die damit auch – ich sage es noch einmal – für die Landwirtschaft Absatz, Arbeitsplätze, Förderungen und sonstige, insbesondere auch soziale Leistungen sichert. Wenn sich der Bauernbund mit den Bemühungen der Bundesregierung bezüglich der Arbeitsplatzsicherung befaßt, ich möchte nicht hier die Rede des Herrn Kollegen Buchberger damit meinen, aber alles, was man in den Zeitungen in der letzten Zeit lesen kann, wenn sich der Bauernbund mit diesen Dingen befaßt, dann in der bekannten, leider negativen Form, wie wir auch jetzt in den zwei Tagen gehört haben, der Form der ÖVP-Polemik, wohl oder übel muß das gesagt werden. Diese ungerächtfertigte negative Kritik an den Leistungen der Bundesregierung findet ihre Fortsetzung auch im Fachbereich der Landwirtschaft, wobei natürlich der Landwirtschaftsminister die Zielscheibe des gekünstelten Zorns der Bauernbundfunktionäre ist. Daß der Ausdruck „gekünstelter Zorn“ zutrifft, möchte ich an Hand einiger Beispiele beweisen. Wir haben eine sehr gute Maisernte eingebracht, und Herr Präsident hat ja heute auch herausgestellt, daß das heurige Jahr an sich ein sehr günstiges Jahr ist. Und Funktionäre des Landringes Weiz haben sogar erklärt, heuer haben wir einen Jahrtausendmais! Dazu nun der Herr Bauernbunddirektor, Nationalrat Riegler: „Die Ankündigung von Minister Haiden, heuer kein Maissperrlager einzurichten, ist angesichts der Ernteergebnisse für die Maisbauern ein Schlag ins Gesicht.“ Das war die Aussage des Herrn Bauernbunddirektors. Und einige Tage vor dieser Aussage, vor diesem Schlag ins Gesicht, hat unser lieber Herr Präsident Buchberger in der Kammervollversammlung erklärt und verkündet, daß es dem Minister Haiden gelungen ist, 70.000 Tonnen Mais zu exportieren, davon 20.000 aus der Steiermark, und daß wir kein Maissperrlager brauchen, weil es viel gescheiter ist zu verkaufen. (Beifall bei der SPÖ.) Aber beim Herrn Bauernbunddirektor war es ein Schlag ins Gesicht der Maisbauern. Das ist nicht gut, meine Damen und Herren. Ich möchte dazusagen, was der Herr Präsident Buchberger gewußt hat, das muß auch – nachdem der Bauernbunddirektor Riegler an der ersten Informationsquelle in Wien sitzt – natürlich er

gewußt haben. (Abg. Buchberger: „Auf Grund der Initiative von Riegler haben wir diesen Export erreicht!“ – Beifall bei der ÖVP.) Bitte, das müßte man erst einmal untersuchen und dann hätte, lieber Kollege Buchberger, der Kollege Riegler erst recht niemals sagen dürfen, daß das ein Schlag ins Gesicht ist, wenn das Sperrlager von vornherein auch von ihm aus als nicht notwendig empfunden wurde. So sieht es aus! (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren! Ein ähnliches Spiel ist es auch mit dem Ölsaatenanbau. Da wird behauptet, die sozialistische Mehrheit und der verantwortliche Minister haben es verabsäumt, neue Produktionsmöglichkeiten, wie den Ölsaatenanbau, wirklich zielstrebig wahrzunehmen. Und an einer anderen Stelle im Zusammenhang auch mit den Einfuhren von pflanzlichen Ölen: „Umso unverständlicher ist es für die Landwirtschaft“ – heißt es dort – „daß von seiten der Regierung dem Ölsaatenprojekt so wenig Bedeutung beigemessen und Unterstützung gegeben wird.“ Meine Damen und Herren; daß auch hier der Zorn gekünstelt war, zeigt sich, wenn man dann zu diesem Thema, Herr Präsident, in deiner Zeitung, in den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“, die sicher ungewollte Richtigstellung findet, und jetzt Zitat: „Ein ähnlich gelagertes Politthema (wie der Biosprit) sieht Wohlmeier“ – darf ich erklären, Zentraldirektor der Österreichischen Agrarindustrienges. m. b. H. – „in der hinlänglich bekannten Ölsaatenproblematik, wo Österreich“ – sagt Wohlmeier – „an die Verpflichtungen im GATT gebunden ist“ –, und ich sage dazu, seit der ÖVP-Alleinregierung! Und dann heißt es im Zitat weiter: „während ausgerechnet die USA in ausgeprägter Einseitigkeit die Freiheit des Weltagrarhandels propagiert“. Er hat sich sehr geärgert darüber. Ich darf dazu sagen, ein aufrechter, kluger Mann, dieser Zentraldirektor Wohlmeier, schade ist nur, daß er kein Sozialist ist. (Abg. Dr. Schilcher: „Er wird schon wissen warum!“) Nebenbei, Kollege Schilcher, darf ich sagen, vielleicht zu deiner Beruhigung, daß im kommenden Jahr, also heuer im Budget vorgesehen, auch für das Ölsaatenprojekt, obwohl wir diese Bindung noch immer haben, 45 Millionen Schilling Förderung wieder vorgesehen sind. Meine Damen und Herren, ich fürchte, daß ich etwas zu lang war, ich hoffe, daß Sie Nachsicht mit mir haben. Ich will nicht zu sehr ins Detail gehen, aber es ist eigentlich nicht zu glauben, daß den Bauern eingeredet wird, die Sozialisten wollen Tierfabriken. Ich darf dazu sagen, ich habe im Jahre 1961, bei meiner ersten Rede in diesem Hohen Haus, ein sehr eindeutiges Bekenntnis zum bäuerlichen Familienbetrieb abgelegt. (Abg. Dr. Maitz: „Sie waren immer ein vernünftiger Mensch!“) Ich darf dazusagen, daß die Tierfabrik von Anfang an, da können Sie unsere Frau Präsident fragen, gegen unsere Tiereschutzgesinnung ist und auch sein wird. Und wir decken uns hier ja weitgehend. (Beifall bei der ÖVP.) Aber, meine Damen und Herren, Herr Präsident sofort, ich stehe dir zur Verfügung. (Präsident Feldgrill: „Sie waren uns lieber als der Schober oder ein anderer!“) Bitte schön! Ihr wollt mich am letzten Tag doch nicht in Schwierigkeiten bringen? (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Ich hätte nichts dagegen, wenn Sie dablieben!“) Ich möchte sagen, und deswegen habe ich diesen ungerechtfertigten Hinweis angeführt, „Sozialisten für

Tierfabriken“, in der Bauernbundzeitung. Der Minister Haiden hat im Interesse der Bauern und zum Vorteil der Tiere die Tierbestandsgrenzen eingeführt und im Laufe der letzten Jahre immer wieder verbessert und vergünstigt. Kollege Pörtl, ich zähle dich noch nicht zu den Tierfabriksinhabern. Aber, ich wollte eigentlich sagen, sonst, wenn diese Begrenzung der Tierbestandsgrößen nicht eingeführt worden wäre, käme es wirklich so weit, daß vielleicht einige tausend Schweinefabriken, und zwar Schweineerzeugungsfabriken, nicht Verarbeitungsfabriken, den ganzen Bedarf an Schweinefleisch decken und 15.000 bis 20.000 Großmilchproduzenten den gesamten Milchbedarf decken würden, ohne viel Rücksicht auf jene, die auf diese Weise auf der Strecke bleiben würden. Um das Bild abzurunden, nur noch einen Satz, der die Situation beim Biosprit, weil auch der kurz erwähnt wurde, und die Kritik des Bauernbundes gewissermaßen intim beleuchtet. Da hat ein Herr Dipl.-Ing. Dr. Johann Bauer von der ÖIAG zu diesem Thema erklärt: „Die österreichische Agrarindustrie kämpft gegen die genossenschaftlichen Brennereien, und gemeinsam sehen sie sich im Kampf gegen die Tullner Zuckerfabrik.“ Also nicht die Sozialisten tun da zu wenig oder verhindern etwas; die Schwierigkeiten liegen anderswo. Es wäre mehr dazu zu sagen. (Landesrat Ing. Koiner: „Da hat er sich nicht recht ausgekannt!“) Es wäre mehr dazu zu sagen, aber ich verzichte darauf zugunsten einiger Feststellungen und Hinweise zu der seit 1970 laufenden Diskussion – die heute ja miterwähnt wurde – über das Einkommen in der Landwirtschaft im Vordergrund stehen. Auch hier zuerst eine Bauernbundaussage, „Neues Land“, steirische Bauernbundzeitung vom 14. November, deckt sich leider, muß ich sagen, Herr Präsident, mit deiner Aussage heute oder mit deiner eingestreuten Aussage. „Der Agrarbereich“, Zitat Bauernbund, „selbst ist seit Jahren von realen Einkommensverlusten gekennzeichnet.“ Ich betone diesen Satz, weil ich darauf noch zurückkomme. Und noch einmal eine Bauernbundaussage dazu vom 3. Oktober 1982: „Der Investitionszenit ist überschritten und die Kaufkraft des agrarischen Einkommens gesunken. Allerdings wurde die weitere Kapitalabwanderung durch die lohnsackerheimbringenden Pendler und durch den zugenommenen heimischen Fremdenverkehr mehr als wettgemacht.“ Eine ganz interessante Aussage. Auf der gleichen Seite dieser Zeitung wörtlich: „Freilich ist die Substanz, die das Land ausmacht, nämlich Grund und Boden, an Wert beträchtlich gestiegen.“ Erfreulicherweise; auch kein Kommentar von mir dazu. Aber die nächste Aussage des Bauernbundorgans, zu dem, was ich vorhin gesagt habe, zu den vom Bauernbund behaupteten jahrelangen realen Einkommensverlusten. Zitat Bauernbund: „Zunächst stellte aber auch er“, dieser er ist Dr. Alfred Fahrenberger, Leiter des Institutes für Agrarpolitik in der Präsidentenkonferenz, allen Spitzenfunktionären des Bauernbundes als „ihr Mann“ bestens bekannt. (Landesrat Ing. Koiner: „Ist auch ein Ingenieur, ein gescheiter Mann!“) Moment, Herr Landesrat, das ist ein wichtiger Satz, den ich fertigsagen wollte. Er stellte jedenfalls konkret fest: „Das landwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft stieg von 2708 Schilling je Monat im Jahre 1970 um 183 Prozent auf 7674 Schilling im Vorjahr.“ (Beifall bei der SPÖ.) Die Pointe, liebe Freunde, kommt erst. Lieber Herr Kollege Maitz, das

ergibt eine durchschnittliche jährliche reale Steigerung von 3,4 Prozent. (Beifall bei der SPÖ.) Der Kollege Buchberger zeigt ein bisserl so Wickel-Wackel. Er meint offenbar die Aussagen des Bauernbundes. Der Wickel ist wohl der, der gesagt hat, durch Jahre hindurch Einkommensverluste; und der Wackel muß der sein, der nun anders sagt. Die Aussage des Herrn Dr. Fahrenberger deckt sich auch mit den Feststellungen im „Grünen Bericht 1981“ und mit den Feststellungen des Bundesministers. Ich wollte nur dazusagen, nachdem diese Aussage über die jährliche reale Steigerung am 26. September gemacht wurde, kann man nicht gut behaupten, daß diese gleiche Aussage am 14. November dann nicht bekannt gewesen wäre. Also auch hier noch einmal der Hinweis, daß ein gekünstelter Zorn des Bauernbundes vorhanden ist. Ich habe noch eine Unterlage mitgenommen, weil sie eigentlich hereingebracht werden muß, und zwar im Vergleich und im Verhältnis zu dem was Fahrenberger von der ÖVP bezüglich des durchschnittlichen jährlichen Zuwachses gesagt hat. In der Europäischen Gemeinschaft 1979 ein Minus von 17 Prozent real, 1980 ein Minus von rund fünf Prozent real, 1981 ein Minus von rund fünf Prozent real und Deutschland in den drei Jahren 1979, 1980, 1981 ein Minus in der Landwirtschaft real von 22 Prozent. Das ist sehr beachtlich. Ich will aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber vor allem bei den Kollegen von der Bauernbundsseite, nicht den Anschein erwecken, daß es der Landwirtschaft zu gut geht. Ich möchte nur noch einmal mit Bauernbundzahlen und Bauernbundaussagen belegen, daß es erfreulicherweise der Landwirtschaft besser geht, als die allgemeine ständige Bauernbundpropaganda unter Hinweis auf eine angeblich schlechte sozialistische Agrarpolitik glauben machen will.

Aber bitte jetzt weg von den Prozenten zu ein paar kurzen und etwas handfesteren Beispielen. Laut Wohnbaustatistik wurden in den letzten zehn Jahren 37.000 neue Bauernhäuser gebaut und an 110.000 bäuerlichen Häusern Verbesserungen durchgeführt. Aus dem Jahresbericht der Landtechnik liest man, daß derzeit mindestens 326.700 Traktore im Einsatz sind. Das ist das eine. Nach dem Krieg waren es 7400. Aber im Zusammenhang mit den Traktoren darf ich noch einmal die Bauernbundzeitung aus der Steiermark zitieren. Sie berichtet am 24. Oktober 1982: „Besonders auffallend ist, daß sich in diesen fünf Jahren, seit 1977, die Leistung der Zugmaschinen stark verändert hat.“ Die Leistung der Zugmaschinen schreibt er. Was er damit meint, geht aus folgenden Ziffern hervor: „Die Klasse der Traktore unter 34 PS ging in dieser Zeit um 12 Prozent zurück, während die Zahl der Dieselosse“, Zitat, „zwischen 50 und 65 PS um mehr als die Hälfte, jene zwischen 65 und 95 PS um fast das Doppelte und jene zwischen 95 und 125 PS um mehr als das Dreifache zugenommen hat.“

Das sind handfeste Daten, und sie beweisen neben dem Fleiß des Bauern ganz eindeutig auch die positive Auswirkung einer zielstrebigem und positiven sozialistischen Agrarpolitik. Aus dem umfangreichen Paket dieser Agrarpolitik möchte ich nur noch – um Ihre Zeit nicht zulange in Anspruch zu nehmen – zwei besonders wirksame Maßnahmen herausstellen; den großen Entwurf der Regelung der Milchmarktordnung mit ihrer Kontingentierung, die vom Bauernbund zuerst

laut und vehement in Grund und Boden kritisiert wurde und die jetzt still und leise im Bauernbundstüberl gelobt wird. Diese Regelung erfuhr heuer – 1982 – eine Ergänzung dahingehend, daß im Wege eines Kompromisses die von den SPÖ-Bauern und vom Minister vertretene Auffassung zum Tragen gekommen ist, nach der eine umgekehrt proportionale Staffe lung der Richtmengenaufstockung den kleinen Betrieben anteilig mehr Lieferrechte zuspricht als den großen. Die zweite große Maßnahme, die ich auf keinen Fall unerwähnt lassen möchte, ist die Bergbauernförderung. Man müßte zu diesem Thema allein eine Stunde reden – Ich will Ihnen das wirklich nicht antun! –, um ihm einigermaßen gerecht zu werden. Ich will aber nur darauf hinweisen, daß bereits für 1982 10.000 Schilling Direktzuschuß erreicht wurden. Noch vor ein paar Jahren, der Präsident oder Herr Landesrat werden vielleicht dabeigewesen und danebengestanden sein (Allgemeine Heiterkeit.), hat mir der Bezirkskammerobmann von Leoben bei einem Kammerstag der Landwirtschaftskammer zugerufen, 10.000 Schilling müßten es sein, dann, ja, dann würde man das akzeptieren. Er hat sicher nicht gedacht, daß dieser damals utopisch anmutende Betrag in absehbarer Zeit wirklich erreicht würde. Nun, es sind 10.000 Schilling. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Präsident, da steige ich jetzt nicht mehr ein auf „Wickel-Wackel“, das ist ganz eindeutig. (Abg. Buchberger: „Da ein bißchen weniger, da ein bißchen mehr. Das geht hin und her!“)

Bei den Bergbauern ist es immer gestiegen, von 1972 kontinuierlich, und ich komme noch zu einer Ziffer, zu einer letzten in dieser Hinsicht. 1983, du weißt es, und die anderen Kollegen wissen es auch, wird für die Bergbauern noch eine andere – man kann ruhig sagen – weitere Traummarke erreicht, nämlich die Bergbauernmilliarde! Meine Damen und Herren! Vieles, darunter wohl oder übel viel Wesentliches, mußte unbesprochen bleiben, wie zum Beispiel die Agrarforschung oder die 45 Milliarden Schilling, die vom Bund für die Agrarvermarktung und damit unmittelbar auch für die Erhaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft seit 1970 ausgegeben wurden. Zusammenrechnen muß man es eben manchmal. Wenn auch viel Wichtiges nicht behandelt werden kann, allein aus dem Gesagten ist eindeutig zu ersehen – und um das ist es mir heute gegangen –, daß die sozialistische Bundesregierung und damit der sozialistische Landwirtschaftsminister eine verständnisvolle bauernfreundliche Agrarpolitik durchführen und daß die für diese Politik erforderlichen Aufwendungen und Förderungsmittel von der sozialistischen Mehrheit im Parlament, von den Nationalräten aus den sozialistischen Parteiorganisationen, von den Nationalräten aus den Gewerkschaften, aus den Arbeiterkammern einmütig und erstaunlicherweise fast immer gegen die Stimmen der Bauernbundmandatäre beschlossen wurden. (Beifall bei der SPÖ.) Und, soweit ich das für das in Verhandlung stehende Budget des Bundes für 1983 ersehen kann, wird heuer dasselbe praktiziert werden. Natürlich, meine Damen und Herren, bleiben im Bereich der Landwirtschaft trotzdem noch Wünsche offen. Das naheliegende Beispiel dafür ist das steirische Landesbudget für 1983, wo sicher nicht mutwilligerweise schmerzliche Kürzungen bei wichtigen

Ansätzen für die Landwirtschaft zu verzeichnen sind. (Abg. Ing. Turek: „Der Finanzreferent!“)

Er wird doch nicht mit Herrn Landesrat Koiner zum Streiten beginnen müssen. Und es war sicher auch keine Provokation des Redakteurs Ulrich Brunner, den Sie vom Fernsehen alle kennen, als er bei der kürzlichen Pressestunde den Bauernbunddirektor Riegler fragte, ob dieser glaube, daß nur die österreichische Landwirtschaft aus den derzeit weltweiten Schwierigkeiten herausgehalten werden könne. Das wird sie leider nicht, weil die Berufs- und Wirtschaftsgruppen wie in einem kommunizierenden Gefäß untereinander verbunden sind. Aber ich bin überzeugt, daß die Sozialisten in der Bundesregierung und im Parlament auch weiterhin alles tun werden, um den berechtigten Bedürfnissen der Landwirtschaft und der bäuerlichen Menschen in gerechter und verantwortungsbewußter Weise zu entsprechen. Das gleiche gilt für die Sozialisten in der steirischen Landesregierung und im Landtag. (Abg. Dr. Maitz: „Klarer Auftrag!“) Ich habe bei meiner ersten Budgetrede, im Dezember 1961, die ich bereits erwähnte, in Übereinstimmung mit meiner Fraktion erklärt, daß die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe aus einer Reihe von triftigen Gründen, die ich damals so ähnlich erwähnt habe wie du, Herr Präsident, heute, für uns Sozialisten auch ein echtes Anliegen ist. Der damalige für die Landwirtschaft zuständige Landesrat Ferdinand Prirsch hat auf diese Aussage auch sehr positiv reagiert. Ich darf heute in Übereinstimmung mit meiner Fraktion die unverändert gebliebene Überzeugung wiederholen, daß die Erhaltung der bäuerlichen Familienbetriebe für die Landwirtschaft selbst, für das Land und für die Gesellschaft unerläßlich ist (Beifall bei der SPÖ.) und daher auch für die Zukunft eine wichtige gemeinsame Aufgabe darstellt.

Meine Damen und Herren! Damit sind meine agrarpolitischen Aussagen abgeschlossen. Darf ich noch um ein paar Minuten Gehör bitten, für einige Dankesworte. Es mag vielleicht etwas sonderbar für Sie klingen, aber mein erster Dank geht nach Möderbrugg hinauf, Kollege Grillitsch kennt das oben, zu meinem ehemaligen Dienstgeber Hugo Steiner vulgo Bucher, dem Älteren, bei dem ich im Herbst 1930 meine landwirtschaftliche Tätigkeit aufgenommen habe. Ein gutes Haus, ich sage gerne dazu, ein gutes christliches Haus im besten Sinne des Wortes. Ich habe dort arbeiten gelernt. Von dort dann, 1936 bis 1937, 1937 bis 1938, zwei Jahre im Winter in die Landwirtschaftsschule und dann, 1938 wie viele ältere von Ihnen, in den Krieg. Und der Kollege Heidinger hat gestern Wernigerode erwähnt und den Dichter Paul Ernst, ich war dort ziemlich lange, 14 Monate, im Lazarett, nur habe ich leider den Paul Ernst nicht getroffen, der war wahrscheinlich auch anderswo beschäftigt. (Abg. Dr. Heidinger: „Der war schon tot!“) Nach 1945 habe ich die Freude gehabt, bei der Sozialistischen Partei meine Arbeit aufzunehmen, dann bei der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter – ich will Sie nicht mit meiner Lebensgeschichte aufhalten, aber nur, da darf ich dazusagen, daß ich von 1948 bis 1957 in Salzburg Landessekretär der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter war und daß sie mich dort „Zinki“ genannt haben. Wahrscheinlich, meine Damen und Herren, weil ich dort noch kleiner war, als ich jetzt bin. 1958 kam ich in die Steiermark

zurück, und 1960 – das möchte ich auch mit einem Dank verbinden – haben mich die Freunde aus Deutschlandsberg, lieber Christoph, für den Landtag nominiert mit einem sehr großen Vertrauensvorschuß, Deutschlandsberg und die sozialistische Landespartei. Und ich darf auch dazu sagen, daß ich vom ersten Tag an diese Berufung oder Entsendung als eine große Ehre und es als eine verpflichtende besondere Auszeichnung empfunden habe, hier in diesem Steiermärkischen Landtag mit dabei zu sein. Einen sehr herzlichen Dank an meine Klubkollegen für die gute Freundschaft und für die Schützenhilfe, die sie mir immer wieder, wenn es etwas hitziger geworden ist, auch bei meinen Diskussionsbeiträgen, zugewendet haben. Einen sehr herzlichen ernstgemeinten Dank auch an die anderen Fraktionen, weil es trotz der gravierenden Unterschiede in den Meinungen immer so war, daß der menschliche, persönliche Kontakt Gott sei Dank nie abgebrochen ist. Ich danke dafür sehr, sehr herzlich. So ähnlich war es ja gestern, der menschliche, persönliche Kontakt, wie zwei Kollegen, ein Kollege von der ÖVP-Fraktion und ich uns beim Begrüßen die Hand gereicht haben, die Hand ergriffen haben. Und es muß da in einer Zeitung ein bißchen ein Mißverständnis gewesen sein, Herr Landesrat, wir haben ja von keinem Begräbnis geredet, daher war von einer Ergriffenheit, glaube ich, keine Rede. Aber wir haben die Hand des anderen ergriffen, und ich glaube, so soll es auch bleiben. Last not least, bitte schön, das habe ich noch von meiner Bucher-Zeit her, nebenbei bemerkt, beim Mistführen beim Bucher, das Roß hat den Weg selbst gewußt, habe ich Steno gelernt, am Abend habe ich mir ein paar Kürzel aufgeschrieben, die habe ich dann beim Mistführen, beim Nachgehen hinter dem Roß und hinter dem Schlitten, auswendiggelernt. Ich wollte sagen, zum Schluß, aber sicher nicht als Letztes, einen Dank an meine Frau, die so wie eben die Politikerfrauen, vor allem zum Wochenende, das war ja früher noch ärger als jetzt, seit 1947 von dem politisierenden Mann halt nicht immer das gehabt hat, was einer Familie, Frau und Kindern eigentlich zustehen würde. Aber das ist nur ein Hinweis. Ihnen geht es nicht anders. Meine sehr verehrten Damen und Herren, als ganz Letztes, meine persönlichen Glückwünsche. Beste Gesundheit, sehr verehrter Herr Präsident, Ihnen und den Vizepräsidenten, beste persönliche Gesundheit der hohen Landesregierung, Ihnen allen selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch und guten Erfolg im Interesse der Steirer und der Steiermark. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Hohes Haus, bei der Spontanität des Herrn Abgeordneten Josef Zinkanell weiß man nicht, ob er sich doch noch bei einem der folgenden Tagesordnungspunkte, wenn er aufgescheucht würde, zum Worte meldet. Sollte das nicht der Fall sein, dann hätte er, unser geschätzter, lieber Kollege Josef Zinkanell, sozusagen seine Abschiedsrede gehalten. Eine echte Zinkanell-Rede. Das verhält uns dazu, festzustellen, daß wir ihn ungern scheiden sehen. Um eine eindrucksvolle Persönlichkeit wird der Landtag ärmer sein, dem er 21 gute Jahre als fleißiger, gewissenhafter und verantwortungsvoller Volksvertreter angehört hat. Er war stets ein wohl vorbereiteter sachkundiger Redner. Seine Ad-hoc-Wortmeldungen bewiesen immer den erfahrenen Parlamentarier. Er konnte klar und

scharf formulieren, und er trug seine und seiner Gesinnungsfreude Standpunkte eindeutig vor. Aber er war in seiner Verständnisbereitschaft und Offenheit und Ehrlichkeit ein wirklicher Demokrat. Er hat in der Auseinandersetzung seine Gegner gehabt, und er war ein scharfer Gegner. Er hat aber keine Feinde gehabt, und er war niemandes Feind. Wir verabschieden uns von ihm als von einem aufrichtig geachteten und geschätzten Kollegen, der vielen über die Grenzen der Fraktionen hinweg ein guter Freund geworden ist und bleiben wird. Viele Dank Josef Zinkanell und Glück auf für alle kommenden Jahre. (Allgemeiner Beifall.)

Wir gehen in der Arbeit weiter. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Chibidziura.

Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, daß ich nun auch einige Ausführungen zum „Grünen Bericht“ und zum Budget bringen darf. Der Abgeordnete Buchberger und der Herr Abgeordnete Zinkanell haben sich sehr wohl aus ihrem Standpunkt heraus mit den Problemen der Landwirtschaft beschäftigt und jeweils die Erfolge der eigenen Partei herausgeholt. Aber eines haben weder ÖVP noch SPÖ geschafft, daß nämlich der Auftrag des Landwirtschaftsförderungsgesetzes wirklich erfüllt worden wäre, das vorsieht, daß der Einkommensanteil aus der Landwirtschaft mit der Steigerung des Gesamteinkommens mitgeht. Leider Gottes muß man feststellen, daß es wieder weniger geworden ist. Allen Berufsgruppen wurde eine Inflationsabgeltung zugestanden, die Landwirtschaft aber verbuchte im letzten Berichtsjahr wieder ein Minus. Für dieses Minus war in erster Linie die Preissteigerung bei den Gruppen Beleuchtung und Beheizung und beim Verkehr maßgebend. Vor allem, weil diese 18 Prozent des gesamten Warenkorbes ausmachen und daher einen Indexsteigerungsanteil von 35 Prozent verursachen. Natürlich waren diese Gruppen besonders seit dem Ölpreisschock betroffen; der Ölpreis ist kontinuierlich angestiegen, und der Einkommensunterschied zwischen den Bauern und den anderen Berufsgruppen hat sich dadurch weiter vergrößert. Wenn man das Jahr 1981 betrachtet, so ist das bäuerliche Einkommen um insgesamt 1,5 Prozent gesunken. Die Löhne und Gehälter dagegen haben etwa um 7 Prozent zugenommen. Der Abstand zwischen den Einkommen aus der Land- und Forstwirtschaft und den Löhnen und Gehältern aus unselbständiger Tätigkeit hat sich natürlich auf Grund der sogenannten Preisschere wieder deutlich vergrößert. Dafür sind auch die Erzeugerpreise verantwortlich. Für die Agrarprodukte waren sie im Jahresmittel um 5,5 Prozent höher als im Vorjahr, während die Preise für die agrarischen Betriebsmittel einschließlich der Reparaturkosten dagegen um 11 Prozent stiegen. Für diese Steigerung waren die höheren Energiekosten und Düngemittelpreise verantwortlich. Der von uns Freiheitlichen seit Jahren, seit mehr als einem Jahrzehnt geforderte Paritätslohn als der gerechte Vergleichslohn zwischen den Industriearbeitern und den Landwirten konnte auf Grund der verfehlten Agrarpolitik von SPÖ und ÖVP wieder nicht erreicht werden. Der Grund liegt darin, daß die betriebswirtschaftlich kalkulierten Preise, wie wir sie verlangen, den Bauern einfach nicht zugestanden werden. Immer wieder wird nur vom

volkswirtschaftlich vertretbaren Preis gesprochen. Wir meinen, daß eben der Bauer auch ein Fachmann ist und daß wir ihm eine dem Facharbeiter angegliche Abgeltung zukommen lassen müssen. Die triste Lage hat wieder bewirkt, daß österreichweit ein Bevölkerungsanteil von nur mehr 8,8 Prozent in der Landwirtschaft tätig ist. Ich fürchte, daß das leider wieder weniger ist als in den Jahren zuvor. Die Landflucht hat also weitergegriffen. Wir alle wissen, daß hierfür einige Kriterien maßgebend sind: die längere Arbeitszeit, das geringere Ansehen und die Tatsache, daß die Bauernschaft in die Massenproduktion getrieben ist. Aber auch die geringere Möglichkeit, am sozialen Fortschritt teilzuhaben, hat viele junge Menschen veranlaßt, den Bauernhof zu verlassen. Ich glaube, daß dabei gerade die durchschnittliche Arbeitszeit eine große Rolle spielt. Ich meine auch, daß die Landwirtschaftspolitik eigentlich gescheitert ist. Vor allem wegen der irigen Idee, zu glauben, aus der Landwirtschaft eine Industrie machen zu können. Besonders kraß ist es ja mit den Bäuerinnen, deren durchschnittliche Wochenarbeitszeit 71,9 Stunden beträgt. Wenn man einige befragt, dann sagen sie sehr genau, daß eben die Verknüpfung von Arbeits- und Wohnbereich das Zusammenleben mit älteren Generationen und die soziale Benachteiligung bei Karenzgeld, Heirat, Urlaub und ähnlichen Abgeltungen mit einer Rolle spielen, so daß nur sehr wenige Mädchen bereit sind, Bäuerinnen zu werden, und die Last und Verantwortung einer Bauernfamilie und eines Bauernhofes oft auch eines Betriebsleiters auf sich zu nehmen. Die gesundheitliche Situation des Bauern oder der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist auch äußerst unbefriedigend und vergleichbar mit der Situation von Schwerstarbeitern. Die permanente Überbeanspruchung des Körpers mangels Erholungsmöglichkeit und die schlechte medizinische Versorgung im ländlichen Raum sind eben die zentralen Ursachen der unbefriedigenden Gesundheitssituation der Bauern. Auch die Musterungsergebnisse beim Österreichischen Bundesheer sind für diese unbefriedigende gesundheitliche Situation der Bauern bezeichnend. 7,55 Prozent der Bauernsöhne sind untauglich, während nur 4,83 Prozent der „manuell“ Berufstätigen aus Gewerbe und Industrie untauglich sind und 5,71 Prozent der Angestellten, Lehrer und Intelligenzberufe. Auch kumulieren sich die Krankheiten der bäuerlichen Bevölkerung prozentmäßig. Besorgniserregend ist für uns, daß etwa nur ein Achtel, das sind 12,5 Prozent, der bäuerlichen Bevölkerung als gesund zu bezeichnen ist. Das sind die allgemeinen und realen Tatsachen.

Ich darf mich noch etwas mit dem Kürbisbau beschäftigen, der in letzter Zeit stärker an Bedeutung gewonnen hat und dessen Anbauflächen im Jahre 1981 deutlich zugenommen haben. Aber die Bedeutung liegt nicht nur auf dem Sektor des Öls, sondern die Kerne selbst für die Reformkost, ihrer besonderen Inhaltsstoffe wegen. Und wenn man das so überschaut, so waren es im Vorjahr 15.110 Landwirte, die auf 6000 Hektar Kürbisse angebaut haben und deren Erträge zwischen 700 und 1000 Kilogramm lagen und damit deutlich über dem Durchschnitt waren. Die Arbeitsgemeinschaft der steirischen Kürbisbauern und auch die Kammer haben sich sehr um den Anbau bemüht. Dadurch wurde auch im Berichtsjahr die Produktion sehr ausgeweitet. Es führte dazu, daß ein großer Anteil

der erzeugten Kürbiskerne auf Lager gelegt werden mußte und – wie gesagt – nicht abgesetzt werden konnte. Auslösend für diese Absatzschwäche und Absatzschwierigkeit war angeblich die Kündigung der Abnahmeverträge durch deutsche Vertragspartner. Der Grund dafür soll ein zu großer Anteil an Herbizidenrückständen in den Kernen gewesen sein. Ich habe diesbezüglich in diesem Hause eine Anfrage gestellt, wurde leider enttäuscht, weil man mir sagte, ich bekäme diese Frage schriftlich beantwortet. Unser Kollege Fuchs ist ja, wie er bei den Bauern heißt, der „Ölscheich“! Er wird sicherlich darüber eine Auskunft geben können. Ich hätte gebeten, daß man mir vielleicht doch schriftlich einige Fragen beantwortet. (Abg. Buchberger: „Gehts hinaus und trinkt ein Achterl, dann braucht Ihr nicht schreiben!“ – Abg. Ing. Turek: „Während der Dienstzeit trinken wir nichts!“ – Abg. Buchberger: „Das ist eine Ausnahme!“) Wir müssen ja nicht streiten, ich hätte das nur gerne schriftlich gehabt!

Die Fragen sind: 1. Wer hatte die Verträge mit Deutschland angebahnt? War das der Verein oder waren das Private? 2. Wer hat die Verträge unterzeichnet? War das die Kammer oder der Verein? 3. Wie war es möglich, daß auf Grund dieser Verträge die ungarischen Kerne – so wie man hört – nach Deutschland exportiert wurden, zum Schaden der steirischen Kürbiskernbauern? Wer hat denn überhaupt den Import aus Ungarn und den Export durchgeführt? Und dann noch die Frage: Wo sind die Kerne gelandet, die zurückgekommen sind und angeblich mit Herbiziden versetzt waren? Ich glaube, diese Überproduktion hat gezeigt, daß es problematisch ist, wenn die Beratung auf Ausweitung läuft und die Anbauflächen dann noch dazu auf jene Flächen erweitert werden, wo vorher Mais gebaut wurde. Damit wurde ja das Problem mit den Herbiziden aktualisiert.

Ein Wort bitte noch zu den Sonderkulturen: Es hat sich wiederum gezeigt, daß mit der guten Ernte 1981 beziehungsweise 1982 der Absatz nicht so forciert werden konnte, daß alle Erträge auch zu guten Preisen abgesetzt werden konnten. Ich glaube, daß man deshalb etwas mehr Gewicht auf Kühlhäuser legen mußte, weil gerade die Kühlhäuser eine Chance und eine Sicherheit in der Krisenvorsorge geben. Es wäre auch leichter, die überschüssigen Erträge einzufrieren und dann zu späterer Zeit, wenn sich am Markt irgendwelche Lücken ergeben, zu guten Preisen zu verkaufen. Das Problem heute liegt in erster Linie an den hohen Kühlhausgebühren, den Lagergebühren, die auf Grund der erhöhten Energiekosten auch gestiegen sind. Es erhebt sich die Frage, ob man nicht etwas mehr zur Förderung solcher Bevorratungsgüter beziehungsweise zur Förderung von Kühlhausgebühren unternehmen sollte. Richtigerweise ist auch schon das Tierschutzgesetz angezogen worden. Ich glaube, wir liegen auf der richtigen Linie, daß dieses Tierschutzgesetz eine österreichweite Lösung bekommen muß. Denn wir werden uns nicht einseitig einschränken und die Möglichkeit schmälern, unsere Produkte konkurrenzfähig verkaufen zu können. Ich glaube, daß es richtig ist, diese Agrarfabriken doch etwas einzuschränken. Eine Bitte an den Herrn Landeshauptmann – er ist leider nicht da, aber er hat mir versprochen, daß die TKV-Verordnung geändert wird. Das ist bis

heute nicht geschehen. Das möchte ich doch wieder urgieren. Ich möchte nicht, daß darauf vergessen wird! (Abg. Dr. Maitz: „Setz eine Bundesregelung voraus!“)

Ein Wort noch zur Hagelabwehr. Es werden aus dem Budget große Summen für die Beiträge für die Hagelversicherung ausgezahlt, eben 25 Prozent der Hagelversicherung. Aber es zeigt sich immer wieder, daß es eben Katastrophen und damit große Probleme für die Landbevölkerung gibt. Ich glaube, daß man darauf achten muß, daß Spekulanten nicht so gut beteiligt werden. Es gibt Bauern, die einfach sagen: „Ich mache keine Hagelversicherung. Wenn ich wirklich Pech habe, dann bekomme ich ohnedies aus dem Katastrophenfonds eine Zubeuße.“

Weiters ein Wort noch zu den Einheitswerten. Ich habe hier eine Aufzeichnung der 14-Uhr-Temperaturen von April bis August der Klimastufen 3 und 4. Diese zeigt auf, daß sich die mittlere Tagestemperatur enorm vermindert hat. War sie im Jahr 1946/47 zum Beispiel bei plus 18 Grad, lag sie im Jahr 1980 bei 14 Grad. Das ist natürlich etwas, das sich für das Einkommen der Bauern sehr negativ auswirkt. Ich glaube, daß es daher notwendig ist, daß man diese Aufzeichnungen mit in die Bewertung einbringt. Ich stelle sie gerne zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, im „Grünen Bericht“ werden auch die Bienen behandelt. Das Berichtsjahr schien zu Beginn ein gutes Jahr zu verheißen, aber dann konnte durch verschiedene Umstände, und wenn die Imker nicht rechtzeitig gewandert hätten, kein zufriedenstellender Ertrag im Jahre 1981 erreicht werden. Einige wenige Gebiete in besonderen Sonnlagen hatten mit der Herbsttracht noch den Ertrag erreicht. Diese haben aber alle auf Grund dieser späten Arbeitsleistung Bienenverluste für 1982 zu erwarten. Das Ernteergebnis 1981 lag mit etwa 800.000 Kilogramm nicht einmal an der Hälfte der Normalerte. Das muß ausgesprochen auf die ungünstige Witterungslage zurückgeführt werden. Gerade gestern wurde auch sehr viel über den Naturschutz gesprochen. Hiezu muß erwähnt werden, daß sich gerade die Luftverschmutzung sehr negativ auf die Bienenvölker auswirkt. Der Bereich von Voitsberg ist heute für Bienen schon fast nicht mehr annehmbar. Jetzt möchte ich noch eines hier anbringen. Es ist für mich unverständlich, warum im LKH Graz, also im Landeskrankenhaus, ausländischer Bienenhonig ausgegeben werden muß. Es ist, glaube ich, unsere Aufgabe, die heimische Wirtschaft und auch die steirischen Imker zu stützen. Dazu kommt noch, daß es richtig wäre, meiner Meinung nach, daß die homöopathischen Mittel im LKH von den Krankenkassen bezahlt werden sollten. Gerade bei leichteren Krankheiten und auch bei der Nachbehandlung von Kindern wäre die Anwendung von homöopathischen Mitteln von Vorteil.

Nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Schluß noch ein paar Worte zum ländlichen Wegebau. Ich glaube, das diesbezügliche Umstrukturieren im Amt der Steiermärkischen Landesregierung und die Schaffung einer neuen Abteilung zeigt doch irgendwo auf, daß gewisse Probleme aufgetreten sind. (Ich habe auch im Vorjahr dazu gesprochen.) Nur ist das für meine Begriffe etwas zu stillschweigend über die Bühne gegangen. Es ist doch irgendwie ein Eingeständnis dafür, daß das nicht ganz funktioniert hat.

Meine Damen und Herren, lieber Herr Abgeordneter Zinkanell, ich möchte dir von diesem Platz aus ein herzliches Dankeschön sagen. Ich möchte dir auch im Namen meiner Partei sagen, daß über Parteigrenzen hinweg du unsere besondere Wertschätzung verdient hast. Persönlich glaube ich, daß es ein nettes Verhältnis zwischen uns beiden gegeben hat, wofür ich mich persönlich recht herzlich bedanken möchte. Wenn man als junger Abgeordneter da hereinkommt, ist es natürlich auch ganz gut, wenn man eine leichte Seelenmassage erhält. Und das hast du sehr nett und sehr lieb gemacht, obwohl du bei deinen Beiträgen auch flammende Stellungnahmen machen konntest und sehr bestimmt und vielleicht auch apodiktisch eintreten konntest für deine Partei, für deinen Standpunkt eingetreten bist. Aber ich glaube, daß du der Demokratie, der Steiermark und den steirischen Bürgern sowie im besonderen diesem Haus einen guten Dienst erwiesen hast. Dafür ein herzliches Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Prutsch: Frau Präsident, Hohes Haus!

In vielen Dingen, die der Abgeordnete Buchberger über die Landwirtschaftspolitik gebracht hat, stimmen wir überein. Aber in einigen Dingen, die bereits der Kollege Zinkanell dargelegt hat, sind wir halt anderer Meinung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Betriebszählung 1980 wurden in Österreich 302.196 land- und forstwirtschaftliche Betriebe erfaßt. Im Jahre 1970 waren es noch 336.000 Betriebe. Die Gesamtzahl hat somit von 1970 bis 1980 um 10,2 Prozent abgenommen – allerdings war die Entwicklung bei kleineren und größeren Betrieben ganz konträr. Um fast 15 Prozent abgenommen haben die Betriebe unter 20 Hektar – zugenommen hat dagegen die Zahl der Betriebe zwischen 30 und 100 Hektar. Bei der ersten land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung nach dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 1951 wurden noch 432.000 landwirtschaftliche Betriebe erfaßt.

Gravierender als der zahlenmäßige Rückgang der Betriebe waren aber die sozioökonomischen Veränderungen: Laut Betriebszählung 1980 waren von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben Österreichs nur mehr 38,3 Prozent Vollerwerbsbetriebe, 5,8 Prozent Zuerwerbsbetriebe, 54,3 Prozent Nebenerwerbsbetriebe. 75 Prozent der Nebenerwerbsbetriebe bewirtschaften in Österreich eine Kulturfläche von weniger als 10 Hektar. Bei den landwirtschaftlichen Betrieben wirkt sich der Strukturwandel nicht sosehr in einem Rückgang der Zahl der Betriebe aus, sondern mehr in einem Übergang vom Vollerwerb zum Nebenerwerb. Deutlicher sieht man die Entwicklung, die die österreichische Landwirtschaft seit dem Zweiten Weltkrieg durchlaufen hat, an der Veränderung der Arbeitskräfte: Zum Beispiel waren 1950 noch 765.000 Selbständige und 225.000 Unselbständige in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, sind es heute nur mehr rund 250.000 Selbständige und 40.000 Unselbständige. Dies entspricht nur mehr einem Anteil von 8,8 Prozent aller Erwerbstätigen. In der Bundesrepublik sind es 5,9 Prozent, in den Niederlanden 5 Prozent und in Großbritannien nur noch 2,8 Prozent. Und die 8,8 Pro-

zent in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Österreicherinnen und Österreicher erzeugen heute mehr Grundnahrungsmittel, als wir für die Selbstversorgung benötigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen in einigen Sätzen den Strukturwandel der österreichischen Land- und Forstwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg aufgezeigt. Nun möchte ich Ihnen ein anderes schwieriges Kapitel aufzeigen, und zwar den Agraraußenhandel.

Gemäß Artikel 10 der Bundesverfassung obliegt die Gesetzgebung und Vollziehung im Waren- und Viehverkehr mit dem Ausland der Bundesregierung. Die 1972 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den EFTA-Ländern abgeschlossenen Freihandelsabkommen gestatteten es der industriell-gewerblichen Produktion dieser Länder, im Rahmen einer Freihandelsregelung Zutritt zum Markt der EG zu erhalten.

Für den Agrarsektor schlossen die EFTA-Länder besondere Vereinbarungen, den sogenannten Agrarbriefwechsel. In schwierigen und sich über Jahre erstreckenden Verhandlungen mit der EG-Kommission konnten für wesentliche Bereiche der österreichischen Landwirtschaft, nämlich der Rinder-, der Käse- und der Weinwirtschaft, Vereinbarungen erzielt werden, durch die die gesamten Agrarausfuhren in die EG gesteigert werden konnten.

Eisen und Stahl sind auf dem Weltmarkt kaum abzusetzen. Obwohl wir in weiten Teilen unserer Erde eine große Hungersnot haben, können sich diese Menschen die von uns in Überschuß produzierten agrarischen Produkte nicht leisten und können ohne entsprechende Exportförderungen ebenfalls nicht abgesetzt werden. Bedenken Sie, meine Damen und Herren, daß im Jahre 1982 im Export für jeden Liter Milch in Form von Milchprodukten 4,17 Schilling vom Bund dazugelegt werden müssen.

Beim Export von Vieh und Fleisch wird heute schon die Hälfte des Tierwertes von Bund und den Ländern bezahlt.

Der Gesamtwert an agrarischen Ausfuhren betrug 1981 11,6 Milliarden Schilling und lag damit um 17 Prozent oder 1,7 Milliarden Schilling über dem Vorjahr. Seit 1960 stieg der Wert der Agrarausfuhren um nahezu das Achtfache.

Der Ausfuhrwert betrug hingegen 1960 nur 1,47 Milliarden Schilling. Schwerpunkte der Exporte 1981 waren Milchprodukte und Eier im Wert von 2732 Millionen Schilling, das sind um 741 Millionen Schilling mehr als im Vorjahr. Fleisch und Tiere wurden im Werte von 2694 Millionen Schilling, Getreide um 1540 Millionen Schilling, Gemüse und Früchte um 976 Millionen Schilling und Getränke um 1331 Millionen Schilling exportiert.

Diese gigantischen Summen beweisen, wie sehr sich die Bundesregierung bemüht, den Bauern den Absatz zu sichern.

Die Agrarimporte lagen im Jahr 1981 um 8 Prozent über dem Vorjahrswert und betrugen 24,5 Milliarden Schilling. Die wichtigsten Importe sind Kaffee, Kakao, Tee, Futtermittel und andere Produkte, die aus naturbedingten oder handelspolitischen Gründen in Österreich nicht erzeugt werden können. Besonders negativ und kraß, das hat bereits der Kollege Zinkanell angezo-

gen, wirkt sich das von der ÖVP-Alleinregierung im Jahre 1968 abgeschlossene GATT-Übereinkommen über die Einfuhr von Eiweißfuttermitteln und Ölsaaten für die heimische Landwirtschaft aus. Der Gesamtwert der Agrarimporte vervierfachte sich seit 1960. Das Defizit im Agraraußenhandel betrug im Jahre 1981 12,9 Milliarden Schilling.

Der Außenhandel mit Holz ist traditionell hoch aktiv, 1981 stand ein Exportwert von 11,3 Milliarden Schilling einem Importwert von 4,3 Milliarden Schilling gegenüber. Die wichtigsten Handelspartner Österreichs am Agrarsektor sind die Länder der EG, sie sind mit Ausnahme von Getreide die wichtigsten Abnehmer bei Milchprodukten, Rindern, Fleisch und Wein. Die Prozentdeckung im Agraraußenhandel betrug 1969 36,6 Prozent und im Jahre 1981 bereits 47 Prozent und wird heuer die 50-Prozent-Marke übersteigen. Ich glaube, diese Zahlen verdeutlichen die Aufwärtsentwicklung der österreichischen Landwirtschaft. (Allgemeiner Beifall.)

Große Sorgen bereiten uns heute die landwirtschaftlichen Genossenschaften, weil sie nur mehr die Eigeninteressen vertreten, in Bereiche hineinexpandieren und den unmittelbaren Aufgaben, die sie zu erfüllen hätten, nicht entsprechen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich werde anhand einiger Beispiele aufzeigen, wie eine Genossenschaft nicht handeln soll. Trotz sinkender Zahl von Schweinehaltern ist der Schweinebestand in der Steiermark Ende 1981 um 96.863 Stück, in Prozenten ausgedrückt um 11,6 Prozent, unter allen Bundesländern am stärksten gestiegen. Auf Grund der angespannten Marktsituation ist ein Preisverfall bis zu 20 Prozent eingetreten. Die Vieh- und Fleischkommission hat im Jänner dieses Jahres den Export von 10.000 Stück Schweinen freigegeben. Die Ausfuhrquoten werden von der Vieh- und Fleischkommission unter Berücksichtigung der Produktion zum Marktverhältnis in den Bundesländern monatlich festgelegt. Der Länderschlüssel regelt den Exportanteil der einzelnen Bundesländer. Die Steiermark konnte 22 Prozent des österreichischen Gesamtkontingents für sich in Anspruch nehmen. Der Export wurde ausgeschrieben. Der Bund zahlte 6,50 Schilling pro Kilogramm an Exportstützung. Trotzdem hat sich die Agrosserta, die bis zu 60 Prozent des steirischen Vieh- und Fleischmarktes in der Hand hat, bei dieser ersten Ausschreibung nicht um den Zuschlag beworben. Die Folge davon war, es konnten nur 4900 Stück exportiert, der Rest von 5900 Stück mußte eingelagert werden. Eine weit kleinere private Fleisch-Ges. m. b. H. aus der südlichen Steiermark hat sich sehr wohl um den Zuschlag beworben und durch den Export den Markt wesentlich entlastet. Auch Preisabsprachen zuungunsten der Bauern durch Vertreter der Agrosserta mit anderen Viehhändlern, wie sie auf dem Lorenzmarkt auf der Teichalpe am 15. September dieses Jahres stattgefunden haben, finde ich von einer Genossenschaft ebenfalls als unmoralisch. (Abg. Buchberger: „Was war das?“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun komme ich zu einem anderen Kapitel. Maßnahmen bei Katastrophenschäden, und hier möchte ich einige Fakten aufzeigen, die mir unverständlich sind und unbedingt einer Aufklärung bedürfen. Sie können es selbst im „Grünen Bericht“, Steiermark 1981, auf den Seiten

104 bis 107, im Landesrechnungsabschluß 1981 auf Seite 103 nachlesen. Es handelt sich um den steirischen Weinbau. Dort heißt es, und ich zitiere: „Die Steiermark hat eine Weingartenfläche von 2642 Hektar. Diese Flächen werden von 4721 Betrieben bewirtschaftet. Die katastrophalen Hagelfolge- und Frostschäden der Jahre 1980 und 1981 haben die Ertragslage im Weinbau erheblich verschlechtert. 1981 haben 2729 Betriebe durch Frost- und Hagelfolgeschäden einen Ernteausschlag von 125,5 Millionen Schilling erlitten. Deshalb gewährte das Land Steiermark den Betroffenen aus Mitteln des Katastrophenfonds und aus Landesmitteln eine Beihilfe von 30 Prozent des Gesamtschadens.“ Ende des Zitats. Landesweit wird bei einer Ernte von 100.000 Hektoliter Wein von einer guten Ernte gesprochen. Heuer sind es 182.000 Hektoliter geworden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun komme ich zum Kern der Sache und werde es Ihnen zur besseren Illustration plastisch darstellen. Die gesamte Weinernte in der Steiermark betrug 1979 95.000 Hektoliter, 1980 105.000 Hektoliter, 1981 um ein Drittel weniger, das sind rund 67.100 Hektoliter, 1982 182.000 Hektoliter. Der Ernteausschlag 1981 betrug rund 33.000 Hektoliter, das sind 3.300.000 Liter. Wenn man beim Wein mit einer Ausbeute von 75 bis 82 Prozent rechnet, so sind es umgerechnet in Kilogramm 4.125.000 Kilogramm Weintrauben. Und nimmt man einen durchschnittlichen Traubenpreis von 7 Schilling pro Kilogramm, so betrug der Ernteausschlag 1981 28.875.000 Schilling. Wäre die gesamte steirische Weinernte im Jahre 1981 ausgefallen, und da gehe ich von einer Durchschnittsernte von 100.000 Hektoliter aus – 10 Millionen Liter plus 20 Prozent sind 12.500.000 Kilogramm Trauben mal 7 Schilling Traubenpreis –, sind es erst 87.500.000 Schilling. (Abg. Buchberger: „Das stimmt nicht!“ – Abg. Ing. Turek: „Falsch ausgerechnet!“ – Abg. Dr. Horvatek: „Hoffentlich ist kein Wasser dabei!“) Offensichtlich sind den Mitgliedern der §-17-Kommission bei der Ausarbeitung beziehungsweise Erstellung des „Grünen Berichtes“ die Unterlagen der 2729 Schätzgutachten nicht zur Verfügung gestanden. Ansonsten hätte man zu den 125,5 Millionen Schilling Ernteausschlag nähere Erläuterungen anführen müssen.

Meine Damen und Herren, alle Prognosen und Prognosezeiungen, die die ÖVP-Bauernbundvertreter im vorigen Jahr anlässlich Pressekonferenzen und Wahlveranstaltungen kundgetan haben, daß sich die Schäden auch auf die Folgejahre auswirken werden, sind Gott sei Dank nicht eingetreten. Und das zeigt die heurige Ernte von 182.000 Hektoliter. Es soll von mir nicht der Anschein erweckt werden, daß ich jemanden, der wirklich einen Schaden erlitten hatte, eine Vergütung nicht vergönne, aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, es geht mir um die gerechte Verteilung der Schadensvergütungen. Auch bundesweit hatten wir seit Menschengedenken noch nie eine so gute Weinernte wie heuer. Sie war so gut, daß nicht einmal genug Gebinde vorhanden waren. Nun rufen dieselben Bauernbundvertreter wieder nach dem Staat und fordern Exportstützungen, die Alkoholsteuer soll reduziert und beim Weinwirtschaftsfonds ein Absatzförderungsbeitrag eingerichtet werden. Bund und Länder sollen dort einzahlen, Lagerhaltungskosten sollen vom Bund finanziert werden und so

weiter. Auf der einen Seite fordern Sie immer mehr Förderungen und Stützungen, auf der anderen Seite wollen Sie die Steuern reduzieren! Ich glaube, das werden sich weder das Land noch der Bund leisten können. (Beifall bei der SPÖ.) Ich glaube, jene Vertreter sollen sich mit der Traubenpreissituation auseinandersetzen, denn der Traubenpreis betrug heuer in der Steiermark zwischen 3 und 5 Schilling, in Niederösterreich gab es Niedrigstpreise von 1,80 bis 2,50 Schilling, im Burgenland zwischen 2 und 3 Schilling. (Abg. Buchberger: „Steiermark ist an der Spitze!“) Trotzdem hat man in den letzten Wochen und Monaten den Sturm in den Gaststätten mit einem überhöhten Preis, und man kann hier ruhig von einem Wucherpreis sprechen, das $\frac{1}{4}$ Liter zwischen 12 und 18 Schilling ausgeschrieben. Auch die Genossenschaften als bäuerliche Selbsthilfeeinrichtung haben bei der Preisbildung einen sehr großen Einfluß, der aber immer zuungunsten der Produzenten ausfällt.

Meine Damen und Herren! Trotz der steuerlichen Belastungen und Abgaben ist ein Sturmpreis von 60 und 70 Schilling pro Liter zu hoch. Meine Damen und Herren, in einer Zeit, wo wir bereits seit Jahren im Weinbau einen Überschuß haben, soll man mit dem Auspendestopp beginnen, auf eine bessere Qualität schauen und die Tafeltraubenproduktion forcieren und nicht Weingartenneuanlagen über den Weinbauplan weiterhin fördern.

Meine Damen und Herren, noch einige Worte zur Einkommenssituation der Landwirtschaft. Laut „Grünem Bericht“ ist ein guter Indikator für den Lebensstandard der Bauernfamilien der Verbrauch je bäuerlichem Haushalt. Er belief sich 1981 im Bundesmittel auf 190.554 Schilling, das sind 49.113 Schilling je voll verpflegtem Familienangehörigen. Dieser Haushaltsverbrauch liegt in derselben Größenordnung wie die Verbrauchsausgaben in den für Haushaltsstatistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte beobachteten Arbeitnehmerhaushalten. Von Jahr zu Jahr witterungsbedingt schwankende Erträge und marktbedingte Preisschwankungen führen zuweilen zu realen Einkommenseinbußen der Landwirte beim bloßen Vergleich mit dem vorangegangenen Jahr. Sinnvoll sind daher nur mittel- und längerfristige Einkommensvergleiche. Ich kann heute schon der Überzeugung Ausdruck verleihen, daß das bäuerliche Einkommen im heurigen Jahr zweistellige Werte erreichen wird. Wenn der Kollege Zinkanell in sehr eindringlicher Weise aufgezeigt hat, daß das Einkommen der bäuerlichen Bevölkerung in den Jahren 1970 bis 1971 real 3,4 Prozent betragen hat, so muß man aber die Feststellung hinzufügen, daß das Einkommen während der ÖVP-Alleinregierung in der Zeit von 1966 bis 1969 nur 1,9 Prozent betragen hat. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Grillitsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Grillitsch: Frau Präsident! Hohes Haus!

Es wird einem eigentlich sehr leichtgemacht und einerseits schwierig, nach solchen Reden hier zu den Problemen der Land- und Forstwirtschaft Stellung zu beziehen. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat nach der Einbegleitungsrede des Herrn Präsidenten als

Mensch Zinkanell gesprochen, wie wir ihn kennen, wie wir ihn auch schätzen. Er muß natürlich auch nach wie vor seinen Parteauftrag erfüllen und die Situation so darstellen, als wäre es der Bauernschaft wirklich noch nie so gut gegangen als jetzt (Beifall bei der SPÖ.), es sei denn, wir hätten den besten Landwirtschaftsminister seit jeher. (Beifall bei der SPÖ.) Das war sicher dein Auftrag, lieber Herr Abgeordneter Zinkanell. (Abg. Zinkanell: „Ich habe das ‚Neue Land‘ zitiert!“) Und die ganze Vorgangsweise, die die bäuerliche Vertretung hier auch miterlebt in der Erreichung ihrer Dinge, und nachdem du ja ein begeisterter Leser des „Neuen Landes“ bist, bist du sicher auch einigermaßen informiert, es stehen die Dinge ganz anders da. Ich glaube, die Leitlinie der bäuerlichen Politik, der Politik des Bauernbundes war es immer, die Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft entsprechend an die Industrieinkommen heranzuführen, über die Einkommen die Investitionen zu ermöglichen und damit auch für die Beschäftigungspolitik zu sorgen. Und gerade auch dort, in der Beschäftigungspolitik, passieren Sachen, wo wir glauben, daß sie einfach nicht mehr vertretbar sind, weil Industriearbeitsplätze auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft gesichert werden – ich komme im konkreten noch darauf – und landwirtschaftliche Arbeitsplätze durch die Außenhandelspolitik und vor allem die Ostliberalisierung im besonderen gefährdet sind. Und wenn du abschließend sagtest, daß großes Verständnis bei den sozialistischen Parlamentariern da ist, ja ich hoffe, daß es bei den Abgeordneten zum Nationalrat eher vorhanden ist als bei unserem Abgeordneten Prutsch, der in einer Rede eigentlich gegen die Bauern heute Stellung bezogen hat und nicht für die Bauern eingetreten ist. (Abg. Halper: „Er hat nur eine Fehlentwicklung aufgezeigt!“) Und wir erleben es – und Herr Abgeordneter Sponer tritt gerne als Zeuge auf – wie die Einstellung Ihrer Abgeordneten auf parlamentarischer Ebene – ich hoffe nicht, daß das alle sind – zum Bauern und zum Eigentum sind. Sponer, ich will gar nicht mehr sagen, du hast es selbst mitgehört. Sozialistische Parlamentarier in der Einstellung – (Abg. Zinkanell: „Kannst nicht Argumente von 1900 aufzählen!“) Kannst alles haben, auch schriftlich sogar, lieber Freund. (Abg. Halper: „Jetzt fehlt nur noch die rote Katze!“) Ich glaube, man muß hier wirklich bei den realen Dingen bleiben, und man muß die Leistung der Land- und Forstwirtschaft anerkennen, und man muß auch die Leistungen – bitte – ihrer Vermarktungseinrichtungen anerkennen. (Abg. Hammer: „Die Leistungen der Bundesregierung dazu!“) Ja, die kommen sicher! Und mich hätte es ja gewundert, wenn Prutsch nicht die Genossenschaften angegriffen hätte als einer der großen Betriebe in der Steiermark, 6400 Beschäftigte haben die Genossenschaften in der Steiermark, 440 wir allein in Judenburg und Knittelfeld in der Krisensituation. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Zahlt auch der Bauer!“) Man muß das anerkennen, bezahlt auch der Bauer, weil der Bauer ist der Beschieker der Genossenschaft in der Vermarktung. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn es Probleme gibt – bitte –, gerade in der tierischen Vermarktung, so nehmen Sie eben auch zur Kenntnis, daß lebende Produkte in der Vermarktung schwierig sind, daß der Qualitätsbegriff gerade dort seine besondere Bedeutung hat, daß aber wir alle von der Genossenschaft verlangen, sie muß alles vermarkten. Sind wir froh, daß wir in der schwieri-

gen Vermarktung am Viehsektor die Einrichtung der Genossenschaft haben, weil es die Vergangenheit gezeigt hat, wie schwierig es ist, wenn sich Private noch und noch von dieser Vermarktung lösen und wenn sie diese Vermarktung nur in den genossenschaftlichen Bereich hinübergeben. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Sind von der Agrosserta vermarktet worden!“) Das, lieber Abgeordneter Chibidziura, müssen Sie erst beweisen, das müssen Sie erst beweisen, bitte! Sie habe ich übrigens ganz vergessen zu erwähnen, Ihre bedeutende Rede, aber das wird sicher einer machen von uns. Ich kann mir schon vorstellen, was Ihr Gebiet' dann betrifft.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ein leuchtendes Beispiel in der Einkommensentwicklung der Landwirtschaft ist immer der Lebenshaltungsindex. Er ist im letzten Jahr um 30 Prozent gestiegen, während die Nahrungsmittelpreise ein Plus von 20 Prozent zu verzeichnen haben und die Erzeugerpreise von 1976 bis 1982 nur ein Plus von zehn Prozent. Der Bauer ist halt leider nicht Liebling dieser Regierung. Ich habe das schon gesagt. Es kommt überall zum Ausdruck, daß der Herr Bundeskanzler noch nie in seiner Amtszeit ein lobendes Wort für die österreichische Land- und Forstwirtschaft gefunden hat. Vom Landwirtschaftsminister verlangen wir das gar nicht, weil das kann ja auch nicht sein Parteiauftrag sein. Die Bauern sind immer die Benachteiligten in diesem Umverteilungsprozeß dieser Bundesregierung. (Abg. Zinkanell: „Lieber Grillitsch, das kommt daher, weil eure Zeitung nicht die lobenden Worte schreibt!“) Ich möchte dich nicht ärgern (Abg. Zinkanell: „Du tust es!“), lieber Freund, wenn ich die Dinge nicht so sage, wie du sie aus deiner Sicht gesagt hast. Ich muß sie aus meiner Sicht des Österreichischen Bauernbundes eben sagen. Ich bin sehr froh, daß wir da nicht immer, aber jetzt als Pensionist, noch dazu als Judenburger, wirst du ja dann noch mehr das „Neue Land“ lesen, und wir werden uns noch näherkommen. Im Umverteilungsprozeß, meine Damen und Herren, dieser Regierung, der sozialistischen, die bereits die 100-Milliarden-Grenze überschritten hat, sind die Bauern in ihrer Einkommensweise immer die Betroffenen gewesen. Gerade diese Regierung hat in der Umverteilung praktisch eine Quote hergestellt, die 14.000 Schilling jedes einzelnen ausmachen, und jeder dritte Schilling, meine Damen und Herren, ist damit auch für Staatsschulden bereits aufzuwenden. Und wenn man heute die Staatsschulden hernehmen würde und die auf Grund und Boden aufbreiten würde, dann hätten wir viele Produktionsflächen aus unserer Produktion draußen, Herr Halper, weil dann könnten wir 720 Hektar nur mit Tausendern belegen, so groß ist der Schuldenberg des Staates, und die bräuchten wir nicht mehr der Produktion widmen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Halper: „Euer Wirtschaftssprecher Graff hat gesagt, wir liegen gut!“) Für die Landwirtschaft, meine Damen und Herren, ist in dieser Situation immer weniger herausgekommen. Fünf Prozent Einkommensrückgang sagt auch der „Grüne Bericht“ aus. Gerade in den Hochalpen ist die Einkommenssituation zum Industriearbeiter immer schon in einem noch größeren Abstand gewesen als durchschnittlich. Und wenn heute auch der Bergbauernzuschuß so erwähnt wurde, meine Damen und Herren, die Auswirkung des Bergbauernzuschusses auf Grund der Zone ist 1,5 bis

4,5 Prozent. Nur etwa 46 Prozent der Bergbauern bekommen überhaupt einen Zuschuß. Man hat es auch gespürt, wie notwendig es ist, daß auch im Land Steiermark durch diese Förderung der Flächenbewirtschaftungsprämie ein Ausgleich geschaffen wurde, um das Einkommen der Bergbauern zu bessern, mit diesen 24 Millionen Schilling, die im Budget stehen, weil der Bund diese Frage immer sehr leidlich behandelt hat. Ich glaube, ich habe in der vorigen Budgetdebatte schon gesagt, wir würden sehr gerne auf all diese Zuschüsse verzichten, wenn die Gelegenheit gegeben würde, die landwirtschaftlichen Preise in der Gestaltung so heranzuziehen, daß die Bergbauern ihrer Existenz sicher sind.

In allen unseren Bemühungen auch in der gesetzlichen Regelung, die sich von der Preisseite her immer zum Nachteil des Produzenten auswirkt, war die Erhaltung der Lebenschancen des ländlichen Raumes und vor allem des Bergbauern im Vordergrund unserer Überlegung. Auch, lieber Freund Zinkanell, in der Milchmarktordnung. Es waren vorwiegend Bauernbündüberlegungen, die dort einen freien Spielraum hineingearbeitet haben, die von den festen Vorstellungen des Ministers eine Auflockerung gebracht haben, und es war letztlich vorwiegend auch die Bauernbündvorstellung, daß man generell das Problem etwas flexibel zugunsten der bergbäuerlichen Betriebe bis zu 20.000 Liter Richtmenge gestaltet hat. Aber eine besondere Schwierigkeit, was das Einkommen – (Abg. Zinkanell: „Da hat sich der Minister durchsetzen müssen!“) Hoffentlich warst du dabei bei den Verhandlungen, ansonsten ist es ein Schaden, denn ich könnte mir schon vorstellen, daß du vernünftige Ideen auch jetzt noch, wo du dich verabschiedet hast, mit unterstützen wirst. Ein besonderes Problem, vor allem im bergbäuerlichen Einkommen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ist die Situation in der Forstwirtschaft. Sie alle wissen, daß gerade die Holzpreise in den letzten Jahren um 20 Prozent zurückgegangen sind, daß eine Besserung bei weitem nicht so schnell in Aussicht ist. Was ist die Ursache? Die Ursache sind die überaus großen Importe aus der ČSSR, und dort komme ich darauf zu sprechen, wie ich einleitend gesagt habe, daß auf Kosten der Land- und Forstwirtschaft auf der einen Seite, und wir sind für jede Arbeitsplatzsicherung bitte, wohl industrielle Arbeitsplätze gesichert werden, auf der anderen Seite aber vor allem in der Sägeindustrie, die 16.343 Beschäftigte hat, zur Zeit Arbeitsplätze gefährdet sind, daß vor allem durch diese Situation mit den Holzimporten 10.300 Forstarbeiter und 40.000 bäuerliche Beschäftigte im Nebenerwerb betroffen sind. Meine sehr geschätzten Damen und Herren, die Importe aus der ČSSR tragen wesentlich zur Preissituation bei. Sie machten im Jahr 1982 bis jetzt 1.299.000 Festmeter aus, davon waren 657.000 Festmeter Rundholz und 428.000 Festmeter Schnittholz. Wir haben uns in einigen Vorsprachen der Präsidentenkonferenz bemüht, beim Handelsminister und auch beim Landwirtschaftsminister diese Situation, die zu ändern wäre, durch eine Verordnung zu erreichen. Der Herr Handelsminister hat in der ersten Vorsprache unseren Vertretern ein Gespräch versprochen, zu einem Termin, wo der tschechische Forstminister im Lande ist. Der tschechische Forstminister war hier, die Präsidentenkonferenz wurde zu gar keinem

Termin eingeladen, es wurde von ihm ignoriert. Der österreichische Landwirtschaftsminister hat, wie in allen Fragen, wenn es um Interessen der Bauern und nicht um Interessen seiner Partei geht, hier auch eine sehr ungute Haltung eingenommen. (Abg. Rainer: „Das glauben Sie doch selbst nicht!“) Das müßte gerade Sie als Vertreter der Arbeiterkammer auch interessieren, Herr Kollege Rainer. Die sachliche Darlegung, daß 10.309 Forstarbeiter und 40.000 Nebenerwerbslandwirte oder Landwirte überhaupt betroffen sind in der Situation der Holzaufbringung, das müßte auch für Sie von Interesse sein. Ich habe schon Verständnis, daß natürlich die Industrie interessiert ist, Produkte zu verkaufen. Sie verkauft sie unterpreisig nach dem Osten, der Osten hat keine Devisen, hat kein Geld, es muß Holz genommen werden und ist durch die Ostliberalisierung erleichtert. Der Weg bringt uns gerade in der Beschäftigungspolitik neben der Einkommenspolitik der Bauern in eine sehr verzwickte Lage. Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir diese Dinge so offen aufklären, wenn wir darüber reden. Meine Damen und Herren, da würde ich auch Sie ersuchen, diese Dinge in der Forstwirtschaft zu ändern, im Interesse der Arbeiter der Sägeindustrie, im Interesse der Forstarbeiter und vor allem auch im Interesse der Einkommensentwicklung in der Land- und Forstwirtschaft. Es wurden heute auch die Agrarfabriken genannt. Wir haben vom Bauernbund her das Bestreben auch gesetzlich deponiert, daß hier Begrenzungen gemacht werden. Es wird nur heute leider die Massentierhaltung, die von den Ministerien überprüft wird, nicht entsprechend überprüft, und es ist vor allem einer Ihrer Betriebe, eine Ihrer größten und auch sympathischsten Genossenschaften, die dort die Dinge immer wieder überschreitet, es ist keine agrarische, sondern die Konsumgenossenschaft. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! All die Probleme, die wir von der Land- und Forstwirtschaft in der Einkommenspolitik in den Vordergrund stellen, sind auch eine Politik für den ländlichen Raum. Ich glaube, der ländliche Raum hat in seiner Bedeutung zugenommen in den letzten Jahren, und man weiß, daß er auch ein wirtschaftlicher Faktor ist, in dem immerhin noch zwei Millionen Österreicher leben, und wo immerhin auch in der Fremdenverkehrsindustrie größtes Interesse für die Entwicklung und Erhaltung dieses Raumes vorhanden ist. Die Bauern sind große Idealisten in dieser Frage und machen in der Erhaltung vieles unentgeltlich. Sie haben vor allem in der Erhaltung des Wegenetzes große Kosten immer wieder zu tragen. Die finanzielle Belastung der Landwirtschaft und vor allem auch der Forstwirtschaft über Funktionen, für die sie eigentlich in der ganzen Erhaltung des ländlichen Raumes nicht unbedingt verpflichtet sind, ist sehr groß. Dazu kommen aber immer noch natürliche Probleme. Ich bin sehr froh, daß in dieser Umweltausstellung auch der saure Regen von Herrn Professor Möse erwähnt wurde und daß auf die Gefahren im besonderen hingewiesen wird. Die Schwefeldioxydmengen, die als Abfälle der Industrie gelten, die durch die überaus hohen Kamine von sehr weit und sicher auch von der westdeutschen Industrie zum Teil zu uns kommen, sind eine große Belastung unserer Umwelt. Man merkt bereits in gewissen Regionen, daß das Pflanzenleben schon gestört ist. Gerade wir im obersteirischen Industriebereich haben auch bereits Flächen von 3500 Hektar, die

davon betroffen sind. Wir legen deshalb größten Wert und haben das auch in jeder Hinsicht immer wieder betont, daß diese Dinge der Umweltbeurteilung sehr ernst genommen werden, und bin deshalb der Landesregierung auch zu Dank verpflichtet, daß man hier Meßstationen geschaffen hat, neun in der Steiermark, in verschiedenen Teilen der Steiermark, die hier die Schädigungen durch die Industrie feststellen, und daß man vor allem der Umweltbelastung seitens der Steiermärkischen Landesregierung ein sehr großes Augenmerk schenkt. Ich glaube, wir müssen das tun. Es geht nicht nur um unsere Gesundheit, sondern es geht damit auch um die Gesundheit des organischen Lebens all unserer Pflanzen und vor allem auch um die Zuwachsbedingungen in der Forstwirtschaft. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Die Vielseitigkeit der Dinge, wie sie in der Land- und Forstwirtschaft passieren, spiegelt sich auch in der bäuerlichen Vertretung. Wir alle sind bemüht, in unserer Vertretung eben die Politik für den ländlichen Raum zu machen. Ich würde Sie nur sehr im Sinne einer Gleichberechtigung bitten, in Zukunft auch Ihre Abgeordneten – und lieber Kollege Zinkanell, bei allem Respekt – vielleicht hast du noch einen Einfluß auf SPÖ-Abgeordnete auf Wiener Ebene, ich lasse dich dann etwas lesen, und ich will auch hier keine Namen nennen, das tut nicht gut, aber hast einen Einfluß, daß das gestörte Verhältnis vieler Sozialisten zum Eigentum geändert wird, daß eine vernünftige Überlegung gegenüber den bäuerlichen Vermarktungseinrichtungen, Genossenschaften auch getroffen wird, daß die in ihrer Arbeit aus dem politischen Zank hinauskommen und daß man sie für die bäuerliche Bevölkerung auch entsprechend ihren Vermarktungsarbeiten arbeiten läßt. Überdenken Sie auch den Beschäftigungsfaktor der Genossenschaften, und bemühen Sie sich eher, daß die Genossenschaften vor allem in der steuerlichen Behandlung den Konsumgenossenschaften gleichgestellt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Heidinger das Wort.

Abg. Dr. Heidinger: Frau Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich hätte eigentlich nicht erwartet, daß ich zu meiner beabsichtigten Wortmeldung Weinbau jetzt mit dem Kollegen Prutsch mich auseinandersetzen muß, noch dazu mit einem Abgeordneten des Grenzlandes, der sehr genau wissen muß, welche Bedeutung der Weinbau überhaupt für die Besiedlung und Aufrechterhaltung einer aktiven Grenzlandbevölkerung trägt. Lieber Herr Kollege Prutsch, ich weiß nicht, woher Sie Ihre Zahlen haben. Aber Ihre Rechnung ist schlicht und einfach falsch. Wir müssen davon ausgehen, daß wir 2500 Hektar ertragfähigen Weingarten haben; ein Durchschnittsertrag von 6000 Liter pro Hektar ergibt eine Durchschnittsernte von 150.000 Hektoliter. Und wenn die Statistik der vergangenen Jahre einen niedrigeren Durchschnittsertrag ausweist, dann deswegen, weil in die Durchschnittserträge das Katastrophenjahr 1980/81 einbezogen ist. Das ist eine logische und klare mathematische Frage, wenn man sozusagen sehr niedere Ernten in eine Durchschnittsrechnung einbezieht. Das gibt 150.000 Hektoliter, ich gehe nur von 130.000

Hektoliter aus und von dem uns von der Finanz vorgeschriebenen Eigenverbrauchswert. Bitte nachzulesen bei den Sachbezügen, das sind 18 Schilling pro Liter. (Abg. Zinkanell: „Wo bekommt er das?“) Wenn Sie nun annehmen, daß auch ein großer Teil der Ernte im Buschenschank abgesetzt wird, wo auch mit bäuerlicher Arbeitskraft 40 und 50 Schilling für den Liter errechnet werden, dann ist meine Rechnung außerordentlich nieder. Wenn Sie also 130.000 Hektoliter mit 18 Schilling – ich sage noch einmal amtlicher Wert für einen Liter – nehmen, dann kommen Sie auf einen Erntewert von 234 Millionen Schilling. Der Ernteausschlag war von diesem Durchschnittswert, nachdem 67.000 Hektoliter, unbestritten auch von Ihnen, nur im Jahre 1981 geerntet wurden, die Hälfte, das heißt mit dem geschätzten Ernteausschlag sind wir genau dort, wo wir mit einer Milchmädchenrechnung sind. Ein Zweites möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen. Wenn Schätzwerte von amtlichen Schätzern festgestellt, wenn die vorgelegten Schätzunterlagen vom Ministerium approbiert werden, das ja auch die Katastrophenmittel freigeben muß, dann ist Ihre Ausführung eigentlich ein Schlag ins Gesicht für den Herrn Minister Haiden. Das haben Sie zwar nicht beabsichtigt, aber das ist die Folge. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Der hat mit den Zahlen des steirischen „Grünen Berichtes“ argumentiert und nicht mit Phantasiepreisen, die unsere Weinbauern nicht bekommen!“) Entschuldigen Sie, dann bitte gehen Sie hinunter zur Finanzlandesdirektion, und sagen Sie, die sollen die Phantasiepreise für den Eigenverbrauch hinuntersetzen. Wir dürfen ihn leider versteuern. (Abg. Prutsch: „Herr Kollege Heindinger, hier stehen die Zahlen!“) Sie können sich nachher zu Wort melden. Ich kenne das ganz genau. Bitte sehr, wenn man von einer Sache nichts versteht, dann ist man besser still oder erkundigt sich zum Beispiel beim Kollegen Zinkanell und stimmt es vorher mit ihm ab. Herr Kollege Prutsch, ich habe mir sehr überlegt, Ihnen noch etwas anderes zu sagen. Ich sage es aus Fairneß nur Ihrem Klubobmann und Ihnen unter sechs Augen. Aber Sie werden sich dann sehr wundern. Der Kollege Zinkanell kann gerne auch dabei sein.

Jetzt und hier darf ich jedenfalls der Landesregierung und auch dem Ministerium und allen, die den Weinbauern in einer katastrophalen Situation geholfen haben, herzlich danken. Es ist nicht übertrieben, wenn die Hagel- und Frostschäden der Jahre 1980 und 1981 durchaus mit der Reblauskatastrophe verglichen werden können. Es sind 320 Hektar, das sind mehr als zehn Prozent der Fläche überhaupt zu roden gewesen. Auch dafür hat es Gott sei Dank Beihilfen gegeben, weil unsere Betriebe nicht so kapitalstark sind, daß sie jetzt pro Hektar Wiederbepflanzung rund 200.000 Schilling auf den Tisch legen können und dann noch drei bis vier Jahre warten, bis die Ernte wieder kommt. Es war echte Existenzgefährdung. Daß heute die Weinbauern an der Grenze nicht ihr Ränzeln geschnürt haben und gegangen sind, ist mit der Hilfe der Landesregierung zu danken, für die ich herzlich danken möchte, im Namen aller Weinbauern. Ich kann nur noch einmal sagen, ich wundere mich, daß ein Abgeordneter des Grenzlandes gegen die Bauern und gegen das Grenzland hier im Hohen Landtag redet. (Abg. Prutsch: „Ich habe Aufklärung gegeben!“) Sie können sich ja dann zu einer tatsächlichen Berichtigung melden. (Abg. Prutsch:

„Das steht im „Grünen Bericht!“) Im „Grünen Bericht“ steht drinnen, daß der Ernteausschlag 125 Millionen war und daß 30 Prozent der eingetretenen Schäden vergütet worden sind, weil die öffentliche Hand ja auch keinen „Dukatenscheißer“ hat. Das wissen wir doch ganz genau, Herr Kollege Prutsch. (Abg. Prutsch: „Weiß ich!“) Na also, dann reden Sie doch nicht daher, daß über 100 Prozent der Schäden vergütet worden sind. Wissen Sie, Herr Kollege, ich bin sonst ein sehr ruhiger und besonnener Redner, aber das was Sie da verzapft haben, das regt mich auf. Das sage ich ganz ehrlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf in aller Kürze die drei wesentlichen Probleme, die offen sind und wo ich auch um die Unterstützung der Landesregierung und des Landesagrarsreferenten bitte, aufzeigen. Das Erste ist, daß erst ein Drittel der gerodeten Fläche wieder ausgepflanzt wurde. (Unverständlicher Zischenruf.) Mehr war gar nicht möglich, weil die Reben nicht vorhanden waren. Wir müssen jetzt weiter auspflanzen, und ich bitte, daß auch diese Auspflanzungen mit den gleichen Beihilfensätzen versehen werden.

Ein Zweites, wir müssen zum Bergweinkataster kommen und unterstützt von der Steirischen Landesregierung, die Forderung, die schon halb akzeptiert ist, daß auch für die Bergweinbauern in steilen Hanglagen eine Bergweinförderung eingeführt wird, so wie das die anderen Bergbauern für die Arbeiterschwernisse erhalten.

Und ein Drittes ist, daß auch überlegt werden muß, ob wir in der Tanklageraktion des Ministeriums, wo 90 Prozent AI-Kredite und zehn Prozent Landeszuschuß gegeben werden, nicht auch mittun müssen, um im genossenschaftlichen Bereich ein modernes Aufanglager zu errichten, damit die Preisschwankungen, die mit den Ernteschwankungen gegeben sind, besser aufgefangen werden können. Alles in allem, haben wir dem Steuerzahler zu danken, wir haben zu danken den Herren der Landesregierung, die im Gegensatz zum Herrn Kollegen Prutsch einstimmig diese Förderung für die schwer betroffenen Weinbauern genehmigt haben. Wir haben auch zu danken dem Ministerium, daß es so einsichtig war und die Katastrophenmittel bewilligt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Karrer. Ich erteile es ihm.

Abg. Karrer: Frau Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich werde nicht vom Wein reden, darauf können Sie Gift nehmen. (Abg. Zinkanell: „Das ist uns zu gefährlich!“) Ich bin ein Antialkoholiker, aber beim Wein glaubt man, da kommen die Gemüter zusammen. Scheinbar ist das anders. Wenn einer eine Aufklärung gibt, dann giftet sich der andere, weil er vielleicht nicht richtig die Aufklärung geben kann. (Abg. Schrammel: „Weil Sie nur reden und den Wein nicht trinken!“) Meine Damen und Herren, was ich zu dem Kapitel Landwirtschaft zu sagen habe, wissen Sie. Ich bemühe mich als Industriemann, die Situation der Landwirtschaft zu verstehen. Ich verstehe es so, daß die Volkswirtschaft im wesentlichen aus zwei großen Teilen zusammengesetzt ist. Das sind die Industrie, der gewerbliche Handel und alles was dazu gehört und auf

der anderen Seite der große Komplex Land- und Forstwirtschaft. Wenn Sie mir vielleicht zumuten wollen, daß ich hier allzuviel verstehe, dann muß ich Sie enttäuschen. Ich bin Industriemännchen. Ich bleibe es. Ich bemühe mich schon seit Jahren ehrlich, und zwar geht das auf die Zeit zurück, als ich Bürgermeister von Kindberg war, die Probleme der Landwirtschaft zu verstehen. Ich bin bemüht, mich auch in das Leben hineinzudenken. Ich habe deshalb sehr viele Gelegenheiten genutzt, mit den Bauern, mit der bäuerlichen Bevölkerung beisammen zu sein, mit ihnen über ihre Probleme zu sprechen. Daß dies nun in meiner Funktion als Abgeordneter nicht mehr so intensiv möglich ist, das wissen Sie, nachdem es ja auch Ihnen nicht immer möglich ist, hierfür ausreichend Zeit zur Verfügung zu haben.

Mein Kapitel sind wieder die Nebenerwerbslandwirte. Es sind ja heute schon einige Gedanken zu dem Problem mehr oder weniger offen, ehrlich, politisch unterfangen gemacht worden, vom Präsident Buchberger, der sich beschwert, daß die finanzielle Situation nicht so ist, wie er es sich vorstellt. Und vom Kollegen Grillitsch, das darf ich vielleicht so sagen, der sicher ein hervorragender Landwirt und Bauer ist, der es auch versteht. Er ist aber auch ein Bauernfunktionär und als solcher hat er eine andere Funktion. Das weiß ich schon. Aber irgendwo, meine Damen und Herren, muß man auch bei Betrachtung dieses Problems politisch vernünftig sein, und man kann nicht einfach hier im Steiermärkischen Landtag anlässlich der Debatte sagen, der Herr Bundeskanzler ist bauernfeindlich, der Herr Landwirtschaftsminister hat kein Herz für die bäuerlichen Belange. Meine Damen und Herren, wer Gelegenheit hat, mit dem Herrn Landwirtschaftsminister sehr oft beisammen zu sein, wenn er Besuche bei landwirtschaftlichen Betrieben macht und sich erkundigt, wie ist das Leben am Bauernhof, also wenn er direkt zur Familie hinget, dann muß man sagen, daß die Anschuldigungen oder die Verdächtigungen hier, daß er kein Herz, daß er kein Verständnis hat, daß dies einfach nicht stimmt. Er kommt ja aus dieser Branche, er ist ja berufsverbunden, und er weiß schon, was hier in Österreich not tut. Er bemüht sich, und das ist heute schon durchgeklungen bei allen bisherigen Debattenrednern, wie die Situation auf dem Land- und Forstwirtschaftssektor von den Funktionären dargestellt wird. Schauen Sie, der Kollege Grillitsch hat sich hier ausgelassen, weil der Kollege Prutsch Vermarktungsbetriebe irgendwo ins Blickfeld genommen hat. Schauen Sie, Ihr Präsident, der Landesrat Koiner, hat am 14. November 1981 anlässlich einer Hauptversammlung gesagt, daß er mahnende Worte an den Verband gerichtet hat, die Genossenschaften agieren zur Zeit mehr denn je nach den Grundsätzen der freien Marktwirtschaft. Die Zielsetzung ist allerdings eine andere. Das hat der Kollege Prutsch gemeint. Sie liegt darin, den Mitgliedern zu dienen. Da hat der Kollege Prutsch geglaubt, dieses Ziel wird nicht immer verfolgt, sondern da spielen auch andere Überlegungen eine Rolle, und daher habe ich mich verpflichtet gesehen, das auch richtigzustellen. Nun, meine Damen und Herren, es wurde auch viel von der Einkommenssituation, von den Vergleichen mit den Industriearbeitern, oder, wenn Sie wollen, überhaupt mit der übrigen Einkommenssituation in Österreich gesprochen. Ich weiß schon, daß bei solchen

Vergleichen, bei solchen Statistiken die Zahlen herangezogen werden, die einmal weggelassen und auf der anderen Seite dazugenommen werden, dann kommt die Schaukelpolitik des Kollegen Buchberger, des Präsidenten, wo er meint, das Linke und das Rechte sollen sich ungefähr die Waage halten. Bei einer nicht vernünftigen objektiven Beurteilung kann das nicht möglich sein. Ich könnte auch hier Beispiele liefern, daß man ja das bäuerliche Einkommen nicht nur von einer Seite allein betrachten kann. Aber lassen Sie mich vielleicht zu meinem eigentlichen Thema kommen, zu den Nebenerwerbsbauern. Es ist erfreulich, und es ist heute schon angeklungen, wir haben das erste Mal im Jahr 1981 eine 99prozentige Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen hochwertigen Gütern erfahren. Das ist erfreulich, und wenn der Außenhandel darüber hinaus – auch darüber wurde schon gesprochen – sehr forciert werden konnte, eben auf Grund von einer Ertragslage, die eben mehr auf den Export orientiert ist, das heißt, es konnte deshalb verkauft werden, weil mehr produziert worden ist. Die Nebenerwerbsbauern, meine Damen und Herren, sind mit einer Zahl vertreten, die von Jahr zu Jahr steigt. Warum? Vor etwa 15 Jahren war der große Drang zu den Nebenerwerbsbauern. Warum? Die damalige Betriebsstruktur vieler österreichischer Betriebe und auch hier in der Steiermark war einfach nicht mehr in der Lage, in der Größe, in der Ausbeutung, im Ertrag die Familien zu erhalten. Deshalb mußten sie familiär umdenken, mußten umplanen und sind zu dem Entschluß gekommen, daß entweder ein Familienmitglied, der Familienerhalter oder eine andere Person sich einen Nebenerwerb besorgen muß, damit der Rest der landwirtschaftlichen Bewirtschafter gehalten werden kann.

Über die Bedeutung des Betriebes für die Volkswirtschaft, für die ökologischen Überlegungen, meine Damen und Herren, ich glaube, auch darüber brauchen wir nicht zu reden. Dies ist schon x-mal aufgezählt worden, wie wichtig es ist. Aber es ist genauso wichtig, daß die Familien leben können. Bei den Möglichkeiten der Einkommen aus den verkleinerten Landwirtschaftsbetrieben, wo die überwiegende Zahl unter zehn Hektar gelegen ist, was das nicht möglich. Daher ist der Schritt getan worden, hinein in die Gewerbebetriebe, hinein in die Industrie oder überall dorthin, wo immer eine Arbeit möglich ist. Daß mit der Arbeitnahme, meine Damen und Herren, auch persönliche Probleme gesellschaftlicher Art aufgetreten sind, ich glaube, auch da werden Sie mir beipflichten. Es ist nun so, daß der freie Bauer, wenn er auch einen sehr kleinen Hof bewirtschaftet und wenn er in den Betrieb geht, doch zu dem Lohnarbeiter, zu jener Arbeitskraft wird, wo der Tag seinen Stundenablauf bestimmt. Er kann sich den ganzen Tag nicht mehr so einteilen wie früher an seinem Hof bei seiner bäuerlichen Arbeit. Daß aber auf der anderen Seite eine kolossale Verantwortung den übrigen Familienmitgliedern, namentlich der Frau, zukommt, auch darüber wurde schon gesprochen und auch von mir. Es ist daher nicht hoch genug einzuschätzen die Leistung der Frau, wenn sie an die Stelle des Mannes für die Betriebsführung für den Rest einspringen muß. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist ja nun so, daß in vielen Fällen die Frau der wirtschaftliche Faktor am Hof ist, und ich glaube, die Kollegen werden mir nicht böse sein – daß es auch in vielen Fällen so ist,

daß die Frau den Betrieb zusammenhalten muß. Daß der Mann einfach auf Grund seiner persönlichen Lebensführung nicht in der Lage ist, einen solchen bäuerlichen Hof zu führen. Auch das sind Gründe, warum solche Betriebe vom wirtschaftlichen Ruin verschont werden müssen, eben durch die Annahme eines Nebenerwerbes. Wenn der Mann seiner Arbeit nachgehen muß, dann deshalb – meine Damen und Herren –, und bei einer vernünftigen Familienführung wird das so zum Ausdruck gebracht, daß er doch die Existenz der Familie sichert und auch der Lebensstandard gehoben wird. Aber auch darüber wurde schon gesprochen. Aber auf der einen Seite darf man nicht vergessen, daß sich dadurch fast eine neue gesellschaftliche Schicht innerhalb der Landwirtschaft herausbildet. Ganz natürlich, es sind ja die Möglichkeiten, die Verbindungen, die Ziele der übrigen Familienmitglieder, der Kinder andere geworden. Und so ist es auch schön, daß das soziale Abgesichertsein jetzt auch bei der Land- und Forstwirtschaft gesetzlich geregelt ist. Daß auf Grund dieser Absicherung die Kinder eine bessere Ausbildung erfahren und einer besseren Schulbildung nachgehen können. In Österreich ist es ja so, daß jeder, der befähigt dazu ist, den Beruf oder das Ziel erwerben oder erreichen kann, wozu er befähigt ist. Gott sei Dank ist das so in Österreich, daß hier Ständesunterschiede keine Rolle mehr spielen. Bei Betrachtung der Nebenerwerbslandwirte, meine Damen und Herren, in dem Betrieb, in dem ich war – ich sage es deshalb, weil es vielleicht erstmalig oder nicht zu oft vorkommt – bei der Installation unseres Rohrwerkes, also die komplette Umstrukturierung des Werkes Kindberg – bei uns arbeiten auch viele Nebenerwerbslandwirte –, war die Frage, was fangen wir mit den Leuten an, die keinen Beruf haben, sondern nur als Hüttenfachtarbeiter im Verlaufe ihrer jahrzehntelangen Tätigkeit sich angeeignet haben, für die Vorbereitung der neuen Produktion. Und hier sind Umschulungskurse vor sich gegangen, die zum Teil in Österreich stattgefunden haben, zum Teil in Schweden, zum Teil in Dänemark, überall dort, von wo die Maschinen, die Aggregate geliefert wurden, wurden auch unsere Leute hingeschickt zur Einschulung. Meine Damen und Herren, erfreulicherweise sind auch Nebenerwerbslandwirte herangezogen worden, warum? Weil der Bauer an und für sich ein äußerst geschickter Mann, ein äußerst geschickter Handwerker ist, der sich hineinfühlen kann, und dank der Ausbildung, dank der Schulbildung und dank des Lebens mit den Menschen ist es nun so gekommen, daß hier kein Unterschied mehr ist. Die Leute wurden umgeschult und eingearbeitet. Es war schwer für die Familien, und deshalb sage ich, der Mann war ja zum Teil drei, vier, fünf, sechs Wochen von der Familie weg; und die Frau ist hier ganz allein auf sich mit den übrigen Familienmitgliedern angewiesen gewesen, um die Arbeiten zu erledigen. Lassen Sie mich daher zum Schluß sagen, wir betrachten die Tätigkeit der Landwirtschaft als eine äußerst wichtige volkspolitische Notwendigkeit. Und je besser, Kollege Grillitsch, dort ausgebildet wird, um so besser werden die Ergebnisse sein. Dazu gehört auch die finanzielle Seite. Denn ohne Maschinen, ohne technische Einrichtungen ist es ja nicht möglich. Ich glaube, darüber brauchen wir nicht reden. Was mich aber doch heute veranlaßt, abschließend zu sagen: Betrachten Sie auch unsere Bereitschaft, die Arbeit der

Landwirtschaft so aufzufassen, daß sie eine positive ist, und betrachten Sie meines Erachtens nach die Situation so. Was der Landwirtschaft berechtigt an Förderungsmitteln zugeführt wird, kommt der übrigen Wirtschaft auch auf dem Preis-, auf dem gesellschaftspolitischen Sektor, wenn Sie so wollen, zugute. Man darf das nicht übersehen. Wenn der Kollege Grillitsch gesagt hat, wir brauchen keine Förderungen, das ist ein leichtes Wort. Aber verantwortungsbewußt ausgesprochen ist es nicht, denn die Zusammenhänge sind zu vielschichtig, um das so zu sagen. Wir sind für Förderungen, aber man darf diese Förderungspolitik, die meines Erachtens nach in Österreich eine sehr gute ist, gemessen an den Möglichkeiten eine so gute ist, daß man sagen kann, wenn man mit den Bauern redet, nicht mit den Bauernfunktionären, wenn man mit den Bauern redet, sie meinen, Gott sei Dank, geht es uns in Österreich dank des Landwirtschaftsministers etwas besser. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Pörtl das Wort.

Abg. Pörtl: Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist in dieser Diskussion einige Male durchgeklungen, daß wir Vertreter der Bauern und des Bauernbundes einen gekünstelten Zorn entwickeln würden. Meine Damen und Herren, ich möchte zum Ausdruck bringen, wenn man aufmerksam Zeitungen liest und Zitate und Aussprüche von sozialistischen Spitzenpolitikern anhört, dann braucht man gar nicht künstlich in Bewegung geraten. Landwirtschaftsminister Haiden hat bei der Welser Messe gesagt, daß die sozialistische Bundesregierung die Bauern aus dem Armenhaus herausgeführt hätte, meine Damen und Herren. Ich möchte fast mit Überzeugung sagen, wenn wir uns nicht selbstbewußt in unserer Ständevertretung und vor allem auf unseren bäuerlichen Betrieben den neuen Umständen dieser Bundesregierung gestellt und vor allem initiativ angepaßt hätten, wären so manche Bauern vom Armenhaus heraus, unter Anführungszeichen, auf den Friedhof gekommen. Meine Damen und Herren, einige Erklärungen dazu. Es ist ja das Armenhaus auch kein klassischer Begriff bitte. (Abg. Zinkanell: „Das ist die Übernahme eines Ausdruckes eines oberösterreichischen Landwirtschaftsfunktionärs des Bauernbundes!“) Nein, das ist in den „Salzburger Nachrichten“ vom 14. September 1982 so formuliert. Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, daß 60 Prozent ein außerlandwirtschaftliches Einkommen brauchen. Wie es der Abgeordnete Karrer ausgeführt hat, mit all den Belastungen, nicht aus freien Stücken oder vielleicht aus der Unlust in der Landwirtschaft zu arbeiten. Meine Damen und Herren, wir kennen in der Landwirtschaft auch nicht den Begriff Urlaub in dem breiten Ausmaß wie in so manchen anderen Berufsschichten. Ich möchte ausführen, das muß auch gesagt werden, wenn der Herr Staatssekretär Schober von Wohlstand auf breitester Ebene spricht, daß 60 Prozent der bäuerlichen Familien kein Wasserklosett und 58 Prozent kein Bad in ihren Häusern haben. Wenn das der Inbegriff des Wohlstandes ist, muß ich wirklich fragen, ob da der direkte Kontakt mit allen Bauern konkret gegeben ist. (Abg.

Zinkanell: „Erlaubst du einen Zwischenruf, Kollege Pörtl? Ich habe hier in der Lade, nicht gebraucht, die Ziffern der Landwirtschaftskammer von 1969/70: Dort ist festzustellen, um wieviel weniger es damals war. Der Unterschied zu heute ist enorm!“ – Beifall bei der SPÖ.) Wir können ohneweiters auf der Ebene weiterdebattieren, Herr Kollege Zinkanell. Wenn wir die Preiskosten-Schere betrachten und nehmen das Jahr 1966 (Landesrat Koiner: „Sind auch zwölf Jahre vergangen!“) mit der Kennzahl 100 und das Jahr 1981, wenn wir die Einnahmen betrachten, haben wir eine Einnahmenssteigerung 180, eine Ausgabensteigerung, meine Damen und Herren, 265. Das unterstreicht vor allem eben diesen wirtschaftlichen Druck. Und wenn wir schon bei diesen Vergleichen sind, das Vergleichseinkommen von Industriearbeiter und dem landwirtschaftlichen Arbeiter ist von 1970 bis 1981 ganz gewaltig auseinandergeklafft. Meine Damen und Herren, 1970 der Unterschied 2343 und 1981 6840 Schilling. Der Herr Abgeordnete Zinkanell hat auch ausgeführt, wie entscheidend es ist, daß die gesamtwirtschaftliche Verbesserung des ländlichen Lebensraumes notwendig ist und daß der Bauernbund sozusagen eigentlich nicht weiß Gott wie tätig war. Der Begriff (Abg. Zinkanell: „Politisch seid ihr zu viel tätig. Ihr kritisiert immer!“) ländlicher Raum, das möchte ich wirklich noch einmal wiederholen, wurde von diesem Bauernbund gesamtösterreichisch geprägt. Beim Grazer Programm, weil wir genau gewußt haben, daß wir eine Landwirtschaftsstruktur haben, wo wir gemeinsam in diesem ländlichen Raum mit der gewerblichen, industriellen und landwirtschaftlichen Berufsgruppe gemeinsam diese ländliche Lebensraumstärkung haben müssen.

Meine Damen und Herren, warum es solche Unterschiede gibt, ist ja eigentlich gar kein Wunder. Ich möchte jetzt zitieren und erwarte sicherlich auch wieder einen Zwischenruf. Ein Zitat, und Sie können raten, wer solche Dinge ausspricht: „Meine Regierung wird den Vorteil, daß sie jetzt Brotgeber der Agrarier ist, politisch zu nützen wissen, den Subventionskorb der Bauern je nach Widerstand der ÖVP höher oder niedriger hängen.“ Zitat beim Landesparteitag der SPÖ in Niederösterreich am 31. Mai 1970. Meine Damen und Herren, und die Folge, Agrarbudget 1970 1,2 Prozent, 1982 0,53 Prozent. (Abg. Buchberger: „Keine Zwischenrufe!“) Wenn wir diese Fakten zur Kenntnis nehmen, dann brauchen wir gar keinen künstlichen Zorn, dann ist die natürliche Regung vorhanden, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Loidl: „Schau die Wahlergebnisse am Land an, dann weißt du, was die Bauern wirklich denken!“) Das ist überhaupt kein Problem. Kollege Loidl, wir untersuchen es nicht so genau, wer was gewählt hat, da seid ihr viel perfekter bei euren Betriebsratswahlen. Wir haben die Feststellung, daß dieser Strukturwandel, das paßt genau dorthin, was der Kollege Karrer gesagt hat, auch den ländlichen Menschen in diese Ballungsräumen führt, wo er wunderbar mit dem herrlichen Betriebsklima eurer Betriebsräte in Verbindung gebracht wird und sich dieser Ideen freiwillig, unter Führungszeichen, gerne annimmt. Wenn wir in Gesprächen das mit unseren Pendlern anhören, wissen wir genau, wie das vor sich geht. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Zinkanell: „Wollt Ihr Arbeitsplätze im ländlichen Raum oder

nicht? 1961 hat Pirrsch davon geredet. Arbeitsplätze in den ländlichen Raum, das wollt Ihr doch!“) Ja, selbstverständlich, Arbeitsplätze in den ländlichen Raum. (Abg. Dr. Maitz: „Aber nicht in Wien!“) Das ist eben nicht passiert. Es ist ein ganz normaler Zustand. (Abg. Zinkanell: „Sowohl als auch!“) Das ist eben nicht passiert. Uns fehlen eben Hunderttausende Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen. Wir können von Nebenerwerb reden wie wir wollen, wenn die zweite Basis nur im Gespräch vorhanden ist und in der Praxis nicht. (Abg. Zinkanell: „Die 54 Prozent hätten keine Arbeit!“)

Wir haben ja die Wirtschaftsdebatte, da kommen wir ja konkret auf diese Dinge. Wir haben aber auch, meine Damen und Herren, über die landwirtschaftliche Produktion die Arbeitsplätze zu sichern, und wir hätten sehr viele Arbeitsplätze in der Landwirtschaft nicht verlieren müssen. Wenn wir das Außenhandelsdefizit ansehen, die Einfuhr- und Ausfuhrprozentzahlen, dann wissen wir es ganz genau. Wir haben eine Einfuhrsteigerung in den siebziger Jahren von plus 130 Prozent. Natürlich, wenn man das in Zahlen sagt, sieht die Welt ganz anders aus. Wenn wir den Agrarmarkt ansehen, 1972 Assoziierung mit der EG, die Landwirtschaft ist herausgeblieben, und wir haben jetzt die Folgen dieser Nachteile zu tragen. Es wurde versprochen, daß begleitende Maßnahmen zur Überwindung der Zollmauern in die EG vorhanden sein werden. Wir können solche konkreten Zahlen und finanziellen Mittel nicht in dem Ausmaß finden, denn sonst würde nicht das EG-Außenhandelsdefizit von Österreich aus gesehen vom Jahr 1972 von 521 Millionen auf 1981 auf 5766 Millionen Schilling gestiegen sein. Das heißt also, daß wir in diese EG auf Grund dieser Regelungen innerhalb des EG-Marktes mit unseren Waffen, die wir zur Verfügung haben, nicht schaffen können. Meine Damen und Herren! (Abg. Zinkanell: „Erlaubst du einen Zwischenruf, damit ich mir eine tatsächliche Berichtigung erspare. Du und die Kollegen wissen, daß die Deckungsquote Agraraußenhandel, daß die Einfuhren zu den Ausfuhren derzeit auf über 50 Prozent angestiegen sind, daß wir Einnahmen mit unseren Ausfuhren haben gegenüber früher 25 Prozent. Das sagst du leider nicht!“) Aber bitte, diese Zahlen, die ich gesagt habe, stimmen eben auch. Und es stimmt auch, daß wir, wenn wir Vollmitglied der EG wären, von unserer Volkswirtschaft 2 Milliarden Schilling jährlich in diesen EG-Topf bezahlen müßten, die wir jetzt nicht bezahlen, obwohl die Länder eine eigene Regelung in ihren Export- und Importgeschäften haben. Meine Damen und Herren! Das muß auch gesagt werden in einer solchen Situation. Ich möchte auch anführen, das gehört dazu. Das Klima der Agrardebatte war immer sehr lebhaft, weil wir gesunde Leute sind. Ich habe gestern im Radio eine Formulierung gehört, die möchte ich Ihnen nicht vor enthalten. Es hat dies ein freiheitlicher Kollege ausgesprochen in Wien, es wäre uns sehr recht gewesen, wenn unser Bundeskanzler – jetzt zitiere ich seine Bezeichnung, ich wiederhole nur –, weil er als internationaler Wolkenschieber dargestellt wird, das heißt eine sehr potente Persönlichkeit, sich in verstärktem Ausmaß für diese Bauern in den europäischen Ländern eingesetzt hätte. Wir müssen – es laufen Verhandlungen – diese Verhältnisse zu unserem europäischen Agrarmarkt unter allen Umständen verbessern. Vor

allem deshalb, weil wir miterleben mußten, als die Handelsbeziehungen zu England über die EFTA angeknüpft waren, kommt es zur EG, und wir mußten einen neuen Markt aufbauen. Wir sind nach Griechenland marschiert, kommt zur EG, und wir hatten wieder das gleiche Problem. Ich glaube, daß wir unter allen Umständen eine bessere Regelung mit den EG-Agrarmarkt-bereichen brauchen. Meine Damen und Herren! Ich möchte daher zum Schluß nochmals sagen: Wenn wir in der Landwirtschaft die Arbeitsplatzsicherung und auch die Arbeitsplatzschaffung durch bessere Regelungen der Export- und Importabschöpfung und Zuschüsse erreichen, dann würden auch in Zukunft nicht so viele Menschen aus der Landwirtschaft in die Wirtschaft gehen müssen. Wir erleben es heute, und das kennen wir alle, daß Menschen, die aus der Landwirtschaft auf Grund einer mangelnden Absatzmöglichkeit in die Industrie gegangen sind, jetzt leider wieder auch dort in dieser Industrie keine Arbeitsmöglichkeit haben. Ich glaube, daß wir jene Basis schaffen müssen, im gegenseitigen Verstehen, aber auch im offenen Aussprechen, jene Merkmale hervorstreichend, denn, wie bereits Grillitsch in einem Zwischenruf gesagt hat, mit Worten allein können wir solche Probleme nicht lösen, mit Daten. Und diese erwarten wir auch in Zukunft in Österreich. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Zdarsky: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schwab. Ich erteile es ihm.

Abg. Schwab: Frau Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Vor allem auch lieber Kollege Zinkanell!

Ich will dich heute nicht neuerlich zünden (Abg. Ileschitz: „Das gelingt dir so nicht!“), aber es besteht die Gefahr, daß dies unter Umständen der Fall sein wird. Anfang der siebziger Jahre hat Dr. Kreisky die Hoffnung geweckt – ich sage, die Hoffnung geweckt –, daß es innerhalb der SPÖ zu einem Umdenken kommt. Er hat sich für die Bergbauern stark gemacht, am Anfang auch wirksam, einen eigenen Staatssekretär für Bergbauernfragen berufen und die durchaus richtige Ansicht vertreten, daß agrarpolitische Maßnahmen allein für die Erhaltung der Berggebiete nicht ausreichen. Eine umfassende Hilfe sei also notwendig. Leider kam aber diese Politik über Ansätze, ich nenne die Regionalförderung oder etwa den Entwurf für ein Berggebietentwicklungsgesetz, nicht hinaus. Und heute sieht diese Entwicklung anders aus. Ich muß das feststellen. Heute werden Milliarden in problematische Großprojekte gesteckt, während im Berggebiet das Geld für die dringendsten Maßnahmen fehlt. Statt einer umfassenden Hilfe reduzierte sich die Bergbauernpolitik des Ministers immer mehr auf den Bergbauernzuschuß, der sicherlich einige Male hinaufgesetzt wurde. (Abg. Zinkanell: „Seit 1972 zehnmals, jedes Jahr, nicht einige Male!“) Dieser Zuschuß wird aber nur an die Hälfte der Bergbauern (Abg. Zinkanell: „Die sind es nicht gewohnt, daß du demagogelst!“) ausgezahlt und macht dort etwa 1,4 bis 4,6 Prozent des Einkommens aus. Und was ich nicht verstehe und was ich nicht einsehe, das muß ich auch sagen, daß ein Viertel aller Bergbauern in der Zone 3 und ein Drittel aller Bergbauern in der Zone 2 den Zuschuß nicht erhalten. Wir wissen alle um die Problematik, die damit verbunden ist. Aber sie erbringen auch dieselben

Leistungen für die Erhaltung der Kulturlandschaft. Es wird ständig umgeschichtet. Ich war selbst Delegationsführer des Bergbauernausschusses am 17. März, wo wir beim Minister vorgesprochen haben. Nur mühsam ist es uns gelungen, die Streichung der Besitzaufstockung vom Jahr 1982 unwirksam zu machen, also die Inanspruchnahme des AIK für Grundankäufe für 1983 wieder zu ermöglichen. (Abg. Zinkanell: „Das war ein Stillhalten, weil so viele Anträge da waren!“) Leider sind auch die Mittel für die Geländekorrekturen für 1983 um zwei Drittel gekürzt worden.

Noch zu einem großen Problem in der gebotenen Kürze. Zum Problem des Wegbaues im ländlichen Raum. Die Zahlen können Sie alle nachlesen im „Grünen Bericht“. Der Wegebau ist ein großer Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung, und es zeigt sich, und da sind wir einer Meinung, daß gerade die in dem Bereich eingesetzten Mittel einen großen Beschäftigungseffekt nach sich ziehen. Allerdings haben wir in dem Bereich mit großen Problemen zu kämpfen. Einige Zahlen dazu: Quelle Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Verkehrserschließung ländlicher Gebiete 1970, und man sieht auch da das eklatante Hinaufsteigen bei den Baukosten, Gesamtkosten 556 Millionen Schilling, Bundesmittelanteil 34,5 Prozent, gebaute Wege 1350 Kilometer, real 100. Zehn Jahre später, 1980, 1120 Millionen Schilling verbaute Gesamtsumme, Bundesmittelrückgang von 34,5 auf 25,9 Prozent, gebaute Wege von 1350 Kilometer auf 991 Kilometer und real der Rückgang von 100 auf 53,36. Das steigt für 1982 und 1983 wieder leicht auf 56 bis 58 Prozent. (Abg. Zinkanell: „Herbert, darf ich etwas sagen. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß auch im Land nicht alles gehalten werden konnte und daß die Summe im Bund größer geworden ist, nur gibt es Verschiebungen!“) Das wollte ich gerade dazusagen. Im Lande fast die ähnliche Entwicklung seit 1976, in der Wirksamkeit eine Halbierung, aber bitte, die Realisierung der eingesetzten Mittel erfolgt im Land viel besser. Dort fängt das Problem nämlich wirklich an, in den Jahren 1977 bis 1981 wurden die Bundesvoranschläge nur im Schnitt bis zu 85,66 Prozent wirklich realisiert. Das ist ein Minus, und ich kann euch die Zahl nicht ersparen, von 245 Millionen Schilling, die umgeschichtet worden sind und nicht für den Zweck verwendet wurden, für den sie ursprünglich gedacht waren. Zu einem zweiten Bereich abschließend, wirklich kurz. Ich ersuche allen Ernstes und ich werde nicht müde werden, das immer wieder auch aufzuzeigen, die Ungerechtigkeit in der Frage Finanzausgleich endlich zu beseitigen, weil es meiner Meinung nach ein unverzeihlicher und eigentlich ein auch nicht verantwortbarer Fehler ist, wenn man benachteiligten Regionen zuerst die erforderlichen Mittel vorenthält, dann die Leute abwandern und in die günstigeren Gebiete drängen, dort die ohnehin angespannte Lage zusätzlich belasten und man dann mit einem Vielfachen der Mittel, die zuerst notwendig gewesen wären, das reparieren und instand setzen muß, was zuerst verabsäumt wurde. Und noch eine Feststellung, die man, glaube ich, wirklich treffen muß. Jede Existenz, die wir in der Landwirtschaft absichern können aus eigener Kraft und gemeinsam mit Unterstützung der Öffentlichkeit, zählt doppelt in der Arbeitsplatzfrage. Wir brauchen also dringender denn je eine Agrarpolitik, die nicht

dem Zwang folgt, unter Einsatz aller technischen Möglichkeiten das Letzte aus Grund und Boden herauszuholen. Und vor allem die Leistung der Bergbauern als Bewahrer einer gepflegten und gesunden Landschaft muß von der Gesamtgesellschaft her mehr Anerkennung finden und ist, ich möchte das unmißverständlich festhalten, nicht zum Billigtarif zu haben. Um dieses Verständnis müssen wir uns alle gemeinsam bemühen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Grillitsch hat die Behauptung aufgestellt, daß die Holzimporte aus der Tschechoslowakei die Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft und in der österreichischen Sägewirtschaft gefährden. Dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist einiges Grundsätzliches zu sagen. Wir haben offene Grenzen, wir haben ein GATT-Abkommen, das verbindlich für uns ist und wo es meiner Meinung nach, und ich glaube darüber sollten wir uns einig sein, die größte Gefahr für unseren Staat, aber auch für andere Industriestaaten wäre, wenn wir zu einer protektionistischen Wirtschaftspolitik übergehen würden. Das heißt, wenn wir unsere Grenzen dort, wo es uns nicht paßt, abschließen möchten und selbstverständlich auf diese Art und Weise erreichen, daß auch die anderen ihre Grenzen schließen gegenüber dem, wo wir sehr gerne offen hätten. Der freie Wettbewerb, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, Sie tragen ja diese Fahne immer voran, kann nicht auf die Seite gestellt oder unter den Teppich gekehrt werden, wenn es uns in irgendeiner Frage, das gebe ich durchaus zu, einmal nicht paßt. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, daß wir heute eben eine wesentlich größere und weitverzweigtere und über Staaten hinausgehende Volkswirtschaft haben und daß wir mit Problemen und mit Schwierigkeiten, die dann daraus entstehen, eben fertig zu werden haben. (Abg. Dr. Dorfer: „Nur wollen wir keinen Handel wie im Mittelalter führen!“)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch dazu ein sehr offenes Wort. Österreich hat bekanntlich immer Holzimporte gehabt. Die österreichische Holzindustrie, da brauche ich mich gar nicht lange zurück-erinnern, war sehr froh darüber, daß Hunderttausende von Festmetern Holz importiert worden sind. (Abg. Grillitsch: „Minderwertiges Holz!“) Es war minderwertiges Holz, wir haben es gebraucht, wir haben es selbst nicht gehabt. In den siebziger Jahren war man sehr froh darüber. 1981 sind auch, Herr Kollege Grillitsch, bei 400.000 Festmeter Holz aus der Tschechoslowakei herein nach Österreich gekommen, und heuer haben wir, man muß schon die richtigen Zahlen sehen und die richtigen Daten nehmen, da muß man bei euch fürchterlich aufpassen, Ihr haut die Dinge durcheinander, wie Ihr sie braucht, da kommt man nie auf ein richtiges Ergebnis, heuer haben wir eine ähnliche Zahl. (Abg. Grillitsch: „1,297.000!“) Aber, meine Damen und Herren, was ich jetzt vor allem sagen wollte, was geschieht oder wie geschieht es, daß dieses Holz hereinkommt. Wir haben die Dinge ein bißchen untersucht. Wir haben das ein bißchen angeschaut. Ich schließe jetzt

aus die reinen Holzhändler, ist ihr Geschäft, sie leben davon, ist mir völlig klar. Aber die Entwicklung, meine Damen und Herren, die wird wesentlich bedenklicher, wenn österreichische Forstbetriebe und österreichische Sägewerke sich um dieses tschechische Holz reißen, wenn sie dann in der weiteren Folge dieses Holz mit unserem Holz mischen und dann das Ganze nach Süden oder irgendwohin in den Export weitergeht, und das Geschäft, meine Damen und Herren, ist perfekt in dieser Situation. Darauf kann man sich verlassen. (Landesrat Koiner: „Wird als österreichisches Holz verkauft!“) Das ist das zweite Problem, was unseren Exportbestrebungen auch nicht immer dienlich ist, wenn dann solche mindere Qualität, wenn ich sie als solche bezeichnen würde, dann mitgemischt wird, und wir haben dann die Probleme und haben dann die Schwierigkeiten und wundern uns, daß wir als Vertragspartner irgendwo unten im Süden nicht mehr ganz richtig beurteilt werden. Das ist auch ein Problem. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir eine Kritik anmelden, dann glaube ich, sollten wir diese Kritik gegen diese Art anmelden. Und wenn eine Kritik, dann soll diese Kritik auch einen Forstdirektor – und jetzt passen Sie auf – eines sehr maßgebenden steirischen Forstbetriebes treffen. Ein Forstdirektor, den ich ansonsten sehr schätze, der in der österreichischen Forstwirtschaft ein sehr maßgebendes Wort zu reden hat. Wissen Sie, was dieser Mann gesagt hat? Wir schlägern im heurigen Winter kein Holz, wir lassen die Bäume stehen, es ist ja kein Schaden, wenn sie stehenbleiben. Die Arbeiter sollten erstmals – sie haben es bis jetzt noch nie tun müssen – in die Arbeitslose gehen. (Abg. Buchberger: „Was willst du bei 850 Schilling!“) Und, meine Damen und Herren, dieser maßgebende steirische Forstbetrieb hat auch ein Sägewerk dabei, und er hat gesagt, das Schnittholzgeschäft geht noch ganz gut, und weil ich selbst kein Holz schlägere, kaufe ich tschechisches Holz. Meine Damen und Herren! Eine solche Einstellung ist problematisch, echt problematisch, darüber müssen wir uns im klaren sein. (Beifall bei der SPÖ.) Denn auf einer solchen Basis nun Politik zu betreiben und dann im großen und ganzen zu wettern gegen Tschechenexporte, das halte ich nicht für sinnvoll, das ist jedenfalls nicht gescheit. (Abg. Grillitsch: „Du bist für die Importe!“)

Eine zweite Frage. Arbeitslosigkeit der Forstarbeiter. Meine Damen und Herren! Es geht uns in der Forstwirtschaft bei unseren Forstarbeitern fast so wie dem Kollegen Loidl in der Bauwirtschaft. Wir sind immer die Berufsgruppe nach den Bauarbeitern gewesen, die am stärksten gegen Winterarbeitslosigkeit gekämpft hat. Wir haben doch Jahre hindurch Arbeitslosenraten mit 30 bis 50 Prozent gehabt. Erst so gegen Ende der siebziger Jahre, also noch sehr stark in der Zeit der Hochkonjunktur, haben wir das etwas herunterbringen können. Man muß ja auch ganz offen sagen, der entscheidende Grund ist wie auch in vielen anderen Bereichen die Mechanisierung, die Technisierung. Man weiß, in welcher kurzen Zeit man heute einen Festmeter Holz erzeugen kann. Wie sich alles geändert hat, alles gewandelt hat. Es wird nur mehr ganz wenig Holz im Wald draußen entrindet. Die Entrindung allein hat einen Arbeitsanteil von 50 Prozent ausgemacht. Da kann man sich schon ausrechnen, welche Probleme

hier liegen, in der Lieferung gewaltige Veränderungen, in der Schlägerung selbst heute mit Prozessoren, mit Maschinen. In der Früh können die Vögel noch auf dem Baum singen, und unter Umständen am Abend geht so ein Block im Sägewerk bereits durch, und es ist Schnittware. So haben sich die Dinge verändert. Wenn ich an meine Jugendzeit denke in der Forstwirtschaft. Ein ganzes Jahr sind wir bei der Schlägerung gewesen, im Frühjahr haben wir begonnen, und nächstes Jahr im Frühjahr haben wir das Holz in Gußwerk aus dem Wasser gezogen, weil wir es über 17 Kilometer getriftet haben, und haben vielleicht so einen Bloch Hunderte Male angegriffen, wenn ich es jetzt so nenne, bis wir soweit gekommen sind. Also ganz gewaltige Veränderungen. Dann darf ich noch dazusagen, daß ich auch glaube, daß, so wie in vielen anderen Volkswirtschaftszweigen, auch in der Forstwirtschaft auf dem Gebiet der Arbeitsplanung, der Arbeitsorganisation, einer besseren Einteilung, einiges passiert, was nicht richtig ist. Wir müssen nun auch in der österreichischen Forstwirtschaft zur Kenntnis nehmen, daß es nicht nur darum geht, daß wir schlägern, sondern wir müssen unseren Wald auch pflegen. Und Pflegemaßnahmen in einer Forstwirtschaft sind eine sehr langfristige Sache. Die wirken sich nicht von heute auf morgen aus. Das kann 50 Jahre, 60 Jahre, das kann 80 Jahre dauern, bis man die Schäden erkennt, die man damals gemacht hat. Natürlich ist bei dieser gesamten Entwicklung, das wissen wir alle zusammen, auch der Holzpreis eine sehr entscheidende Frage. Der Holzpreis ist enorm zurückgegangen. Die Zahl mit ungefähr 20 Prozent stimmt beim Sägerundholz, stimmt nicht beim Schleifholz, und bei Hartholz, solches haben wir verhältnismäßig wenig in der Steiermark, ist die Preissituation ungefähr gleich, wie sie gewesen ist. Das heißt mit anderen Worten, aus dem heraus entstehen natürlich enorme Probleme und enorme Schwierigkeiten. (Abg. Buchberger: „Die gleichen Überlegungen hat der von dir genannte Forstdirektor angestellt. Das sind wirtschaftliche Überlegungen!“) Aber, Kollege Buchberger, ich nehme ja an, daß du weißt, wen ich gemeint habe. Es hat ein bißchen die Runde gemacht. Es ist diese Äußerung ja nicht übermäßig glücklich aufgenommen worden, wenn ich das so sage. (Abg. Dr. Dorfer: „Das sind doch wirtschaftliche Zwecke!“) Aber das ist doch nicht wahr! (Abg. Buchberger: „Er kann doch diesen Betrieb nicht zugrunde richten!“)

Meine Damen und Herren! Ich kenne diesen Betrieb, und ich weiß, daß gerade in diesem Betrieb es durch eine sehr starke Rationalisierung ohne weiteres möglich ist, in dem Betrieb spielt heute eine Winterschlägerung – er braucht das Holz ja, darum geht es ja. Er verschneidet es ja, er verkauft es ja nach Italien, Herr Kollege Dorfer. Aber er nimmt kein eigenes, er schickt die Leute stempeln. Er kauft sich das billige Holz aus der Tschechei. Das ist es, meine Damen und Herren, das ist die entscheidende Frage! (Abg. Dr. Dorfer: „Er muß betriebswirtschaftlich denken!“) Aber! Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen dazu sagen – ja, das Stichwort ist gut, was dem einen recht ist, kann dem anderen billig sein. Denn in Wirklichkeit ist die Landwirtschaft jetzt insgesamt – und das bejahen wir ja – sehr froh darüber, daß es in den letzten Jahren möglich gewesen ist, wesentlich mehr zu exportieren. Das ist ja die entscheidende Frage. Die könnten ja auch

in dem anderen Land sagen, das haben wir selbst, wir haben selbst das und das, wir brauchen euch in Österreich das nicht abkaufen. Aber hier reden wir nicht. Wir müssen das eben zur Kenntnis nehmen, darüber kommen wir nicht hinweg. Wenn wir einen freien Markt haben wollen, wenn wir eine Wettbewerbsfähigkeit haben wollen, verleugnen Sie nicht Ihre eigenen Grundsätze, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Buchberger: „In der Tschechoslowakei arbeiten Häftlinge im Forst!“)

Darf ich jetzt für die österreichische Forstwirtschaft, wozu ich ja voriges Jahr einige sehr ausführliche Daten gebracht habe, noch mit ein paar Zahlen ergänzen. In der Zwischenzeit ist ja die Forstinventur 1971 bis 1980 veröffentlicht worden. In der Forstwirtschaft haben wir ja geordnete Verhältnisse, es wird alles genau untersucht, wie sieht das aus, und wir denken ja hier in Dezennien. In dem Dezennium 1971 bis 1980 hat sich die Zahl der geschälten Stämme verdoppelt. Meine Damen und Herren, wir haben von 1961 bis 1970 57 Millionen solcher geschälter, vom Wild beschädigter Stämme gehabt. In der letzten Inventurperiode 1971 bis 1980 bereits 106 Millionen. Wenn man daran denkt, welch enormer Schaden hier dem Wald zugeführt wird, wovon niemand redet! Und wenn ich mir anhöre, wie herumgejammert wird um andere Dinge, ja und sehen muß, daß gerade in den Bergbauerngebieten, daß gerade in den Großwaldbesitzungen – die Situation ist ja dort noch schlimmer als im Bauernwald, völlig klar – enorme Summen für die Volkswirtschaft verlorengehen, dann glaube ich, sollten wir darüber auch einmal nachdenken. (Abg. Buchberger: „Dazu gehören auch die Bundesforste!“) Hier steht uns eine ganz große Aufgabe bevor, wenn wir für die Zukunft für Kind und Kindeskind – das geht weit hinaus – unsere Wälder sichern wollen. Das wollen wir ja alle zusammen. Da sind wir einer Meinung. (Beifall bei der SPÖ.) Die Land- und Forstwirtschaft ist ein ganz entscheidender Wirtschaftszweig. Und das Wohl und Weh der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten liegt uns ja allen zusammen am Herzen. Es ist unbestritten, daß ein ganz enormer Fortschritt erreicht wurde. Der Kollege Zinkanell hat es gesagt. Er hat es immer wieder gesagt, in Zwischenrufen wiederholt, und Sie haben es bis jetzt immer noch nicht zugegeben. 3,4 Prozent reale Einkommenssteigerung im jährlichen Durchschnitt des Zeitraumes der sozialdemokratischen Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ.) Nicht wegzudiskutieren, meine Damen und Herren. Das ist eindeutig und unwiderlegbar berechnet worden. Da können Sie nichts machen. Da können Sie ausweichen, Kurven reißen, von etwas anderem reden, das können Sie alles tun, aber diese 3,4 Prozent, meine Damen und Herren, die können Sie nicht wegdiskutieren. Die sind ganz einfach da. (Beifall bei der SPÖ.) Und sie sind zustande gekommen, das darf ich abschließend sagen, durch den Fleiß, durch die Umsicht, aber auch durch das fortschrittliche Denken aller in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Menschen. Das ist einmal der erste Punkt. Und der zweite Punkt, daß diese Bemühungen all dieser zehntausend, hunderttausend Menschen von einer Bundesregierung gezielt unterstützt worden sind. Dort unterstützt worden sind, wo es einfach notwendig ist, wo es gerecht ist, wo es sozial ist,

wo es wirtschaftlich vertretbar ist. Nicht ganz einfach irgendwo darübergestreut, das ist ja immer die große Problematik bei Förderungsmaßnahmen. Und daß das möglich war, wenn Sie auch dagegen sind - (Abg. Grillitsch: „Darum werden zur Zeit Kredite vom Minister persönlich vergeben!“) wenn Sie auch dagegen gestimmt haben im Parlament und wieder stimmen werden, aber insgesamt soll es uns alle zusammen freuen, daß eine solche Entwicklung in unserem kleinen Land Österreich möglich geworden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident Feldgrill: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fuchs. Ich erteile es ihm.

Abg. Fuchs: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als letzter in der Budgetgruppe Landwirtschaft, paßt auch ein bißchen dazu, ich bin aus dem südlichsten Bezirk in Österreich, aus dem Grenzland. Ich freue mich immer, wenn ich den Kollegen Karrer hier sehe, weil wir beide miteinander auf der Schulbank gesessen sind und miteinander den gleichen Beruf erlernt haben. Nur haben uns die politischen Grenzen gezeigt, daß wir ein bißchen auseinander sind. Aber wir treffen uns immer wieder und erinnern uns gerne an unsere Jugend zurück. Ich glaube, ich habe den dritten Tag aufmerksam verfolgt und bei den einzelnen Reden sehr aufgepaßt. Überall ist der Arbeitsplatz gekommen. Und, glauben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in unserem Grenzland ist der Arbeitsplatz vorrangig zu behandeln. Von der Region Deutschlandsberg bis zum Osten hinüber nach Hartberg. In diesem Grenzregiongürtel sind immerhin noch 39.600 landwirtschaftliche Betriebe. Und diese 39.600 landwirtschaftlichen Betriebe sind vor allem Kleinbetriebe mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 7,8 Hektar. Und wie schon hier erwähnt und gesagt worden ist, sind es auch schon mehr als 50 Prozent der Landwirte, die einem Nebenerwerb nachgehen. Ich habe im vorigen Jahr hier, wie ich am Rednerpult gestanden bin, auch betont, daß eine Studie des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen voraussetzt, daß eine höhere Arbeitslosigkeit kommt. Und die ist im Jänner im heurigen Jahr eingetreten. Ich will nicht viele Zahlen sagen, aber der Bezirk Radkersburg als südlichster war mit 16,6 Prozent am höchsten beteiligt und die ganze Grenzregion um die 15 Prozent gleichlautend. Es hat sich gezeigt, daß sich diese Studie bewahrheitet hat. Und der gleiche Beirat sagt voraus, daß bis Mitte der 85er Jahre, wenn nicht 3,5 Prozent Zuwachs kommen, es auch hier die größten Probleme mit Arbeitssuchenden geben wird. Hier hat sich die steirische Landeskammer vor allem bemüht, mit Spezial- und Sonderkulturen, weil sie schon vorausgesehen hat, daß es größte Probleme am Arbeitsmarkt geben wird, hier diesen Kleinbetrieben mit wenig Hektar ein höheres Einkommen zu schaffen. Und hier ist auch die Bitte immer an die Bundesregierung und an den Landwirtschaftsminister gegangen, machen wir doch ein Obst- und Gemüsegesetz, um mit einer Abschöpfung von Importen zu Dumpingpreisen zu kommen. Angefangen beim Kren, über die Johannisbeeren, über den Kürbiskern, über die Heilkräuter - in jeder Hinsicht haben wir da die größten Probleme. Es

wurde etwas herrlich aufgebaut, es hat ein bis eineinhalb Jahre funktioniert, und alles ist wieder Pleite gegangen, weil eben Billigimporte in unser Land hereingekommen sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist der Landeskammer zusammen mit der Präsidentenkonferenz im Landwirtschaftsministerium und in der Bundesregierung im heurigen Jahr gelungen, daß sich die Bundesregierung bereit erklärt hat, zu diesem Obst- und Gemüsegesetz wenigstens einen Teil, und zwar beim Kren 4 Schilling Importabschöpfung und bei den Kürbiskernen 10 Schilling, einzuführen. Das ist irgendwie ein Anfang für so viele Sachen, die unbedingt für uns notwendig wären, um glaubwürdig überhaupt bei unseren Kollegen aufzutreten. Ich möchte dazu sagen, und es ist auch heute schon gekommen, warum wir diese Probleme und Schwierigkeiten haben, weil die Preis-Kosten-Schere in der Landwirtschaft immer weiter auseinandergeht. Am schwersten trifft das die Kleinbetriebe. Ich muß heute wirklich mit Bedauern sagen, daß der Kollege Prutsch als Abgeordneter unseres Grenzlandes die Weinbauern heute stützend auf den „Grünen Bericht“ im allgemeinen, aber nicht zutreffend für die südliche Steiermark so schwer getroffen hat. Du wirst bestimmt noch hören da unten, weil ich muß eines sagen, nur im Bezirk Radkersburg, wir haben 54 Dauerbuschenschänken, das ist ein Arbeitsplatz. Die kämpfen schwerstens. Ich muß sagen schwerstens, weil ihnen gesetzmäßig Investitionen auferlegt wurden in hygienischer und in der Hinsicht, daß das nicht so schnell zurückkommt und mit dem hohen Zinsendienst die größten Probleme bestehen, überhaupt das alles aufrechtzuerhalten. Ich möchte eines noch, ich habe auch sehr aufgepaßt in der Familienpolitik, wie das gestern war und wie der Kollege Halper hier vor allem die Sozialhilfe der Familie zum Augenschein gebracht hat. Ich möchte Sie gerne in unseren Grenzraum einladen. Ich zitiere nur Bundeskanzler Kreisky 1970 bei seiner Wahlrede im Bezirk Radkersburg in der Stadt Bad Radkersburg: „Ich staune“, hat er gesagt, „auch hier müßte dieser Gürtel einmal mit Rosen blühen. Und für das werde ich sorgen.“ Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe im Jahre 1980 Gelegenheit gehabt, anlässlich Ihres Parteitages in Graz bei Bundeskanzler Kreisky vorzusprechen. Er hat uns auch angehört, das muß ich auch ganz klar und stark betonen. Ich habe ihm gesagt: „Herr Bundeskanzler, es sind jetzt zehn Jahre vergangen, ich habe im Grenzland noch keine Rosen blühen gesehen.“ Er hat mir überhaupt keine Antwort gegeben, nur das eine hat er mir gesagt, 3800 Schilling ist das Mindesteinkommen, und ich glaube, für das haben wir gesorgt. Und bitte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich führe Sie ins Grenzland, wo man noch 2000 und 3000 Schilling Einkommen hat, wo die Menschen zufrieden sind, weil sie begnügt sind und 70 und 80 Stunden in der Woche arbeiten. Aber es spielt ihnen keine Rolle, sie wollen leben. Ich glaube, diese Lebenschance müssen wir ihnen geben. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage eines, ich bin praktizierender Bauer, ich arbeite nicht mit vielen Zahlen. Ich spüre das jeden Tag. Heute um halb sechs Uhr in der Früh ist ein Bauer gekommen: „Ich weiß, Sie müssen wegfahren, aber was soll ich machen. Ich kann meinen Kredit nicht mehr bezahlen, geschweige die Zinsen. Machen wir eine Konsolidierung oder sonst was, helfen Sie mir.“